



Der Islam hat nichts mit dem Islam zu tun:

Deutsche Außenministerin fällt iranischen Frauen in den Rücken

SEITE 15

Potsdamer Rabbi angegriffen:

Alle Anzeichen deuten auf einen weiteren Fall des brutalen muslimischen Alltags-Antisemitismus

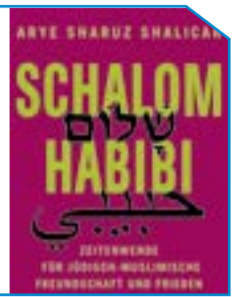
SEITE 12



Buchbesprechung:

Arye Sharuz Shalicar sagt „Shalom Habibi“

SEITE 36



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser, Rosch Hashana, das jüdische Neujahrsfest wurde in diesem Jahr bereits im September begangen und die Juden in aller Welt schreiben bereits das Jahr 5783. Auch der höchste jüdische Feiertag Yom Kippur liegt mit Erscheinen dieser Ausgabe der Jüdischen Rundschau bereits hinter uns.

Das jüdische Jahr und der jährliche Thora-Zyklus stehen wieder auf Anfang.

Das ganze Jahr hindurch lesen die Juden in aller Welt die Thora von Anfang bis Ende, und beginnen nach Rosch HaSchanah immer wieder aufs Neue – Jahr um Jahr, Jahrhundert um Jahrhundert, Jahrtausend um Jahrtausend. Sowohl der eigene Ursprung als auch die über viele Zeiträume hindurch sehr leidvolle Geschichte des jüdischen Volkes werden von Generation zu Generation weitergetragen. Kein jüdisches Opfer wird jemals vergessen.

Im Oktober folgen Simchat Torah und das Laubhüttenfest Sukkot.

Sukkot ist ein frohes jüdisches Erntedank-Fest, das den ruralen Ursprung des jüdischen Volkes würdigt.

Simchat Torah spiegelt den Dank und die Freude des jüdischen Volkes über sein größtes Glaubenswerk, die Thora wider, die sowohl die Schöpfungsgeschichte als auch die als ethischer und allgemeiner Menschenkodex bis heute geltenden zehn Gebote enthält.

Sie belegt über die hohe religiöse Bedeutung hinaus die Jahrtausende alte Legitimation des jüdischen Volkes auf sein Stammland Israel, das eindeutig auch die Gebiete Judäa, Samaria und Galiläa umfasst. Auf Jerusalem, die ungeteilte und heilige Hauptstadt des jüdischen Staates, wird seit Jahrtausenden und lange vor der Entstehung des Christentums und des Islam mehrere hundert Male an vielen Stellen der Thora Bezug genommen.

Daran ändern auch die späteren Eroberungszüge der Römer und der Osmanen nicht das Geringste. Israel ist nach seiner im Einverständnis mit den meisten Nationen dieser Welt erfolgten

►► Fortsetzung auf Seite 2

Genauere Erscheinungstermine unter <https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html>

Österreich 3,80 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €



Quittung für verfehlte EU-Politik



Peter Grimm / Achgut.com

Eigentlich kam nichts unerwartet beim Wahlsieg Giorgia Melonis. Das politische Wehklagen darüber in Berlin und Brüssel war ebenso erwartbar wie das Wahlergebnis selbst. Dennoch mutet es mitunter etwas kurios an, insbesondere wenn man sich daran erinnert, welche Rolle einige deutsche Parteien früher in der seinerzeit im Parteiensystem abgebildeten Breite des politischen Spektrums spielten. Gemessen daran ist es schon bemerkenswert, wie schnell heutzutage auch Vertreter der CSU verbal beim Faschismus ankommen. Alexander Dobrindt, Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag wird beispielsweise von bild.de mit der Erklärung zitiert: „Nachfolger von Postfaschisten können und dürfen nicht unser Partner sein.“ (Wären Nachfolger von Postfaschisten nicht Post-Postfaschisten?) Sein Parteifreund und Fraktionskollege Florian Hahn sekundierte: „Was für uns zentral ist, dass wir keine Partei unterstützen, die Postfaschisten oder Rechtsradikalen Mehrheiten verschafft.“ Und Parteichef Markus Söder gab vor: „Wir müssen eine Brandmauer nach rechts ziehen.“

Natürlich, denn es darf nicht falsch sein, was man bisher daheim gemacht hat. Die AfD wurde eben nicht durch gute Politik oder bessere Argumente im fairen politischen Streit entzaubert, sondern sie sollte durch möglichst konsequentes Ausgrenzen um ihre Wirkungsmacht gebracht werden. Begünstigt wurde damit vor allem die Radikalisierung. Das hat die Partei zwar für manche, die sich nirgends im Parteienangebot politisch wiederfinden, vor-

erst unwählbar erscheinen lassen, aber aus den Parlamenten konnte man sie auf diese Weise dennoch nicht drängen. Dass die AfD nun Frau Meloni feiert, ist für viele andere deutsche Partei-Akteure nur ein Motiv mehr dafür, diesen Wahlsieg als etwas anzuerkennen, was in einer funktionierenden Demokratie vorkommen darf und nun auch vorkommt.

Nur wenige fassen das Ergebnis so nüchtern zusammen wie Matthias Rüb in der FAZ:

„Alle Welt trauert Mario Draghi als italienischem Ministerpräsidenten nach. Ein Teil der Welt dämonisiert dessen mutmaßliche Amtsnachfolgerin Giorgia Meloni. Beides ist Unfug: Draghi war nicht der Messias, und Meloni ist nicht die Teufelin. Mit den Wahlen vom Sonntag ist Italien zur politischen Normalität zurückgekehrt. Es hat einen Rechtsruck gegeben, aber keine politische Erdbebenkatastrophe, welche die Demokratie in Italien erschüttern und die Zukunft Europas gefährden würde.“

Richtungsänderung als Angriff

Aber dass es in den Ländern, deren Regierungen nun schon lange Zeit immer mehr nach links oder besser in den Bereich einer grün schillernden und von politisch korrekten Scheuklappen eingegengten Weltsicht gerückt sind, irgendwann auch einmal in eine andere Richtung gehen könnte, empfinden Anhänger dieser Weltsicht als existenziellen Angriff. Immerhin waren sie gerade in Deutschland ideologisch dermaßen erfolgreich, dass ihnen bis auf die Schmutzkinder in den Parlamenten all die Parteien großteils gefolgt sind, die früher eher links und

sozialdemokratisch, eher konservativ oder bürgerlich liberal waren. Und auch etliche Grüne waren einst weitaus freieren Geistes als es heutzutage grün dekorierte Heilslehrer einer besseren Welt sind, in der sich dann sogar das Klima politisch steuern lässt.

Aber in Teilen der westlichen Welt, insbesondere in Kreisen, die sich gern als Eliten bezeichnen lassen, ist dieser Eintopf aus verschiedenen wohlklingenden Ideologiefragmenten als eine Art Leitlinie akzeptiert. Die einen haben erkannt, wie leicht sich vormundschaftliche Strukturen im Namen des Fortschritts etablieren lassen, und viele andere ziehen daraus in unterschiedlichster Weise ihren Profit, manche mehr pekuniär und manche mehr ideell. Skeptikern, die die Vereinbarkeit eines Lebens in Wohlstand und Freiheit mit zentralen Denkfiguren dieses Weltbildes – wie ungesteuerte Einwanderung in die Sozialsysteme, der Verzicht auf sichere Energieversorgung, auf verschiedene Industriezweige oder eine effektive Landwirtschaft – bezweifelten, wurde immer schneller und häufiger vorgeworfen, irgendwie „rechts“ und damit doch eigentlich mindestens rechtsradikal zu sein.

Nein, keine Angst, hier kommen jetzt keine verkürzten Diktaturvergleiche. Aber der verstärkte Trend zur Bevormundung des Bürgers hat einfach verheerende Folgen für Demokratie und Freiheit. Die Verengung des Diskurses in vielen Bereichen, in denen er in einer Demokratie unerlässlich ist, unter dem Vorwand, das würde den Falschen nützen, nutzt am Ende tatsächlich den Falschen.

►► Fortsetzung auf Seite 2

◀ Fortsetzung von Seite 1

Quittung für verfehlte EU-Politik

Giorgia Meloni und ihre „Fratelli d'Italia“ haben die Wahlen in Italien gewonnen. Verursacher für den italienischen Rechtsruck sind vor allem die vernunftverlassene Migrationspolitik der italienischen Linken und die nicht tatsächlich Wahllegitimierten und selbstherrlichen Funktionärs- und Bevormundungseliten der EU, allen voran Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Der Wählerunwillen gegenüber den supranationalen und häufig irrationalen Direktiven der EU und ihrer Chefin hat sich auch im Wahlsieg der Partei der „Schwedendemokraten“ manifestiert. Der verstärkte Trend zur Entmündigung des Bürgers wird zunehmend und europaweit, wenn auch noch nicht in Deutschland, in der Wahlkabine quittiert. (JR)

Der Effekt der Drohung

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte bekanntlich vor der Wahl in Italien: „Wenn sich die Dinge in eine schwierige Richtung entwickeln – ich habe von Ungarn und Polen gesprochen –, dann verfügen wir über Instrumente.“ Was, wenn nicht der Versuch der Brüsseler Spitzenkraft, die Italiener mittels Drohung mit dem Entzug von EU-Geldern zu einem EU-genehmen Wahlverhalten zu drängen, konnte Meloni eigentlich besser helfen? Vielleicht stimmt es ja, dass sie die Bemerkung in ihrer Wirkung nicht richtig bedachte. Der Effekt bleibt der gleiche. In dem EU-kritischen Blog lostineu.eu heißt es:

„Von der Leyens Chefsprecher versuchte zwar, die umstrittene Bemerkung zu relativieren. ‚Es ist absolut klar, dass sich die Präsidentin nicht in die italienischen Wahlen eingemischt hat‘, sagte er. Doch das glaubt ihm keiner, nicht einmal der ehemalige Präsident des Europaparlaments.“

Wenn man bedenkt, dass von der Leyen bei der letzten Europawahl gar nicht zur Wahl stand, jetzt aber über Wahlen in Mitgliedsländern urteilen will, ist das Misstrauen eigentlich nicht erstaunlich.

Die CDU-Politikerin offenbart ein merkwürdiges Demokratie-Verständnis. Das muss man selbst dann festhalten, wenn man von den italienischen Kandidaten wenig hält...“ Das alles ist weder neu noch über-

raschend. Leider auch nicht, dass die jetzt so an Melonis Wahlsieg leidenden europäischen und deutschen Politiker nicht bereit zu sein scheinen, über die Wirksamkeit ihrer Art der Politik gegen rechts nachzudenken. Die schwedischen Parteien haben es versucht, die „Schwedendemokraten“ als unberührbare Rechte auszugrenzen und so kleinzuhalten. Sie wurden stärker und könnten eventuell mitregieren. Die „Brüder Italiens“ wurden unter der Führung von Schwester Meloni so stark, dass sie nun die Regierung anführen werden. Im Unterschied zur AfD haben sich beide nicht radikalisiert, sondern im Gegenteil erfolgreich den Kontakt zu breiteren Bevölkerungsschichten gesucht.

Doch gleich ist der steigende Frust der krisen- und abstiegsbedrohten Bürger über eine Politik, die sich um Klima- und Weltenrettung in Jahrzehnten kümmert, aber zum wirtschaftlichen Überleben des nächsten Winters auf mildes Wetter hoffen muss. Ähnlich ist der zunehmende Verdross über die aufdringliche Verbreitung woker Weltbilder, die obrigkeitliche Verfremdung der eigenen Sprache und die vielen bevormundenden Regeln, mit denen sich die Regierenden in der Corona-Zeit als autoritäre Obrigkeit aufspielten.

Kein Verlass auf gemäßigte Wähler

Doch viele Regierende hierzulande und

wahrscheinlich auch Ursula von der Leyen scheinen zu glauben, dass sich ihr Kurs mit noch mehr Abgrenzung und noch mehr guten Worten vor zunehmendem Wähler-Unwillen verteidigen lässt. Doch wenn sich – wie in Deutschland – die relevanten politischen Parteien weigern, mit tatsächlich unterschiedlichen politischen Angeboten in den Wettbewerb zu treten und sich Protestparteien als einzige Option anbieten, um seiner Regierung zu signalisieren, dass man ihren Kurs nicht mitträgt, dann werden sie auch von denen gewählt, die sich doch nur wieder rationale, pragmatische Politik wünschen, die sich an den ganz praktischen Interessen der Bürger ausrichtet. Dann könnten unter Umständen auch Parteien dramatisch zulegen, obwohl sie sich nicht deradikalisieren. Das ist dann eine Folge falscher Politik und nicht von zu wenig Ausgrenzung, wie die Protagonisten dieses Kurses in diesem Fall vielleicht behaupten werden.

Die Regierungsparteien der letzten Jahre haben bekanntlich eine Praxis etabliert, die einer Demokratie unwürdig ist, nämlich sich mit Steuergeld über den Umweg von Fördermitteln ein dichtes Netz an Vereinen, Verbänden und Organisationen zu finanzieren, die sich als „Nichtregierungsorganisationen“ und „Zivilgesellschaft“ letztlich an der Un-

terstützung zentraler Inhalte der Regierungspolitik beteiligen. Vielleicht sollten sie sich davon wenigstens verabschieden. Zum einen gaukelt man sich so selbst ein verzerrtes Bild der Bevölkerung vor, aber ein solches Instrumentarium, einmal etabliert, können dann auch andere unter anderen Vorzeichen nutzen.

All das hat mit Italien und seinem Wahlergebnis nur noch wenig zu tun. Doch jetzt nur darauf zu setzen, dass deutsche Wähler im Unterschied zu Italienern auch in einer existenziellen Krise mehrheitlich immer noch gemäßigt wählen, ist einigermaßen naiv. Italiens Wahlergebnis mag für diesbezügliche Aussagen argumentativ nur schwer heranzuziehen sein. Aber hier reicht ja auch die Erinnerung an das Ergebnis der letzten Thüringer Landtagswahl im Herbst des vergleichsweise harmlosen Jahres 2019. Alle Parteien der alten Bundesrepublik zusammen haben im dortigen Landtag keine Mehrheit. Eine Regierung konnte nur mit Links- oder Rechtspopulisten gebildet werden und die Parteien der Bundesrepublik haben sich bekanntlich nach Intervention der damaligen Bundeskanzlerin für die Linkspopulisten entschieden. Den Wählern hatten alle diese Parteien eine baldige Neuwahl versprochen, aber ihre Angst davor war bislang größer. Irgendwann lässt es sich nicht mehr vermeiden.

◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Wiederherstellung inklusive seiner ungeteilten Hauptstadt Jerusalem einer der am längsten legitimierten existierenden Staaten nicht nur in der Region, sondern auf der Welt.

Jeder Versuch der islamischen und anderen weltweiten und hiesigen Israel- und Judenhasser, den jüdischen Ursprung der gesamten Region und der heiligen – zum Teil wie auf dem Tempelberg durch demütigende Eroberungsbauten des Islam geschändeten – jüdischen Stätten zu leugnen und von den Juden trennen zu wollen, ist nicht nur jüdenfeindlich und verlogen, er ist historisch absolut absurd und geht vollständig ins Leere.

Die Rolle der Oktoberrevolution

Der vor uns liegende Monat Oktober beinhaltet unter anderem auch einen Jahrestag für nicht unmittelbar mit dem Judentum und dem jüdischen Volk verbundene historische Ereignisse, die letztlich aber in nicht geringem Maße jüdisches Leben und jüdische Schicksale beeinflusst haben.

Im Oktober 2022 jährt sich zum 105. Mal der Jahrestag der russischen Oktober-Revolution (nach anderer Zählung am 7. November).

Ganz sicher hat dieser immense Umsturz im Osten Europas eine große Rolle für das teilweise desaströse Geschehen des 20. Jahrhunderts gespielt, in dessen erster Hälfte auch sechs Millionen unschuldige jüdische Frauen, Männer und Kinder durch Nazi-Deutschland ermordet worden sind.

Die russische Revolution und ihre Überwindung vor etwas über 30 Jahren legten unzweifelhaft auch die Grundlagen für das gegenwärtige Geschehen in der Ukraine, das unserer bereits schon vor Kriegsbeginn weit von den Anliegen ihrer Bürger abgerückten, von außen grüner, innen roter Ideologie durchseuchten politischen Füh-

rung ein weiteres Alibi liefert, den großen Systemchange in Richtung einer Vernichtung unserer bislang erfolgreichen westlichen Kultur, Wirtschaftsordnung und Lebenswerte durchzusetzen.

Angriff auf unsere westliche Lebenswelt und Werte

Hat das schicksalhafte Covidgeschehen die Welt bereits seit Anfang des Jahres 2021 erheblich verändert, so hat sich in der Zwischenzeit in unserer westlichen Welt ein überaus gefährliches politisches Gemisch zusammengebraut, das unseren in nahezu acht Jahrzehnten Nachkriegszeit lieb gewonnenen westlichen Lebensstil und unsere Lebensart zutiefst bedroht. Und das ist keineswegs nur das seit Februar dieses Jahres viele Teile unseres Lebens dominierende Kriegsgeschehen in der Ukraine.

Hat die verfehlte Migrationspolitik der Merkel Zeit besonders seit 2015 unser Land bis in seine Grundfesten erschüttert, so folgten Schlag auf Schlag weitere Geschehnisse, die unsere westliche Welt erheblich weiter geschwächt haben. Dazu gehört der wie auch immer errungene Sieg des heutigen US-Präsidenten Biden und seiner Cancel-Culture Democrats. Bei uns ist es die besonders in Berlin ohnehin fragwürdig entstandenen Wahlergebnisse nicht wirklich abbildende Regierungsbildung. Nur durch den Verrat der FDP an ihrer bürgerlichen Wählerschaft konnte eine Regierung entstehen, in der die grüne Partei, die nur von zirka 6,5 Millionen der 65 Millionen berechtigten Wähler gewählt worden ist mit Inkompetenz, grüner wirtschaftsfeindlicher Ideologie und Abneigung gegen jeden erfolgreichen Lebensverlauf das Sagen gewonnen hat. Krieg gegen die Autofahrer, Krieg gegen unser Wirtschaftssystem, Krieg gegen unsere westlichen Werte, Krieg ge-

gen das freie Reisen und Krieg gegen unser kulturelles Erbe sind das Ergebnis.

Dazu kommt statt erforderlicher Deeskalation im Interesse einer schnellen Herstellung des Friedens in der Ukraine ein neu entdeckter Bellizismus der vormals geradezu infantilen Pazifisten der grünen Partei, der die Entwaffnung der Bundeswehr noch vor kurzem gar nicht weit und schnell genug gehen konnte.

Keine Hilfe ist auch von der besonders unter ihrer neuen Chefin falsch ideologisierten EU zu erwarten.

Bei aller Verurteilung des russischen Vorgehens sind das genau die Zutaten, die Selenskyi heute dazu bringen, jede Art der Verhandlungen über ein Kriegsende mit Russland strikt und pauschal abzulehnen und eine weitere für Europa brandgefährliche Eskalation des Krieges mit westlichen Waffen herbeizuwünschen.

Gleichzeitig und bei einer besonneneren Politik vermeidbar, mehren sich die Zeichen einer besonders in Deutschland heraufziehenden Energie und Wirtschaftskrise, der die grün dominierte Ampelregierung ohne jede Kompetenz und ohne wirklichen Plan entgegensteht.

Währenddessen wird die Sicherheitslage in Deutschland immer prekärer. Die Verunsicherung eines offenen jüdischen Lebens, körperliche Angriffe auf Rabbiner sowie die Islamisierung und die Kriminalisierung unserer Straßen durch arabische Clans, denen die Polizei und die Justiz hilflos gegenüberstehen, schreiten mit zunehmender Geschwindigkeit voran. Das Ergebnis wird entweder eine vollständige Selbstaufgabe gegenüber der arabischen Kriminalität sein oder wie es der bei einer anderen politischen Führung eigentlich vermeidbare Rechtsruck in Schweden und Italien zeigen, ein zunehmendes Misstrauen und ein zunehmender

Widerstand der Bevölkerung gegen ihre eigenen politischen Vertreter.

Leider hat auch die Außenpolitik – und von der Militanz und Inkompetenz unserer Außenministerin will ich gar nicht sprechen – nichts Vernünftiges zu bieten. Die EU lässt ihre Muskeln gegenüber Staaten, z.B. gegenüber Ungarn oder Polen, spielen, bei denen es nicht erforderlich wäre und kuschelt und liebäugelt vor allem mit dem iranischen Atomprogramm, das sich eindeutig gegen die Existenz Israels wendet aber in der Folge auch Westeuropa und den gesamten Mittleren Osten bedrohen wird.

Es bleibt zu hoffen, dass bei den Wahlen in Israel nicht die Kräfte siegen werden, die sich für eine Israel-feindliche, den israelischen Staat gefährdende Zweistaatenlösung nach dem Muster der EU und der Biden Administration einsetzen, sondern der Linie Netanjahu folgen.

Bei all diesen Widernissen darf trotzdem positiv hervorgehoben werden, dass Israel seit seiner Gründung ein erfolgreiches, hoch technologisiertes, demokratisches, westliches und überaus gelungenes Staatsmodell darstellt, in dem seine Bürger jeder Nationalität und jeder Religion repressionsfrei und ohne Verfolgung leben können.

Das soll und wird Dank der Verteidigungsfähigkeit und der hohen politischen, wirtschaftlichen und technologischen Kompetenz des Staates Israel auch in der Zukunft so bleiben.

In diesem Sinne wünsche ich dem Staat Israel, allen Juden dieser Welt, unseren Lesern und allen Menschen guten Willens ein gesegnetes

Shana Tova und Gemar Chatima Tova!

Am Israel Chai !!
Ihr
Dr. Rafael Korenzecher

EU-Planwirtschaft für den Notfall?

Mit ihrem neuerfundenen „Notfallinstrument für den Binnenmarkt“ beabsichtigt die EU-Kommission in die Produktionsabläufe von Unternehmen einzugreifen. Damit schreiten die Sozialismus-affinen Zentralisierungs-Bestrebungen deutlich voran. Statt einer krisenfesten, den freien Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr sichernden Zukunft droht damit die Dystopie einer längst überholten planwirtschaftlich-sozialistisch geprägten Super-EU für das Credo einer vermeintlichen Klimaneutralität. Die Inkompetenz und Unfähigkeit der EU, wirkliche Lösungen zu liefern, hat sich schon in ihrer desaströsen Migrationspolitik gezeigt. (JR)

Von Martina Binnig/Achgut.com

Die EU-Kommission fügt ihren Zentralisierungs-Bestrebungen abermals einen Baustein hinzu: In einer Pressemitteilung vom 19. September dieses Jahres, die den gefälligen Titel „Den Binnenmarkt krisenfest machen: ein solides Instrumentarium für Europa zur Sicherung des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs und der Verfügbarkeit relevanter Waren und Dienstleistungen“ trägt, ist unverblümt von einem „Notfallinstrument für den Binnenmarkt (Single Market Emergency Instrument, kurz: SMEI)“ die Rede.

Wörtlich heißt es dazu:

„Dieser Rahmen für die Krisengovernance zielt darauf ab, den freien Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr zu sichern sowie wesentliche Waren und Dienstleistungen bei künftigen Notfällen für die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen EU-weit verfügbar zu halten. Der Binnenmarkt ist erwiesenermaßen unser größter Trumpf in Sachen Krisenmanagement. Allerdings sind durch die COVID-19-Pandemie strukturelle Mängel zutage getreten. Sie sind die Ursache dafür, dass die EU weniger gut in der Lage ist, wirksam und koordiniert auf Notfälle zu reagieren. Einseitige Maßnahmen führten zu einer Fragmentierung, die die Krise weiter verschärfte und sich insbesondere auf KMU negativ auswirkte.“

Mit der Abkürzung KMU sind „kleine und mittlere Unternehmen“ gemeint, und es steht außer Zweifel, dass die kleinen und mittleren Unternehmen in den vergangenen beiden Jahren besonders gelitten haben. Gleichwohl ist es fraglich, ob der Auslöser für dieses Leid nun ausgerechnet in der mangelhaften Koordination innerhalb der EU zu suchen ist. War es nicht eher der nahezu flächendeckend verhängte Lockdown, der die prekäre Situation des Mittelstands ausgelöst hat?

„Schwarze Liste verbotener Beschränkungen“

Die für das Ressort „Ein Europa für das digitale Zeitalter“ zuständige Exekutiv-Vizepräsidentin Margrethe Vestager wird in der Pressemitteilung dazu wie folgt zitiert:

„Wie im Zuge der COVID-19-Pandemie deutlich wurde, müssen wir dafür sorgen, dass unser Binnenmarkt jederzeit – auch in Krisenzeiten – funktioniert. Wir müssen den Binnenmarkt stärken. Und wir brauchen neue Instrumente, mit denen wir rasch gemeinsam reagieren können, sodass wir bei jeder neuen Krise sicherstellen können, dass unser Binnenmarkt offen bleibt und lebenswichtige Waren – auch zum Schutz der Menschen in Europa – verfügbar sind. All das wird durch das neue Notfallinstrument für den Binnenmarkt möglich.“

Und der für den Binnenmarkt zuständige Kommissar Thierry Breton kommt ergänzend zu Wort: „Es [das SMEI] wird einen Beitrag zur Prävention und Begrenzung der Auswirkungen einer potenziellen Krise auf unsere Industrie und Wirtschaft leisten und Europa Instrumente an die Hand geben, über die unsere globalen Partner bereits verfü-



EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen

gen, wir jedoch nicht.“ Welche Instrumente könnten das sein?

Laut Pressemitteilung soll das SMEI folgende Maßnahmen beinhalten:

„Schaffung einer Krisengovernance-Architektur für den Binnenmarkt: Mit einem neuen Mechanismus soll der Binnenmarkt überwacht werden, um unterschiedliche Risikoniveaus zu ermitteln und eine angemessene Reaktion zu koordinieren, die mehrere Phasen – Eventualfallmodus, Überwachungsmodus und Notfallmodus – umfasst. Zunächst ermöglicht es der Rahmen für die Eventualfallplanung der Kommission und den Mitgliedstaaten, ein Koordinierungs- und Kommunikationsnetz für eine verstärkte Vorsorge einzurichten. In einem nächsten Schritt kann die Kommission den Überwachungsmodus aktivieren, wenn eine Gefährdung für den Binnenmarkt ausgemacht wird. Im Falle einer Krise mit weitreichenden Auswirkungen auf den Binnenmarkt kann der Rat schließlich den Notfallmodus aktivieren. Es wird eine aus Vertretern der Kommission und der Mitgliedstaaten bestehende Beratungsgruppe eingesetzt, die eine bestimmte Situation bewerten und Empfehlungen zu den für eine Reaktion geeignetsten Maßnahmen abgibt. Die Gruppe wird im gesamten Prozess eine wesentliche Rolle spielen.“

Vorlage von Vorschlägen für neue Maßnahmen gegen Bedrohungen für den Binnenmarkt: Im Überwachungsmodus würden sich Mitgliedstaaten in Zusammenarbeit mit der Kommission darauf konzentrieren, die Lieferketten für bestimmte strategisch wichtige Waren und Dienstleistungen zu überwachen und strategische Reserven in diesen Bereichen aufzubauen. Bei Aktivierung des Notfallmodus wird die Freizügigkeit im Binnenmarkt durch eine schwarze Liste verbotener Beschränkungen und generell durch eine

verstärkte und rasche Überprüfung einseitiger Beschränkungen aufrechterhalten. Die Kommission kann den Mitgliedstaaten auch empfehlen, die Verfügbarkeit krisenrelevanter Waren durch den Ausbau oder die Umwidmung von Produktionslinien oder beschleunigte Genehmigungsverfahren sicherzustellen. Schließlich kann sie den Mitgliedstaaten empfehlen, die während der Überwachungsphase aufgebauten strategischen Reserven gezielt zu verteilen. Durch neue Vorschriften wird ferner dafür gesorgt, dass die Kommission relevante Waren und Dienstleistungen im Namen der Mitgliedstaaten sowohl im Überwachungs- als auch im Notfallmodus einfacher beschaffen kann.

Genehmigung von als letztes Mittel einzusetzenden Maßnahmen in einem Notfall: Unter außergewöhnlichen Umständen und nur wenn der Notfallmodus aktiviert wurde, kann die Kommission auch Instrumente einsetzen, für die eine gesonderte Aktivierung erforderlich ist. In diesem Fall kann die Kommission gezielte Auskunftsersuchen an die Wirtschaftsteilnehmer richten, deren Beantwortung für verbindlich erklärt werden kann. Sie kann sie auch auffordern, vorrangige Bestellungen für krisenrelevante Produkte anzunehmen. Die Unternehmen müssen diese entweder annehmen oder die deren Ablehnung rechtfertigenden schwerwiegenden Gründe erläutern. Darüber hinaus können dank einer schnelleren Prüfung und Zulassung – auch im Wege der Konformitätsbewertung – bestimmte Produkte rascher in Verkehr gebracht werden, sodass deren Verfügbarkeit in Notfällen gesichert sein wird. Die diesbezüglichen Vorschriften sind in gleichzeitig mit der SMEI-Verordnung erarbeiteten gesonderten Vorschlägen – nämlich in einem Vorschlag für eine Verordnung und in einem Vorschlag für eine Richtlinie zur

Änderung einer Reihe produktspezifischer Regelungen – festgelegt.“

Planwirtschaftlich geprägte Super-EU

So weit die Pressemitteilung. Unter dem Deckmantel der Fürsorge werden hier klipp und klar planwirtschaftliche Ansätze formuliert: Von „Überwachung“ über „Empfehlungen“ bis hin zu Vorschriften für „Wirtschaftsteilnehmer“ in einer wie auch immer definierten Krise könnte es unter Umständen nur ein kleiner Schritt sein. Mit anderen Worten: Die aus Vertretern der EU-Kommission und der Mitgliedstaaten bestehende „Beratungsgruppe“ könnte sich konkret in Unternehmensführungen einmischen. Dabei wäre sie dafür in keiner Weise demokratisch legitimiert.

Das SMEI ist zwar noch keine beschlossene Sache, doch die EU-Kommission ist sich offenbar sicher, dass es eingeführt wird. Die Pressemitteilung enthält die lapidare Mitteilung: „Diese Vorschläge werden jetzt vom Europäischen Parlament und vom Rat der Europäischen Union erörtert. Nach der Annahme durch die gesetzgebenden Organe werden die Verordnungen am zwanzigsten Tag nach dem Tag ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft treten.“ Der vollständige Wortlaut der Vorschläge umfasst 75 Seiten.

Schon im Mai 2021 hatte die EU-Kommission übrigens die Pressemitteilung „Aktualisierung der Industriestrategie von 2020: hin zu einem stärkeren Binnenmarkt für die Erholung Europas“ veröffentlicht, durch die der „Wandel hin zu einer nachhaltigeren, digitaleren, resilienteren und wettbewerbsfähigeren Wirtschaft“ voran getrieben werden sollte. Fast beiläufig ist darin zu lesen: „In der aktualisierten Strategie werden die Prioritäten bekräftigt, die in der Mitteilung dargelegt sind, die im März 2020 – einen Tag, bevor die WHO COVID-19 zur Pandemie erklärt hat – veröffentlicht wurde.“

Die „Industriestrategie“ wird auf der entsprechenden Website in den zwei Sätzen zusammengefasst: „Europa macht sich auf zu Klimaneutralität und einer digitalen Führungsrolle. Die europäische Industriestrategie soll dafür sorgen, dass die europäische Industrie in diesem neuen Zeitalter voranschreiten kann.“ Und auf der offiziellen Website zu „Europas digitale Dekade“ wird betont: „Europa möchte Unternehmen und Bürger/innen stärken und Nachhaltigkeit und Wohlstand in einer menschengerechten digitalen Zukunft sichern.“

Es drängt sich allerdings immer mehr der Eindruck auf, dass die EU-Kommission vor allem den Gebrauch von Orwellschem Neusprech optimiert: Wie auch im „Medienfreiheitsgesetz“ könnte das genaue Gegenteil des Gesagten gemeint sein. Statt einer krisenfesten, den freien Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr sichernden Zukunft droht möglicherweise die Dystopie einer planwirtschaftlich geprägten Super-EU im Namen der Klimaneutralität. Und das „Medienfreiheitsgesetz“ könnte flankierend dafür sorgen, dass kritische Stimmen möglichst lange und effektiv unterdrückt werden.

Königin Elisabeth II und die Überlebenden des Holocaust

Sehr zum Bedauern der jüdischen Welt besuchte sie in den 70 Jahren ihrer Regentschaft Israel kein einziges Mal. Allerdings gab sie den Holocaust-Überlebenden Hoffnung und ein neues Heimatgefühl in Großbritannien. Sie war Gründerin und Schirmherrin des Holocaust Memorial Day Trust (HMDT) und schenkte den Holocaust-Überlebenden ihre Zeit und respektvolle Aufmerksamkeit. „Wir haben wirklich das Gefühl, dass wir die Großmutter der Nation verloren haben“ sagte HMDT-Geschäftsführerin Olivia Marks-Woldman. (JR)

Dimitriy Shapiro/JNS.org

Juden auf der ganzen Welt denken nach dem Tod von Königin Elisabeth II. über ihre 70-jährige Regentschaft nach und darüber, was sie für die jüdische Gemeinschaft bedeutet hat.

Kurz nach Bekanntwerden der Nachricht veröffentlichte der britische Oberrabbiner Ephraim Mirvis ein Video, in dem er das Beileid der jüdischen Gemeinschaft im gesamten Commonwealth zum Ausdruck brachte.

Mirvis sagte, die Königin verkörpere „die edelsten Werte der britischen Gesellschaft“ und sei ein „Fels in der Brandung“ in einer sich ständig verändernden Welt, und sie habe ein herzliches Verhältnis zur jüdischen Gemeinschaft gehabt. Mirvis zufolge engagierte sie sich besonders für interreligiöse Beziehungen und die Erinnerung an den Holocaust.

„Ich erinnere mich, wie sie mir und meiner Frau einmal Gegenstände von jüdischem Interesse und Wert aus ihrer Privatsammlung in Windsor Castle zeigte, darunter eine Tora-Rolle, die während des Holocausts aus der Tschechoslowakei gerettet worden war“, sagte er. „Ihre Zuneigung zum jüdischen Volk war tief, und ihr Respekt für unsere Werte war deutlich spürbar.“

Das Interesse der Königin an der Unterstützung von Holocaust-Überlebenden erstreckte sich auch auf ihre wohlthätige Arbeit. 2005 wurde sie Gründerin und Schirmherrin des Holocaust Memorial Day Trust (HMDT), vier Jahre nachdem sie 2001 am ersten Holocaust-Gedenktag teilgenommen hatte. Der Trust ist eine von der Regierung gegründete und finanzierte Wohltätigkeitsorganisation zur Förderung und Unterstützung des Holocaust-Gedenktags.

„Die jüdische Gemeinschaft und der Rest des Vereinigten Königreichs trauern sehr. Wir haben wirklich das Gefühl, dass wir die Großmutter der Nation verloren haben“, sagte Olivia Marks-Woldman, Geschäftsführerin des HMDT, in einem Interview mit JNS. „Sie war unser ganzes Leben lang da – sieben Jahrzehnte lang.“

Der verstorbene Oberrabbiner Jonathan Sacks schrieb über die Teilnahme der Königin an der Gedenkfeier zum 60. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz im Jahr 2005, wo sie mit Überlebenden des Holocaust zusammentraf. Während sie normalerweise am Ende ihrer Auftritte von ihrem Personal weggeführt wird, um ihren Zeitplan einzuhalten, weigerte sich Elisabeth zu gehen. Sie blieb und sprach einzeln mit der großen Gruppe von Menschen. Einer ihrer Begleiter erzählte Sacks, dass er sie noch nie so lange nach einer eigentlich geplanten Abreise habe bleiben sehen.

„Sie schenkte jedem Überlebenden – es war eine große Gruppe – ihre konzentrierte, ruhige Aufmerksamkeit. Sie blieb bei jedem, bis er seine persönliche Geschichte zu Ende erzählt hatte. Es war ein Akt der Freundlichkeit, der mich fast zu Tränen rührte“, schrieb Sacks. „Einer nach dem anderen kamen die Überlebenden in einer Art Trance zu mir und sagten: ‚Vor sechzig Jahren wusste ich nicht, ob ich morgen noch leben würde, und heute bin ich hier und



Königin Elisabeth II gab vielen Holocaust-Überlebenden Hoffnung und ein neues Heimatgefühl.

rede mit der Königin. Das brachte eine Art von gesegnetem Abschluss in ein tief zerrissenes Leben.“

„Eine unerschütterliche Freundin der jüdischen Gemeinschaft“

Marks-Woldman sagte, dass die Schirmherrschaft der Königin sowohl für die Überlebenden als auch für die Anerkennung des Holocaust von großer Bedeutung sei.

„Sie können sich vorstellen, dass Überlebende, die die schlimmsten Gräueltaten erlebt haben und bis zur versuchten Vernichtung verfolgt wurden, und dass Ihre Majestät, die Königin, dann sagt: ‚Ich möchte Ihre Arbeit würdigen, das bedeutet enorm viel‘, sagte sie. „Aber es ist auch eine sehr, sehr wichtige Botschaft an die nichtjüdische Welt – insbesondere in einer Zeit, in der der Holocaust verzerrt und geleugnet wird, was in den letzten Jahren zugenommen hat – dass Ihre Majestät, die Königin, sagt: ‚Ich denke, dass das Gedenken an den Holocaust und die Aufklärung so wichtig sind, dass ich Schirmherrin dieser Stiftung werde. Ich werde an der allerersten nationalen Gedenkfeier teilnehmen.“

Die Königin lud Holocaust-Überlebende auch zu ihren Gartenpartys ein und verlieh ihnen Ehrungen wie die British Empire Medal (BEM), den Member of the Order of the British Empire (MBE) und den Order of the British Empire (OBE), was ihrer Meinung nach bedeutet, dass die Königin ihr Wirken sehr schätzt.

Als Elisabeth älter wurde und nicht mehr in der Lage war, an so vielen Veranstaltungen teilzunehmen, hörte sie auf, die Schirmherrschaft über so viele Wohltätigkeitsorganisationen zu übernehmen, und übertrug ihrer Familie eine größere Rolle. Die Schirmherrschaft über den Holocaust Memorial Day Trust ging 2015 auf ihren Sohn, den heutigen König Charles III., über, und

2020 nahmen Prinz William, Herzog von Cambridge, und seine Frau Catherine, Herzogin von Cambridge, an der Zeremonie zum Holocaust-Gedenktag teil.

Marks-Woldman sagte, dass viele Überlebende des Holocaust ihr sagten, die Königin sei die Verkörperung des Willkommens, das sie im Vereinigten Königreich gefunden hätten, mit den Möglichkeiten und Chancen für sie, ihr Leben neu aufzubauen.

„Ich kam 1947 als Kind, das den Holocaust überlebte, nach Großbritannien und erinnere mich an die Aufregung um die Krönung der Königin“, sagte die Holocaust-Überlebende Joan Salter in einer Pressemitteilung der HMDT. „Für jemanden, der so viele Umwälzungen und Traumata erlebt hat, war die Königin für mich ein wichtiges Symbol der Weisheit und Stabilität. Meine Gedanken sind bei König Charles III. und seiner Familie in dieser schwierigen Zeit.“

Der britisch-israelische Michael Dickson, Geschäftsführer von StandWithUs Israel, twitterte, dass die „jüdischen Bürger des britischen Commonwealth den Tod der Königin zutiefst betrauern werden“.

„Sie war während der vielen Jahrzehnte ihrer Regentschaft eine unerschütterliche Freundin der jüdischen Gemeinschaft“, twitterte er.

Dickson wies in weiteren Tweets auf die Unionsflagge hin, die in ganz Israel – dem einst von Großbritannien verwalteten Land – gehisst wurde, unter anderem auf dem Rathaus von Tel Aviv und in der Altstadt von Jerusalem.

Sie hat Israel nie besucht

Dennoch war ihre Herrschaft in der jüdischen Welt nicht unumstritten.

Ein besonders wunder Punkt war, dass sie trotz ihrer Besuche in vielen Ländern während ihrer langen Regentschaft, darunter Länder des Nahen Os-

tens und Nordafrikas wie Ägypten, Saudi-Arabien, Katar und Jordanien sowie Länder mit einer sehr schlechten Menschenrechtsbilanz, Israel nie besuchte.

Nach Angaben von Aish.com sorgte die Königin bei einem Besuch in Jordanien im Jahr 1984 für Unruhe in der britischen jüdischen Gemeinde. Als ihr eine Karte von Judäa und Samaria (auch als Westjordanland bekannt) gezeigt wurde, die Israel im Sechstagekrieg 1967 unter seine Kontrolle gebracht hatte, sagte die Königin, dies sei deprimierend. Sie bezeichnete auch die israelischen Flugzeuge, die das Gebiet überflogen, als „beängstigend“.

Es wird vermutet, dass die Königin Israel auf ihren Reisen auf Geheiß des britischen Außenministeriums meidet, das laut The Jerusalem Post befürchtete, ihr Besuch könnte einen Gegenschlag der arabischen Verbündeten Großbritanniens a

Während König Charles Israel bei einigen Gelegenheiten inoffiziell besucht hat und ihr verstorbener Ehemann Prinz Philip das Grab seiner Mutter auf dem Ölberg besuchte, fand der erste offizielle Besuch eines Mitglieds der königlichen Familie in Israel durch Prinz William im Jahr 2018 statt.

Dennoch begrüßte sie israelische Würdenträger, die sie besuchten, darunter die israelischen Präsidenten Chaim Herzog – der Vater des derzeitigen israelischen Präsidenten – Ephraim Katzir und Ezer Weizman.

Im Jahr 2008 schlug sie auch den ehemaligen Präsidenten Shimon Peres in den Ritterstand. Sie verlieh einer Reihe prominenter britischer Juden die Ritterwürde und erhob die ehemaligen Oberrabbiner Immanuel Jakobovits und Sacks in den Adelsstand, indem sie ihnen Adelstitel verlieh.

Aus dem Englischen
von Daniel Heiniger

Die Königin ist tot, lang lebe der König

Es ist durchaus möglich, dass König Charles III. neue Akzente im Verhältnis zum jüdischen Staat Israel setzen wird. Die britische jüdische Gemeinde wird jedenfalls, wie schon auch zuvor für die Königin, an jedem Shabbat ihr wöchentliches Gebet für die königliche Familie sprechen, in dem König Charles III. als „unser souveräner Herr“ bezeichnet wird. (JR)

Ben Cohen/JNS.org

Die Tatsache, dass Königin Elisabeth II. sowohl die dienstälteste als auch die älteste Monarchin Großbritanniens war, zeugt von der geschichtlichen Epoche, in der sie lebte und der sie einen unauslöschlichen Stempel aufdrückte.

Im Vergleich zu früheren Epochen war Elisabeths Regierungszeit von Wohlstand und Wachstum geprägt. Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende seines Reiches wandte sich Großbritannien nach innen und schuf einen Wohlfahrtsstaat, der sich um die Gesundheit und Bildung seiner Bürger kümmerte und ein soziales Sicherheitsnetz für diejenigen bot, die es brauchten. Im Allgemeinen genossen die Briten ein längeres und produktiveres Leben, und das unter einer Monarchin, die ganze 70 Jahre lang regierte und im Alter von 96 Jahren starb (Elisabeths nächste Konkurrentin in Sachen Langlebigkeit, ihre Urgroßmutter Königin Victoria, regierte fast 64 Jahre lang und war 81 Jahre alt, als sie starb).

Für die BBC war der Tod der Königin am 8. September so einschneidend, dass er einem „Moment, in dem die Geschichte aufhört“ gleichkam. Gewiss, es war ein Moment, in dem man sich von der täglichen Hektik der Ereignisse zurückziehen konnte, um ihren eigenen Beitrag zu betrachten. Wie ich vor einigen Jahren schrieb, „werden die Historiker nun eine großartige zweite elisabethanische Ära zu durchforsten haben, die so lang ist, dass die Dinge, die die erste Hälfte ihrer Regierungszeit kennzeichneten – Rationierungsbücher, die Kämpfe der königlichen Familie mit der Kirche von England, ein knurriges Punk-Liedchen der Sex Pistols, in dem sich ‚Königin‘ auf ‚faschistisches Regime‘ reimte – im Zeitalter der sozialen Medien nur noch eine trübe Erinnerung sind.“

Königliche Distanz

Doch in diesen 70 Jahren war die Königin eine weit entfernte Figur, die aus der Ferne geliebt wurde – mehr als Galionsfigur und wichtiges nationales Symbol denn als Mensch aus Fleisch und Blut. Unvergessliche Aktionen wie der Aufenthalt in London während des verheerenden Blitzkriegs, der 1940 und 1941 von den Kampfflugzeugen der deutschen Luftwaffe ausgelöst wurde, fügten sich in eine umfassendere Darstellung des Dienstes an ihrem Land ein, der über allem anderen stand.

Gleichzeitig erfuhr das britische Volk nie ihre inneren Gedanken und Gefühle. In ihren Gesprächen mit der Öffentlichkeit achtete sie darauf, Kontroversen zu vermeiden – oder zumindest die eigene Sichtweise der Königin – so dass diese Gespräche stets recht unaufgeregt waren. Von Zeit zu Zeit äußerte sie Ansichten, die die Kluft zwischen ihrem vergoldeten Leben und dem Alltag ihrer Untertanen unterstrichen. So äußerte sie einmal, dass sie traurig darüber sei, „dass die Menschen keine Arbeit fürs Leben annehmen, sondern die ganze Zeit über verschiedene Dinge ausprobieren“. Jeder, der gezwungen ist, für seinen Lebensunterhalt zu arbeiten, weiß, dass der moderne Arbeitsmarkt einem in dieser Hinsicht allzu oft keine Wahl lässt.



Mit 73 Jahren beerbt König Charles III den Thron von seiner Mutter

Dass Elizabeth mit den alltäglichen Herausforderungen ihrer Untertanen nicht vertraut war, hinderte sie jedoch nicht daran, einen ausgeprägten politischen Sinn zu entwickeln. In vielen der seit ihrem Tod veröffentlichten Nachrufe wurde mit Erstaunen festgestellt, dass während ihrer Regierungszeit nicht weniger als 15 Premierminister im Amt waren, darunter der 1874 geborene Sir Winston Churchill und die 1975 geborene Liz Truss. Jeder dieser Premierminister nahm pflichtbewusst an einem privaten wöchentlichen Treffen mit der Königin teil, um sie über die aktuellen Ereignisse zu informieren – eine eher anachronistische Praxis, wenn man bedenkt, dass die britischen Monarchen schon lange vor ihrer Thronbesteigung im Jahr 1952 keine wirkliche Macht mehr besaßen, die aber zweifellos auch unter dem neuen britischen Staatsoberhaupt, König Charles III, bestehen bleibt.

Vielleicht war es Elisabeths größte Leistung, einen soliden Konsens in

durchaus Beunruhigung hervorrufen; doch in Großbritannien missgönnen die meisten Menschen der Monarchin ihre Ausgaben nicht. Das Ausbleiben einer Massenbewegung zugunsten einer Republik und die historische Zurückhaltung selbst linker Parlamentsabgeordneter, die Notwendigkeit der Monarchie in Frage zu stellen, lassen vermuten, dass sich Charles und seine Nachfolger in Bezug auf ihr Überleben wenig Sorgen machen müssen.

Selbstlose Ethik

Natürlich ist nichts garantiert. Die Stabilität der Monarchie beruhte zum großen Teil auf dem Talent von Elizabeth, ihr öffentliches und privates Leben zu trennen und größere Skandale zu vermeiden. Das weithin sichtbare Bild der Königin, die im April 2021 in einer sozial distanzierten Westminster Abbey saß und eine schwarze Maske über ihrem Gesicht trug, als sie ihren Mann, Prinz Philip, zu Grabe trug, während die britische Regierung von Enthüllungen

mit dem in Ungnade gefallenem Pädophilen Jeffrey Epstein angerichtet hat.

Sollte sich die Frage nach der Zukunft der Monarchie stellen, sind dies die Art von Details, die das Ergebnis jeder Debatte beeinflussen werden. Niemand sollte so tun, als ob Charles in die übergroßen Schuhe seiner Mutter passen würde, und er steht nun vor der gewaltigen Aufgabe, die Zuneigung und den Respekt des britischen Volkes zu gewinnen. Das Wissen, dass seine Mutter trotz der häufigen Vorschläge, sie solle zugunsten von Charles abdanken, auf dem Thron geblieben ist – um die jetzige Situation zu vermeiden, in der er mit 73 Jahren König wird – wird ihm dabei auch nicht helfen.

Nichtsdestotrotz wird es in den kommenden Tagen eine Flut von Gebeten für den Erfolg des neuen Monarchen geben, nicht zuletzt von der britischen jüdischen Gemeinde, die an diesem Schabbat ihr wöchentliches Gebet für die königliche Familie sprechen wird, in dem König Charles zum ersten Mal als „unser souveräner Herr“ bezeichnet wird. Damit einher geht eine tiefe Traurigkeit darüber, dass eine Frau, die fast ein Jahrhundert lang ein fester Bestandteil des britischen Lebens war, plötzlich nicht mehr da ist, sowie eine gewisse Besorgnis darüber, was die Zukunft bringen mag. Es scheint also nur fair, King Charles das beste britische Glück zu wünschen.

In Anbetracht dessen, was seine Mutter repräsentierte, und des hohen Ansehens, das sie in der ganzen Welt genoss, wird er es brauchen.

Ben Cohen ist ein in New York City lebender Journalist und Autor, der für JNS eine wöchentliche Kolumne über jüdische und internationale Angelegenheiten schreibt.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

» Charles wird die Schande, die er durch das Scheitern seiner Ehe mit der verstorbenen, sehr geliebten Prinzessin Diana auf sich zog, nie ganz abschütteln können «

der britischen Bevölkerung zu erhalten, dass die Monarchie intakt bleiben sollte. Im vergangenen Jahr belief sich das Budget der königlichen Familie auf mehr als 120 Millionen Dollar, wovon etwa 10 Prozent für die Reisekosten und den Haushalt aufgewendet wurden. In einem anderen Kontext könnte die Ausgabe öffentlicher Gelder für den Luxus eines nicht gewählten Staatsoberhauptes und seiner Familie in einer Wirtschaft, die auf eine neue Rezession zusteuert,

über trunkene Büropartys während der Pandemielockdowns erschüttert wurde, schien ihre selbstlose Ethik ebenso zu verkörpern wie die Versäumnisse der weniger Sterblichen um sie herum. Charles wird die Schande, die er durch das Scheitern seiner Ehe mit der verstorbenen, sehr geliebten Prinzessin Diana auf sich zog, nie ganz abschütteln können, während Andrew, ihr jüngerer Sohn, sich nie von dem Imageschaden erholen wird, den seine Freundschaft

NatCon in Miami: Treffen des internationalen Konservatismus

An der NatCon-Konferenz (National Conservatism Conference) in Miami Anfang September nahmen über 900 Zuschauer und Redner teil. Konservative aus den USA und Israel sehen große Herausforderungen auf EU und USA zukommen: Die Verteidigung der eigenen Werte gegen woke Ideologien im Inneren und die politische Auseinandersetzung mit China und dem kriegesischen Geschehen in Osteuropa im Äußeren. Die Jüdische Rundschau war bei der Konferenz vor Ort. (JR)

Von Filip Gašpar

Anfang September fand in Miami, der Hauptstadt des sonnigen US-Staats Florida, die dritte NatCon-Konferenz statt. Und die diesjährige Rednerliste musste sich nicht verstecken. Peter Thiel, der deutsch-amerikanische Tech-Investor, Milliardär und Gründer von PayPal, war einer der Redner. NatCon steht für „National Conservatism Conference“ und die Zielsetzung der Konferenz war es, eine konservative Verteidigung des Nationalismus, die sich mit „America First“, Trumps Wahlkampfeslogan, vereinbaren lässt, umzusetzen.

Die diesjährigen Diskussionsthemen der NatCon drehten sich um den richtigen Umgang mit Chinas geopolitischen Ambitionen, die Abwehr der Wokeness und der Gender-Ideologie und wie die Konservativen die USA wieder auf den Pfad der Tugend führen könnten. In einem Kongresshotel in Miami hatten sich über 900 Teilnehmer und Redner aus der ganzen Welt versammelt. Die meisten aus Israel und den USA, aber auch Österreicher, Ungarn und gar ein Kroatier aus Deutschland sind im Sunshine State gesichtet worden.

Organisiert wurde die dreitägige Konferenz von der Edmund Burke Foundation, deren Leiter der israelische Historiker Yoram Hazony ist. Dessen Buch „Nationalismus als Tugend“ aus dem Jahr 2018 kann man als eine gelungene Abhandlung der Trump-Ära bezeichnen. Vor einigen Monaten ist sein neues Buch mit dem Titel „Conservatism: A rediscovery“ auf Englisch erschienen. Für eine deutsche Übersetzung ist noch kein Verlag gefunden.

Auf der Konferenz sah man viele Kippa-Tragende Teilnehmer und auch in Miami selbst gehörten Kippa-Träger eher zum normalen Stadtbild als es in Deutschland der Fall ist.

Skepsis gegenüber Big Tech Unternehmen

Die Konferenz begann nach einer morgendlichen Besucherregistrierung gegen 13 Uhr. Man kann durchaus sagen, dass die amerikanischen Nationalkonservativen eindeutig einen anderen Blick auf die Handelspolitik haben, als es noch die ehemaligen Präsidenten George W. Bush und Ronald Reagan hatten. Im Laufe der Zeit gesellte sich noch eine Skepsis gegenüber Big Tech Unternehmen wie Google, Facebook, aber natürlich auch dem chinesischen TikTok, dazu.

Peter Thiel eröffnete die dreitägige Konferenz auch mit seinem Vortrag. Darin führte er die Rolle Kaliforniens, das in den vergangenen Jahren zu einem konservativen Rückzugsort geworden ist, näher aus. Kaliforniens Hauptproblem ähnele dem von Saudi-Arabien oder Venezuela, nämlich, dass es Opfer seines eigenen „Ressourcenfluchs“ geworden sei. Thiel meinte damit, dass der vom kalifornischen



Floridas Gouverneur Ron DeSantis wird als nächster Präsidentschaftskandidat gehandelt

Technologiesektor generierte Reichtum mittlerweile so groß geworden sei, dass er am Ende die gesamte politische Ökonomie des Staates verzerre.

Thiel ging sogar weiter, indem er ausführte, dass „Wokeness“ in der westlichen Welt, und hier vor allem in den USA, eine ähnliche Rolle wie der Wahabbismus in Saudi-Arabien spiele. Dabei gebe es eine Minderheit von vielleicht gerade einmal 20 Prozent „der rechtschaffenen Gläubigen“,

„Wokeness“ spielt in der westlichen Welt eine ähnliche Rolle wie der Wahabbismus in Saudi-Arabien

der Rest und hierunter erst recht die politischen Eliten, geben meistens eine Art Lippenbekenntnis ab, um ihren Machterhalt somit zu sichern. Es war nicht immer einfach den teilweise kryptischen Ausführungen des Milliardärs zu folgen und die dazu eingeblendeten Folien seiner Präsentation auf den großen Bildschirmen machten es nicht unbedingt leichter.

Präsidentschaftsambitionen

Mit von der Partei war auch Ron DeSantis, der Gouverneur von Florida. Dessen Präsidentschaftsambitionen für die Wahlen 2024 können nebenbei bemerkt als das am schlechtesten gehütete Geheimnis der derzeitigen amerikanischen Politik bezeichnet werden. Man gewann den Eindruck, dass der erste Tag auch teilweise, wie eine umfassende Wahlkampfveranstaltung für DeSantis' eventuell kommenden Präsidentschaftswahlkampf war. Doch DeSantis schaffte es mit

seiner knapp einstündigen Rede beim Abschlussdinner am Sonntagabend, das Publikum wachzurütteln und mitzureißen.

Hinter dem Rednerpult fühlte sich der Gouverneur voll in seinem Element, was man ihm anmerkte. Er verbrachte fast eine Stunde damit, seine großen gesellschaftlichen und politischen Themen der vergangenen zwei Jahre durchzugehen: den Kampf gegen die Bürokraten im öf-

fentlichen Gesundheitswesens wegen Lockdowns, Schulschließungen, Test- und Maskenpflicht. Im Gegensatz zu Deutschland und in teilweise einigen anderen von Demokraten geführten Staaten gab es in kalifornischen Restaurants nämlich weder eine Test- noch eine Maskenpflicht. Weiter erzählte er von seinen Gesetzesinitiativen gegen die „woke“ Indoktrination an Schulen, Universitäten und am Arbeitsplatz. DeSantis sprach auch vom Krieg mit Disney über das, was er als die Pläne des Unternehmens bezeichnete, die Kinder Floridas mit der Gender-Ideologie zu indoktrinieren. Der Saal brach in Jubel aus, als er zum Höhepunkt seiner Rede kam und ausrief: „Disney wird keine eigene Regierung mehr haben!“.

Besinnung auf religiöse Werte

Rachel Bovard, die Direktorin des „Conservative Partnership“ Instituts, eröffnete den zweiten Tag der Kon-

ferenz mit der Ausführung einiger Ziele des nationalen Konservatismus in ganz bestimmten Konfliktsituationen. In ihren Ausführungen ging es um das Engagement in Bezug auf Chinas Rolle, den Freihandel und eine Selbstregulierung des Marktes von Big Banks und Big Tech. Das Bild des Stiefels der US-Handelskammer der auf das Gesicht eines ungeborenen Babys stampft. „Bis in alle Ewigkeit.“ zeichnete sie als einen Gegenentwurf zu ihren Vorstellungen.

Überhaupt spielte das Thema Religion eine große Rolle auf der Konferenz. Ganze zwei Podiumsdiskussionen waren dem Katholizismus gewidmet. Deswegen darf es auch nicht verwundern, dass Yoram Hazony und Josh Hawley, der republikanische Senator von Missouri, beide die Bibel als grundlegenden Text überhaupt bezeichneten. Hazony sagte in seiner zweiten Rede: „Der Tag, an dem Sie aufhören, Angst davor zu haben, ein Christ zu sein, der Tag, an dem Sie aufstehen und sagen, dass Amerika eine christliche Nation ist, das ist der Tag, an dem der erwachte Neomarxismus seinesgleichen gefunden hat!“

Josh Hawley ergänzte noch: „Es gibt keine Idee, die für das amerikanische Leben zentraler ist als die Würde des einfachen Menschen. Das ist eine Idee, die uns die Bibel vermittelt hat.“.

China als Herausforderung

Der dritte und abschließende Tag der Konferenz befasste sich unter anderem mit dem Verhältnis Amerikas zu China. Es gab eine Podiumsdiskussion zum Thema: „Die Herausforderung Chinas“. Unter den Podiumsteilnehmern war auch der Journalist und Chinaexperte David P. Goldman. Er zeigte in seinem Vortrag die „Fünf Mythen über China und warum sie uns umbringen könnten“ auf. Andere Teilnehmer der Podiumsdiskussion führten an, dass China zwar viele schlechte Dinge tue, aber man ihm zugestehen müsse, nicht woke zu sein.

Auf der Webseite der National Conservatism Conference werden als Ziele angeführt, „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Journalisten, Wissenschaftler und Studenten zusammen zu bringen, die verstehen, dass die Vergangenheit und Zukunft des Konservatismus untrennbar mit der Idee der Nation, dem Prinzip der nationalen Unabhängigkeit und der Wiederbelebung der einzigartigen nationalen Traditionen verbunden sind, die allein die Macht haben, ein Volk zusammenzuhalten und sein Gedeihen zu bewirken“.

Es bleibt zu hoffen, dass die Teilnehmer diese Ziele umsetzen können. Dennoch darf man Yoram Hazony und seinem Organisationsteam zu einer rundum gelungenen Konferenz gratulieren. Die nächste „National Conservatism Conference“ wird eventuell in London oder Budapest abgehalten werden.

Jordan Peterson: Der Star der Politisch-Inkorrekten

Ende September absolvierte der kanadische Psychologie-Professor Jordan Peterson in Berlin seinen einzigen Auftritt in Deutschland. Nach seinem Besuch des Holocaust-Mahnmals am Brandenburger sprach er sich gegen die inflationäre und leichtfertige Verwendung des Begriffs „Genozid“ aus. Ähnlich sei es in seiner Heimat Kanada und besonders unter dem Premierminister Justin Trudeau. Dort habe man bereits angefangen, die europäische Besiedlung des Landes als „Genozid“ zu bezeichnen. Sein angekündigtes Buch wird „Die mit Gott ringen“ heißen, in Anlehnung an Eretz Israel. (JR)

Von Filip Gašpar

Die einen lieben ihn, die anderen hasen ihn, doch niemand ignoriert ihn. Gemeint ist der klinische Psychologe und ehemalige Universitätsprofessor Jordan Peterson aus Kanada. Bis kürzlich lehrte er noch an der Universität Toronto, lehrte und davor auch in Harvard.

Seine Selbsthilfe-Bücher „12 Rules for Life. Ordnung und Struktur in einer chaotischen Welt.“ (2018) und der Nachfolger „Beyond Order – Jenseits der Ordnung“ (2021) machten ihn zum Bestsellerautoren und zum weltweit gefeierten Star in den sozialen Medien. „Beyond Order“ ist auch der Titel seiner Show.

Twitter löscht Account

Allein auf seinem YouTube-Kanal hat er über fünf Millionen Abonnenten. Vor kurzem ereilte ihn dasselbe Schicksal auf dem Kurznachrichtendienst Twitter wie Donald Trump. Doch dies tat seiner Bekanntheit keinen Abbruch, sondern verhalf dieser zu neuen Höhen. Was hatte Peterson angestellt? Er hatte es gewagt den Transschauspieler Elliot Page unter seinem „Deadname“ und mit den falschen Pronomen anzusprechen. Unter „Deadname“ ist der Name zu verstehen, den eine Person vor ihrer Transformation verwendete, oder anders ausgedrückt der Geburtsname. Endgültig schoss er den Vogel mit einem Tweet ab, als er es wagte das Aussehen eines Plus-Size-Modell mit „Verzeihung, nicht schön“ zu kommentieren. Für Twitter zu viel, sein Benutzerkonto wurde daraufhin gelöscht. Als nächstes wechselte er zu Ben Shapiro, dem Inhaber des amerikanisch-konservativen Nachrichtenportals „Daily Wire“.

Jordan Peterson wird als großer Kämpfer gegen die Wokeness, Gender-Theorie und die politische Korrektheit gefeiert und dabei nimmt er kein Blatt vor den Mund. Kritiker seiner Theorien werfen ihm vor, dass seine Anhängerschaft vor allem aus Leuten der Neuen Rechten bestehe. Der Auftritt im Berliner Tempodrom Ende September war sein Auftritt in Deutschland während seiner Europatournee. Doch wer glaubte nur alte weiße Männer im Berliner Tempodrom im Publikum anzutreffen, der wurde eines Besseren belehrt. Ganz im Gegenteil. Das Publikum in Berlin setzte sich aus vielen jungen Menschen zwischen 18 bis 50 Jahren zusammen.

Proteste gegen Auftritt

Draußen vor dem Hippodrom hatte das Bündnis „Keine Bühnen für Täter“ zu einer Gegendemonstration aufgerufen. Die Polizei musste die Peterson-Anhänger vor 300 Demonstranten schützen. Neben Transparenten mit dem Konterfei von Slavoj Žižek, einem intellektuellen Kontrahenten Petersons, gab es auch ein Transparent auf dem stand „Ersticke an deinem Hum-



Jordan Peterson

mer“. Dies ist auf die Regel Nummer Eins aus Petersons Buch zurückzuführen, die von der aufrechten Haltung handelt. Peterson erklärt die Regel am Beispiel des Hummers. Wenn dieser nach einem verlorenen Kampf seine aufrechte Haltung aufgibt, dann verliere er auch jeden weiteren Kampf. Und das Leben ist bekannterweise ein Kampf.

Das Tempodrom begann sich langsam mit Zuschauern zu füllen. Vorher gab es eine strenge Sicherheitskontrolle, bei der sogar größere Taschen draußen abgegeben werden mussten. Für den Eintritt musste man knapp 70 Euro zahlen. Drinnen gab es noch die Möglichkeit für 200 Euro einen VIP-Pass zu erwerben. Darin enthalten war ein kurzes „Meet and Greet“ nach der Show mit Peterson. Wahrscheinlich gerade so viel Zeit, um sich eins der Bücher signieren zu lassen oder ein Selfie zu machen. Endlich gingen kurz nach 20 Uhr die Lichter aus. Es folgte ein kurzes Konzert mit klassischer Gitarrenmusik. Foto und Videoaufnahmen sind strengstens untersagt worden, doch natürlich halten sich nicht alle daran – Konsequenzen hat es keine gehabt.

Als nächstes betritt seine Ehefrau Tammy Peterson die Bühne. Zuerst verkündete sie weitere unternehmerische Pläne ihres Mannes, um dann den weiteren Verlauf des Abends zu erklären.

In den nächsten Monaten soll eine Online-Akademie gestartet werden.

Vorab war es den Zuschauern möglich über eine App Fragen zu schicken, die dann von seiner Ehefrau ausgewählt, jedoch ihrem Mann nicht vorher gezeigt wurden. Endlich kam der große Moment und der Rockstar der konservativen Szene mit grau melierten Haaren, Krawatte und natürlich in einem stilecht blauen Maßanzug betritt die Bühne. Das Publikum im Saal erhob sich von seinen Stühlen und spendete ihm tosenden Applaus. Dies sollte sich im Laufe des Abends öfters wiederholen, und schon kleinste Gesten und einzelne Aussagen Peterson genügten dafür. Eben das, was man von einem Rockstar erwartet. Die Demonstranten vor der Tür waren auch Peterson nicht entgangen, was er dem Publikum auch sagte. Diese quittierte seinen Kommentar mit lautem Johlen.

Die eigene Zukunft schreiben

Auf der Bühne befanden sich zwei Ledersessel, dazwischen ein Tisch mit San Pellegrino-Wasserflaschen. Sein Auftritt begann mit knappen 20 Minuten frei nach zum Thema „Jenseits der Ordnung“. Ein Versuch das zusammenzufassen ist eigentlich zum Scheitern verurteilt, aber hier trotzdem ein Versuch. Laut Peterson steckt in Mythen und Geschichten oft mehr als in der Wirklichkeit. Um ein erfolgreiches Leben führen zu können, muss sich der Mensch seiner Vergangenheit stellen, diese begreifen und danach die eigene Zukunft schreiben.

Peterson erwähnte auch, dass der erste Entwurf zu seinem neuen Buch mit dem Titel „Die mit Gott ringen“, was eine Übersetzung des Wortes Israel ist, fertig gestellt wurde. Außerdem sei ein Film zusammen mit Ben Shapiro über Jerusalem und noch weitere Filme in Planung. Danach nahm er neben seiner Frau Platz, die während seines gesamten Vortrags nicht redete, außer wenn sie ihm die vorher eingereichten Fragen stellte.

Manchmal gibt es keine Antwort

Es sollten insgesamt ganze drei Fragen werden. Und auf die Frage, welchen Ratschlag er als Psychologe einem Soldaten geben würde, der zum Ukrainekrieg eingezogen würde, blieb er still, ging in sich und sagte schließlich: „Ich habe darauf keine Antwort“, was ihn noch souveräner erscheinen lässt.

Peterson handelte seine bekannten Themen zur Selbstoptimierung ab und erntete besonders viel Zuspruch, wenn er gegen seine linken Gegner austeilte. Dabei fielen Aussagen wie, dass Identität nichts sei, was man fühle oder dass es so etwas wie einen progressiven Intellektuellen überhaupt nicht geben könne. Auch auf den korrekten Umgang der eigenen Kinder mit dem Mobiltelefon und zur Erziehung im Allgemeinen ging er ein.

Die Frage zum deutschen Schulsystem brachte ihn zu seinem Lieblingsthema: nämlich dem Unterschied zwischen Männern und Frauen. Peterson bejaht, dass manche Frauen maskuliner und manche Männer femininer seien, aber Menschen, die im falschen Körper zur Welt gekommen seien, so etwas existiere nicht. Punkt. Dieses Nein brachte ihm mit den größten Applaus ein.

Die Erfindung der Anti-Baby-Pille und die damalige Zeit der „freien Liebe“ waren sein nächstes Thema. Der Begriff „freie Liebe“ klang aufregend und gut, bis das HIV-Virus den Spaß verdarb. Doch er ging in seinen Thesen noch weiter, dass die Anti-Baby-Pille die Menschheit zerstören könne. Weil erstmals in der Menschheitsgeschichte den Frauen die Macht über die Fortpflanzung gegeben worden sei und die damit einhergehenden Auswirkungen überhaupt noch nicht abzuschätzen seien.

Vor dem Auftritt hatte er das Holocaust-Mahnmal am Brandenburger Tor besucht. Durch die Last der Schuld der Schrecken des 20. Jahrhunderts zerreiße sich Deutschland innerlich. Ähnlich wie sein Heimatland Kanada, das begonnen habe, die europäische Besiedlung Kanadas als einen Genozid zu bezeichnen. Petersen warnte vor einem inflationären und leichtsinnigen Gebrauch des Begriffs.

Gegen 22 Uhr, also nach ungefähr anderthalb Stunden standen die Petersons auf, verabschiedeten ihr Publikum unter tosendem Applaus und erklärten das Spektakel für beendet. Schließlich warteten draußen noch VIP-Zuschauer auf ihr Selfie.

Muslimische Bluttat in Frankreich: Mord am Juden Eyal Haddad

Wieder wurde in Frankreich ein Mensch von einem Muslim ermordet, nur weil er Jude war. Das jüdische Opfer Eyal Haddad wurde von seinem Nachbarn bestialisch mit einer Axt erschlagen und danach angezündet. Obwohl der Täter selbst gestand, Haddad ermordet zu haben, nur weil er Jude sei, sind die Behörden nicht bereit, die Tat als antisemitisch zu werten. Wie auch in Deutschland üblich, werden Motive und Zugehörigkeit der Täter im Fall von islamischen Übergriffen zunehmend relativiert und bewusst falsch verortet. (JR)

Von Miriam Sofin

Eyal Haddad, ein tunesisch-israelischer Jude, wurde im August barbarisch von seinem muslimischen Nachbarn ermordet. Ursprünglich stammte er von Djerba, einer kleinen Insel vor der tunesischen Küste und besaß neben der tunesischen auch die israelische Staatsbürgerschaft. Anlässlich seiner Ermordung richtete sich der tunesische Oberrabbiner, Chaim Bitan, der auch repräsentativ für die Konferenz europäischer Rabbiner sprach, höchstpersönlich an die französische Regierung:

"Wir sind tief erschüttert vom Mord an einem aus unserer Stadt Djerba stammenden Sohn zu hören. Eyal Haddad wurde kaltblütig von einem Monster in Frankreich umgebracht. Wir bitten die französische Regierung darum, den Täter seiner gerechten Strafe zuzuführen, die Untersuchung des Falls für alle transparent zu gestalten und Anzeige wegen Mordes zu erheben, um Nachahmungstaten im Keim zu ersticken."

Der 34-jährige Haddad wurde am 20. August in der kleinen französischen Gemeinde Longperrier, die etwa 35 Kilometer nordöstlich von Paris liegt, von seinem Nachbarn, einem muslimischen Mann namens Mohamed Dridi, mit einer Axt totgeschlagen. Der 24 Jahre alte Dridi stellte sich nach der Tat der Polizei und räumte das Verbrechen ein. Er gab zudem an, zunächst versucht zu haben, den Leichnam seines Opfers durch Verbrennen verschwinden zu lassen, was ihm aber nicht gelungen sei. Nach Aussage der jüdischen Organisation Bureau national de vigilance contre l'antisémitisme (BNVCA) fand man die sterblichen Überreste des Ermordeten schließlich in einem Waldgebiet in der Nähe seiner Wohnung begraben.

Die BNVCA gab auch an, dass Dridi zunächst gegenüber der Polizei ausgesagt habe, Haddad aufgrund eines Streits um 100 Euro getötet zu haben, die er ihm geschuldet haben soll. In späteren Verhören soll er jedoch seine Geschichte geändert und letztendlich zugegeben haben, Haddad nur deshalb umgebracht zu haben, da er jüdisch war und dass es ihm in Wahrheit nie um das Geld gegangen sei.

Weil er Jude war

Trotz Dridis Geständnis, seinen Nachbarn aufgrund seines jüdischen Glaubens getötet zu haben und mehreren antisemitischen und israelfeindlichen Postings, die er zuvor auf Facebook abgesetzt hatte, gingen die Ermittler in Frankreich zunächst nicht von einem antisemitischen Tatmotiv aus. Vielmehr hielten sie Dridis erste Aussage, dass ein Streit zwischen den beiden Männern um Geld eskaliert sei, für ausschlaggebend.

Meyer Habib, ein jüdisches Mitglied des französischen Parlaments, sagte gegenüber der französischen Presse, vieles rund um die Tat liege noch immer im Dunkeln. Jedoch werde das Verbrechen gründlich von den Behörden untersucht. Er verlasse sich voll und ganz auf die Polizei, Licht ins Dunkle zu bringen und

den furchtbaren Fall vollständig aufzuklären. Habib gab zudem an, von der Familie des Opfers, die in der Großstadt Beersheba im Süden Israels lebt, gebeten worden zu sein, den Leichnam ihres Sohnes schnellstmöglich zum Begräbnis zu ihnen bringen zu lassen. Dieser Bitte sei er selbstverständlich nachgekommen. Mittlerweile wurde Eyal Haddad im Beisein seiner Verwandten und Freunde in Israel beigesetzt.

Trotz des öffentlichen Aufschreis der jüdischen Gemeinde in Frankreich aufgrund der außerordentlichen Brutalität der Tat, halten sich die französischen Behörden bisher über den Fall bedeckt. "Das Tötungsdelikt wurde mutmaßlich von einem muslimischen Tatverdächtigen begangen und geschah höchstwahrscheinlich aus Judenhass. Besorgniserregend ist deshalb das Schweigen von Justiz und Politik über dieses abscheuliche Verbrechen.", ließ die BNVCA verlautbaren.

Französische Behörden stehen schon lange im Verdacht, antisemitische Hassverbrechen, die von Muslimen ausgehen, aus politischen Gründen systematisch zu verschleiern. Frankreich ist europaweit das Land mit der größten jüdischen Gemeinde und gleichfalls der größten muslimischen. Dies birgt großes Konfliktpotential. Das Land wird zudem seit Jahren von Terrorattacken durch Muslime heimgesucht sowie einer Reihe von antisemitischen Morden. Bei beiden Verbrechen waren die Täter bisher ausschließlich junge muslimische Männer.

Vollständige Aufklärung gefordert

Yonathan Arfi, Präsident der Organisation Conseil représentatif des institutions juives de France (CRIF), schrieb auf Twitter, dass seine volle Solidarität in dieser schweren Zeit der Familie von Eyal Haddad gelte. Er hoffe darauf, dass alle Informationen rund um seinen Mord bald der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und bestehe darauf, dass "alle Möglichkeiten in Betracht gezogen werden müssen - insbesondere die des Antisemitismus."

Joël Mergui, Präsident der israelischen Vereinigung Consistoire central israélite, schrieb ebenfalls auf Twitter, dass der furchtbare Mord an Eyal Haddad ihn "einfach überwältigte". Die Untersuchungen müssten nun vorsichtig, aber gründlich geführt werden. Es müsse vor allem festgestellt werden, ob Antisemitismus das Tatmotiv war.

Manel Msalmi, Berater für internationale Angelegenheiten im europäischen Parlament, tweetete: "Es ist nicht das erste Mal, dass ein Jude in Frankreich von seinem Nachbarn ermordet wird (anspielend auf den berühmten Fall Sarah Halimi). Wir verurteilen diesen barbarischen und kriminellen Akt und verlangen nach Gerechtigkeit für Eyal Haddad!"

Der Europäische Jüdische Kongress (EJC) forderte ebenso die französischen Behörden dazu auf, "gründlich zu ermitteln und Licht auf das wahre Motiv des Mörders von Eyal Haddad zu werfen."

Yamina Yomtob Kalfon, Mitglied der Knesset, schrieb auf Twitter, dass er au-



Antisemitische Taten werden in Frankreich immer wieder runtergespielt

ßer sich über einen weiteren antisemitischen Mord in Frankreich sei. Er fügte hinzu, dass seiner Meinung nach "Jahre von antisemitischen Äußerungen durch muslimische Geistliche in Frankreich zu immer mehr körperlichen Angriffen bis hin zu Morden von Muslimen an Juden geführt haben." Kalfon ist selbst in Frankreich geboren und gehört zu den über 10.000 französischen Juden, die in den letzten Jahren das Land aufgrund des anwachsenden Antisemitismus durch Muslime verlassen haben und nach Israel ausgewandert sind.

Mordserie an Juden

Allein dieses Jahr hat es schon zwei mutmaßlich antisemitisch motivierte Morde von Muslimen an Juden in Frankreich gegeben: Ende Mai gab die französische Staatsanwaltschaft bekannt, dass der 89-jährige Rentner, René Hadjaj, der Mitte Mai aus dem 17. Stock seines Wohnhauses in den Tod gestoßen wurde, mutmaßlich deshalb umgebracht wurde, da er Jude war. Der Täter, sein 51 Jahre alter muslimischer Nachbar, wurde verhaftet, jedoch (noch) nicht eines Hassverbrechens angeklagt.

Im Februar kam der 31-jährige Jeremy Cohen um, als er von einem Mob junger muslimischer Männer vor einen einfahrenden Zug getrieben und überfahren wurde. Zum Tatzeitpunkt trug er eine Kippa. Seine Familie ist sich sicher, er wurde nicht zufällig Opfer der tödlichen Attacke, sondern weil er als Jude klar erkennbar war. Ursprünglich wurde sein Tod als einfacher Verkehrsunfall eingestuft, aber Videomaterial, das von Cohens Familie veröffentlicht wurde, konnte klar beweisen, dass seinem Zusammenstoß mit dem Zug ein gewalttätiger Angriff vorausgegangen war. In den Aufnahmen ist zu sehen, wie der junge

Jude von einer Gruppe von Muslimen gejagt und geschlagen wird, bis er sich schließlich auf die Gleise flüchtet, wo er seinen Tod fand.

Frankreich kämpft seit Jahren mit einem Anstieg antisemitischer Gewalttaten, die sich gegen Mitglieder der fast 500.000 Personen umfassenden jüdischen Gemeinde in Frankreich richten.

Im Jahr 2017 erschütterte der Mord an der 65-jährigen pensionierten Lehrerin, Sarah Halimi, die ganze Nation. Sie wurde von ihrem muslimischen Nachbarn aus dem Fenster geworfen, während er "Allahu Akbar" brüllte. Besonders erschütternd: Dem Mörder wurde nie der Prozess gemacht, da ein Richter ihn aufgrund des Konsums von Cannabis zum Tatzeitpunkt für "schuldunfähig" erklärte. Er kam für unbestimmte Zeit in die Psychiatrie und wird entlassen, sobald die Ärzte ihn als gesund genug erachten.

Der französische Präsident, Emmanuel Macron, nahm diesen Kriminalfall zum Anlass, um ein neues Gesetz zu erlassen, welches gewährleisten soll, dass Gewalttaten, die unter dem Einfluss von Alkohol oder Drogen begangen werden, trotzdem juristisch geahndet werden können. Es wurde im Dezember 2021 verabschiedet.

Im Jahr 2018 wurde die 85-jährige Rentnerin, Mireille Knoll, von zwei muslimischen Männern in ihrem Pariser Apartment erstochen, die später angaben, auf der Suche nach einem "versteckten Schatz" gewesen zu sein.

Die Serie brutaler Angriffe auf Juden in Frankreich durch Muslime scheint einfach nicht abbrechen zu wollen...

Großes Zitat: „Französische Behörden stehen schon lange im Verdacht, antisemitische Hassverbrechen, die von Muslimen ausgehen, aus politischen Gründen systematisch zu verschleiern.“

Kanada: Antisemit erhält Regierungsaufträge zur Bekämpfung von Rassismus

Im Gegensatz zu der für Kanada überaus segensreichen Zeit unter Premierminister Stephen Harper, entwickelt sich die kanadische Politik unter Regierungschef Justin Trudeau, wie schon auch in der Amtszeit seines Vaters, immer mehr zu einem Hort des Islamismus, des Islam-Appeasement und des Antisemitismus. Nun wurde bekannt, dass die „Community Media Advocacy“, deren Top-Berater der syrisch-stämmige Terrorfreund Laith Marouf ist, Regierungsaufträge im Wert von 500.000 kanadischen Dollar für ein Anti-Rassismus-Aktionsprogramm erhielt. Der Juden-Hasser Laith Marouf hatte mehrere antisemitische Beiträge auf Twitter verfasst, in denen er Juden als „Säcke voller menschlicher Exkremente“ bezeichnete, die nur „eine Kugel in den Kopf“ verdienten. (JR)

Chanidu Gamage/JNS.org

Vertreter der kanadischen Regierung und Mitglieder der jüdischen Gemeinde melden sich zu Wort, nachdem bekannt wurde, dass Bundesaufträge im Wert von mehr als 500.000 kanadische Dollar an eine Organisation vergeben wurden, deren Sprecher antisemitische Äußerungen machte.

Seit 2016 hat Laith Marouf, der auch als Top-Berater für das Community Media Advocacy Center (CMAC) tätig ist, mehrere antisemitische Beiträge auf Twitter verfasst, in denen er Juden als „Säcke voller menschlicher Exkremente“ bezeichnete, die nur eine „Kugel in den Kopf“ wert seien.

In den letzten sechs Jahren hat CMAC von der kanadischen Rundfunkregulierungsbehörde Verträge in Höhe von 500 Millionen kanadischen Dollar für Kostenunterstützung, Forschung und Lobbyarbeit erhalten. Der jüngste Vertrag über 133.000 Dollar mit dem Anti-Rassismus-Aktionsprogramm von Heritage Canada wurde nach Bekanntwerden von Maroufs Äußerungen ausgesetzt.

Mark Goldberg, ein Telekommunikationsberater und unabhängiger Blogger, schlägt seit einem Jahr wegen Maroufs antisemitischer Äußerungen Alarm und machte die Öffentlichkeit auf die jüngsten Zuschüsse aufmerksam.

Nach Angaben des liberalen Abgeordneten Anthony Housefather hatte der Minister für das kanadische Kulturerbe, Ahmed Hussen, Maroufs Kommentare Anfang Juli zurückgewiesen, nachdem Housefather darauf hingewiesen hatte. Housefather hat seitdem alle 338 Abgeordneten aufgefordert, Marouf zu verurteilen und zu erklären, dass CMAC keine staatlichen Mittel erhalten sollte.

Protest aus der jüdischen Gemeinde

Kanadische Funktionäre und Mitglieder der jüdischen Gemeinde haben infolge der Enthüllungen über Marouf ihre Besorgnis über den Überprüfungsprozess innerhalb der Trudeau-Regierung zum Ausdruck gebracht.

Die Oppositionsabgeordneten Pierre Poilievre, Rachael Thomas, Dan Albas, der ehemalige Abgeordnete der Liberalen Michael Levitt und der kanadische Sonderbeauftragte für die Bewahrung des Holocaust-Gedenkens und die Bekämpfung des Antisemitismus, Irwin Cotler, haben die Politik in Frage gestellt, die es Maroufs Antisemitismus ermöglichte, unter dem Radar zu fliegen.

Der Schattenminister für kanadisches Kulturerbe, der Abgeordnete John Nater, sagte gegenüber JNS, es sei „unverantwortlich und inakzeptabel“, dass Heritage Canada „keine Nachforschungen oder Hintergrundprüfungen durchgeführt hat, bevor sie dieses Geld verteilt haben“.

„Wenn die Regierung nicht in der Lage ist, eine einfache Hintergrundüberprüfung der Institutionen durchzuführen, an die sie Geld verteilt, muss sie ihre Verwendung von Zuschüssen und Spenden überdenken“, fügte er hinzu.

„Schwachstellen bei der Prüfung von Förderanträgen“

Jaime Kirzner-Roberts, Direktorin für Politik bei den Freunden des Simon-Wiesenthal-Zentrums für Holocaust-Studien, äußerte ebenfalls Bedenken. „Ungeachtet des Hasses und der Propaganda, die er verbreitet, konnte sich [Marouf] der Regierung jahrelang als legitimes Unternehmen verkaufen, ungeachtet dessen, wie absolut beleidigend seine Mitteilungen waren“, sagte sie und fügte hinzu, dass dies „problematisch“ sei.

„Es ist zutiefst beunruhigend, dass diese Person in ihrer Hassrede unterstützt und befähigt wurde, und die Regierung muss das Problem, das in diesen Programmen steckt, überarbeiten“, fuhr sie fort.

„Die jüngsten Enthüllungen haben schwerwiegende Systemmängel bei der Prüfung von Zuschussanträgen aufgedeckt“, erklärte Shimon Koffler Fogel, Präsident und CEO des Zentrums für Israel und jüdische Angelegenheiten gegenüber JNS.

„Aus unserer Sicht ist es klar, dass eine Verbesserung der Prüfung und der Programmaufsicht erforderlich ist“, fuhr er fort. „Allerdings erkennt die Regierung die Notwendigkeit einer soliden Aufsicht an – zum Beispiel im Hinblick auf die Finanzierung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA).“

Rassismus-Skandale an der Tagesordnung

Fogel sagte, um das Vertrauen wiederherzustellen, müssten die Minister ihre Prozesse überprüfen, um sicherzustellen, dass es keine anderen schlechten Akteure mit ähnlichen Beziehungen zur Regierung gibt. Er fügte hinzu, dass neue Protokolle eingeführt werden müssen, um sicherzustellen, dass die Empfänger von Zuschüssen vollständig mit den allgemeinen kanadischen Werten und insbesondere mit den erklärten Zielen übereinstimmen, die mit den jeweiligen Initiativen gefördert werden sollen.

Nater sagte, er wolle Antworten auf die Frage, inwieweit die Bundesministerien und -behörden die Einhaltung ethischer Standards bei der Vergabe von Bundeszuschüssen überwachen.

„Laut den eigenen Berichten der Abteilung für kanadisches Kulturerbe beschäftigten sie 2020-21 194 Vollzeitmitarbeiter und gaben 134.607.209 kanadische Dollar für die Förderung von Vielfalt und Integration aus“, sagte er.



„Heritage Canada“ will Bundesmittel erst wieder bewilligen, wenn neue Vergabeverfahren eingeführt worden sind.

„Wie ist es möglich, dass sie es nicht für angebracht hielten, eine Organisation zu bewerten, bevor sie entschieden, ihr 133.000 Dollar zu gewähren?“

Jasraj Singh Hallan, der Schattenminister für Einwanderung, Flüchtlinge und Staatsbürgerschaft, hat die Trudeau-Regierung um Antworten auf den grassierenden Rassismus in der kanadischen Einwanderungs-, Flüchtlings- und Staatsbürgerschaftsbehörde (IRCC) während der gesamten 44. Legislaturperiode gebeten.

Er erklärte gegenüber JNS, dass Rassismus in vielen Regierungsabteilungen ein Problem sei, wobei rassistische Manager im öffentlichen Dienst im Finanzministerium und im Büro des Staatsrats befördert würden. Er hob die Canadian Border Services Agency (CBSA) hervor, die in einen Rassismus-Skandal verwickelt ist. Einem kürzlich veröffentlichten Bericht zufolge wurde jeder vierte CBSA-Mitarbeiter Zeuge von Diskriminierung, und nur 16 % meldeten, was sie gesehen hatten. Die Bewertung ergab, dass es schwierig ist, Diskriminierung zu melden, und dass Berichte nicht ernst genommen werden oder keine Maßnahmen ergriffen werden.

Er beschrieb eine „Kultur des Protektionismus im öffentlichen Dienst, die Rassisten vor Entlassung schützt. Bis heute wurde niemand im Management des IRCC entlassen oder für seinen Rassismus gerügt; im Gegenteil, Manager und höhere Angestellte er-

hielten im letzten Jahr Boni.“

Hallan sagte, er sei ebenso enttäuscht von der mangelnden Aufsicht in den letzten sieben Jahren, die ein Muster zügelloser Diskriminierung und mangelnder Verantwortlichkeit in allen Bundesabteilungen ermöglicht habe.

Er fügte hinzu, dass es zwar Ämter gebe, die „Untersuchungen anstellen und Vorschläge unterbreiten“, dass es aber keine wirkliche Aufsicht zwischen den Bundesministerien und -behörden gebe. Hallan erklärte, dass sich nichts ändere, wenn „Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes die Augen vor ihrem eigenen Rassismus verschließen“.

In Anbetracht der Antisemitismuskorruptionen, der vorsätzlichen Blindheit, der Nachlässigkeit und der Inkompetenz räumte Hussen ein „Versagen des Überprüfungs-systems“ ein und fügte hinzu, dass Heritage Canada keine neuen Bundesmittel bewilligen werde, bis neue Verfahren eingeführt seien.

Marvin Rotrand, nationaler Direktor der B'nai Brith Canada's League for Human Rights, erklärte gegenüber JNS, er sei zufrieden mit der „Ernsthaftigkeit, mit der das Dossier behandelt wurde“.

„Uns wurde versprochen, dass wir formell konsultiert werden, einschließlich unseres Büros und der jüdischen Gemeinde“, sagte er.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Die Proteste im Iran sind eine Chance für Israel

Nach über 40 Jahren unter strenger Ayatollah-Herrschaft haben die Menschen in Persien genug und streben nach Freiheit. (JR)

Von Aviel Schneider/Israel Heute

Das Ayatollah Regime in Teheran hat heute ein größeres Problem als die bösen Zionisten in Israel. Nach dem Tod einer jungen Iranerin kommt es im Land zu immer größeren Protesten. Die 22-jährige Mahsa Amini war in Teheran von der Sittenpolizei festgenommen worden, weil sie das vorgeschriebene Kopftuch nicht regelkonform getragen hatte.

Seit einigen Tagen werden wir mit Meldungen und Videos aus dem Iran regelrecht überflutet. Aminis Tod löst immer mehr Massenproteste im Iran aus. Iranerinnen verbrennen ihr Kopftuch, demonstrieren auf den Straßen. Wird Mahsas Tod etwas verändern und damit letztendlich die iranische Atomgefahr aus der Welt schaffen?

Die Menschen protestieren ohne Angst auf den Straßen von Teheran, in Isfahan, Shiraz, Bandar-Abbas, Ahma-

dabad, Qom, Sari, Birjand, Rasht, Kasbin, Sanandaj und vielen anderen Städten in Persien. Der Fall Mahsa Amini löste landesweit eine Empörung und Trauer aus, zu der keine Opposition je fähig war. Zahlreiche Kritiker werfen der Polizei vor, sie habe Amini geschlagen, was schließlich zu ihrem Tod führte. Die Polizei wies diese Darstellung zurück. Prominente Iranerinnen schlossen sich aus Solidarität einem Protest im Internet an, indem sie etwa ihre Haare abschnitten oder Bilder ohne Kopftuch veröffentlichten. Unter ihnen die bekannten Schauspielerinnen Anahita Hemmati und Schabnam Farschaddschu.

Direkt nach der Tat und auch nach der Beerdigung wurden im Iran Instagram und WhatsApp lahmgelegt, damit keine Videos und Fotos von dem gewaltsamen Tod verbreitet werden konnten. Doch der Plan ging nicht auf. Die Proteste sowie die Fotos und

Videos verbreiteten sich wie ein Lauffeuer. In den sozialen Medien sind Bilder einer hübschen jungen Frau mit rot geschminkten Lippen zu sehen, und gleichzeitig Bilder von ihr im Krankenbett, an Maschinen hängend. In den Medien fragte man sarkastisch: „Wurde Amini so auf den richtigen Weg geführt?“ Nun fordern die Frauen das Ende der Kopftuchkontrollen.

Während im Iran Menschen auf den Straßen protestieren, spricht der iranische Präsident Ebrahim Raisi in New York vor der UN-Vollversammlung. Raisi ist für Tausende Todesurteile im Iran verantwortlich, er verleugnet den jüdischen Holocaust und darf trotzdem als Massenmörder bei der UN-Vollversammlung auf der Bühne eine Rede halten.

In Israel werden die jüngsten Entwicklungen im Iran mit Spannung beobachtet, denn so wie das iranische Volk 1979 zu einer islamischen Repu-

blik werden wollte, so kann sich das Blatt jetzt wieder drehen. Nach über 40 Jahren unter strenger Ayatollah-Herrschaft haben die Menschen in Persien genug und streben nach Freiheit.

Aus Gesprächen mit persischen Juden, die entweder noch Menschen im Iran kennen oder Stimmen aus dem Iran verfolgen, ist deutlich zu verstehen, dass die Proteste im Iran viel größer sind, als was in den ausländischen Medien ersichtlich ist. Was gerade im Iran passiert, könnte das umstrittene Wiener Atomabkommen zwischen dem Westen und Iran verhindern. Aus verschiedenen Quellen wurde Israel Heute zugetragen, dass etliche Geheimdienste hinter den Kulissen im Iran mitwirken, um das fanatische Ayatollah-Regime zu stürzen. Für Israel sind die Proteste im Iran eine wahre Chance, die iranische Atomgefahr zu vereiteln.

Lateinamerika: Iran mobilisiert die extreme Linke für Komplizenschaft

Das radikal-islamische Mullah-Regime nutzt seine Netzwerke in Lateinamerika, um Regierungsbeiräte, lokale Muslime und einheimische Bewegungen zu infiltrieren. Damit will Teheran die Sanktionen umgehen und den Einfluss der USA in der Region untergraben. Europa ist sein williger Helfer, denn unter den Mullah-Komplizen sind ausgerechnet auch diejenigen sozialistischen Machthaber, beispielsweise aus dem von linker Regierung heruntergewirtschaftetem Venezuela, die unsere links-grünen Politiker unbeirrt weiter hofieren und unterstützen. (JR)

Andrew Jose/JNS.org

Der Iran hat es im Rahmen seiner Einflussnahme in Lateinamerika auf einheimische Muslime, potenzielle Konvertiten und linke Studenten abgesehen, so ein Experte während eines Webinars am 4. August.

Die Veranstaltung mit dem Titel „The IRGC's Expanding Presence in Latin America“ (Die wachsende Präsenz der IRGC in Lateinamerika) wurde vom Endowment for Middle East Truth (Stiftung für die Wahrheit im Nahen Osten) organisiert.

Der Vortrag konzentrierte sich auf die Einflussnetzwerke des Irans, die das Land nutzt, um Regierungsbeiräte, lokale muslimische Bevölkerungen und einheimische Bewegungen zu infiltrieren.

Ottolenghi zufolge hat der Iran diese Netzwerke zu seinem Vorteil genutzt, um seine strategischen Interessen durchzusetzen, einschließlich der Umgehung von Sanktionen und der Untergrabung des Einflusses der USA in der Region.

Er sagte, dass sich die Einflussnahme des Irans nicht nur auf schiitische Muslime und potenzielle Konvertiten in Lateinamerika erstreckt, sondern auch auf „entrechtete“ Gruppen wie indigene Bewegungen, die „extreme Linke“ und befreundete Regime in Ländern wie Venezuela, Kuba und Bolivien.

Teheran baut dieses Netzwerk durch seine regionalen Soft-Power-Programme auf, z. B. durch Stipendien, bezahlte Reisen, Verlage, Kulturprogramme und die Ausbildung lokaler Geistlicher, so Ottolenghi.

Im Zentrum solcher Operationen steht die 15 Jahre alte Al-Mustafa International University in der iranischen Provinz Qom, die als „Hauptzentrum für die ideologische Indoktrination ausländischer Schüler, einschließlich Konvertiten“ dient, sagte er.

Al-Mustafa habe den Auftrag, Agenten für den Iran zu rekrutieren und Irans „revolutionäre Doktrin“ zu verbreiten, und stehe unter direkter Aufsicht des Obersten Führers des Iran, Ayatollah Ali Khamenei, über die Ahlul Bayt World Assembly.

Im Dezember 2020 erklärte das US-Finanzministerium, dass die Universität mit ihren weltweiten Zweigstellen eine „Rekrutierungsplattform“ für die Quds-Truppe des Korps der Islamischen Revolutionsgarden sei, die „nachrichtendienstliche Informationen sammelt und Operationen durchführt, einschließlich der Rekrutierung für die von der IRGC-QF angeführten ausländischen Milizen, die für das Regime von Bashar Assad in Syrien kämpfen“.

Die Universität hat eine eigene Lateinamerika-Abteilung, die von Hojatoleslam Mohsen Rabbani geleitet wird, einem ehemaligen Kulturattaché der iranischen Botschaft in Argentinien, der beschuldigt wurde, ein Drahtzieher hinter den Bombenanschlägen auf das jüdische Gemeindezentrum AMIA in Buenos Aires im Jahr 1994 zu sein, so Ottolenghi.

Ottolenghi zufolge gründen Studenten und Absolventen der Al-Mustafa lokale Medienzentren, Verlage, lokale kulturelle und schiitische muslimische Zentren und missionieren in Lateinamerika, um mehr Anhänger für das iranische Regime zu gewinnen.



Iran und Nicaragua pflegen gute Beziehungen

Mit der Zeit, so Ottolenghi, werden diese Einrichtungen finanziell unabhängig und wachsen und bringen lokale Führungskräfte hervor, die dann zu Beratern von Regierungsfunktionären werden.

„Es gibt hier ein Konzept, das mit der Rekrutierung beginnt, mit der Ausbildung, der Bekehrung, der Indoktrination und der Auswahl der talentiertesten Personen fortfährt und sie dann für spezifische Aufgaben einsetzt, zu denen auch Einflussoperationen“ und die Förderung des Staatsterrorismus gehören, so Ottolenghi.

Ottolenghi fügte hinzu, dass der Iran beim Aufbau seines einflussreichen Netzwerks einen weiteren Bereich ins Visier nimmt – die Hochschulen, durch

Stipendien, Austauschprogramme und Konferenzen. „Man kann nur so viele Menschen bekehren, aber man kann linke Studenten mobilisieren, die nicht unbedingt mit dem schiitischen Islam übereinstimmen, die jedoch radikale politische Ziele verfolgen, mit denen der Iran einverstanden ist“, sagte er.

Durch die akademischen Austauschprogramme und Reisen baut der Iran Verbindungen zu ideologisch auf derselben Linie liegenden Menschen auf, sagte Ottolenghi, „die die gleiche Weltanschauung des Irans in Opposition und Hass gegen Amerika teilen.“

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Ein Jahr Österreichisch-Jüdisches Kulturerbe-gesetz

Trotz des in der Geschichte Österreichs bekannten strukturellen Antisemitismus, prägten die dortigen Juden viele Teile der österreichischen Kultur, Geschichte und Politik. Unter ihnen Nobelpreisträger, Komponisten, Mediziner und Schöpfer der österreichischen Verfassung. Als Zeichen der Verbundenheit und Wertschätzung hat die Alpenrepublik 2021, viel zu spät und längst überfällig, das Bundesgesetz über die Absicherung des österreichisch-jüdischen Kulturerbes erlassen. Wenn auch eher unzureichend, sollen mit einer jährlichen Zuwendung in Höhe von vier Millionen Euro u.a. jüdische Gemeinden unterstützt und das jüdische Kulturerbe gepflegt werden. (JR)

Von Lioba Lobmayr

Vor einigen Jahren kürte das britische Wochenmagazin „The Economist“ Wien zur Stadt des letzten Jahrhunderts. Das sei der „unglaublichen Ansammlung an Genie, Geist, Talent, Einfallsreichtum und Unternehmertum“ zu verdanken, erinnerte der ÖVP-Abgeordnete zum Nationalrat, Martin Engelberg, an all jene Persönlichkeiten, die die Welt der Musik, Kunst, Literatur, Unternehmertum, der Geistes- und Naturwissenschaften nachhaltig prägten. „Überdurchschnittlich viele dieser Persönlichkeiten waren Jüdinnen und Juden“, betonte Engelberg. „Sie haben in der Geschichte Österreichs deutliche Spuren hinterlassen und wesentlich zu dem beigetragen, was wir als „typisch österreichisch“ empfinden.“ Aber auch zahllose Handwerker und Arbeiter haben ihren Beitrag in Österreich geleistet. „Als loyale Staatsbürger in der Monarchie und auch als Gründungsväter in der neu gegründeten Republik.“

Herausragende Persönlichkeiten

Jüdische Intellektuelle wie Victor Adler, Otto Bauer, Hugo Breitner, Robert Danneberg, Julius Deutsch und Julius Tandler engagierten sich in der Sozialdemokratie für eine egalitäre Gesellschaft, in der auch kein Platz für antisemitische Vorurteile sein sollte. Der Jurist Hans Kelsen war Schöpfer der österreichischen Verfassung.

Mediziner und Wissenschaftler sowie Philosophen begründeten den ausgezeichneten Ruf Wiens wie Emil Zuckerkandl, Josef Breuer, Carl Sternberg, Adam Politzer, Otto F. Kernberg, Viktor Frankl, Alfred Adler und Sigmund Freud, aber auch Ludwig Wittgenstein, Karl Popper und Martin Buber. Unter ihnen waren spätere Nobelpreisträger wie Wolfgang Pauli, Erwin Schrödinger, Max Perutz, Otto Loewi, Robert Bárány, Eric Kandel. Musiker und Komponisten wie Gustav Mahler, Arnold Schönberg, Erich Korngold, Alexander Zemlinsky, Fritz Kreisler prägten das musikalische Leben.

Besonders lang ist die Liste jüdischer Literaten, Publizisten sowie Theater-schaffende; sie umfasst einen wesentlichen Teil der österreichischen Literaturgeschichte des 20. Jahrhunderts: Arthur Schnitzler, Hermann Bahr, Hugo von Hofmannsthal, Franz Werfel, Stefan Zweig, Franz Kafka, Friedrich Torberg sowie Vicki Baum. Karl Farkas, Fritz Grünbaum, Hermann Leopoldi und Hugo Wiener verbreiteten als Kabarettisten den jüdischen Humor. Max Reinhardt war einer der Mitbegründer der Salzburger Festspiele. Die Salons des jüdischen Großbürgertums sowie die bekanntesten - meist jüdischen - Cafés Wiens waren Austauschorte und Besuchscentren für intellektuelle oder prominente Persönlichkeiten.

Jüdisches Leben in Österreich

Fast 200.000 Juden lebten bis 1938 in Wien. Nur ca. 2000 Juden überlebten die Schoah. So begann nach 1945 ein zartes Wiederaufleben der jüdischen Kultur und Existenz in Wien. Heute leben circa



Mahnmal für die Opfer der Shoah in Wien

15.000 Juden in Österreich.

Im Sinne der historischen Verantwortung Österreichs während der NS-Zeit wurde vom ehemaligen Bundeskanzler Sebastian Kurz das Österreichisch-Jüdische Kulturerbe-gesetz (ÖJKG) initiiert und verhandelt, um die Zukunft jüdischen Lebens in Österreich zu sichern und zu fördern.

Das Gesetz zur Absicherung des österreichisch-jüdischen Kulturerbes wurde am 24.02.2021 kundgemacht, nachdem es den Ministerrat und – jeweils mit den Stimmen aller Parteien – den Verfassungsausschuss, den Nationalrat und den Bundesrat passierte.

Mit dem ÖJKG, das rückwirkend mit Anfang 2020 in Kraft trat, wurde die jährliche Sonderförderung des Bundes an die Israelitische Religionsgesellschaft auf 4 Millionen Euro verdreifacht. Wofür die Gelder genau verwendet werden, obliegt der Vertretung der Israelitischen Religionsgesellschaft in Gestalt der größten jüdischen Gemeinde in Österreich, der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) Wien.

Bundeskanzler Sebastian Kurz dazu: „Aus dem dunkelsten Kapitel unserer Geschichte, dem Nationalsozialismus, erwächst die ewige historische Verantwortung, sich für die Sicherheit jüdischen Lebens und für den Kampf gegen Antisemitismus einzusetzen. Österreich hat sich in den letzten Jahren so klar gegen den steigenden Antisemitismus gestellt, wie kaum ein anderes Land in Europa. Das Gesetz zur Absicherung des österreichisch-jüdischen Kulturerbes ist ein weiterer Meilenstein auf diesem Weg. Als Republik sind wir stolz auf unser jüdisches Erbe und dankbar dafür, dass wir heute wieder die Heimat einer lebendigen jüdischen Gemeinde sein dürfen. Mit dem ÖJKG

bilden wir nun die Grundlage dafür, dass jüdisches Leben in Österreich auch in Zukunft prosperieren kann.“

Zeichen gegen Antisemitismus

Jüdisches Leben sei ein wesentlicher Teil der Geschichte unseres Landes und habe diese grundlegend mitgeprägt, setzte Kanzleramtsministerin Karoline Edtstadler fort: „Dieses geistige und kulturelle Erbe reicht von unserer Bundesverfassung bis hin zu den Salzburger Festspielen. Das wollen wir bewahren und gleichzeitig sicherstellen, dass sich jüdisches Leben in Österreich als selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft gut entwickeln kann. Ich freue mich, dass es dazu ein klares Bekenntnis von allen Parlamentsparteien gibt.“ Das ÖJKG sei ein wichtiger Bestandteil der ganzheitlichen Nationalen Strategie gegen Antisemitismus, welche die Bundesregierung Anfang des Jahres 2021 vorgestellt hat, erklärte Edtstadler weiter: „Österreich hat damit als eines der ersten Länder der Europäischen Union eine derartige Strategie vorgelegt und so vor dem Hintergrund des steigenden Antisemitismus in Österreich und ganz Europa ein klares Zeichen gesetzt.“

Der Präsident der Israelitischen Religionsgesellschaft, Oskar Deutsch, ergänzt: „Die Republik Österreich unterstreicht mit diesem Gesetz, dass das Judentum ein integraler Bestandteil Österreichs ist und daher abgesichert werden muss. Das ÖJKG stellt auch fest, dass Judentum mehr als eine Religion ist: Die Förderungen sind für Sicherheit, Jugend-, Kultur- und Vermittlungsarbeit der Israelitischen Religionsgesellschaft zweckgebunden. Das ist auch eine große Unterstützung im Kampf gegen Antisemitismus, denn die beste Antwort auf Antisemitismus ist jüdisches Leben.“

ÖVP-Abgeordneter Martin Engelberg wies auf den wichtigen jüdischen Beitrag zu Kunst, Kultur und Gesellschaft Österreichs hin. Der Zustand der jüdischen Gemeinde sei auch immer ein Gradmesser dafür, wie es einem Land gehe, zitierte er einen früheren IKG-Präsidenten. Engelberg führte weiter aus, dass der alte Antisemitismus erfreulicherweise zurückgehe, jedoch ein neuer, oftmals importierter, Antisemitismus immer stärker werde. Diese Bedrohungslage führe zu einem hohen Sicherheitsaufwand der jüdischen Einrichtungen. Das Gesetz, das auf die Zukunft gerichtet sei, unterstütze sie dabei, dass sie diese Tätigkeit fortsetzen könne.

Wegweiser Österreich

Anlässlich des Rückzugs von Sebastian Kurz aus der Politik Anfang Dezember 2021 würdigte Oskar Deutsch dessen Verdienste: „Während seiner Kanzlerschaft wurden Meilensteine zur Absicherung des jüdischen Lebens in Österreich und Europa gesetzt. So selbstverständlich jüdisches Leben zu Österreich gehört, waren die von Kurz gesetzten Maßnahmen eben keine Selbstverständlichkeit. Dafür danken wir ihm. Seinen Bemühungen ist es zudem zu verdanken, dass die guten Beziehungen zu Israel weiter vertieft wurden.“

In der Kanzlerschaft von Sebastian Kurz wurde mit dem Österreichisch-Jüdischen Kulturerbe-gesetz für die Sicherung von jüdischem Leben und jüdischer Kultur in Österreich eine rechtliche Grundlage geschaffen. Ein weiterer Meilenstein ist die Staatsbürgerschaft für Nachfahren von Schoah-Überlebenden, die im Nationalsozialismus verfolgt wurden, unabhängig von ihrem Wohnort. Deutsch: „Diese Art Restitution von Staatsbürgerschaften wurde tatsächlich erst 75 Jahre nach der Befreiung Österreichs ermöglicht.“ Darüber hinaus wurde unter Bundeskanzler Kurz die Namensmauer für die österreichischen Opfer der Schoah errichtet, um einen Gedenkort im öffentlichen Raum in der Bundeshauptstadt zu verankern. Auf europäischer Ebene wurde Österreich in seiner Kanzlerschaft zu einer treibenden Kraft im Kampf gegen Antisemitismus, die in der „Erklärung zur Bekämpfung von Antisemitismus“ im Europäischen Rat gipfelte und die politische Grundlage für die nachhaltige Sicherung jüdischen Lebens auf dem Kontinent darstellt. Auch die gelebte Staatsräson Österreichs, für die Sicherheit des jüdischen demokratischen Staates Israel einzustehen, spiegelte sich sowohl in der österreichischen Außenpolitik wie auch im Angesicht von Terrorangriffen auf Israel wider, als sich Österreich endlich nicht mehr einer Terrororganisation gegenüber für neutral erklärte und sich solidarisch mit Israel zeigte.

Potsdamer Rabbi angegriffen: Alle Anzeichen deuten auf einen weiteren Fall des brutalen muslimischen Alltags-Antisemitismus

Wieder wurde ein Jude in Deutschland auf offener Straße beleidigt und angegriffen. Der Potsdamer Rabbiner Ariel Kirzon beschreibt den Täter als „arabisch aussehenden Mann“. Die antisemitischen Angriffe mit arabischem und muslimischem Hintergrund der Täter müssen offen angesprochen werden, weil sie in ihrer Vielzahl ein strukturelles Problem darstellen. Sogar das von linker Seite längst enthauptete Bundesamt für Verfassungsschutz spricht von einem „muslimischen Alltags-Antisemitismus“. Es ist leider genau dieser Teil des Islam, der zwischenzeitlich wirklich zu Deutschland gehört. (JR)

Von Deborah Ryszka

Nebst links- und rechtsextremistischem Antisemitismus nimmt auch der muslimische Antisemitismus in Deutschland zu. Jüngst traf es einen Potsdamer Rabbi in Berlin. Über muslimischen Antisemitismus zu reden, darf kein gesellschaftliches Tabu mehr bleiben. Sonst werden antisemitische Angriffe in Deutschland Alltag. Wollen wir das?

Und schon wieder ist es passiert. Am helllichten Tag. Mitten auf der Straße. Ariel Kirzon, Potsdamer Rabbi, wurde in Berlin angerempelt und antisemitisch beleidigt. Von einem arabisch aussehenden Mann. Unweigerlich erinnert das an den Juli 2019. Damals bespuckte und beleidigte ein 19-jähriger Syrer einen 25-jährigen Deutschen, der eine Kippa trug, als „Drecksjude“.

Die Fälle von muslimischem Antisemitismus häufen sich. Das gilt es in Deutschland endlich offen zu benennen. Denn seit 2018 steigt die Zahl aller antisemitischer Vorfälle in Deutschland kontinuierlich an. Waren es im Jahr 2018 noch 1.799 Vorfälle, so sind es im Jahr 2021 3.027 gewesen. Das ist ein Anstieg von 68,3 Prozent - und neuer Höchststand der vergangenen zwei Jahrzehnte.

Seit demselben Jahr, also seit 2018, gibt es am Bundesministerium des Innern das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus in Deutschland. So sieht Erfolg auf Deutsch aus.

Welche Gefahren konkret der muslimische Antisemitismus birgt, verdeutlicht eindringlich das „Lagebild Antisemitismus 2020/21“ vom Bundesamt für Verfassungsschutz. Dieses stützt sich dabei auf einer weltweiten Studie der Anti-Defamation League (ADL). Demnach zeigt sich weltweit die größte Verbreitung antisemitischer Einstellungen allen voran in muslimisch geprägten Ländern. Im Nahen und Mittleren Osten vertreten fast drei Viertel antisemitische Vorurteile.

Muslimischer Alltags-Antisemitismus

Auf Deutschland bezogen kommt der Verfassungsschutz zu der Schlussfolgerung: „Das von islamistischen Gruppierungen und Einzelpersonen verbreitete antisemitische Gedankengut stellt eine erhebliche Herausforderung für das friedliche und tolerante Zusammenleben in der Bundesrepublik dar.“ Weiter heißt es: „Zugleich konnte bei knapp 30 Prozent aller Ereignisse kein direkter Bezug

der handelnden Personen zu einer islamistischen Organisation nachgewiesen werden. [...] In jedem Fall geben diese Vorkommnisse Hinweise auf einen in Deutschland verbreiteten muslimischen Alltags-Antisemitismus.“

Muslimischer, selbstverständlich nebst links- und rechtsextremistischem Antisemitismus, ist ein ernst zu nehmendes Problem. Für nicht wenige islamische Zuwanderer gehört Antisemitismus zum Alltag. Sie importieren Judenhass und Israel-Feindlichkeit nach Deutschland. Zum gleichen Schluss kommen auch liberale Muslime, wie der deutsch-syrische Politologe, Bassam Tibi, oder der deutsch-israelische Psychologe, Ahmad Mansour.

Kritik unerwünscht

Das Fatale hierbei? Wer das Problem beim Namen nennt, wird sofort in die „rassistische“ oder „rechte“ Ecke katalpultiert. Ein fruchtbarer Diskurs, um dieses Problem zu lösen, wird sofort im Keime erstickt. Deutschlands Institutionen gehen sogar noch weiter. Indem sie Judenhass als Kritik an Israel tolerieren. Die „documenta fifteen“ zeigt das hervorragend. Unter der Leitung von „ruangrupa“, einem Künstlerkollektiv, wurden Kunstwerke und Filme mit eindeutig an-

tisemitischen und/oder anti-israelischen Inhalten gezeigt. In den Strukturen der „documenta“ störte man sich offensichtlich nicht daran.

Das ist falsch verstandene Toleranz. Vielmehr befördert es Antisemitismus und Israel-Hass. Indem es antisemitische und anti-israelische Vorurteile als deutsche „Normalität“ darstellt. Wie soll sich da jemand von seinen antisemitischen und anti-israelischen Einstellungen lösen, wenn er diese ungehindert und straflos ausleben kann? Wenn er erfährt, dass diese sogar gefördert werden? Wie etwa bei der Anti-Israel-Demonstration im Mai dieses Jahres. Dort riefen Demonstranten „Israel isn't real“ und „Kindermörder Israel“. Ein rbb-Reporter, der auf dieser Demonstration zugegen war, berichtete sogar von einer „sehr, sehr guten Atmosphäre“. Wie bitte? Eine „sehr gute Atmosphäre“? Ist es das, was wir wollen? Einen antisemitischen Alltag auf Deutschlands Straßen? Denn wenn das so weiter geht, werden antisemitische Fälle, wie der von Kirzon, zum deutschen Alltag gehören.

Deborah Ryszka, geb. 1989, M. Sc. Psychologie, Doktorandin der Philosophie und freie Publizistin.

Rückzieher nur nach Protesten: SPD-Bürgermeisterin Franziska Giffey wollte bekannter Israelhasserin Friedenspreis verleihen

Die „Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen“ (DGVN) wollte die südafrikanische Juristin, Navanethem Pillay, mit der Otto-Hahn-Friedensmedaille in Berlin honorieren, obwohl sie für ihre Anti-Israel-Propaganda bekannt ist. Nur massiver Protest konnte Franziska Giffey's Eifer eindämmen. Dies ist allerdings nur ein weiteres Beispiel für die Unterstützung von Israel-Feinden und die einschlägige, wenn auch uneingeräumte Israel-averse Haltung der grün-roten Polit-Eliten unseres Landes. (JR)

Von Deborah Ryszka

„Documenta fifteen“ und die Otto-Hahn-Friedensmedaille zeigen: Antisemitische und anti-israelische Vorfälle mehren sich. Das muss sich ändern. Doch dafür müssen die gesellschaftlichen Eliten erkennen, dass sie sich ändern müssen. Denn sie sind der Kern des Problems.

Wie konnte es so weit kommen? Die „documenta fifteen“ stellt Bilder aus, auf dem etwa eine blonde Frau einen mit Hakenase gezeichneten Juden tritt. Oder ein anderes Bild, wo ein Soldat mit Davidstern einen Jungen bedroht. Man muss mitnichten ein Experte sein und schon gar kein Genie, um den antisemitischen Inhalt auch nur ansatzweise zu errahnen. Trotzdem stellten die Verantwortlichen die Bilder aus.

Glücklicherweise hagelte es sofort, offen und massiv, Kritik. Nach öffentlichem Druck wurde ein Expertengremium eingeschaltet, das die Vorwürfe zum Antisemitismus überprüfen sollte - noch während die Ausstellung weiterhin lief. Das Gremium bestätigte, was für jeden vernünftig denkenden Mensch auf der Hand lag: Was auf der „documenta fifteen“ ausgestellt wurde, hat eindeutig antisemitischen Bezug.

Vor allem die Filmkompilation „Tokyo Reels Film Festival“ des Kollektivs „Subversive Film“ ist dem Gremium ein Dorn

im Auge: „Hoch problematisch an diesem Werk sind nicht nur die mit antisemitischen und antizionistischen Versatzstücken versehenen Filmdokumente, sondern die zwischen den Filmen eingefügten Kommentare der Künstler:innen, in denen sie den Israelhass und die Glorifizierung von Terrorismus des Quellmaterials durch ihre unkritische Diskussion legitimieren.“ Dennoch blieben die Bilder und Filme weiterhin, nämlich bis zum Ende der Ausstellung, dem 25. September 2022, öffentlich.

Diese Konsequenzlosigkeit ist erschreckend. Aber noch erschreckender ist, dass sich solche Vorfälle in Deutschland immer wieder mehren. So wollte die „Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen“ (DGVN) die südafrikanische Juristin, Navanethem Pillay, mit der Otto-Hahn-Friedensmedaille am 20. September dieses Jahres in Berlin honorieren. Die Medaille würdigt Persönlichkeiten oder Institutionen, die „herausragende Verdienste um Frieden und Völkerverständigung“ vorweisen können.

Allseits bekannt ist, dass die einstige Richterin am Internationalen Strafgerichtshof und Hohe Kommissarin der UN für Menschenrechte offen gegen Israel wettert und den israelischen Staat verleumdete. Erst nach öffentlichem Aufschrei sagte Berlins Regierende Bürgermeisterin, Franziska Giffey, die Preisverleihung ab. Wie es



Die ehemalige Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Navanethem Pillay, wetterte offen gegen Israel.

auf der Homepage der DGVN mittlerweile heißt: „[...] wir werden die Vorwürfe in den zuständigen Gremien prüfen. Der Landesverband lehnt jede Form von Diskriminierung oder Intoleranz vollständig und entschieden ab. Antisemitismus hat in keiner Gesellschaft Platz.“

Das ist wenigstens etwas. Pillay erhält zunächst keine Medaille. Doch wieder stellt sich die Frage: Wie konnte es so weit kommen? Sind niemandem in der DGVN zuvor die anti-israelischen Einstellungen Pillays aufgefallen? Nur einige kurze Recherchen

im Internet hätten ausgereicht, um die israelfeindliche Einstellung Pillays zu entlarven. Jetzt muss dies ein Expertengremium tun. Das kostet unnötig Zeit und Geld. Sinnvoller wäre es dort anzusetzen, wo der Kern des Problems liegt: Die gesellschaftliche Elite Deutschlands.

Flüchtlingskrise, Energiekrise, Inflationskrise. Wirklich gelöst wird nichts. Die deutschen Eliten sind intellektuell überfordert. Vermutlich spielt hierbei eine Mischung aus links-grünem ideologischen Wunsdenken, individueller Rückgratlosigkeit und persönlichem Kleinmut eine Rolle. Zusammen führt das unweigerlich zu Realitätsverweigerung, Konformismus und Unentschlossenheit. Die Anbiederung an die Klimabewegung, die Förderung einer ungehinderten Einwanderung und die Tolerierung israel-feindlicher Demonstrationen zeigen das nur allzu deutlich.

Diesem Problem muss sich Deutschland endlich stellen. Im Ausland weiß man hier von schon lange. Der ehemalige Oberkommandierende der US-Streitkräfte in Europa, Ben Hodges, kritisierte die deutsche „Elite“ für ihre „atemberaubend dürftigen Analysen“ - zumindest, wenn es um den Krieg in der Ukraine geht. Doch das gilt auch übergreifend für andere gesellschaftliche Felder. Wenn die deutschen Eliten das endlich begreifen würden, dann müssten wir uns nicht mehr die Frage stellen: Wie konnte es so weit kommen?

Verrat an den vitalen Interessen Israels: AfD schlägt enge Zusammenarbeit mit dem Iran vor

Die AfD betonte auf Bundesebene noch bis vor kurzem plakativ ihre Unterstützung für Israel. Besonders die vorgebrachte islamkritische Haltung und die affichierte Solidarität mit den jüdischen Opfern islamischer Attacken, haben angesichts des Israel-Diffamierungskurses des etablierten linken und grünen Establishments nicht wenige Juden dazu bewegt, in dieser Partei, trotz aller Bedenken, eine politische „Alternative“ für die Verbesserung der prekären Situation der Juden in Deutschland zu sehen. Doch nun setzt sich die AfD in der Energiepolitik für eine Zusammenarbeit mit dem Iran ein und mahnt vor einem „Zündeln“ Israels. Offensichtlich ist die AfD bereit, dem Terror-Regime der Mullahs Geld zu geben. Geld, das unzweifelhaft gegen jüdisches Leben eingesetzt werden würde. Damit schlägt auch die AfD ganz eindeutig den anti-israelischen Kurs ein, den die etablierten Parteien bereits seit Langem gehen. (JR)

Von Arye Sharuz Shalicar

Seit Jahren beobachte ich den relativen Aufstieg, und hoffentlich sehr bald auch den Niedergang, der AfD.

Ich kann nachvollziehen, wie es sein kann, dass eine faschistische und antisemitische Partei in der heutigen deutschen Realität von einem Teil der Bevölkerung tatsächlich als Alternative wahrgenommen wird.

Wie so oft in der Geschichte ist es die Angst, die Menschen ins rechtsextreme Lager abdriften lässt.

Angst vor illegaler Einwanderung.

Angst vor radikalen Islamisten.

Angst vor der „jüdischen Weltverschwörung“.

Angst vor Massenschlägereien in Schwimmbädern.

Und zuletzt auch Angst davor, dass die Russen einem den Energiehahn zudrehen werden und man diesen kommenden Winter nicht heizen kann.

Die AfD, wie andere faschistische Parteien weltweit, spielen mit den Angstgefühlen der Menschen. Ängste, die ich als in Berlin aufgewachsener Mann, teilweise verstehen kann und die von den nicht-faschistischen Parteien hätten stärker angegangen werden sollen. Da jedoch andere Parteien viele der Ängste von Teilen der Bevölkerung unter den Teppich gekehrt haben, nutzen hochrangige AfD-Politiker das entstandene Vakuum immer wieder aus und stellen sich als Retter der Nation dar.

An manchen Orten bedauerlicherweise sogar mit Erfolg.

Von Anfang an wurde immer wieder betont, dass es sich bei der AfD um eine legitime Partei handeln würde. Spätestens jedoch als Thüringens Topp-AfD Mann Björn Höcke Anfang 2017 sagte: „Wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat“ wusste ich, dass diese Partei höchstproblematisch ist.

Diese Partei lässt zu, dass ihre funktionäre Dämme brechen.

Dinge, die man sich aufgrund der deutschen Nazi-Vergangenheit, bis vor kurzem nicht getraut hätte laut auszusprechen, werden heute nicht nur offen ausgesprochen, sondern man erntet dafür auch noch jubelnden Applaus.

Als dann Alexander Gauland im Juni 2018 verkündete: „Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“, wurde mir einmal mehr klar, dass diese Partei nicht wählbar ist.

Seitdem hat die AfD versucht ihr Image zu verbessern. Hat hier und da in den eigenen Reihen aufgeräumt, zumindest nach außen hin, und hat immer wieder betont, sie sei die einzige deutsche Partei, die ein wahrer Freund des jüdischen Staates Israel ist.

Denn während alle andere Parteien Israel angeblich nur kritisieren würden, stünde die AfD felsenfest hinter Israel.

Bullshit!

Es ist für mich unerklärlich, wie es sein kann, dass auf diese billige Propaganda sogar eine Handvoll Alibijuden hereingefallen sind und die „Juden in der AfD“ gegründet haben.

Denn auch ein Blick in die aktuelle AfD-Landschaft beweist, dass Höcke und Gauland keine Ausnahme in der AfD darstellen. Im Gegenteil. Es deutet alles darauf hin, dass wir es mit einer durch und durch faschistischen und antisemitischen Partei zu tun haben.

Sympathien mit dem Iran

Vor gut einem Monat erst wurde bekannt, dass der AfD-Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré aus dem Milieu bekannter rechtsradikaler Holocaustleugner und antisemitischer Verschwörungsideologen stammt. Anders lässt sich nicht erklären, wie sein Name und damaliger Wirkungs-ort auf einer Solidaritätsbekundung mit dem bekannten Neonazi und Holocaustleugner Horst Mahler aus dem Jahr 2004 auftaucht.

Und falls all das dem einen oder der anderen immer noch nicht ausreicht, um die AfD als eindeutig faschistisch und antisemitisch einzuordnen, dem empfehle ich die Machenschaften von AfD-Mann Roger Beckamp, Vorsitzender der Deutsch-iranischen Parlamentariergruppe, zu beobachten. Um ein Beispiel zu zitieren: Am 24. August veröffentlichte er die folgende Aussage auf Twitter: „Das Atomabkommen mit dem Iran ist in greifbarer Nähe und damit mehr Sicherheit und Prosperität für die ganze Region, auch zum Vorteil Deutschlands. Ich hoffe nur, Saudis u Israel zündeln nicht wieder“.

Den Tweet löschte er wenige Stunden darauf, als Dutzende empörte Twitter-Benutzer, unter anderem ich, einen Screenshot seines Tweets veröffentlichten und ihn für seine Worte kritisierten.

Meine Twitter-Reaktion am 9. September war die folgende: „Kann man sich nicht ausdenken: Hier twittert ein AfD-Mann davon, wie der jüdische Staat angeblich „zündeln“ würde, und das iranische Mullah-Regime wird als deutsche Rettung dargestellt. Ich nehme an Roger Beckamp ist auch der Meinung, dass damals die Juden „gezündelt“ hätten... krank!“

Eine Partei, die so tut als sei sie ein großer Freund der Juden und Israels, sollte weder Holocaustleugner noch Israels Erzfeind, die islamische Mullah-Diktatur im Iran, unterstützen.

Besonders jetzt, wo nach dem Mord an die junge kurdische Iranerin Mahsa Amini durch die iranische Sittenpolizei, Massenproteste im Iran stattfinden, sollte sich die deutsche Politik, ja auch die Opposition, klipp und klar auf die Seite der unterdrückten Bevölkerung stellen.

Dass AfD-Politiker sich stattdessen für ein stärkeres Mullah-Regime aussprechen, spricht Bände.

Denn nicht nur das somit die AfD beide Augen zudrückt bei Misshandlung, Vergewaltigung und Mord der eigenen iranischen Bevölkerung, man scheint zu-



War die Israel-Freundlichkeit der AfD bislang nur Heuchelei?

dem auch absolut kein Problem damit zu haben, dass die Übeltäter, bzw. die Mullahs und ihre Revolutionsgarden, mehr Geld in die Hände bekommen. Geld, das teilweise in regionalen Terror vis a vis Israel und anderen Widersachern investiert wird, und ihnen helfen wird, schlussendlich auch näher an eine Atombombe zu kommen.

Atomabkommen hin oder her.

Also, worin spiegelt sich eine wahre Freundschaft wider? Ganz bestimmt nicht, indem gemeinsame Sache mit dem Feind deines Freundes gemacht wird.

Für mich steht fest, dass die AfD kein Freund der Juden und des jüdischen Staates ist.

Die AfD ist auch kein Freund der deutschen Gesellschaft, der deutschen Erinnerungskultur, der deutschen Willkommenskultur und somit auch nicht ein Freund der Zukunft Deutschlands.

Arye Sharuz Shalicar ist ein deutsch-per-sisch-israelischer Politologe, Abteilungsleiter in der israelischen Regierung, ehemaliger Sprecher der IDF und Schriftsteller. Sein neues Buch „Schalom Habibi - Zeitenwende für jüdisch-muslimische Freundschaft und Frieden“ ist am 1. Oktober erschienen.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

**DANN HABEN WIR EIN
TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!**

Sie können auf unserer Website

www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Innenministerin Nancy Faeser: Aus für „Expertenkreis Politischer Islamismus“

Unsere SPD-Innenministerin legt den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Bekämpfung des Rechtsextremismus und spart bei den Maßnahmen gegen den islamischen Terror und Judenhass. Dabei leiden gerade Minderheiten wie Juden oder Homosexuelle in Deutschland unter der Gewalt islamischer Migranten. Die politische Linke verschließt davor jedoch konsequent die Augen. Obwohl vor allem Migranten aus islamischen Ländern seit Jahrzehnten massiv überproportional in der Kriminalstatistik vertreten sind, wird in Berlin offenbar zur Verschleierung dieses Sachverhalts bei Tatverdächtigen unter 21 Jahre der Migrationshintergrund nicht mehr vermerkt. (JR)

Von Vincent Steinkohl

Das Bundesinnenministerium (BMI) hat den „Expertenkreis politischer Islamismus“ aufgelöst. Mitglieder des Gremiums bestätigten gegenüber der Deutschen Presse-Agentur, dass Vertreter der Abteilung „Öffentliche Sicherheit“ ihnen mitgeteilt hätten, dass an einer Fortführung der gemeinsamen Arbeit kein Interesse bestehe. Die Arbeit der erst im Sommer 2021 vom damaligen Innenminister Horst Seehofer (CSU) ins Leben gerufenen Kommission beschreibt das BMI auf seiner Website wie folgt: „Der Expertenkreis politischer Islamismus des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) analysiert aktuelle und sich wandelnde Erscheinungen des politischen Islamismus aus wissenschaftlicher Perspektive und wird Handlungsempfehlungen entwickeln. Diese sollen sicherheitsbehördliche Maßnahmen um gesellschaftspolitische und wissenschaftliche Ansätze ergänzen.“ Außerdem würde geprüft, ob und wenn ja, welche Lücken in der wissenschaftlichen Bearbeitung bestünden. Zu Beginn Ihrer Arbeit galt es für die elf Sachverständigen zunächst, den Begriff „politischer Islamismus“ einheitlich zu definieren.

Herausgekommen ist dabei, dass politischer Islamismus alle Bestrebungen umfasse, „die sich unter Berufung auf den Islam gegen den demokratischen Verfassungsstaat, seine Institutionen und/oder gegen demokratische Grundrechte und universale Menschenrechte richten“, schreibt das Innenministerium. Diese Bestrebungen seien aufgrund ihrer verfassungsfeindlichen weltanschaulichen Grundlage „grundsätzlich problematisch“, egal ob sie zur Durchsetzung ihrer Ziele auf Gewalt setzten oder nicht. Die weltanschauliche Grundlage jedes politischen Islamismus, egal ob sunnitisch oder schiitisch, pan-arabisch, persisch oder afrikanisch geprägt, summiert sich laut BMI aus einigen Charakteristiken, darunter die Verabsolutierung des eigenen Islamverständnisses mit dem Ziel, dieses in der Staatsverfassung und in den Landesgesetzen zu implementieren. Des Weiteren zieht der politische Islamismus klare dualistische Trennlinien zwischen dem Eigenen und der Außenwelt. Andersgläubige, Atheisten, Homosexuelle, Juden, Frauen und andere Gruppen werden in streng islamischen Gesellschaften bestenfalls als Bürger zweiter Klasse geduldet, schlimmstenfalls vertrieben und ermordet.

Obwohl der Expertenkreis zu großen Teilen mit liberalen Muslimen und international geschätzten Islamwissenschaftlern besetzt war, gab es seit Tage eins seines Bestehens immer wieder Beschwerden hauptberuflicher Rassismuskritiker, die dem Gremium das Schüren von Islamfeindlichkeit vorwarfen. Da half auch die vom BMI präventiv vorgenommene Differenzierung nicht. Es sei nicht der Islam per se, der den gesellschaftlichen Frieden bedrohe, „sondern bestimmte

politische Deutungen des Islams und die aus ihnen abgeleiteten Praxen.“ Die amtierende Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), die im Juli 2021 für einen linksradikalen, vom bayerischen Verfassungsschutz beobachteten und zu Zeiten der Deutschen Teilung durch die DDR finanzierten Verein publiziert hatte, die öffentlich mit dem Gedanken gespielt hatte, die Nachrichten-App „Telegram“ in Deutschland verbieten zu lassen und die Bußgelder für ungeimpfte gefordert hatte, hat den Expertenkreis nun aufgelöst. Im besten Deutschland aller Zeiten speisen die radikalsten Corona-Alarmisten, Windkraft-Enthusiasten und Vegetarismus-Missionare der Bundesregierung ungeniert beim Oktoberfest samt Fleischplatte, nicht vorhandenen Abständen zueinander und festlicher Beleuchtung, während Otto Normalbürger zunehmend abwägen muss zwischen Heizen und Essen. Die Prioritäten der Machthaber könnten nicht deutlicher zur Schau gestellt werden.

Hanau und Würzburg zeigen die Prioritäten der Bundesregierung

Mantra-artig wird von Politikern, Sicherheitsbehörden und Journalisten betont, die größte Gefahr für Demokratie und innere Sicherheit gehe vom Rechtsradikalismus aus. Weil jedem normalen Menschen in diesem Land instinktiv klar ist, dass das nicht stimmt, dafür genügt ein Spaziergang durch jede x-beliebige deutsche Großstadt, werden auch weitestgehend unpolitische Tragödien wie das Attentat von Hanau, bei dem ein Wahnsinniger mehrere Menschen in einem Shisha-Kaffee erschossen hatte, zu einem rechtsradikalen Anschlag erklärt. Dass der Täter in seinem Manifest hauptsächlich über Geheimdienste in seinem Kopf, Zeitreisen und andere Abstrusitäten geschrieben hatte und dass er seine eigene Mutter erschossen hatte, wurde vom Großteil der Medien bestenfalls am Rande vermerkt. Dass er nach Angaben seines Schützenvereins ein „eher ruhiger Typ“, war, der „keinerlei ausländerfeindliche Sprüche geklopft“, hatte, lässt erhebliche Zweifel am Narrativ des Rechtsterroristen aufkommen.

Dem gegenüber steht der Terroranschlag von Würzburg am 25. Juni 2021. Der somalische Asylbewerber Abdirahman Jibril A, griff in der Würzburger Altstadt zuerst in einem Kaufhaus und danach auf der Straße willkürlich Menschen mit einem Messer an. Dabei tötete er drei Frauen und verletzte fünf weitere Personen schwer. Der Täter war als Flüchtling im Mai 2015 nach Deutschland gekommen und hatte Asyl beantragt. Sein Asylantrag wurde abgelehnt, später erhielt er jedoch subsidiären Schutz und war von da an legal in Deutschland. Bei seiner Ankunft in Deutschland im Jahr 2015 hatte er zu Papier gegeben, 1997 das Licht der Welt erblickt zu haben. Nach seiner Festnahme gab er jedoch zu, schon im Jahr



Innenministerin Nancy Faeser unterschätzt die Gefahr des radikalen Islam.

1989 geboren zu sein. Demnach war er zum Tatzeitpunkt 32 Jahre alt. Er war zweimal kurzzeitig in psychiatrischer Behandlung, zuletzt etwa einen Monat vor dem späteren Attentat, weil er einen Personenkraftwagen zum Anhalten gezwungen, sich hineingesetzt und sich geweigert hatte, wieder auszusteigen. Juristische Konsequenzen blieben aus. Weil die Ärzte weder Fremd- noch Selbstgefährdung feststellen konnten, wurde er bereits am nächsten Tag auf eigenen Wunsch aus der Psychiatrie entlassen. Bereits im Jahr seiner Ankunft im Land der Dichter und Denker war er an einer nonverbalen Auseinandersetzung um die Benutzung eines Kühlschranks in einer Flüchtlingsunterkunft beteiligt. Sowohl er als auch der andere Gourmet hatten dabei Schnittverletzungen erlitten, die Ermittlungen wegen schwerer Körperverletzung wurden aufgrund widersprüchlicher Aussagen auf beiden Seiten Anfang 2017 eingestellt. Am 12. und 13. Januar 2021, ein halbes Jahr vor der späteren Tat, bedrohte er in Obdachlosenunterkünften in Würzburg jeweils mehrere Personen mit einem Messer, dabei beleidigte er sie wüst. Weil Deutschland tolerant und weltoffen ist, brachte ihn auch das nicht hinter schwedische Gardinen. In der psychiatrischen Einrichtung blieb er dieses Mal eine Woche lang, erneut sahen weder die zuständigen Ärzte noch das Amtsgericht ein ernsthaftes Gefahrenpotenzial.

Bis hierhin liest sich die Causa Abdirahman A. wie der Fall eines Irren, dessen offenkundige Geisteskrankheit den zuständigen Behörden entgangen war.

Das ist skandalös, hätte jedoch keine weitere politische Dimension. Menschliche Fehler passieren, auch Deutsche können, wie der Fall des Hanau-Attentäters zeigt, psychisch labil und gefährlich sein. Wären da nicht die zahlreichen Hinweise auf eine islamistische Intention des Täters. Während des Terroranschlags von Würzburg rief er Augenzeugen zufolge mindestens zweimal „Allahu Akbar“ (deutsch: „Allah ist am größten“). Dieser Aufruf wird häufig bei islamistischen Anschlägen ausgerufen, von Würzburg bis Jakarta. Nach seiner Festnahme hatte er laut Sicherheitsbehörden zu Protokoll gegeben, „seinen Jihad verwirklicht“ zu haben. Jihad ist arabisch und bedeutet „heiliger Krieg“, sämtliche islamistischen Terrororganisationen der Welt begründen ihre Gräueltaten mit diesem theologischen Konzept. Des Weiteren hatte er gesagt, er habe sich in Deutschland unfair behandelt gefühlt und wollte sich rächen. Am Tag, an dem er zum Mehrfachmörder wurde, soll er eine SMS an seine Mutter verschickt haben, einem Abschiedsbrief gleich, in dem er ihr versprach, sie würden sich im Paradies wiedersehen. Auch der Glaube an ein ewiges Paradies samt 72 Jungfrauen als Belohnung für den Märtyrertod gegen die Ungläubigen ist elementarer Bestandteil der geistlichen Grundlage des islamistischen Terrors.

Indizien für islamistisches Motiv gab es zuhauf

Auffällig ist zudem, dass der Anschlag an einem Freitag stattfand. Der Freitag ist im Islam der heilige Tag, vergleichbar mit dem Samstag für Juden und

dem Sonntag für Christen. In einem weithin anerkannten islamischen Hadith, also einer Überlieferung aus dem Leben Mohammeds, heißt es, der Freitag sei der beste Tag, um vor dem Antlitz Allahs zu stehen. An einem Freitag soll auch einer der wichtigsten Verse des Koran offenbart worden sein – und zwar Sure 5 Vers 3: „Heute habe ich euch eure Religion vervollkommen und meine Gnade an euch vollendet und euch den Islam zum Glauben erwählt.“ Als wäre das alles nicht genug, gab ein Zeuge aus der ehemaligen Unterkunft des Somaliers an, dass er ein Telefonat Abdirahman As aus dem benachbarten Zimmer mitgehört habe, wonach jener in den Jahren 2008 und 2009 für die islamistische Terrororganisation Al Shabab in Somalia Zivilisten, Journalisten und Polizisten getötet haben will. Die dahingehenden Ermittlungen der Generalbundesanwaltschaft kamen aus Mangel an Beweisen zu keinem Ergebnis, vor allem weil der Mörder seiner Altersangabe nach zum Tatzeitpunkt erst 11 oder 12 Jahre alt gewesen wäre. Inzwischen ist bekannt, dass er gelogen hatte, er wäre in Somalia bereits 19 oder 20 Jahre alt gewesen. Zudem teilte die Polizei mit, in seiner Unterkunft „Hassbotschaften“ gefunden zu haben. Was für Botschaften das genau waren, führte sie nicht weiter aus. Für Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) war schnell klar: „Gut und Böse sind keine Frage der Religion und Ethnie.“ Das Gros der Journalisten, Politiker und Verbände blies ins gleiche Horn. Die Generalstaatsanwaltschaft in München teilte kurz nach der Festnahme mit, die Ermittlungen hätten „keine Hinweise auf islamistische Motive für die Tat ergeben“.

Während die Gesichter und Namen der Opfer des Anschlags von Hanau diverse Häuserwände in jenen Vierteln der Bundesrepublik zieren, blieben die Hinterbliebenen von Würzburg

auf der Strecke. Schlimmer noch, sie werden bis heute von der Bundesregierung verhöhnt. Weil trotz unzähliger gegenteiliger Indizien die Tat nicht als Terroranschlag gewertet wurde, haben sie keinen Anspruch auf Entschädigung. Für die Angehörigen von Hanau flossen rund eine Million Euro. Hier nicht von böartigem politischem Kalkül auszugehen, fällt schwer. Was nicht ins Weltbild einer von der Realität entkoppelten Medien- und Politikerkaste passt, wird ignoriert. Wie ein kleines Kind, das sich beim Versteckspiel die Augen zuhält, im Glauben, so nicht gesehen zu werden, verhält sich die Politik im Umgang mit sicherheitspolitischen Gefahren, die nicht ins bevorzugte Bild des zahnlosen Neonazis mit dem Baseballschläger passen. Wenn die Schwelle dafür, eine Gewalttat als explizit islamistisch zu bewerten, immer höher wird, gibt es auch kein Problem mit islamistischer Gewalt. Es sind lediglich psychisch verwirrte Einzeltäter, um die sich niemand gekümmert hat, vermutlich ist daran der alte weiße Mann zumindest Mitschuld. Auf der anderen Seite wird beim Verfassungsschutz mit „Delegitimierung des Staates“ ein schwammiger Phänomenbereich eingerichtet, um Menschen zu kriminalisieren, deren Meinungen nicht en vogue sind. Noch bevor landesweite Proteste gegen die suizidale Wirtschafts- und Energiepolitik der Ampel-Koalition richtig angefangen haben, warnen die ersten Politiker bereits, diese Demonstrationen seien von Rechtsradikalen unterwandert.

In dieses Bild passt auch, dass der Berliner Senat jüngst den Vermerk auf Migrationshintergrund in Polizeicomputern abgeschafft hat. Wer in der Hauptstadt heute einen deutschen Pass ausgehändigt bekommt und morgen eine Straftat begeht, ist fortan in der Statistik so deutsch wie Mettbröt-

chen und Weizenbier, völlig egal, ob er mit seinen Eltern eine andere Sprache spricht oder ob seine Schwester niemals im Leben einen ethnischen Deutschen heiraten dürfte. Das Interesse des einfachen Bürgers auf Informiertheit hinsichtlich der Herkunft verurteilter Straftäter muss hintanstellen, denn das Projekt Buntheit hat Vorrang. Dass vor allem Migranten aus islamischen Ländern seit Jahrzehnten massiv überproportional kriminell sind, soll nicht mehr benannt werden. Andere Minderheiten wie beispielsweise Homosexuelle und Juden, um die sich die politische Linke seit jeher zu kümmern vorgibt, leiden am meisten unter unkontrollierter Einwanderung aus Nahost und Afrika, doch das wird in Kauf genommen. Solange an Gedenktagen eifrig „Nie wieder“ gerufen wird und der örtliche Supermarkt eine Regenbogenfahne aufhängt, kann die Politik wieder zur Tagesordnung übergehen, schließlich wurde mal wieder „ein Zeichen gesetzt“. Auf vom deutschen Steuerzahler finanzierte Migrantensorganisationen, die nicht selten enge Kontakte zu Muslimbrüdern, dem Mullah-Regime im Iran und ähnlichen Gruppen pflegen, hinzuweisen, wäre ein eigener Artikel für sich. An Beispielen hierfür mangelt es nicht.

„Moral ist die Abkehr vom Willen zum Dasein“

Während der mediale und politische Mainstream dem Deutschen Michel jedes Gespür für gesundes Eigeninteresse abtrainiert hat, ermutigt er Muslime geradezu, stolz zu ihrer religiös-kulturellen Identität zu stehen. Die heutigen Parallelgesellschaften von Duisburg-Marxloh bis Berlin-Neukölln sind nicht das Produkt fehlender Willkommenskultur der Mehrheit, sie sind Produkt einer kollektiven Feigheit. Der fehlende Wille, eine Leitkultur zu

definieren und Angriffe gegen diese abzuwehren, seien sie in Form von Terror oder in Form von scheinheiliger Opferinszenierung und haarsträubenden Rassismus-Vorwürfen, hat Deutschland in diese Situation gebracht. Die Verachtung für das Eigene und die Verklärung des Fremden, solange es nicht europäisch und christlich ist, kennzeichnet seit Jahrzehnten die Weltanschauung der postmodernen Linken. Wer eine Zahlungsaufforderung erhält, tut gut daran, den Brief schnell zu öffnen und die Sache anzugehen. Probleme, die ignoriert werden, tendieren dazu, größer zu werden. Jedes Kind weiß das, unsere Regierung will es nicht wissen. Durch die Nichterfassung des Migrationshintergrundes bei Straftätern wird keine einzige Straftat verhindert, durch die Auflösung des Expertengremiums für politischen Islamismus, löst sich der politische Islam nicht in Luft auf, das Gegenteil ist der Fall. Während die sozialdemokratische Regierung in Dänemark seit Jahren einen knallharten Kurs beim Thema Zuwanderung aus islamischen Ländern fährt, während die Schwedendemokraten einen historischen Wahlsieg verbucht haben, während Frankreichs Präsident Macron offen davon spricht, dass einige Stadtviertel seines Landes inzwischen „islamisiert“ seien und während im Iran Frauen unter Gefahr für Leib und Leben ihre aufgezwungenen Kopftücher verbrennen, halluziniert Berlin sich eine große Party von Homosexuellen, Muslimen und Juden herbei, die einzig von den Rechtspopulisten gestört wird. „Moral ist die Abkehr vom Willen zum Dasein“, schrieb einer der bedeutendsten Philosophen aller Zeiten, Friedrich Nietzsche. Wer will, dass Deutschland weiterhin da ist, sollte beizeiten Fehler eingestehen und auf Dogmen verzichten, denn die Realität kennt weder Moral noch Wunschenken.

„Der Islam hat nichts mit dem Islam zu tun“: Deutsche Außenministerin fällt iranischen Frauen in den Rücken

Unsere grün-ideologisierte Annalena Baerbock hat entgegen allen Fakten in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag einen Zusammenhang zwischen dem Islam und den Gewalt-Exzessen der iranischen Mullahs gegen protestierende Frauen geleugnet. Dies scheint die neue Diktion ihrer selbstpropagierten „feministischen“ Außenpolitik der Grünen zu sein, die nur von den gewollt einseitig erblindeten grünen und linken Ideologen verstanden wird. (JR)

Von Laila Mirzo

Masha Amini heißt die junge Frau, die im Iran von der Sitten- und Religionspolizei wegen eines nachlässig gebundenen Kopftuchs verhaftet und kurze Zeit später leblos ins Krankenhaus geliefert worden ist. Sie ist der aktuell prominenteste Fall der systematischen Misshandlungen von Frauen und Mädchen durch das islamisch-fanatische Mullah-Regime.

Die Moralpolizei bestreitet für den Tod der 22-Jährigen verantwortlich zu sein, doch im Netz kursieren Vorwürfe, dass Amini misshandelt worden sei und ihr Kopf im Polizeiauto gegen die Scheibe geschlagen worden wäre. Dies hätte zu der tödlichen Hirnblutung geführt, so Menschenrechtsaktivisten.

Bislang wurden Kritiker verhaftet oder durch massive Einschüchterungen mundtot gemacht, doch etwas ist diesmal anders. Es scheint, als ob die Mullahs diesmal nicht so ohne weiteres wieder zur menschenverachtenden Tagesordnung zurückkehren könnten. Tausende Menschen gehen im Iran auf die Straßen und protestieren gegen religiösen Fanatismus und Polizeigewalt. Ihre Parole: „Wir fürchten uns nicht, wir sind alle zusammen“. Viele Frauen bekunden

ihre Verbundenheit und Solidarität mit Amini, indem sie ihre Haare abschneiden und ihren Hijab anzünden. Sie stellen ihres Videos ins Netz und machen sich damit gegenseitig Mut. Ihre Hoffnung ist, endlich von der Weltöffentlichkeit gesehen und gehört zu werden.

Diese Frauen und Mädchen kämpfen um unbestreitbare Frauenrechte und um Selbstbestimmung. Dafür riskieren sie täglich ihre Freiheit und sogar ihr Leben.

Umso beschämender ist die Haltung des öffentlich-rechtlichen Senders ZDF. Auf den Einwand, dass hierzulande die Woken Kopftuch und Burka als Zeichen von Freiheit verkaufen wollen, antwortete „ZDF heute“ auf Twitter: „Ihre Festnahme erfolgte unter den entsprechenden Gesetzen im Iran (...) Ihre Kritik an den Gesetzen im Iran jedoch generell auf das Tragen eines Kopftuchs zu übertragen verlässt den hier besprochenen Kontext, diffamiert Kopftuchtragende und reproduziert antimuslimischen Rassismus.“ Wer so etwas schreibt, hat nichts verstanden. Wer so denkt, hat



nicht ansatzweise verstanden, dass der Islam mehr ist als nur eine Religion. Es ist ein System der Unterdrückung und Unterwerfung. Wer sich nicht an die Regeln hält, wird bestraft. Die vom ZDF angeführten „Gesetze“ im Iran entsprechen keiner Rechtstaatlichkeit und widersprechen auf ganzer Linie den Menschen- und Frauenrechten. Doch die Reaktion aus der öffentlich-rechtlichen Redaktion wundert nicht. Es passt ins woke Profil der Realitätsverweigerer, Kritik am Islam reflexartig zu verurteilen und die Menschenrechtsaktivisten regelrecht zu kriminalisieren.

Es ist kein Rassismus, eine Gruppierung zu kritisieren, die andere aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit, sexueller Orientierung oder Kleidung degradiert und körperlich verletzt oder gar tötet. Der Islam ist keine Rasse und Islamkritik kein „Kulturrassismus“. Ganz im Gegenteil: Islamkritik ist die einzig logische Reaktion auf ein Unrechtssystem im Kleide einer Religion.

Die Bundesregierung hat sich eine „feministische Außenpolitik“ in den Koalitionsvertrag geschrieben, Außenministerin Annalena Baerbock will die Rechte von Frauen und Mädchen weltweit stärken. Doch bei einer Rede im Deutschen Bundestag fällt sie all den Frauen und Mädchen in den Rücken, die ihre Stimme für Freiheit und Selbstbestimmung erheben und sogar ihr Leben dafür riskieren und sagt: „Bei allem Respekt vor kulturellen und religiösen Unterschieden. Wenn die Polizei, wie es scheint, eine Frau zu Tode prügelt, weil sie aus Sicht der Sittenwächter ihr Kopftuch nicht richtig trägt, dann hat das nichts, aber auch gar nichts mit Religion oder Kultur zu tun. Dann ist das schlicht ein entsetzliches Verbrechen.“ Frau Baerbock hat auch nichts verstanden...

Dürftige Olympia-Entschädigung: Allzu später Wiedergutmachungsversuch eines schrecklichen deutschen Staatsversagens

50 Jahre nach dem bestialischen Anschlag „palästinensischer“ Terroristen auf die israelische Olympiamannschaft, leistet Deutschland nun endlich eine Entschädigungszahlung in Höhe von 28 Millionen Euro. Nach massiven Fehlern beim Befreiungseinsatz und anschließenden Vertuschungsversuchen spielte Deutschland auf Zeit. Den jahrzehntelangen Streit überlebten einige der Hinterbliebenen nicht. Bei der diesjährigen Gedenkveranstaltung auf dem Fliegerhorst im bayerischen Fürstenfeldbruck bat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Beisein des israelischen Staatspräsidenten Jitzchak Herzog die Angehörigen der 11 ermordeten Athleten um Verzeihung. Angesichts Steinmeiers bekanntem und unverändertem freundschaftlichen Verhältnis zum Iran, der die Vernichtung Israels und seines jüdischen Volkes unverhohlen zur Staatsagenda gemacht hat, ist die Ernsthaftigkeit seiner Beteuerung eher als fragwürdig anzusehen. (JR)

Von Jaffa Lyn
und Dr. Nicolas Dreyer

Am 5. September 1972 überfielen und ermordeten „palästinensische“ Terroristen der Gruppe „Schwarzer September“ elf israelische Olympia-Athleten und einen bayerischen Polizisten. Die Mörderbande, getarnt in Trainingsanzügen, kletterte in den frühen Morgenstunden über den Zaun des Olympischen Dorfes. Für die Sicherheit der israelischen Sportler wurden zu keinem Zeitpunkt besondere Vorkehrungen getroffen. Dass alles aus heiterem Himmel geschehen sei, ist eine Mär. Zumindest wenn man die kurz zuvor begangenen „palästinensischen“ Umtriebe nicht absichtlich hinwegleugnet. Allein in München kam es am 10. Februar 1970 zu einer versuchten Flugzeugentführung auf dem Flughafen München-Riem und schon drei Tage später erfolgte ein Brandanschlag auf das jüdische Gemeindezentrum in München. Sieben Holocaustüberlebende wurden grausam ermordet. Die Tätersuche verlief „akribisch“ ergebnislos.

Aus welchen Gründen auch immer wurden de facto die möglichen, mehr als wahrscheinlichen Gefahren konkret für Israelis und Juden geflissentlich ignoriert. Von deutscher und olympischer Seite wurde einem Massaker unter diesen Umständen leichtes Spiel gemacht. Die „Spiele der Freude“ sollten für gerade Mal einen Tag unterbrochen werden. „The games must go on“ lautete die Devise des IOC-Präsidenten und bekennenden Antisemiten Avery Brundage, der nie einen Hehl aus seiner Begeisterung für die Nazi-Olympiade 1936 machte. Im Westen wurde eine Trauerfeier vollzogen, die sowieso antiisraelische DDR, die auch gerne Israels Feinde unterstützte, enthielt sich beherzt.

Aufarbeitung nach 50 Jahren

2022. Inzwischen sind 50 Jahre vergangen. 50 Jahre, in denen Ankie Spitzer um Gerechtigkeit kämpfte. Die Witwe des damals ermordeten israelischen Fechttrainers Andrei Spitzer hatte bei der „Gedenkveranstaltung 50. Jahrestag Olympiaattentat“ auf dem Militärgelände des Fliegerhorsts Maisach nahe Fürstenfeldbruck das letzte Wort mit stehenden Ovationen und einigen Tränen. Anders als 1972 herrschten hier angemessene Sicherheitsbedingungen mit Scharfschützen auf den Dächern und Personenschützern an jeder Ecke. Dass unter den Anwesenden an der Veranstaltung rund 200 israelische Angehörige und Hinterbliebene der Ermordeten teilnahmen und seine Exzellenz Staatspräsident Jitzchak Herzog eine würdevolle und versöhnliche

Rede hielt, ist jedoch alles andere als selbstverständlich. Tatsächlich war der gesamte Staatsbesuch noch eine Woche zuvor aus guten Gründen nicht vorgesehen.

Erst durch den mehr als überfälligen Regierungsbeschluss für eine Entschädigungssumme in Höhe von 28 Millionen Euro wurden die 50 Jahre der Verweigerung in letzter Minute beendet. 50 Jahre erfolgte keine substantielle Aufklärungsarbeit, Täter sind ungestraft davongekommen und tauchen laut Süddeutscher Zeitung 13 Jahre nach der Tat völlig unbehelligt in Westberlin auf. Deutschland hatte sich gegen eine angemessene und ausreichende Wiedergutmachung zu lange gesträubt. Im Gedenkzelt aber wurde von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundesinnenministerin Nancy Faeser und dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder dieses Staatsversagen explizit bekannt und dafür um Entschuldigung und Vergebung gebeten. Von jüdischer Seite sprachen Dr. Josef Schuster und Dr. Charlotte Knobloch, die in ihren Reden beide die richtigen Worte fanden als Beiträge zur Vergewärtigung des Schmerzes und der Unfassbarkeit der mörderischen Ereignisse und des anschließenden Umgangs mit ihnen, aber auch zur Versöhnung.

Da fragt man sich doch, was nun die Beweggründe für den plötzlichen Gesinnungswandel gewesen sein mögen, und warum dieser erst jetzt stattfand. Bestimmt hätte eine große „Show“ ohne jede israelische Beteiligung, wenn

„Möge das Andenken an die Opfer des Massakers bei der Münchener Olympiade für immer in unseren Herzen bewahrt bleiben“ – Jitzchak Herzog

nicht blamabel, so doch bei aller Aufrichtigkeit abträglich für die Bereinigung des deutschen Gewissens gewirkt. Dass es zu dieser Veranstaltung überhaupt kam, ist letztlich einzig der Nachsichtigkeit und dem Großmut des israelischen Staates und seiner Bürger zu verdanken, die immer wieder offen auf Deutschland zugehen, so sehr letzteres auch jüdisches Blutvergießen und Antisemitismus in der jüngeren Geschichte immer wieder zu verantworten hat – etwa wenn mit deutschen Steuergeldern behände Judenhass in „palästinensischen“ Schulbüchern in Kinderköpfe gepflanzt wird oder dem Wahnwitz von BDS-„Aktivisten“ auf der Documenta unter dem Deckmantel der Kunstfreiheit und mit zumindest passiver Rü-



Erinnern an die elf ermordeten israelischen Athleten

ckendeckung von Kulturstatsministerin Claudia Roth freie Bahn gelassen wird. Apropos, Claudia Roth konnten wir vor Ort folgende Frage stellen:

Auf ein Wort, Frau Roth

JR: Für den 10. September plante BDS bereits neue Aktionen. In Anbetracht der heutigen Veranstaltung zum Gedenken an die elf ermordeten Israelis und die überfällige Entschädigung der Hinterbliebenen nach 50 Jahren. Wann wird BDS in Deutschland endlich verboten?

Claudia Roth: „Dazu kann ich nur sa-

Volker Beck nicht in Gesprächslaune

JR: Wie empfanden Sie als Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V. die heutige Gedenkveranstaltung gerade hinsichtlich der mehr als verspäteten Wiedergutmachungsversuche der Bundesrepublik?

Volker Beck: „Meine Positionierung können Sie in der Presse nachlesen!“

Weitere Kommentierung erübrigt sich aus Pressesicht. Auf der Veranstaltung konnten wir auch mit Verena Beaucamp sprechen, die sich museumspädagogisch der Thematik im Museum Fürstenfeldbruck angenommen hat.

JR: „Sie haben mit Ihrer Kollegin Dr. Barbara Kink

im Kunsthau die Sonderausstellung zu 1972 (29.07.-23.10.2022) konzipiert, um die Dichotomie zwischen olympischer Heiterkeit und Fürstenfeldbruck als blutigem Tatort einem breiten Publikum zu präsentieren. Was sagen Sie zu der heutigen Veranstaltung?“

Verena Beaucamp: „Unsäglich wie lange das von deutscher Seite gedauert hat. Was ist denn so schwierig daran? Die Kontakte zu den Opferfamilien sind längst bekannt. Am Ende war es schön, dass es eine israelische Beteiligung an der Veranstaltung gab, unvorstellbar so etwas, ohne die Angehörigen der Opfer zu begehen. Es muss aber noch viel geschehen, auch der historischen Aufarbeitung steht noch einiges bevor. Präsident Herzogs Worte empfand ich als beeindruckend versöhnlich. Endlich wurden von deutscher Seite die Fehler eingeräumt und die Worte Entschuldigung und Vergebung können Wirklichkeit werden.“

Perspektive eines Zeitzeugen

Kommen wir nochmal zu den Ereignissen Anfang September 1972 zurück. Von Sicherheitsmängeln hinsichtlich des Schutzes der israelischen Sportler im Olympischen Dorf zu sprechen, würde die Opfer verhöhnern. Dies zeigte ein Interview mit dem Zeitzeugen und heutigen Bayerischen Landtagsabgeordneten Uli Henkel, der als Jugendlicher ohne Weiteres Zugang zum Dorf hatte, bis zu den Attentaten mehrere Tage dort verbracht hat und mit uns seine Erinnerungen aus erster Hand geteilt sowie Erwartungen an die Aufarbeitung formuliert hat.

JR: „Herr Henkel, welche Erinnerungen haben Sie als Zeitzeuge an die Ereignisse 1972?“



Schwer bewaffnete Einsatzkräfte sollten für die Sicherheit der Teilnehmer der Gedenkveranstaltung sorgen.

Uli Henkel: „Als junger Gymnasiast war es mir gelungen, einen Weg ins geheiligte Innere des Olympischen Dorfes zu finden, was ich auch weidlich ausgenutzt habe. So konnte ich Mark Spitz im Trainingsbecken oder Olga Korbut auf der Tanzfläche der Sportler-Disko bewundern und sogar Neil Armstrong, dem ersten Menschen, der je den Mond betreten hat, durfte ich die Hand schütteln, als dieser die Sportler besucht hat und bisher nie gezeigte Bilder von der Mondlandung präsentiert hat. Ich habe fünf Tage lang im Olympischen Dorf verbracht, ohne jemals kontrolliert zu werden, habe dort gegessen und getrunken, und hatte einfach nur unglaublich viel Spaß. Die Spiele waren heiter und fröhlich, die Sportler verbrachten ihre trainingsfreie Zeit meist gemeinschaftlich. Noch nie vorher hatte ich mein München so locker, so fröhlich, so neugierig auf alles Fremde und so aufgeweckt erlebt, bis zu dem schrecklichen Überfall auf die israelischen Sportler am 5. September. Danach war kein Durchkommen mehr, war es auch mir nicht mehr möglich, ins Dorf zu gelangen, obwohl ja die Spiele nach nur einem Tag Unterbrechung weitergingen. Die Menschen waren geschockt, sie waren traurig, sie waren auch wütend darauf, dass „jemand“ diese Spiele der Heiterkeit einfach so in ihr Gegenteil verkehrt hatte.“

JR: „Wie beurteilen Sie die 50 Jahre verschleppte Aufklärungs- und Wiedergutmachungspolitik Deutschlands?“

Uli Henkel: „Ob die Aufklärung verschleppt worden ist, was ja Vorsatz unterstellen würde, vermag ich nicht zu beurteilen. Was die Wiedergutmachungspolitik anbelangt, so denke ich schon, dass ein beherzter und großzügiger Opferausgleich an die Angehörigen der Bundesrepublik gut

zu Gesicht gestanden hätte, vor allem, wenn dieser zeitnah erfolgt wäre. Die Angst vor einem damit verbundenen Schuldeingeständnis mag die Politik bewogen haben, so zu lavieren, wobei es hier ja um einen ganz individuellen Opferausgleich gegangen ist, bei dem ungeschickt und unsensibel vorgegangen wurde, dass Deutschland nach der Schoa aber in Sachen Wiedergutmachung dem Staat Israel gegenüber, schon angemessen, offen, fair und auch nicht kleinlich gehandelt hat.“

JR: „Was muss aus Ihrer Sicht, die nun endlich eingesetzte historische Kommission leisten, um den Opfern und dem Versagen des deutschen Staates gerecht zu werden?“

Uli Henkel: „Von der historischen Kommission erwarte ich mir, dass sie Licht in die teilweise ja noch dunklen Bereiche bringt. Dazu gehört, dass ihr alle, und ich meine alle Akten zur Verfügung gestellt werden, sie Einblick in alle Vorgänge nehmen kann, es also keine Tabus oder geschwärzte Akten gibt. Eine solche Kommission, wenn sie denn objektiv und fair ermittelt, wird dann alle Aspekte beleuchten und dabei geht es dann eben nicht mehr um Schuld. Golda Meir hatte einen Austausch kategorisch abgelehnt, ob ein Einsatz des Mossad oder einer GSG 9-ähnlichen israelischen Eliteeinheit wirklich in Betracht gekommen wäre, ob dies zeitlich, ob dies völkerrechtlich möglich gewesen wäre, all dies sollte die Kommission aufklären und dokumentieren, weshalb ich nicht glaube und auch nicht glauben möchte, dass am Ende ein Urteil herauskommen dürfte, welches ein Versagen des deutschen Staates konstatiert, sondern dass am Ende ein viel mehr differenziertes Bild der Vorkommnisse und Ereignisse unter dem Blickwinkel der damaligen

Zeit, also ein wirklich historisches Dokument stehen dürfte und wohl auch sollte.“

Hans Völkel war mitten im Geschehen

Bereits vor Beginn der Zeremonie führten wir eine angeregte Konversation mit Hans Völkel, der 1972 seinen Dienst im Flugbetrieb des Fliegerhorsts Maisach/Fürstenfeldbruck als 21 Jahre alter Zeitsoldat absolvierte. Während der Olympiade war der Militärflughafen auch zivil genutzt. Laut eigener Aussage war es „übercool“, die zivilen und militärischen Besatzungen abzufertigen. Zum Zeitpunkt der Geiselnahme war Völkel im Nachtdienst.

Hans Völkel: „Was kurz danach passierte, wurde nach und nach klar, und es wurde noch schlimmer. Es war total irre! Bis dahin hatte ich noch nie Kontakt gehabt mit Terror, obwohl ich wusste, dass die „Palästinenser“ schon unterwegs waren mit Terror. Und es gab ja Leute bei den Behörden, die hatten schon davor gewarnt. Trotzdem hat die Polizei nicht nur den Sportlern, sondern auch Terroristen über den Zaun geholfen und war sehr blauäugig. Ich hatte überhaupt keine genauen Informationen. Dass es schiefging, hatten wir gesehen, aber warum, verstanden wir noch nicht. Als wir davon hörten, wussten wir nicht warum, aber haben alles gesehen, von der Landung bis die Schießerei begann. Wir waren auf dem Boden gelegen, die ganze Zeit. Dann kamen irgendwann die gepanzerten Polizeiwagen, die im Stau gestanden hatten. Dann hat einer der Terroristen eine Handgranate geworfen. Ich habe die Terroristen gesehen, einer hat sich selbst gesprengt. An Gutfreund [Yossef Gutfreund, Kampfrichter im Rin-

mir gestanden und war da gefangen. 50 Jahre war nichts passiert. Vor zwei Monaten waren israelische jugendliche Gewichtsheber zu einem Turnier anlässlich einer Ausstellung hier. Bei der Gelegenheit musste ich als Zeitzeuge erzählen von meinen „olympischen“ Erlebnissen. Es ist wichtig, dass heute die Geschehnisse in Deutschland akzeptiert werden und es ein öffentliches Bekenntnis seitens des Staates dazu gibt. Heute war dies endlich möglich, bis gestern war es noch unmöglich. Die Ereignisse sollten möglichst ungeschehen bleiben. Ich kann deswegen Ankie Spitzer verstehen und ihren Kampf ums Leben nachvollziehen, dass sie sich genötigt fühlte, das „Messer an die Brust der Behörden“ zu setzen, und diese viel zu spät reagierten. Das Angebot zum Therapeuten zu gehen, habe ich damals nicht vermisst; aber heute ist alles noch sehr präsent, ich spüre, wie das Ganze mich auch heute noch aufwühlt.“

Worte des Präsidenten Jitzchak Herzog

Zum Abschluss sollen Auszüge aus der Rede des israelischen Staatspräsidenten Jitzchak Herzog uns dieses blutige Kapitel der deutsch-israelischen Geschichte zur mahnenden dienen:

„Warum muss mein Schmerz endlos, meine Wunde unheilbar sein? So fragt der Prophet Jeremia (Jeremia 15,18) und so fragen wir heute; der Schmerz ist ewig. Das furchtbare Ereignis bleibt eine Wunde, die nicht heilen will. [...] Die deutsche Entscheidung, Verantwortung für das Versagen rund um das Massaker und danach zu übernehmen, für eine objektive und rigorose Untersuchung zu sorgen und die Familien der Opfer zu entschädigen ist Teil dieser Heiligung des Guten und des Triumphes über das Böse. [...] Im Hebrä-



Bewegende Worte des israelischen Präsidenten Jitzchak Herzog

gen, Anm.d.Red.] habe ich noch Erinnerung: ein sehr auffälliger Mann mit einem kantigen Gesicht. Ich habe ihn erst gefesselt gesehen, dann wurde er erschossen. Spitzer saß dazwischen. Die deutsche Polizei hat alles nicht mitgekriegt, die Informationen kamen erst sehr viel später heraus. Ein Überlebender, es gab Querschläger, Polizist Anton Fliegerbauer ist getroffen worden; er war ein paar Meter neben

ischn gibt es ein bestimmtes Wort für eine Person, die ermordet oder in einer Katastrophe getötet wird: so eine Person ist „chahal“ (חלל), eine Leere. [...] Jeder einzelne Athlet hinterließ eine Leere – ein chahal – die nie gefüllt werden wird. [...] Möge das Andenken an die Opfer des Massakers bei der Münchener Olympiade für immer in unseren Herzen bewahrt bleiben.“

Antisemitismus-Bekämpfung in Baden-Württemberg: Keine Erfolgsgeschichte

In unserer, ohnehin nicht an fehlendem Antisemitismus leidenden Bundesrepublik Deutschland, scheint das grün regierte Baden-Württemberg eine negative Spitzenposition einzunehmen. So bezahlt es einen Antisemitismusbeauftragten, der dem Israel- und Juden-Hass einen zusätzlichen Stempel aufgedrückt hat und lässt sogar einen islamischen Brandanschlag auf eine Synagoge im Verfassungsschutzbericht unerwähnt. Auch scheint sich trotz des allgemeinen Betätigungsverbots in der Bundesrepublik Deutschland ausgerechnet das iranische Terroranhängsel Hisbollah besonders in dem Lande von Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Michael Blume bezüglich seiner Aktivitäten sicher zu fühlen und zu gedeihen. (JR)

Von Benjamin Weinthal

JERUSALEM, Israel – Baden-Württembergs Regierung und u.a. die Südwest-Presse feiern dieses Jahr die 70-jährige Einheit der Länder Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern als "Erfolgsgeschichte".

Die Regierung Baden-Württembergs hat auf ihrer Homepage groß angekündigt: "Für Antisemitismus gibt es in Baden-Württemberg keinen Platz - der Rechtsstaat greift hier konsequent durch!"

Aus Sicht der Bekämpfung des Antisemitismus und des Erhalts der Demokratie, sind beide oben genannten Behauptungen tatsächlich auf Sand gebaut.

Dass die Bevölkerung Baden-Württembergs den ehemaligen Nazi-Marine-Richter Hans Filbinger in den 60er und 70er-Jahren als Ministerpräsident wählte, findet in der Berichterstattung keine intensive Auseinandersetzung mit der Wechselwirkung zwischen Demokratie und der NS-Geschichte Filbingers.

Filbinger ist berüchtigt für seine Rolle bei dem Todesurteil des deutschen desertierten Matrosen Walter Gröger. Filbingers Statement zu seiner Verantwortung des Todesurteils, "Was damals rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein.", ist verrufen.

Bei der Trauerfeier Filbingers 2007 lobte der damalige Ministerpräsident Baden-Württembergs, Günther Oettinger, ihn und seinen Einsatz als Widerstandskämpfer. Filbinger sei "kein Nationalsozialist" gewesen, sondern ein Gegner des NS-Regimes. Das war nachweislich eine Lüge. Weiter behauptet Oettinger zu Unrecht: "Es gibt kein Urteil von Hans Filbinger, durch das ein Mensch sein Leben verloren hätte".

Ein jeder kompetenter Journalist weiß, Regierungsmitglieder lügen und vertuschen. Die Demokratie in Baden-Württemberg bleibt u. a. wegen dieser maßgeblichen Lügen zu Filbinger und seiner NS-Vergangenheit zurückgeblieben, schwach und unreif.

Am Beispiel der Lage und den Zahlen zum Antisemitismusgeschehen in Baden-Württemberg, kann man sehr genau sehen, dass Baden-Württemberg das antisemitischste Bundesland ist. Dass sich der Judenhass im Laufe der verschiedenen Regierungen in Baden-Württemberg so deutlich in der hiesigen Gesellschaft manifestieren konnte, lässt erkennen, dass Antisemitismus in BW staatlich gelenkt scheint.

So gibt es das Beispiel des BW-Skandals mit der antisemitischen BDS-Kampagne (Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen) gegen Israel. In



Hat Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann die Aktivitäten der Hisbollah ausreichend bekämpft?

einem im Mai d.J. erschienenen Kommentars des renommierten deutsch-jüdischen Journalisten Henryk M. Broder für die "Welt" heißt es: "Doch, es gibt in Deutschland Platz für Judenfeindlichkeit".

Die Sachlage wurde von Broder beschrieben: "Es gab der Klage des Palästinakomitees Stuttgart e.V. gegen die Stadt Stuttgart statt. Die hatte es abgelehnt, die „Kontaktdaten“ des Palästinakomitees auf der Website der Stadt zu veröffentlichen, darunter auch Hinweise auf Aktionen und Veranstaltungen. Die Stadt vertrat die Ansicht, das Palästinakomitee unterstütze die BDS-Kampagne (Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen) gegen

zum gesetzlich geschützten Bereich der „Meinungsfreiheit“ erklärt. (Bei antiisraelischen Auffassungen, die im Gewand der „Israelkritik“ daherkommen, ist das bereits länger der Fall.)"

BDS-Nazis

Der Verfasser dieses Berichts hat im Jahr 2018 in einem Artikel für die 'Jerusalem Post' als Erster den Antisemitismus-Skandal um die Kontaktdaten der Pro-BDS-Gruppe des Palästinakomitees auf der Stuttgarter Seite entlarvt.

Die Stadt ist nicht gegen das Pro-BDS-Urteil in Berufung gegangen. Nathan Gelbart, ein bekannter

in Berufung, warum also nicht auch Stuttgart gegen BDS-Nazis?"

Susanne Kaufmann, eine Sprecherin des Stuttgarter Bürgermeister Frank Nopper sagte der JR: „Wir bedauern das Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart sehr. Aus rein rechtlichen Gründen haben wir uns jedoch entschieden, dagegen keinen Rechtsbehelf einzulegen. Nach aktueller Rechtsprechung schätzen wir die Erfolgsaussichten einer Berufung wie auch sonst als sehr gering ein. Deshalb haben wir die Adresse des Palästina-Komitees wieder auf die kommunale Homepage gestellt.“ Sie fügte hinzu: „Wir halten es nicht für eine Lösung, alle externen Adressen auf der kommunalen Homepage zu löschen. Dann müssten wir auch viele Kultureinrichtungen und alle Sportvereine von der Homepage entfernen.“

Wenn die Stuttgarter Regierung keinen staatlichen Antisemitismus fördern möchte, müsste Stuttgart alle Vereinseintragungen auf der Stuttgarter Homepage löschen.

Das würde dem Ziel "Für Antisemitismus gibt es in Baden-Württemberg keinen Platz" entsprechen. Die Entscheidung von Nopper, die Informationen erneut zu veröffentlichen, verstößt gegen die Anti-BDS-Beschlüsse des Landes Baden-Württemberg und gegen den des Bundestag. Zwar sind die Beschlüsse kein Gesetz, sie sind nicht bindend. Die Pro-BDS-Haltung

» Der Antisemitismus innerhalb der Landesregierung von Baden-Württemberg hat sich mit dem aktuellen Ministerpräsidenten Kretschmann weiter ausbreitet. «

Israel, und diese Kampagne sei ihrem Wesen nach antiisraelisch und antisemitisch."

Broder, der ein Top-Experte auf dem Gebiet des modernen deutschen Antisemitismus ist, kommt zu dem Schluss: "Es ist wohl das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, dass ein Gericht „antisemitische Auffassungen“ ausdrücklich

deutsch-jüdischer Anwalt und Experte für Antisemitismus, zu der Frage eines Rechtsmittels gegen den Gerichtsbeschluss die Webseite der Stadt Stuttgart betreffend: „Städte wie z.B. Heilbronn, das wie Stuttgart ebenfalls in Baden-Württemberg liegt, gehen in Sachen Neonazi-Demonstrationen sehr wohl gegen erstinstanzliche Entscheidungen der Verwaltungsgerichte

der Stuttgarter-Regierung zeigt jedoch, dass die Beschlüsse sich als eine sogenannte Sonntagsrede entpuppt hat.

Die Stuttgarter Regierung hat damit vor der antisemitischen BDS-Gruppe kapituliert.

Keine Kritik an Michael Blume

Die Vorstandssprecherin der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs (IRGW), Barbara Traub, schweigt konsequent zum BDS-Eintrag auf der Homepage. Traub bleibt umstritten, weil sie das angebliche Fehlverhalten des Antisemitismusbeauftragten der baden-württembergischen Landesregierung, Michael Blume, nicht kritisiert. Ausgerechnet Blume hat das Gerichtsurteil nicht beanstandet. Überdies beantwortet er u. a. JR-Pressenanfragen nicht. Das Simon-Wiesenthal-Zentrum stuft Blumes Aktivitäten im Jahr 2021 als siebtschlimmsten Fall von Antisemitismus ein und begründete dies damit, dass er Antisemitismus auf Social Media u. a. verbreitet hat. Blumes vorrangige Reaktion auf seine Listung ist, das Simon-Wiesenthal-Zentrum zu delegitimieren, prompt zu behaupten, das echte Simon-Wiesenthal-Zentrum sei nicht das in den USA ansässige, sondern jenes in Wien.

Martin Widerker, der jahrzehntelang Vorstandsmitglied und mehrere Jahre davon Vorstandsvorsitzender der IRGW war, sagte der JR in Bezug auf einen Korruptionsskandal um Traub und Blume: "Frau Traub hat Blume zu keiner Zeit als Antisemitismusbeauftragten kritisiert, obwohl die Versagen Blumes bekannt sind. Diese Versagen waren keine versehentlichen Fehler die Blume begangen hat, es waren bewusste Handlungen."

Widerker, der politisch über mehr als 50 Jahre für das Wohl des Judentums in Deutschland aktiv ist, kritisiert Blume und Traub: "Durch seine Lügen wurden die Mittel, die im Staatsvertrag - den ich für die IRGW persönlich als Vorstandsvorsitzender der IRGW verhandelt habe - festgeschrieben sind, zweckentfremdet. Für mich sind es kriminelle Handlungen, die dazu geführt haben, dass die Mittel, die die IRGW in eine blühende jüdische Gemeinde verändert hätten, zweckentfremdet wurden. Hier wurde eine geplante positive Entwicklung der IRGW sabotiert. Wenn jemand das Antisemitismus nennen würde, würde ich nicht widersprechen."

Widerker fordert den Rücktritt von Blume wegen seines Fehlverhaltens gegenüber der jüdischen Gemeinde und seiner Pro-Iran-Regime-Aktivitäten in Bezug auf eine Partnerschaft zwischen Freiburg und Isfahan in Iran.

Blume und Traub ignorieren diese Vorwürfe.

Die Lage der 'freien' Presse in Baden-Württemberg mutet düster an, unkritisch und zum größten Teil loyal gegenüber dem Land. Es gab keine Berichterstattung über die Entscheidung der Stuttgarter Regierung, nicht gegen das Pro-BDS-Urteil in Berufung zu gehen. Die „Stuttgarter Zeitung“ gilt lange schon als antiisraelisch und hat bereits im Jahr 2013 eine antisemitische Karikatur veröffentlicht, auf der Israels ehemaliger Premierminister Benjamin Netanjahu ein Davidstern auf der Brust hat; eine Anspielung auf die Juden, die einen gelben Stern in Hitler-Deutschland trugen:

Netanjahu sitzt auf einer Parkbank. Er wird mit einer Flasche aus Gift

mit einer Totenkopf-Kennzeichnung, einer „Friedenstaube“ mit der Aufschrift „Nahostfriede füttern“ dargestellt. Auf einem kleinen Stückchen Brot sind die Tropfen des Gifts aus der Flasche mit der Aufschrift "Siedlungsbau" zu sehen.

Die Karikatur entspricht der modernen Auflage der alten antisemitischen Geschichte, die die Juden als "Brunnenvergifter" verunglimpft. In diesem Fall ist Netanjahu der Brunnenvergifter, weil er den Friedensprozess mit dem Siedlungsbau vergiftet hat.

Das Simon-Wiesenthal-Zentrum stuft die Stuttgarter-Zeitung-Karikatur u. a. im Jahr 2013 als den siebtschlimmsten Fall von Antisemitismus ein.

Offensichtlich betreibt die "Stuttgarter Zeitung" Hofberichterstattung für den Antisemitismusbeauftragten Blume. Der Stuttgarter-Zeitung-Journalist, Eberhard Wein, der sich mit Blume beschäftigt, ignoriert die Korruptionsvorwürfe gegen Blume und Traub ebenso. Wein ignoriert weiter Blumes und Stuttgarts Duldung des antisemitischen BDS-Eintrags auf der Stadthomepage. Die "Stuttgarter Zeitung" und ihre Schwesterzeitung "Die Stuttgarter Nachrichten" sind ein Teil des Antisemitismus-Problems in Baden-Württemberg.

Fluchthilfe für Brandstifter?

Baden-Württemberg ist zudem ein Brennpunkt für gewalttätigen Antisemitismus. Der Ministerpräsident Winfried Kretschmann, der Innenminister Thomas Strobl und Michael Blume sind erneut in einen Antisemitismus-Skandal verwickelt. Sie versäumten es, die Bunderegierung und The International Criminal Police Organization [INTERPOL] über Serkan P. zu informieren, der aus dem Bundesland BW unbehelligt in seine Heimat Türkei fliehen konnte – fünf Tage, nachdem er am 5. Juni 2021 einen Brandanschlag auf eine neue Synagoge in Ulm verübt haben soll. Die Nazis haben die Ulmer Synagoge in den November-Pogromen niedergebrannt.

INTERPOL sagte gegenüber der JR zu dem Anschlag 2021: "Wenn die Polizei in einem der 195 Mitgliedsländer von INTERPOL Informationen in Bezug auf Ermittlungen und Personen mit dem Generalsekretariat in Lyon austauscht, bleiben diese Informationen Eigentum dieses Mitgliedslandes. INTERPOL äußert sich daher nicht zu bestimmten Fällen oder Personen, außer unter besonderen Umständen und mit Zustimmung des betreffenden Mitgliedslandes."

Im letzteren Fall würde die Rote Ausschreibung [Red Notice] im Ab-

schnitt 'Gesuchte Personen' unserer Website veröffentlicht. Bitte beachten Sie, dass viele Red Notices nicht veröffentlicht werden."

Man kann davon ausgehen, dass die Landesregierung Baden-Württemberg keine Beschwerde bei INTERPOL eingereicht hat: Kretschmann, Blume und Strobl verharren auch hier in Stille.

Eine „Red Notice“ zu Serkan P. war auf der Seite von INTERPOL nicht zu finden. Die Behörden des Bundes und der Landesregierung Baden-Württemberg bleiben stumm. Weder die Presse in Ulm noch in Stuttgart interessiert sich weiter für diesen Fall.

Lückenhafter Verfassungsschutzbericht

Auf eine JR-Pressenanfrage, warum der Verfassungsschutzbericht 2021 des Landes Baden-Württemberg den antisemitischen Fall des Brandanschlags auf die Synagoge in Ulm nicht erwähnt, schrieb das Landesamt für Verfassungsschutz: „Die Berichterstattung im Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg orientiert sich an extremistischen Personenzusammenschlüssen, die vom gesetzlichen Beobachtungsauftrag erfasst sind. Der Bericht kann keinen erschöpfenden Überblick zu allen antisemitischen Phänomenen geben und bietet keine abschließende Aufzählung aller antisemitischer Straftaten und Ereignisse im Berichtsjahr. Der Brandanschlag auf die Synagoge in Ulm am 5. Juni 2021 wurde unter anderem deshalb nicht in die Berichterstattung aufgenommen, da keine ausreichenden Belege zur Zuordnung des Tatverdächtigen zu einem extremistischen Personenzusammenschluss unter Beobachtung des Landesamts für Verfassungsschutz vorliegen.“

Dass der gefährlichste Vorfall des Antisemitismus im Jahr 2021 in Baden-Württemberg nicht in dessen Verfassungsschutzbericht steht, spricht Bände. Zudem gibt es keinerlei Priorität seitens der Landesregierung, eine Auslieferung nach Deutschland von Serkan P. zu erwirken. Die vorgegebene Verantwortungsstruktur bezüglich des antisemitisch-terroristischen Brandanschlags auf die Synagoge existiert offenbar nicht.

Kurzum: Der Fall von Ulm ist skandalös und die Landesregierung will den Skandal offenbar aussitzen.

Der Investigativ-Journalismus hat keine Tradition in Deutschland und die Presse-Berichterstattung in Baden-Württemberg z. B. im Fall Serkan P., ist ein glasklares Beispiel für das Versagen dieser Nachrichtenorganisationen.

Der Antisemitismus innerhalb der Landesregierung von Baden-Württemberg hat sich mit dem aktuellen Ministerpräsidenten Kretschmann weiter ausgebreitet. Im März 2017 übergab der Grünen-Politiker Kretschmann persönlich einen Scheck über 30.000 Euro in Judäa und Samaria an den lutherischen Pastor Mitri Raheb, der sich für die Vernichtung Israels einsetzt. Die 30.000 Euro sollen für Solarenergietechnik verwendet werden. Raheb unterstützt die antisemitische BDS-Kampagne.

Kretschmann, der in der Vergangenheit ein Anhänger der totalitären Ideologie der kommunistischen Diktatur Mao Zedong in China war, hat in Bezug auf die Bekämpfung des Antisemitismus in Baden-Württemberg grandios versagt. Für Baden-Württemberg gilt: Der Fisch stinkt vom Kopf her. Obwohl die Bundesregierung im Jahr 2020 die Aktivitäten der islamischen Terror-Organisation Hisbollah verboten hat, bleiben Mitglieder der libanesischen Terror-Bewegung in Baden-Württemberg aktiv. Laut dem neuen BW-Verfassungsschutzbericht sind derzeit etwa 70 Anhänger in Baden-Württemberg ansässig.

Israel deckte auf, dass Hisbollah Ammoniumnitrat in Baden-Württemberg gelagert hat.

Die Terror-Gruppe hat mehrfach die chemische Substanz Ammoniumnitrat für die Herstellung explosiven Materials für Terroranschläge verwendet.

Es ist unklar, ob Kretschmann, der die Hisbollah-Organisation duldete, davon wusste, dass Ammoniumnitrat in seinem Bundesland gelagert wurde. Israel spielte eine wichtige Rolle bei der Aufdeckung von Hisbollahs Ammoniumnitratlagerung in Baden-Württemberg. Der Fall des Hisbollah-Ammoniumnitrat-Skandals bleibt bis heute ungeklärt. Die Presse und die Oppositionspolitik (z.B. SPD und FDP) zeigen aktuell kein Interesse an diesem Vorfall. Die Grünen-CDU Koalition in Stuttgart schweigt zu dem Hisbollah-Skandal. Die Demokratie zeigt sich einmal mehr als sehr unausgegoren im BW-Landtag. Klar ist: Hisbollahs Terror-Aktivisten fühlen sich offenbar seit Jahren sicher und wohl in Baden-Württemberg.

Eine Fortsetzung dieses Artikels folgt in der November-Ausgabe der Jüdischen Rundschau.

Mitarbeit: Carola Baseler

Benjamin Weinthal ist Europakorrespondent der Zeitung „The Jerusalem Post“ und Research Fellow der Foundation for Defense of Democracies.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Leo-Baeck-Preis für Cem Özdemir: Moralische Inflation und Offenbarungseid der offiziellen jüdischen Vertretung in Deutschland

Für die am 20. Oktober geplante Verleihung des Leo-Baeck-Preises scheint dem Zentralrat kein würdigerer Kandidat eingefallen zu sein als der Landwirtschaftsminister Cem Özdemir. Eine echte Vertretung jüdischer Interessen in Deutschland ist bei der Verleihung des höchsten jüdischen Preises an einen grünen Politiker nur schwer zu erkennen. Die Juden- und Israel-aversen Positionen sind so alt, wie die grüne Partei selbst. Sie überschreiten von Sarah-Lee Heinrich bis Jürgen Trittin dabei häufig die Grenzen zum erkennbaren Antisemitismus und machen diesen, wie auch die unverhohlenen Äußerungen der mit den Grünen korrelierten Klimabewegung deutlich belegen, besonders im grünen Milieu wieder salonfähig. (JR)

Von Julian Plutz

„Ehren entehren, Titel werten ab, ein Amt verblödet“, schrieb einst der Schriftsteller Gustave Flaubert. Gerade mit erstem traf der Franzose den buchstäblichen Nagel auf den Kopf. Es sind bereits die krudesten Personen für ihr Leben, ihr Werk oder für was auch immer geehrt worden, so dass sich der geneigte Leser gefragt haben dürfte: Wofür? Wozu wurde 2011 der Rapper Bushido mit einem Integrationspreis ausgezeichnet? Für die Zeile „Ihr Tunten werdet vergast“ oder doch eher für den literarischen Erguss: „Ein Schwanz in den Arsch, ein Schwanz in den Mund“? Und wofür bekam Yassir Arafat den Friedensnobelpreis? Dafür, dass er 1957 die Terrororganisation Fatah gründete, die zahllose Anschläge verübte?

Um so weniger erstaunt die Ehrung von Cem Özdemir. Dieser erhielt in diesem Jahr den „Leo-Baeck-Preis“, eine Ehrung, die seit mehr als 70 Jahren der Zentralrat der Juden auslobt. Der Namensstifter gilt als einer der einflussreichsten Vertreter des liberalen Judentums im 19. Jahrhundert. Die Preisträger der Auszeichnung lassen sich – zumindest in Teilen – durchaus sehen. Von Ralph Giordano bis Friede Springer konnten sich namhafte Persönlichkeiten die Ehrung ans Revers heften.

Doch auch mehr als zweifelhaft Kandidaten wurden vom Zentralrat geehrt. Neben Volker Beck erhielt auch Joschka Fischer den Preis. Der ehemalige Außenminister bewies in seiner Karriere zahllose Male seinen negativen Bezug zum Land Israel. Als im Herbst 2000 im Judenstaat die „Intifada“ ausbrach, entschied die israelische Regierung zunächst keine Waffen gegen die gewaltbereiten Demonstranten einzusetzen. Stattdessen bat die Regierung Deutschland um Wasserwerfer.

„radikal und uninformierte“ Grüne
Doch Rot-Grün entschied sich diesen Wunsch auszuschlagen. Das deutsche „Nein!“ hatte vor allem Joschkas Auswärtiges Amt durchgeboxt. Die Begründung muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Deutschland schickt keine Waffen in Spannungsgebiete. Ein Wasserwerfer ist in den Augen von Fischer also eine „Waffe“? Falls das die vom ehemaligen Grünenpolitiker viel beschworene deutsch-israelische Freundschaft ist, dann ist man geneigt, auf diese zu verzichten.

Doch Fischers Haltung ist nicht neu. Bereits im Dezember 1969 flog er zu den Totfeinden in der PLO zu gemeinsamen „Gesprächen“. Ziel der PLO war nichts weiter als den „Endsieg“ und Israels „Vernichtung“. Ferner pflegten sie Kontakte zur westlichen „Stadtguerilla“. Joschka Fischer beschreibt die Teilnahme an der Konferenz heute



Landwirtschaftsminister Cem Özdemir soll den Leo-Baeck-Preis verliehen bekommen.

mit linksgrüner Backpacker-Romantik. Er sei damals auf einer „unpolitischen Tramptour“ gewesen.

Überhaupt kennen viele in den Reihen der Grünen keine Berührungängste, was Antisemitismus angeht. So hält Jürgen Trittin, der heimliche Vorsitzende der Partei, die BDS-Bewegung zwar für „kritikwürdig“, antisemitisch sei das Aktionsbündnis jedoch nicht. „BDS in toto für antisemitisch zu erklären, bedeutet, weite Teile der palästinensischen Zivilbevölkerung, die seit mehr als 50 Jahren unter der Besatzung leidet, in die antisemitische Ecke zu stellen“, so der ehemalige Bundesumweltminister. Gruppierungen, die sich gewaltfrei für die Zwei-Staaten-Lösung starkmachen, würden mit dem Label „Antisemit“ belegt. „Das ist falsch“, bekräftigt Trittin gegenüber der taz.

Krude Rassenlehre von Sarah-Lee Heinrich

Es ist leider fakt, dass weite Teile der „palästinensischen“ Zivilbevölkerung antisemitisch eingestellt sind. Laut einer Studie der Anti Defamation League (ADL) sind 93% der Bewohner des Westjordanlandes und dem Gazastreifens Feinde der Juden. Die Befragten mussten zu 11 antisemitischen Thesen Stellung beziehen. Auf Sätze wie „Die Juden haben zu viel Macht in den internationalen Finanzmärkten“ oder „Die Juden sind verantwortlich für die meisten Kriege“ konnten sie mit „wahrscheinlich wahr“ oder „wahrscheinlich falsch“ antworten. Wer sechs der elf Fragen mit „wahrscheinlich wahr“ angekreuzt hat, gilt für die ADL als Antisemit.

Dass sich die Grünen keine Sorge machen brauchten, dass ihr Nachwuchs

ebenso brutal, verroht und jüdenfeindlich ist, bewies die Sprecherin der Grünen Jugend Sarah-Lee Heinrich. In Tweets. „Nicht alle Mädchen mögen Blumen du sexistisches Schwein ich will dich verbrennen alle Männer sind Scheiße“. Aber im Kampf gegen rechts und gegen eine „eklige weiße Mehrheitsgesellschaft“ ist Sarah ganz groß.

So wird auch ihre Rassentheorie ohne Probleme von der Mutterpartei gedeckt. „Juden und Asiaten sind keine weißen Menschen, und bei Slawen weiß ich's ehrlich gesagt nicht“, titterte Heinrich. Heinrich Himmler hätte es nicht besser formulieren können. Der Witz dabei ist: Sie meint die Aussage nicht mal despektierlich, sondern als Kompliment. Nach ihrer Logik müssten Juden für die rassistische Zuordnung dankbar sein, denn sie spricht sie frei von der tiefsten Schuld weiß zu ein. Sie hasst weiße Männer mit der gleichen niederträchtigen Verachtung, wie Rassisten Schwarze hassen. Nur ist das eine – völlig zu Recht – gesellschaftlich geächtet. Im Falle von Sarah-Lee Heinrich wird man befördert.

Sie verharmlosen die Shoah

Unvergessen bleibt auch die Rede der Autorin Carolin Emcke zum Grünen Parteitag 2021. Über Videoschaltung gab sie zum Thema Klimawandel folgendes zum Besten: „Die radikale Wissenschaftsfeindlichkeit, die zynische Ausbeutung sozialer Unsicherheit, die populistische Mobilisierung und die Bereitschaft zu Ressentiment und Gewalt werden bleiben. Es wird sicher wieder von Elite gesprochen werden. Und vermutlich werden es dann nicht die Juden und Kosmopoliten, nicht die Feministinnen oder die Virologinnen sein, vor denen gewarnt wird, sondern die Klimaforscherinnen.“

Diese Verharmlosung von Juden Hass wird Ihnen von der Trägerin des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels – noch so eine entehrende Ehrung – präsentiert. Es bleibt das alte Spiel: Durch diese Art von Gleichsetzung wird die historische, aber auch emotionale Präzedenzlosigkeit von Antisemitismus angegriffen und entwertet. Zu Ende gedacht war die Shoah doch gar nicht so schlimm und lediglich ein Betriebsunfall der Geschichte.

Die Haltung von Emcke, die stellvertretend für viele Grüne und ihre Sympathisanten steht, ist gefährlich und erinnert an ein Zitat der SPD-Politikerin Gesine Schwan: „Was früher das Judentum war, ist heute der Islam.“ Sie relativieren und merken es nicht. Sie vergleichen das singuläre geschichtliche Ereignis, verharmlosen es damit und merken es nicht. Sie verhöhnen die Opfer von Auschwitz, Buchenwald, Theresienstadt, Dachau und der ganzen Höllenfabriken und merken es nicht. Sie treffen die Angehörigen der Opfer jedes Mal ins Herz, schauen ihnen in die Augen und merken es nicht.

Ob Sarah-Lee Heinrich, Jürgen Trittin. Ob Carolin Emcke, Joschka Fischer oder natürlich die katastrophalste Kulturstaatsministerin aller Zeiten, Claudia Roth. All die ebenen den Weg für blinden, nackten Antisemitismus. Der Unterschied zum rechten Judenhass ist, dass er tabulos stattfindet. Er läuft auf ARD, er steht in der Süddeutschen Zeitung und er wird an Parteitagen der Grünen artikuliert. Nichts kann dem Redner passieren, denn er bewegt sich im moralischen geklärten Raum. Doch am Ende bleibt es, wie es ist, denn am Ende steht die Formel fest, an der sich in den Jahrhunderten nichts geändert hat: Der Jude ist schuld.

Eklatantes Versagen der fahrlässigen Migrationspolitik: Kriminelle Arabische Clans übernehmen zusehends deutsche, schwedische und andere westeuropäische Städte

Der Sieg der Partei der „Schwedendemokraten“ ist nur eine konsequente Antwort auf die von grüner und linker Politik erzeugte bedrohliche Sicherheitslage in Schwedens Ballungszentren. Arabischstämmige Clans schaffen immer mehr kriminelle sowie rechtsfreie Räume und haben die Städte fest in der Hand. Dazu werden statt einer konsequenten Gegenoffensive der Justiz, in Deutschland Ermittlungen wegen des Vorwurfs des „Racial Profiling“ zunehmend behindert. (JR)

Von Mirjam Lübke

In Deutschland neigt man dazu – um einmal mit unserem Glaubensbruder Jesus zu sprechen – den Splitter im Auge des anderen zu sehen, den Balken im eigenen Auge allerdings nicht. Auch wenn man unsere Lebenssituation sicherlich nicht mit der autoritärer Staaten vergleichen kann, herrscht in unseren Medien eine »Uns geht es doch gut!«-Dauerberieselung vor, die uns alle Missstände der Republik vergessen lassen soll. Man sorgt sich um die Unabhängigkeit der Justiz in Polen, aber nicht um ideologisch geprägte Urteile in Deutschland, die den Anhängern der Fridays-for-Future-Bewegung sehr viel Nachsicht entgegenbringen. Das verwundert nicht, mit diesen sympathisiert man schließlich selbst und vermeintliche Ungerechtigkeit wird oft nur dann wahrgenommen, wenn sie einen selbst betrifft, das liegt in der menschlichen Natur. Ähnlich sieht es mit den Nebenerscheinungen der ungelagerten Migration aus.

Weckruf aus Schweden

Der Wahlausgang in Schweden rüttelte die deutsche Presselandschaft auf, denn an der Wahlurne hatte ein sogenannter »Rechtsruck« stattgefunden. Die Erklärung ließ nicht lang auf sich warten, denn in einigen schwedischen Städten wird

man der Clankriminalität nicht mehr Herr. Da es sich bei den Clanmitgliedern hauptsächlich um arabischstämmige Migranten handelt, betraf die Gruppenkriminalität auch bereits die jüdischen Bürger Schwedens: Nachdem diese in Malmö unter Dauerangriffen durch Jugendliche zu leiden hatten und auch die Synagoge immer wieder so massiv beschädigt wurde, dass man kaum noch von einem »Streich« sprechen kann, wanderte die Gemeinde ab. Den Bürgermeister störte das nicht sonderlich, er gab sich erleichtert, da er eher die ortsansässigen Juden als Störenfriede empfunden hatte – doch auch in Schweden kippte die Stimmung.

Rassismuskorrekturen behindern Ermittlung

In Deutschland redet man noch immer gern um den heißen Brei herum. Um die Opfer der Clankriminalität macht man sich auch hier wenig Sorgen – immerhin sind die Clans massiv in den Drogenhandel involviert und dürften auf diese Weise zumindest indirekt manches junge Leben ruiniert haben. Vielmehr sorgt man sich um die richtige Bezeichnung, die bitte nicht diskriminierend sein sollte. Während in Nordrhein-Westfalen wenigstens hin und wieder Razzien stattfinden, bei denen einschlägige Lokale durchsucht

werden, die der Geldwäsche dienen, könnte das den Behörden in Berlin bereits als »Racial Profiling« ausgelegt werden. Zugegeben: Der Polizeieinsatz in einem Clanrevier ist kaum als unauffällig zu bezeichnen. Es empfiehlt sich nicht, nur einzelne Beamte ins Einsatzgebiet zu schicken, denn die Clanmitglieder sind ähnlich gut vernetzt wie die Antifa und trommeln im Nu über ihre Handys mehrere Dutzend Freunde und Verwandte zusammen. Eine lebensgefährliche Situation für jeden Polizisten.

Ist der starke Zusammenhalt der Familien der eigentliche Grund, warum man sich vor der entschiedenen Bekämpfung der Clans drückt? Jedenfalls leiten politisch korrekte Soziologen daraus gern allerlei Entschuldigungen für die Mitglieder ab, die eigentlich nur noch ein müdes Gähnen hervorrufen sollten, aber gerade in Berlin noch eine große Überzeugungskraft haben. Sie passen ins Narrativ: Nicht die Clanchefs sind verantwortlich für die Verbrechen, die auf ihre Anordnung hin begangen werden, sondern die deutsche Gesellschaft. Diese hat ihre Pflicht zur Integration vernachlässigt und lässt dem Nachwuchs der involvierten Familien keine Chance auf einen Start in ein bürgerliches Leben. Soweit die Theorie, die gern auch auf Serienmörder und andere romantisierte Tätergruppen angewandt wird.

Undurchlässige Loyalität

Tatsächlich dürften es die Familien selbst sein, die einen Ausstieg aus der Szene unmöglich machen, denn die Strukturen sind eng verwoben, man isoliert sich selbst von der Außenwelt und macht allen Nachwuchsmitgliedern unmissverständlich deutlich, dass ihre Loyalität nur der Sippe zu gelten hat. Selbst wenn sich Behörden und Sozialorganisationen große Mühe geben, Jugendlichen andere Perspektiven aufzuzeigen, so zeigt das höchstens kurzfristig Erfolg: Der Druck durch den Clan ist stärker. Das ist auch einer der Gründe, warum es so schwer ist, an tragfähige Zeugenaussagen zu gelangen, um Schlüsselfiguren der Clans zu überführen. Kaum jemand wagt es, sich gegen die Großfamilie zu stellen, das gilt als Hochverrat. Die Aussichten, Clankriminalität in Deutschland erfolgreich zu bekämpfen, stehen nicht gut, auch, weil die Verantwortlichen aus falscher Toleranz jahrzehntelang weggeschaut haben. Ob es letztlich möglich ist, noch etwas zu unternehmen, erfahren wir allerdings nur, wenn die Behörden sich endlich entschließen, entschieden durchzugreifen. Sonst ist es kein Wunder, dass sich die Clans in Deutschland gut aufgehoben fühlen – es lohnt sich für sie, ihre kriminellen Aktivitäten auszuweiten. Das wird ihnen täglich signalisiert.

Wundersame Wandlung: Die ehemalige Friedenspartei bläst kräftig ins Kriegshorn

Die Kriegstreiberei der vormals geradezu infantilen grünen Pazifisten, denen die Entwaffnung der Bundeswehr gar nicht weit genug ging, wird immer schärfer. Während die Außenministerin Annalena Baerbock geradezu besessen, unreal und ohne Rücksicht auf ihre Wähler, auf eine Weiterführung des Krieges bis zum Sieg über die Russische Föderation pocht, fordert nun die Bundesvorsitzende der Grünen Ricarda Lang sogar die Prüfung der „Potentiale der Industrie“ für weitere Waffenlieferungen an das Kriegsgebiet der Ukraine. Dabei drehen die ehemaligen Sandalen-Träger, Socken-Stricker und Oster-Marschierer kräftig an der Eskalationsspirale des Krieges. Bei aller Kritik an den russischen Kriegshandlungen, sieht eine verantwortungsvolle Politik der Bundesrepublik Deutschland, besonders bei dem Hintergrund der voraussehbaren negativen Wirtschafts- und Energieweiterungen, anders aus. (JR)

Von Mirjam Lübke

»Westliche Waffensysteme können einen Unterschied machen in der Ukraine«, lesen wir von der grünen Spitzenpolitikerin Ricarda Lang am 12. September bei Twitter. »Ich bin überzeugt: Die Zeit der Zögerlichkeit muss vorbei sein. Es muss mehr geliefert werden. Dabei gilt es auch die Potentiale der Industrie und die Bestände der Bundeswehr zu prüfen.« Mit Blick auf die um ihre Existenz kämpfende deutsche Wirtschaft ist das eine Forderung von pathetischer Reichweite – aber man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Lang sich deren Konsequenzen noch nicht einmal bewusst ist.

Die Grünen vermitteln den Bürgern den Eindruck, noch ein viel zu ausschweifendes Leben zu führen, so als wäre es einem Normalverdiener möglich, seine Heizung auch im Hochsommer bis zum Anschlag aufzudrehen und täglich zartes Kalbsfilet mit eingeflogenem Spargel zu genießen. Jedoch betrifft die durch den Krieg in der Ukraine noch verschärfte Energiekrise längst die Produktion von Grundnahrungsmitteln und einfachsten Gebrauchsgütern: Es fängt schon beim

Brot vom Bäcker um die Ecke an und reicht bis zur Produktion von Medikamentengrundstoffen. Mit Verzicht auf Luxus hat das nichts mehr zu tun.

Viel hilft viel

In ihrer Begeisterung für den Ukraine-Krieg kennen die Grünen kein Halten mehr, selbst der Koalitionspartner SPD kann die Notbremse nicht ziehen. Sieht man sich sonst als Partner der EU, sind nun auch internationale Abkommen zu Waffenlieferungen nicht mehr wichtig, es gilt die Devise »viel hilft viel«, Kiew soll möglichst rasch deutsche Panzer erhalten. Auch ohne sich auf die Seite Putins zu schlagen und den Ukrainern das Recht auf Selbstverteidigung abzuspochen, hat das mit eben jener Selbstverteidigung nur noch wenig zu tun: Das ist kein »Iron Dome«, mit dem Israel den Raketenbeschuss aus dem Gaza-Streifen von sich fernhält oder ein Panzerabwehrsystem, um die Einnahme ukrainischer Städte zu verhindern. Man könnte meinen, die Grünen bezögen ihr Wissen über moderne Kriegsführung aus einer »Panzergeneral«-Spiele-App.

Man soll vorsichtig sein mit histori-

schen Vergleichen – auch in diesem Fall gehe ich nicht davon aus, dass Ricarda Lang bewusst in die Fußstapfen des preußischen Königshauses tritt. Aber ich konnte mich als Historikerin nicht dagegen wehren: Der Slogan »Gold gab ich für Eisen« sprang mich geradezu an. Als Prinzessin Marianne von Preußen 1813 zur Zeit der napoleonischen Befreiungskriege die Frauen aufforderte, ihren Goldschmuck für die Landesverteidigung zu spenden, ging es allerdings für das Land um »alles oder nichts«, um die Verteidigung der eigenen Souveränität. Und immerhin erhielt die Spenderin im Gegenzug einen Eisenring mit der patriotischen Aufschrift „Gold gab ich für Eisen“. Auch damals standen die Damen unter einem gewissen sozialen Druck, aber letztlich blieb die Spende freiwillig. Heute zwingt der Staat uns den Verzicht durch seine Wirtschaftspolitik auf, was letztlich auf den Verlauf der Kriegshandlungen in der Ukraine aber keinen Einfluss hat.

Gas aus Aserbaidschan fließt weiter

Der Eifer der Grünen passt hingegen sehr gut zu ihrer Agenda, den Bürgern

Verzicht aufzuerlegen. Man kann die Ablehnung der russischen Eroberungspolitik nachvollziehen, aber diese Maßstäbe werden an andere Wirtschaftspartner Deutschlands nicht angelegt. Seit Jahrzehnten bestehen gute Handelsbeziehungen zum Iran, die schon unter dem Gesichtspunkt der von Annalena Baerbock propagierten »feministischen Außenpolitik« unverzüglich abgebrochen werden müssten. Auch stört sich niemand sonderlich am Überfall Aserbaidschans auf Armenien und den dabei begangenen Kriegsverbrechen, das Gas aus Aserbaidschan fließt weiter. Aber auch im eigenen Land pflegen die Grünen ihre Doppelmoral: Völlig ohne schlechtes Gewissen stellt man Fotos vom fröhlichen Feiern beim Oktoberfest in den sozialen Medien zur Schau. Da wirken die grünen Damen Katharina Schulze, Claudia Roth und Ricarda Lang plötzlich gar nicht mehr vom Gedanken an den Krieg niedergedrückt. Man genießt sein Maß Bier und eine deftige Schlachtplatte. Auch wenn man jedem in der Krise ein wenig Ablenkung gönnt – mit der Glaubwürdigkeit war es damit endgültig vorbei!

80 Jahre nach NS-Pogrom: Ehemalige Görlitzer Synagoge wieder mit Davidstern gekrönt

Das ehemalige jüdische Gotteshaus, das nach seiner Entweihung durch die Nazis viel zu lange nicht seinem ursprünglichen Bestimmungszweck zugeführt worden ist und heute als säkulares Kulturforum betrieben wird, erhielt am 12. September wieder seinen Davidstern zurück. Dank Spenden konnte der letzte Bauabschnitt im Beisein von Dr. Nora Goldenbogen, der Vorsitzenden des Landesverbandes Sachsen der Jüdischen Gemeinden, abgeschlossen werden. (JR)

Von Carsten Linden

Am Montag, 12. September um 12 Uhr, wurde auf die Haube des Synagogengebäudes der östlichsten Stadt Deutschlands, Görlitz, ein Davidstern gesetzt. Diesen Platz erhielt er erstmals mit dem Bau der Görlitzer Synagoge in den Jahren 1909-1911. Dort hatte er seit dem Novemberpogrom 1938, genauer seit dem 10. November 1938, gefehlt.

Das Gebäude befindet sich in der Nähe der Innenstadt und liegt mit einigen anderen Gebäuden der Gründerzeit am Ende einer Stichstraße mit Wendekreis. Diese Straße setzt sich in gerader Linie als Fußweg fort, dessen Beginn zugleich der Anfang des lichten Stadtwalds ist. Seine weiten Rasenflächen werden üblicherweise von den Kinderkrippen der Umgebung zum Ausflug mit Spiel genutzt, so auch an diesem Montag.

Diese Einbindung in das tägliche Geschehen der Stadt Görlitz mag 1938 missfallen haben, denn im Zuge des Novemberpogroms wurde erst die Synagogeneinrichtung demoliert und in Brand gesteckt und am Folgetag der Stern zerstört. In der staatsnahen örtlichen Tageszeitung war der hämische Kommentar zu lesen, „dass nun endlich der Davidstern verschwunden ist, der bisher als Fremdling das Stadtbild unserer aufragenden Türme störte.“ Darauf bezog sich Dr. Nora Goldenbogen, Vorsitzende der jüdischen Gemeinden in Sachsen, als sie bei ihrer Rede vor dem Aufsetzen des Davidsterns am 12. September meinte: „Mit dem heutigen Tag kommt der Stern wieder ins Stadtbild und es bleibt zu hoffen, dass er nie wieder ein Fremdling werden wird.“

Das Kulturforum Görlitzer Synagoge

Schon 1939 wurde die Synagogengemeinde aufgelöst und nach dem Krieg das Gebäude durch Rechtssetzung seitens der sowjetischen Militärverwaltung der Dresdener jüdischen Gemeinde übertragen, welche es Anfang der 1960er Jahre der Stadt Görlitz verkaufte. Bis zur staatlichen Wiedervereinigung 1990 war das Gebäude weitgehend unbeachtet, wurde zeitweilig als Materiallager genutzt, wobei die ursprüngliche Funktion des Gebäudes jedoch nicht in Vergessenheit geraten war und eine würdige Nutzung eine der in der Wendezeit erhobenen lokalen Forderungen war. In einem drei Jahrzehnte dauernden Werdepotenzial erschloss sich die Stadt ihren Umgang mit dem Gebäude, überführte die politische Arbeit in ein dann umgesetztes Konzept der Wiederherstellung des Gebäudes und füllt die ehemalige Synagoge seit Juni 2021 als „Kulturforum Görlitzer Synagoge“ wieder mit Leben.

Das städtische Konzept „Kulturforum Görlitzer Synagoge“ hatte zwar den Plan verfolgt, das Gebäude – auch die Innengestaltung – möglichst original wiederherzustellen, der Davidstern auf dem Dach war jedoch unberücksichtigt geblieben. Von verschiedenen Seiten



Nach dem Novemberpogrom von 1938 bekommt die Görlitzer Synagoge wieder einen Davidstern

wurde der Wunsch geäußert, dass wieder ein Davidstern auf dem alten Platz angebracht werde. Der Stadtrat genehmigte dies am 24.9.2020 einstimmig und verband mit der Genehmigung, dass der neue Stern über Spenden finanziert werden solle. Tatsächlich wurde auf diesem Weg die nicht ganz geringe Summe von rund 81.000 aufgebracht, wobei die Erwähnung dieser Spenden durch Oberbürgermeister Ursu bei seiner Rede am 12. September spontanen Applaus evozierte. Sollte diese Summe nicht ausreichen, die Kosten zu decken, wird die Stadt diese aus Rücklagen abdecken.

Das von der Stadtverwaltung diesem Tag inszenierte Aufsetzen des Davidsterns war sehr würdig. Den Charme der Veranstaltung machte zunächst aus, dass zwar am Vor- und Nachfolgetag immer wieder längere Regenschauer aufkamen, dieser Tag selbst aber ganztägig einen angenehm warmen Sonnenschein mit sich brachte. War die Aufsetzung erst eine Woche zuvor öffentlich angekündigt worden, verwundert es nicht, dass mit etwa 150 bis 200 Personen eine eher kleine Runde zusammenkam. Die technische Durchführung lag bei der Görlitzer Stahlbaufirma Weiner.

Der seit 30 Jahren selbständige Knut-Heinz Weiner, für den „es etwas besonderes ist, ein Wahrzeichen für Görlitz zu setzen“, und seine Mitarbeiter hatten den Stern produziert und führten nun gekonnt das Aufsetzen durch.

Eine besondere Atmosphäre

Gegen 12 Uhr waren die Menschen um die Wendeschleife vor dem Gebäude versammelt als der Davidstern von einem Kran langsam in die Nähe der Versammlung gehoben und dort beim Folgenden im Sonnenlicht in Überkopfhöhe präsentiert wurde. Die Wirkung war erstaunlich. So verzichteten die mindestens 30 anwesenden Jugendlichen darauf, ihre Smartphones zu checken und orientierten sich zum Davidstern. Auch die übrigen Versammelten waren mit ihren Unterhaltungen und Bemerkungen ganz bei der Sache. Weiterungen, die bei öffentlichen Versammlungen manchmal einfach dazu gehören, wie Demonstranten oder Selbstdarsteller, wurden nicht gesichtet. Plötzlich, fern von jedem großen Auftritt, befanden sich Seit an Seit Oberbürgermeister Octavian Ursu (CDU) und Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) unter den Men-

schen. Ministerpräsident Kretschmer habe schon als Bundestagsabgeordneter dafür gesorgt, dass der Verfall des Gebäudes nicht weiter geht, etwa durch tatkräftiges Akquirieren von Denkmalschutzmitteln, wird in der Menge gemunkelt. Mit kurzen Gesprächsteasern gingen beide durch die gesamte Versammlung und erfüllten geduldig Fotowünsche. Ebenso plötzlich und unaufdringlich stand Oberbürgermeister Ursu dann an dem in der Mitte des Wendekreises aufgestellten Mikrofon und sprach Worte der Begrüßung und Sinngebung: „Für die Stadt Görlitz ist dieses Vorhaben aus erinnerungskultureller und aus historischer und denkmalpflegerischer Sicht von großer Bedeutung. Das, was wir heute umsetzen, ist ein historischer Moment und eine Herzensangelegenheit für unsere Stadt.“ Ministerpräsident Kretschmer, der in Görlitz aufgewachsen ist und erst als Student nach Dresden ging, meinte: „Es ist eine große Freude, so viele Wegbegleiter und Mitstreiter zu sehen.“ Damit zielte er auf die Jahre der Wendezeit, auf die er näher einging, indem er bemerkte, dass „die Menschen, die hier gelebt haben, diesen furchtbaren Verfall der Stadt erlebt haben bis 1989 und dann die friedliche Revolution mit herbeigeführt haben.“ Als Teil der Stadt habe man sich „auch für diese Synagoge mit eingesetzt. Diese Synagoge gehört zu unserer Stadt. Wir alle haben sie nie erlebt im wirklichen Betrieb und wir waren noch nie drin, aber es war vollkommen klar, es muss so sein: Auch dieses Gebäude soll erhalten werden.“ Die weitere Geschichte bis in die Gegenwart brachte er so auf den Punkt: „Dieses Gebäude wurde von wenigen Menschen gesichert und erhalten. Von wenigen Menschen, die sich aufgemacht haben, kleinere Beträge zu organisieren, um am Ende auch wirklich einen guten optischen und nutzbaren Zustand wieder zu erreichen.“ Als tragenden Moment des Engagements erkannte er also wie Oberbürgermeister Ursu das Motiv der Erhaltung der Bausubstanz und fügte hinzu: „Aber Denkmalschutz ist bei diesem Thema nur das eine. Es geht vor allem um Geschichte“, genauer um „Respekt und Anerkennung vor den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die es einmal aufgebaut haben, die hier mit uns in Görlitz gelebt haben, die ermordet worden sind oder die flüchten mussten.“ An seiner Bewertung ließ er keinen Zweifel, indem er äußerte, „was für ein furchtbares Verbrechen, was für ein Zivilisationsbruch und was für ein riesiger Vertrauensbruch das gewesen ist, als dann jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger verfolgt und in einer großen Zahl umgebracht wurden.“ Für die Gegenwart gehe es „um Moral. Es geht um Werte, die wir miteinander teilen: Religionsfreiheit und Menschenwürde.“

Mit den Worten „So etwas darf sich nie wiederholen!“ schloss er mit Blick auf die anwesenden Jugendlichen und richtete sich direkt an sie: „Es ist so wunderbar diese vielen jungen Men-

schen zu erleben, die heute hier sind. Vielen herzlichen Dank, dass ihr alle da seid, dass ihr euch Zeit genommen habt.“ Nora Goldenbogen stellte in ihrer folgenden Rede fest: „Es ist kein Zufall, dass der Davidstern damals überall von den Türmen und Synagogen geholt wurde oder, wenn das nicht möglich war, er abgeschlagen wurde, sogar auf Friedhöfen. Er war ein sehr deutliches Symbol des Judentums und diese Symbole sollten verschwinden wie die gesamte jüdische Gemeinschaft in Deutschland.“ Sie schlug den Bogen in die Gegenwart und bemerkte: „Es hat mich umso unangenehmer berührt, als der gelbe Stern in den letzten beiden Jahren von Impfgegnern und Coronaleugnern benutzt wurde, um sich selbst als Opfer zu stilisieren.“

Würdige Wiederinstallation

Anschließend wurde der während der Reden vor den Augen schwebende Davidstern langsam über die Haube des Gebäudes gehoben und zielgenau an der höchsten Stelle abgesetzt. Bei dem Vorgang blieb der Davidstern fast durchgängig den versammelten Menschen in Frontansicht zu sehen. Begleitet wurde der Stern von zwei Drohnen, obschon die anwesende Polizei dies zuvor wegen der besonderen Schutzbedürftigkeit des Gebäudes durch Ansprache zu unterbinden gesucht hatte. Die entsprechenden Videoaufnahmen der Sternaufsetzung werden mittlerweile im Internet geteilt.

Zum Ausklang wurden von den Anwesenden Gespräche gepflegt. Gesichtet wurden Vertreter aus allen Stadtratsfraktionen, der erst gerade in Amt gekommene Landrat Stephan Meier (CDU), Volker Bandmann, langjähriger Wahlkreisabgeordneter im Sächsischen Landtag für Görlitz, Lothar Klein, März bis Oktober 1990 Mitglied der Volkskammer der DDR und heute zentraler Akteur der „Sächsischen Israelfreunde e.V.“ in Dresden, die jüdische derzeit in der Volksrepublik China praktizierende



Oberbürgermeister Octavian Ursu (CDU), Dr. Nora Goldenbogen und Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU)

Ärztin und Professorin Evelyne Yehudit-Bischof und einige Görlitzer Pastoren der Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz. David Peres, ein der Görlitzer jüdischen Gemeinde verbundener junger Mann aus Prag, trug wie auch Nora Goldenbogen und Alex Jacobowitz, Kantor und Leiter der Görlitzer jüdischen Gemeinde, den Gebetsschal.

Was die Zukunft des Synagogenbaus mit Davidstern angeht, zeigen die Äußerungen in etwas unterschiedliche

Richtungen. So stellt man beim Gang durch die Stadt fest, dass die Synagoge allgemein bekannt ist, nicht jedoch ein „Kulturforum Görlitzer Synagoge“ Dieses Kulturforum muss sich als Marke wohl noch weiter im öffentlichen Bewusstsein verankern und hierbei mag zukünftig der Davidstern seine Rolle spielen. Nach dem Internetauftritt des „Kulturforum Görlitzer Synagoge“ soll die Nutzung der Synagoge ausdrücklich „säkular“ sein. Der jüdischen Gemeinde wird gleichwohl die Nutzung eines

Raums als „Wochentagsynagoge“ ermöglicht. Nachfragen bei den Rednern dieser Veranstaltung deuten interessante Perspektiven an. Oberbürgermeister Ursu meint: „Die jüdische Gemeinde ist noch im Aufbau. Wir würden uns freuen, wenn wieder jüdisches Leben entsteht.“ Ministerpräsident Kretschmer bindet eine sakrale Nutzung an den Willen der jüdischen Gemeinde: „Wenn jemand einen Gottesdienst hier feiern will, dann muss das möglich sein, denn dafür ist das Gebäude gebaut worden.“

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
 Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
 Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51, (Aboverwaltung) Fax: (03222) 13 24 601
 E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
 Redaktion: Laila Mirzo (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrowski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de
 • per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion) • per Fax: (03222) 13 24 601 (Aboverwaltung)
 • per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 51

E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Presse Druck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

- Unsere Kontaktadressen**
- J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
 - (030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
 - (030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)
 - redaktion@juedische-rundschau.de
 - (03222) 13 24 601
 - www.juedische-rundschau.de
 - www.facebook.com/jrundschau
 - @jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung

«Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

- 39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)
- 49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)
- 73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)
- 32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____
 Strasse, Hausnummer _____
 PLZ _____ Wohnort _____
 Geburtsdatum _____ Telefon: _____ E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ Unterschrift

Ich zahle gegen Rechnung:
 Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (03222/1324601) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Berufs-Denunziantin Anetta Kahane und ihr ideologisches Erbe in der Amadeu Antonio Stiftung

Anetta Kahane hat schon vor Jahrzehnten, als sie IM in der DDR war, den „Antifaschismus“ als lukratives Geschäftsmodell entdeckt. Aber nur, wenn Opfer und Täter dem jeweils als system-korrekt angesehenen Narrativ entsprechen. Übergriffe kommen für Kahane immer nur von rechts, linke und islamische Gewalt existiert für die ehemalige „Inoffizielle Mitarbeiterin“ der Stasi nicht. Mit der Amadeu Antonio Stiftung hat sie die Kampagnen gegen konstruierte „Staatsfeinde“ perfektioniert, wobei jeder als „Staatsfeind“ deklariert werden kann, der berechtigte Kritik an seinen vom Staat verschuldeten Lebensumständen übt oder „linke“ Positionen angreift. Kahane hat die Stiftung im Frühling verlassen, doch ihr ideologisches Erbe wirkt weiter. (JR)

Von Thilo Schneider

Kennen Sie Anetta Kahane und die Amadeu Antonio Stiftung? Was wie der Name einer Punk-Rock-Band der 80er Jahre klingt, ist tatsächlich eine mit öffentlichen Geldern finanzierte Stiftung, die sich laut eigenem Banner „gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ engagiert. Nicht unbedingt immer, nicht unbedingt in dieser Reihenfolge, aber wenigstens ist so für jeden etwas dabei. Aber der Reihe nach:

Anetta Kahane wurde 1954 in Ostberlin geboren, zu den aufregenden Zeiten, als der junge, dynamische Sozialismus mit stalinistischem Antlitz permanent von den reaktionär-kapitalistischen Kräften des Klassenfeindes in den USA und seinen Handlangern in der BRD gefährdet war und die aufrechten Sozialisten noch mirnichtsdirnichts einfach zum Klassenfeind 'rübermachen konnte. Ihre Eltern Max Kahane und Doris Kahane hatten jedoch den richtigen Klassenstandpunkt und erzogen das jüngste ihrer drei Kinder im Geiste des „neuen Menschen“ des Sozialismus. Max und Doris waren säkulare Juden und engagierten sich tatsächlich nicht erst nach dem Krieg gegen den Faschismus, sondern waren beide aktive Mitglieder der französischen Resistance, was allemal ehrenwert war und ist.

„IM Victoria“

Klein-Anetta wurde in Pankow geboren, wohin zu dieser Zeit keine Sonderzüge mehr oder noch nicht führen und wurde, nach einem kurzen Intermezzo ihrer Eltern in Indien, wo Max Kahane als erster Auslandskorrespondent der DDR-Nachrichtenagentur ADN arbeitete, 1961 in Berlin eingeschult und gleichzeitig Jungpionierin. Laut ihrer Eigenbiographie outete sich Anetta Kahane während ihrer Schulzeit gegen den Willen ihrer Eltern als Jüdin und schloss die Oberschule, trotz mancherlei Anfeindungen deswegen, 1973 mit der Hochschulreife ab. Im gleichen Jahr wurde sie, glaubt man diversen Quellen, vom Ministerium für Staatssicherheit als inoffizielle Mitarbeiterin angeworben, das sie bis 1982 unter dem von ihr selbst ausgewählten Namen „IM Victoria“ führte. Das Ministerium für Staatssicherheit war stets bemüht, früh junge Perspektivkader anzuwerben, um sie nach einiger Zeit und Ausbildung als Ausforscher von Intellektuellen, Diplomaten und anderen einflussreichen Persönlichkeiten einzusetzen.

Anetta Kahane galt als zuverlässig und systemtreu, wenngleich als etwas schwierig zu führen und hörte sich im Kollegen- und Kommilitonenkreis laut Eigenaussage nur so ein bisschen um. Sie arbeitete unter anderem als Dolmetscherin für Portugiesisch nach Sächsisch in Westafrika für die „Staatliche Plankommission der DDR“ mit verschiedenen sozialistischen Brüdervölkern zusammen oder begleitete Tiefbauingenieure nach Mosambik.



Die ehemalige „Inoffizielle Mitarbeiterin“ der Stasi Anetta Kahane.

Dort empfand sie angeblich das Auftreten ihrer Mitsozialisten gegenüber der einheimischen Bevölkerung als „rassistisch und paternalistisch“ und hatte deswegen auch keine Lust mehr, nach Feierabend noch Berichte zu verfassen. 1982 kündigte sie bei der Stasi („aufgrund von politisch-ideologischen Problemen“, wie ihr Führungsoffizier notierte) und flog umgehend von der Reisekaderliste. Nicht, dass sie am Ende noch zum Klassenfeind überliefe. Von 1983 bis 1989 arbeitete sie tatsächlich als freiberufliche Übersetzerin und stellte mit ihrem Ehemann einen Ausreiseantrag. Allerdings hielt ihre Ehe nicht lange genug, bis der Antrag genehmigt war. Daher entschied sie sich als alleinerziehende Mutter, lieber in der heimeligen DDR zu bleiben.

Rekrutierung sowjetischer Juden für die DDR

Sie war engagiert. In der Bürgerrechtsbewegung der DDR, in der Jüdischen Gemeinde Ostberlins, immer rastlos, immer tätig, arbeitete in unglaublich vielen Organisationen und Ausschüssen und Unterausschüssen, stets bemüht, „gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus“ zu kämpfen. Sie tat das möglicherweise auch an Stellen, wo dies unnötig oder sogar grotesk war, in einer Art und Weise, die wie Obsession aussieht, aber sie schaffte es, die Regierung Modrow dazu zu nötigen, 200.000 sowjetische Juden aufzunehmen. Übrigens sehr zum Missfallen israelischer Behörden, die diese lieber in Israel als in Deutschland gesehen hätten.

Ab 1991 baute Anetta Kahane im Auftrag des Landes Berlin die „Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen“ auf, auf die sie im Laufe der Zeit 17 weitere Projekte und Organisationen aufstellte. Die Themen waren stets die Gleichen: Bekämpfung des Rechtsextremismus, Erziehung zur Demokratie

und „interkulturelle Bildung“, die augenscheinlich jedoch stets nur von den Minderheiten in Richtung Mehrheitsgesellschaft funktionierte, nie umgekehrt. Vielleicht auch nie umgekehrt funktionieren durfte. Das wäre ja „rassistisch und fremdenfeindlich“.

Gründung der Amadeu Antonio Stiftung

1998 initiierte Anetta Kahane die Amadeu Antonio Stiftung, benannt nach Amadeu-Antonio Kiowa, der 1990 in Eberswalde von den Dummsten, die Deutschland zu bieten hat, ermordet wurde. Besonders „pikant“ an diesem Mord: In der Nähe standen sowohl bewaffnete Zivil- als auch uniformierte Kräfte der Polizei herum, die sich außerstande sahen, einzugreifen. Man wollte lieber nicht mit 50 aggressiven und besoffenen Neonazis aneinander geraten, es hätte ja ein Beamter verletzt werden können. Die Täter kamen mit vergleichsweise milden Strafen davon, es war nicht klar, wer damals die tödlichen Tritte und Schläge ausgeführt hatte.

Anetta Kahane handelt also durchaus aus nachvollziehbaren und tatsächlich hehren Gründen, wenngleich sie in ihren Handlungen gerne auch über ihr Ziel hinausschießt oder eine ganz bewusst einseitige Position bezieht, die keinen Diskurs duldet und keine Kritik an sich heranlässt. So betreibt die Amadeu Antonio Stiftung beispielsweise die Web-Seite „Belltower News“, die, käme sie von der AfD, zu Recht als „voll von Hate Speech“ gebrandmarkt würde. Die Amadeu Antonio Stiftung bedient sich hier der gleichen Muster und Methoden, die sie der Gegenseite vorwirft, wenn sie beispielsweise den Schwedendemokraten unterstellt, sie wollten ein „rassistisch reines Schweden“, weil sie eine Parole wie „Schweden soll schwedisch bleiben“ postuliere. Da darf dann schon nachgefragt werden, wem Schwe-

den denn gehören sollte, wenn nicht den Schweden? Den Norwegern oder den Finnen oder den zahlreichen Arabern und Syrern?

Auf einem Auge blind

Selbstredend gibt es bei der Antonio Amadeu Stiftung nur eine Art von Gewalt – das ist die von vermeintlichen oder tatsächlichen Rechtsextremen gegen Ausländer und Juden. Andere rassistische oder religiöse Gewalt existiert schlicht nicht oder wird komplett ausgeblendet, um das eigene Weltbild nicht zu gefährden. Auf diese Art und Weise wird die Amadeu Antonio Stiftung aber genau das, was sie doch eigentlich nicht sein will: Eine undemokratische, ideologisch einseitig ausgerichtete Organisation mit einem klaren Feindbild. Die allerdings beispielsweise 2019 mit immerhin einer Million Euro aus den Staatskassen der schwarz-roten Regierung sanft abgefedert wurde. Neben den sonstigen 4 Millionen Euro aus Spenden und sonstigen Mitteln aus allen möglichen Fördertöpfen. „Antifaschismus“ als lukratives Geschäftsmodell. Aber nur, wenn Opfer und Täter dem korrekten Narrativ entsprechen. Mittlerweile hätte die Stiftung der Wahren und Guten gerne 10 Millionen Euro von der Ampelregierung, um auch gegen „Verschwörungstheoretiker“ und sonstige Staatsfeinde mit Kampagnen vorzugehen, wobei jedermann und jede Frau als „Staatsfeind“ deklariert wird, der berechtigte Kritik an seinen vom Staat verschuldeten Lebensumständen übt oder „linke“ Positionen angreift. Wäre der Autor dieser Zeilen ein böser Mensch, er würde ein süffisantes „gelernt ist eben gelernt“ hinzusetzen. Ist er aber nicht.

Stigmatisierung traditioneller Familienmodelle

Anetta Kahane und ihre einstmals gute Punkband „zeichnete“ sich daneben auch mit einer „Handreichung für KiTa“ aus, in der sie sportliche Kinder mit Zöpfen und höflichem Auftreten als „Kinder rechtsextremer Eltern“ „enttarnte“, erst recht, wenn die Kinder „traditionelle Geschlechterrollen lernen“. Ohne die Zöpfe trafen diese „klassischen Geschlechterrollen“ allerdings auch und erst recht auf so ziemlich jeden islamischen Haushalt zu, das aber wiederum hat in der Amadeu Antonio Stiftung dann niemanden mehr interessiert. Der Blick ging und geht stets nur nach einer Seite. Auf der eigenen, linken und guten Seite kommt Gewalt von Islamisten gegen Juden schlicht nicht vor.

Anetta Kahane war bis März 2022 Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung und schied aus, um sich dem eigenen publizistischen Wirken zu widmen. Sie gehört zum Establishment und dürfte keine Mühe haben, ihre Werke zu veröffentlichen. Wenngleich deren Inhalte von einer Herausgeberin seltsamer Erkennungsbroschüren und obszön einseitiger Web-Seiten erwartbar seicht und unausgewogen sein dürften.

Degussa 
GOLD UND SILBER.

DIE GANZE WELT DER EDELMETALLE. BEI DEGUSSA.

Wir bieten Ihnen eine große Auswahl an Barren und Anlagemünzen und übernehmen für Sie auf Wunsch auch gerne die professionelle Einlagerung in unserem Degussa Schließfach oder in unserem Hochsicherheitslager.

Auch für den Verkauf Ihrer Edelmetalle wie beispielsweise Barren, Münzen oder alten Schmuck sind Sie bei uns goldrichtig. Unsere Experten prüfen Ihre Ware fachmännisch und kaufen diese direkt in unserer Niederlassung oder im Ankaufszentrum an.

DEGUSSA-GOLDHANDEL.DE



Augsburg Berlin Düsseldorf Frankfurt Hamburg Hannover Köln München Nürnberg Pforzheim Stuttgart
Zürich Genf Madrid London

TAZ-Autorin träumt von der Deindustrialisierung Deutschlands

Anfang des Jahres richtete die TAZ-Autorin Ulrike Herrmann im Rahmen der Aktionstage „Ökozid“ ganz im Sinne der grünen Politik klare Worte an die Öko-Wunderland-Gläubigen. Sie fordert nichts weniger als die Vernichtung der industriellen Basis Deutschlands und das Ende des klimafreundlichen Kapitalismus. Wenn es nach Herrmann ginge, fänden wir uns in vorindustrieller Zeit wieder. Während sich Israel vom Agrarstaat zur High-Tech Nation entwickelt hat, katapultiert sich Europa durch verantwortungslosen grünen politischen Irrsinn zurück ins Mittelalter und blickt wahrlich dunklen und kalten Zeiten entgegen. (JR)

Von Roger Letsch/unbesorgt.de

Ein Schnipsel eines Videos aus dem Januar 2022, das im Schauspielhaus Stuttgart entstanden ist, sorgt gerade für Schnappatmung auf Twitter und Facebook. Als Gastrednerin an einem von 20 Aufführungstagen des Stücks „Ökozid“ fällt die TAZ-Autorin Ulrike Herrmann ein vernichtendes Urteil über der Idee des „grünen Wachstums“. Ich will mich hier gar nicht über das Konzept von „Ökozid“ auslassen, weil das Theater dem gleichnamigen ARD-Propagandastreifen von 2020 nichts mehr hinzufügt. Herrmanns Laudatio ragt jedoch aus dem Ensemble der „üblichen Verdächtigen“ heraus, die bei derlei Themen stets am Rednerpult stehen wie etwa Luisa Neubauer und Jürgen Resch. Und das auf schreckliche und ehrliche Weise. Klimaschutz, darum geht es natürlich immer!

Und wie die gesamte Weltretterblase stellt Herrmann den Sinn und das Endziel der Retterei nicht in Frage. Das müsse halt alles geschehen und Punkt. Anders als die Schlangenölkäufer des „Green Deal“ ist sie jedoch um eine ehrliche Beschreibung des Endzustandes, den sie anstrebt, bemüht. Die Idee einer grünen Wohlstandsgesellschaft in einer nicht allzu fernen Zukunft wird in Herrmanns fünfzehn Minuten langen Vortrag zur Kenntlichkeit entstellt. Kein Stein, so Herrmann, werde auf dem anderen bleiben auf dem Weg von „hier“ (Hand nach oben, Kapitalismus) nach „da“ (Hand nach unten, anämisch-kreislaufwirtschaftliches Nullemmissions-ökowunderland). In der Beschreibung dessen, was uns am Ende dieses Weges erwartet, stimme ich mit Herrmann fast vollständig überein. Nur bin ich im Gegensatz zu ihr nicht überzeugt davon, dass wir über diese Brücke gehen sollten. Ich empfehle, statt der kurzen Zusammenschnitte gleich die Langfassung des Vortrags anzusehen, schon damit die Chronologie der Aussagen stimmt.

Geplanter Abstieg

Herrmann bezeichnet sich selbst als Fan des Kapitalismus, obwohl sie ihn abschaffen will. Alle Sozialsysteme vor dem Kapitalismus seien statische Agrargesellschaften gewesen, erst der Kapitalismus habe eine Dynamik entwickelt und verspreche Wachstum. Das klingt ja nett, ist aber schon empirisch falsch. Herrmann sieht zwischen der Antike und dem Aufkommen des Kapitalismus im 18. Jahrhundert keinerlei Entwicklung. Ich bin sicher, dass nicht einmal die größten Apologeten des Kapitalismus diese Art Erweckungslegende so teilen würden.

Die Fortschritte – und damit natürlich auch das Wachstum, das Herrmann so vehement ablehnt – fanden nur auf anderen Sektoren statt. Extensiv, wie es für agrarische Gesellschaften typisch ist, etwa durch Ausweitung der Ackerflächen durch Rodungen oder die Besied-



TAZ-Autorin Ulrike Herrmann hat dem Kapitalismus den Kampf angesagt

lung ganzer neu entdeckter Kontinente. Das freilich mit der negativen Begleitscheinung von Territorialkonflikten aller Größenordnungen. Herrmann meint jedoch, da war nichts, was nach Wachstum aussah, was ich angesichts von Namen wie Magellan, Michelangelo, Gutenberg oder Bach doch stark in Zweifel ziehen möchte.

Die Leistungen der genannten wurden übrigens ausdrücklich nur deshalb möglich, weil der Mensch es geschafft hatte, schon damals und vor der Zeit der industriellen Revolution seine Nase gelegentlich aus der Ackerfurche zu erheben und sich mit mehr zu befassen, als im Winter die prekäre Energieversorgung aufrecht und die Backstuben warm zu halten.

Man sollte doch annehmen, die Energiequellen, zu denen Herrmann zurück will, müssen mindestens so zuverlässig sein wie jene, die der industriellen Revolution und der Kohle voraus ging. Leider ist das nicht der Fall, wie Herrmann selbst erklärt. Erneuerbare Energien werden dauerhaft teuer und volatil sein und damit hat sie wohl leider recht.

Begrenzender Faktor war die Energie schon vor der industriellen Revolution, die aus Holz und tierischen Energien wie Walöl oder dem guten alten „Hafermotor“ stammten. Handelsimperien, die marktwirtschaftlich agierten (ohne dafür eine theoretische Erkenntnis oder gar einen Namen zu haben), die wuchsen und den Wohlstand ihrer Länder mehrten, gab es seit der frühen Antike. Die Marktwirtschaft als natürliche Wirtschaftsform ist also uralte, der Kapitalismus ist lediglich seine Ausformulierung unter den Bedingungen der industriellen Revolution und deren Nachfolgern. Treibender Faktor war und ist die bessere Verfügbarkeit von Information und Energie, wobei das erste vom zweiten abhängig ist. Aus Hafer und Holz wurde Kohle, aus Kohle wurden Öl und Gas. Der Schritt zu Kernenergie und künftig Fusion ist weltweit gemacht, nur in Deutschland lässt man den Fuß gefährlich in der Luft hängen. Das „Ministry Of Silly Walks“ kommt einem in den

Sinn. Nur humorloser und weniger trittsicher.

Ganze Berufsfelder werden überflüssig sein

Doch zurück zur kleinen neuen Welt von Ulrike Herrmann, die knallhart formuliert, dass es den Klimarettern um nichts weniger als die vollständige Vernichtung der industriellen Basis des Landes gehen muss. Ihr ist so klar wie mir, dass es genau darauf hinauslaufen wird, dass dieser Abstieg Millionen Menschen um ihre Existenz brächte und dass weite Berufsfelder komplett überflüssig würden. Wer also heute Messebauer, Grafikdesigner oder Inhaber einer PR-Agentur ist, für den wird es eng. Ich möchte dringend noch Genderforscher, Parteivorsitzende und Gleichstellungsbeauftragte auf die rote Liste setzen, denn auch für solche spätkapitalistischen Dekadenzschmarotzer ist einfach nicht genug Buchweizengrütze im Gemeinschaftskessel. Arbeit werden aber alle finden, da ist sich Herrmann sicher! Windräder bauen sich nicht von allein und im Biolandbau und bei der Wiederaufforstung der Wälder gibt es viel zu tun.

Dummerweise ist es mit nicht benötigten Fertigkeiten wie mit ungenutzten Muskeln: die Atrophie setzt schnell ein. Zur Aufrechterhaltung einer Gesellschaft, wie sie Herrmann vorschwebt, genügt eben der Entwicklungsstand einer Stammesgesellschaft wie der germanischen im Jahre 9, wobei ich mir recht sicher bin, dass es in der des Jahres 2035 mindestens noch einen Migrationsbeauftragten geben muss, der für einen herzlichen Empfang der römischen Legionen sorgt. Wie eine solche Gesellschaft jedoch in der Lage sein soll, trotzdem weiter Windräder aufzustellen und zu betreiben, bleibt ein Rätsel, denn der Stahl, das Kupfer, das Neodym, der Beton und all die anderen Materialien veredeln sich ja auch nicht von allein und müssten wohl importiert werden.

Wobei sich die Frage stellt, was Deutschland noch exportieren kann, um die Importe zu bezahlen, wenn es

sich erst von der Industrie verabschiedet hat. Vielleicht Holz? Da wäre aber Greta sauer, denn die kundigste Forstfachwirtin vor dem Herrn weiß ganz sicher, dass man davon die Finger lassen muss, weil man Wälder nicht aufforsten kann. Was allerdings, wenn es nicht kompletter Koloeres wäre, die Beschäftigungspläne von Ulrike Herrmann gleich mit torpedieren würde und uns so der Vorstellung beraubte, Kevin Kühnert und Ricarda Lang bei der Verrichtung von Forstarbeiten (ohne Zuhilfenahme von schwerem und CO₂-lastigem Gerät) zu sehen. Womöglich ist die Sache doch komplexer, als Greta und TAZ-Journalistinnen sie sich vorstellen können.

Der Sinn des Kapitalismus

Kapitalismus, und das wussten wir bisher nicht, dient laut Herrmann nicht der Befriedigung von Bedürfnissen, sondern allein der Aufrechterhaltung des Systems Kapitalismus, womit aus dem „Henne-Ei“-Problem ein „Ei-Ei“ wurde. Jedoch ist nicht Wissenschaft, sondern Ideologie im Spiel, wenn man zur Definition eines Begriffes oder des Inhaltes desselben den Begriff selbst heranziehen muss. Das kann nicht gut gehen, wie man gerade erst in der Dokumentation „What Is A Woman“ von Matt Walsh eindrucksvoll sehen konnte. Bricht man die Aussagen Herrmanns zum Sinn des Kapitalismus auf den logischen, abstrakten Kern herunter und wendet ihn auf zum Beispiel sie selbst an, dient eine Ulrike Herrmann letztlich auch zu nichts anderem, als zur Existenzsicherung von Frau Herrmann und ein Wachstum ist auch da beim besten Willen nicht zu erkennen. Doch beide funktionieren, Ulrike Herrmann genauso wie der Kapitalismus: Herrmann bekommt beim TAZ-Artikel schreiben Hunger und der Kapitalismus macht sie satt.

Knapp und teuer

Für alle Zeit, so weiß Herrmann – und ich stimme ihr da in weiten Teilen zu – ist die Energie aus den sogenannten Erneuerbaren knapp und teuer. Doch wie Habeck denkt sie nicht einmal daran, auf der Angebotsseite etwas zu unternehmen, sondern streicht rigoros die Nachfrage. Es reiche eben nicht fürs Flugzeug, und nicht für Banken oder Lebensversicherungen und auch nicht fürs E-Auto im Individualverkehr, dass ohnehin eine Sackgasse ist. Man könne ja Bus fahren. Doch wer baut die Straßen, hält die Brücken instand und baut die Busse? Die Infrastruktur des Arminius im Teutoburger Wald mag ja kostenlos gewesen sein, die eines exklusiv tätigen ÖPNV ist es leider nicht.

Also doch ein Fitzelchen Industrie, um die Busse zu bauen? Ein wenig Metallurgie, um die Motoren und das Blech für die Karosserie fertigen zu können? Ein wenig chemische Industrie vielleicht, für den Korrosionsschutz? Man stellt sich unwillkürlich die Frage, ob die Strecke wirklich gut genug bemessen werden

kann, die Herrmann in ihrer Rede von „da oben“ nach „da unten“ gestisch darstellte. Und wer genau ist so schlau, die vielen Millionen nur so mittelschlauen Partizipanten des Kapitalismus durch eine staatlich verordnete Superintelligenz zu ersetzen? Wer darf überleben, wer muss untergehen? Eine staatliche Triage buchstäblich über Leben und Tod wäre die Folge, aber vielleicht kann man diese Folgen ja wieder den Ungeimpften in die Schuhe schieben.

Eine Eigenschaft des Kapitalismus, wenn er sich entsprechend entfalten kann, ist es aber gerade, Ressourcen besser und effektiver verteilen zu können als alle Planungskommissionen aller sozialistischen Mangelwirtschaften aller Zeiten zusammen. Herrmann unterschlägt bei ihrer Beweisführung, dass die verheerenden ökonomischen Auswirkungen, beispielsweise der Covid-Lockdowns, von den Staaten ausgingen und nicht von der kapitalistischen Weltwirtschaft. Auch Kriege, die andere Geißel unserer Epoche, werden von Staaten vom Zaun gebrochen – nicht vom Kapitalismus – und mit allergrößter Ressourcenverschwendung geführt.

Kriegswirtschaft

Womit wir bei der geradezu abenteuerlichen Schlussfolgerung Herrmanns wären, wie der Umbau des Kapitalismus in Deutschland in einen CO₂-neutralen Ponyhof vonstatten gehen soll. Als Vorbild führt die TAZ-Journalistin ausgerechnet die britische Kriegswirtschaft an, die unter Churchill eine staatlich verordnete, aber noch in Teilen privatwirtschaftliche war und mit staatlichen Zuteilungen bis weit nach dem Krieg, bis ins Jahr 1954 arbeitete. Was die Popularität der Maßnahmen angeht, gehen die Meinungen weit auseinander. Jedoch gibt es einige entscheidenden Unterschiede zu dem Sparta, dass Ulrike Herrmann in Deutschland zu errichten wünscht.

Zunächst war die Einführung der Kriegswirtschaft eine unmittelbare Folge der Bedrohung durch das Hitlerregime. Die Gefahr war real und bestand nicht aus einer Reihe windiger Prognosen, dass die Sahne auf den Erdbeeren in Wimbledon im Jahr 2000 um 2° wärmer sein könne.

Außerdem handelte es sich schon mit Blick auf die Hoffnung, diesen Krieg am Ende zu gewinnen, um eine ausdrücklich temporäre Maßnahme.



Geht es nach den Tagträumen der grünen Klimaretter, schaffen wir industrielle Erfindungen fast ab.

Grundsätzlich bedeutete der Umbau eine massive Ausweitung der Industrieproduktion, nicht deren Einstellung. Wozu übrigens jede Menge billiger Energie (in Form von einheimischer Kohle und persischem Erdöl) benötigt wurde. Alles andere also als eine anämische Mangelwirtschaft mit Windrädern, wie sie Herrmann und vielen Grünen vorschwebt.

Zu guter Letzt schaue man sich an, wo die Siegermacht Großbritannien am Ende der Zuteilungswirtschaft verglichen mit dem besiegten und geteilten Deutschland (nun ja, dem westlichen Teil zumindest) stand. Die Kriegswirtschaft hat sich als völlig untauglich in Friedenszeiten erwiesen.

Was Herrmann fordert, ist zwar auch eine Everest-Besteigung im Ausmaß eines Weltkrieges, der Bergsteiger soll sich aber vorher die Pulsadern aufschneiden, um Gewicht für den Aufstieg einzusparen. Man muss kein Wirtschaftswissenschaftler oder Mediziner sein, um zu ahnen, dass das nicht funktionieren kann.

Als viel bessere Analogie, auch was den

Ausgang des Experiments anbelangt, eignet sich die Französische Revolution, besonders in den Jahren 1793 und 1794. Auch hier zeigte sich bei den schlimmsten Eiferern dieser Rousseau'sche Zwang, sich vom Zivilisierten (vulgo Verderbten) zu verabschieden und nach einem universellen Naturrecht zu leben, in welchem es für den gesinnungsfesten Franzosen eigentlich nur zwei geeignete Werkzeuge gab: den Pflug oder die Waffe. Ähnlich wie die grüne Revolution heute startete auch die französische als eine bürgerliche, die jedoch immer schneller von der Gleichheit der Chancen zu Gleichheit der Vermögen abglitt. Immer mehr staatliche Eingriffe und Gängeleien folgten und schlechte Erlasse wurden durch noch schlechtere ersetzt. Nach der Einführung von Höchstpreisen und Höchstlöhnen brach die Wirtschaft am Ende fast vollständig zusammen, weil der allmächtige Wohlfahrtsausschuss schließlich so viele Zügel in der Hand hatte, dass die zu lenkenden Pferde nicht mehr wussten, ob sie vorwärts oder rückwärts gehen

sollten und zudem völlig verängstigt und unselbstständig waren. Wollen wir hoffen, dass es bei unseren Grünroten niemanden gibt, der es vermag, uns in der Rolle eines Robespierre über diese Brücke zu jagen.

Die so kalten wie ehrlichen Worte von Ulrike Herrmann kommen vielleicht gerade noch rechtzeitig, um den Weg in die Dunkelheit in ein gespenstisches Licht zu tauchen. Denn wenn auch nicht alle Klimaretter sich bewusst sind, dass es so etwas wie grünes Wachstum oder auch nur eine bezahlbare Energieversorgung durch Sonne und Wind nicht gibt, so würden doch die meisten von ihnen den Weg abwärts auch dann gehen, wenn sie wüssten, was am unteren Ende der Reise auf sie wartet. Man hofft, selbst nicht über die Klinge springen zu müssen, weil man die Revolution doch stets rückhaltlos bejubelt hat. Eine Ricarda Lang, ein Kevin Kühnert oder auch Ulrike Herrmann werden nie als Biobauern und Forstarbeiter im Herrmann'schen Ökosozialismus frönen. Sie hoffen auf einen Posten bei der Bedienung der Guillotine.

Keine Zeitung ohne Leser: Wir freuen uns auf Ihre Leserbriefe!

Senden Sie uns Ihren Leserbrief an folgende Mailadresse:

leserbriefe@juedische-rundschau.de

Einsendungen über diese Mailadresse können sowohl in der Printausgabe der Jüdischen Rundschau als auch online veröffentlicht werden.

Die Jüdische Rundschau behält sich vor, zu entscheiden, welche Leserbriefe erscheinen und welche nicht. Die Redaktion behält es sich außerdem vor, die Leserbriefe sinnwahrend zu kürzen.

Für die Veröffentlichung muss der Leserbrief bitte mindestens folgende Angaben enthalten:

- Auf welchen Artikel bezieht sich der Leserbrief und in welcher Ausgabe ist der Artikel erschienen?
- Ihr Vor- und Nachname sowie der Wohnort (werden veröffentlicht)
- Ihre Anschrift (wird nicht veröffentlicht)

Ihre vollständige Anschrift ist wichtig, da der Leserbrief sonst als anonym gelten muss und damit nicht veröffentlicht werden kann.

Wir lesen alle Briefe sorgfältig, auch wenn wir sie nicht alle beantworten können.



Zur Konvertiten-Debatte: eine historische Rückblende

Der Streit um die Rolle und den Einfluss christlicher Konvertiten in der jüdischen Gemeinde, hat Risse in der Gemeinschaft hinterlassen und eine Debatte darüber ausgelöst, ob es Juden erster und Juden zweiter Klasse gibt. Ein Vorwurf lautet, dass einige Deutsche aus einem Schuldkomplex heraus zum Judentum übertreten. Andere befürchten, dass durch eine nicht-jüdische Sozialisation eine völlig neue Religion entstehen könnte. Ein Zwischenruf der Vernunft von Dr. Peter Gorenflos. (JR)

Von Dr. Peter Gorenflos

Die von Avital Gerstetter ausgelöste Debatte über Konvertiten im deutschen Judentum hat gewisse Wellen geschlagen, fand auch Resonanz in der „WELT“ mit einem Kommentar von Alan Posener, in der „Berliner Zeitung“ mit einem Artikel von Tomer Dreyfus und in der „Jüdischen Allgemeinen“ mit einem Beitrag von Daniel Neumann. Laut Rabbiner Walter Rothschild – ebenfalls in der WELT – sagen nur deutsche Konvertiten Juden, was sie zu tun haben und Gerstetter spricht sogar von der Möglichkeit, dass durch Konvertiten mit nicht-jüdischer Sozialisation eine völlig neue Religion entstehen könnte. Eine historische Rückblende zeigt, dass diese Theorie nicht ganz abwegig ist. Die vermutlich folgenschwerste Konversion zum Judentum war die von Paulus. Allerdings konvertierte er nicht vom Christentum, denn diese Religion ist sein eigenes, späteres Werk, sondern von den Mysterienkulten seiner Heimatstadt Tarsus.

Mit dem Judentum nur oberflächlich vertraut und tief beeindruckt von religiösen Autoritäten wie Gamaliel, Hillel oder Schammaï, entwickelte Paulus jüdische Ambitionen, mit denen er jedoch kläglich scheiterte. Sein Eigenlob in den Briefen, er sei Pharisäer der Pharisäer gewesen, ist nachweislich genauso falsch, wie Lukas Aussage in der Apostelgeschichte, er sei ein ehemaliger Schüler Gamaliels. Irgendetwas musste schiefgelaufen sein, jedenfalls wechselte er die Seiten, wurde Polizeiaгент des Hohepriesters, einem Sadduzäer und Kollaborateur Roms, und mit der Verfolgung der Jesus-Anhänger, der Nazarener, beauftragt. Auf dem Weg nach Damaskus erlitt er eine Halluzination, in der ihm Jesus – den er persönlich nie kannte – erschien. In der Kreuzigung Jesu, eine Bestrafung Roms für dessen Kampf gegen das imperialistische Joch und für die Wiederherstellung einer jüdischen Monarchie, erkannte Paulus das stellvertretende Sühnopfer der wiederauferstehenden Mysteriengötter seiner Heimat wieder, welches den Zweck hatte, die Gläubigen von ihren Sünden reinzuwaschen und für das ewige Leben nach dem Tode zu sorgen. Diese Kulte amalgamierte er mit der Jesusgeschichte und dem Judentum zu einer neuen Religion, dem Christentum. Das Gerüst dieses hochexplosiven Mythenmixes war die Gnosis, mit einem vom Himmel herabgestiegenen Sohn des „Höchsten Gottes“, welcher geheimes Wissen bringt und die Welt vom Demiurgen (ursprünglich gemeint: der jüdische Gott) befreit.

Nach seinem Damaszener Erlebnis schloss sich Paulus zunächst den Nazarenern an, alles toratreue Anhänger Jesu, die nach der Kreuzigung an seine Wiederauferstehung durch ein göttliches Wunder glaubten, wie bei Lazarus. Hier erhielt er die Berechtigung zur Heidenmission. Paulus Vorstellung



Der Einfluss von Konvertiten nimmt in den jüdischen Gemeinden zu

von einem vergöttlichten Jesus, unvereinbar mit dem ersten Gebot, führte aber bald zum Bruch. Das Neue Testament hat vor allem die Aufgabe, diesen tektonischen Riss zu leugnen und eine angeblich einige „Jerusalem Kirche“ zu postulieren, die sich im Konflikt mit „den Juden“ befand. Die Evangelien – im Grunde nichts anderes als eine Sammlung antijüdischer Hetz-Pamphlete – erklären Jesus zum Gründer einer

wünschte Gottesopfer zwecks Erlösung löst Schuldgefühle aus, die seit 2000 Jahren auf „die Juden“ abgeladen werden. Das Zentrum der neuen Religion wird von Jerusalem nach Rom verlegt, die eigentlichen Verantwortlichen für Jesu Tod, die römischen Besatzer, werden entlastet und die Schuld den Juden in die Schuhe geschoben, denn um sich im Römischen Reich als neue Religion erfolgreich zu etablieren, mussten die

ke „Wilkomirski-Syndrom“, bei dem jüdische Opfer- und Verfolgungsbio-graphien erfunden werden. Vielleicht wird es langsam Zeit, die gewaltsame Christianisierung Europas mit den Mitteln der Aufklärung zu revidieren und zu einer Konversion zur Vernunft aufzurufen.

Dr. Peter Gorenflos, Herausgeber einer Maccoby-Trilogie bei Hentrich&Hentrich Berlin, Oktober 2022

„ Die vermutlich folgenschwerste Konversion zum Judentum war die von Paulus. “

neuen Religion, die ihren Gläubigen Heil durch seinen Sühnetod verspricht, eine Vorstellung, über die er selbst sehr wahrscheinlich entsetzt gewesen wäre. Die unmittelbaren Jünger Jesu, die ihn ja noch persönlich kannten, werden dann fälschlicherweise so dargestellt, als hätten sie seine Lehren nicht verstanden, als hätten sie nur langsam und widerwillig die überlegene paulinische Version von Jesu Heilsbotschaft begriffen. Ein Konvertit, der dem Judentum ein mysterienreligiöses, paganes Korsett anlegen möchte, belehrt die Anhänger des hingerichteten Juden Jesus über dessen angeblich wahren Ansichten und Ziele. Hyam Maccoby verdanken wir diese unverzichtbaren Einsichten.

Verhängnisvoll wurde das Christentum, das man auch Paulinismus nennen könnte, weil ihm der Antisemitismus inhärent ist. Das vom Gläubigen ge-

Verbindungen zum jüdischen Nationalismus dauerhaft gekappt werden. Erst nach der Zerstörung des Tempels und der Niederlage Judäas 70 n.d.Z. konnte sich dieses Narrativ in den Evangelien voll entfalten. Und selbst dann dauerte es noch einmal tausend Jahre, bis die Gehirnwäsche der europäischen Bevölkerung durch den Klerus die Dämonisierung der Juden hervorbrachte, mit Blutbeschuldigungen, Pogromen, und der Inquisition. Die Shoa ist die folgenschwerste Konsequenz dieser Entwicklung.

Für eine Konversion zum Judentum mag es heutzutage viele Gründe geben. Wenn es stimmt, dass es in Deutschland auffällig viele Religionsübertritte gibt, dann spielen vermutlich auch Schuldgefühle wegen des Zivilisationsbruchs eine wichtige Rolle. Schuldgefühle sind dann ein weiteres Motiv für das grotes-



Nur wer Gaza regiert, bestimmt über Krieg oder Frieden

Fast ein Vierteljahrhundert ist vergangen, seit Israel den Gazastreifen einseitig und ohne ausreichenden Gegenwert aufgeben hat und danach dort fast jedes Zeichen jüdischer Präsenz und israelischen Fortschritts beseitigt wurde. Im krassen Gegensatz zu den Versprechungen der Architekten des Rückzugs hat dies weder Frieden noch Stabilität gebracht. Ganz im Gegenteil. Die Bedrohung aus dem Gazastreifen ist exponentiell gewachsen, von einer terroristischen Plage zu einer strategischen Bedrohung. Es sollte klar sein, dass Israel die Situation in Gaza nicht auf Dauer kontrollieren kann, solange es Gaza nicht kontrolliert. (JR)

Martin Sherman/JNS.org

Die „Operation Breaking Dawn“ hat das verhängnisvolle Paradoxon, das Israel in den letzten fünf Jahrzehnten charakterisiert hat, anschaulich unterstrichen. Auf der einen Seite verfügt das Land über unbestreitbare taktische und technologische Brillanz. Andererseits ist es chronisch von grober strategischer Dummheit geplagt.

Manche mögen diese Einschätzung als übertrieben hart empfinden, aber bedenken Sie die massive Verbesserung der taktisch-technologischen Fähigkeiten Israels seit dem Sechstagekrieg 1967 und die entsprechende Verschlechterung der strategischen Position Israels im gleichen Zeitraum.

Wer hätte nach dem überwältigenden Sieg Israels über die vereinten Streitkräfte von sechs arabischen Armeen und der darauffolgenden internationalen Bewunderung gedacht, dass Israel heute dort steht, wo es sich befindet? Feindliche Milizen sind in Mörserreichweite des israelischen Parlaments stationiert und die Idee der jüdischen nationalen Souveränität wird weltweit heftig attackiert.

Außerdem ist es den Arabern gelungen, große Teile des Territoriums der israelischen Kontrolle zu entreißen. Obwohl sie sich in Rückständigkeit und Versagen suhlen, sind sie im Vergleich zu der Situation unmittelbar nach dem Krieg von 1967 unaufhaltsam näher an Israels Metropolen, Industriezentren und große Bevölkerungszentren herangerückt.

Darüber hinaus wurden viele der jüngsten technologischen Wunderwerke Israels entwickelt, um mit Bedrohungen fertig zu werden, die nur aufgrund strategischer Kurzsichtigkeit entstanden sind. So wurde beispielsweise das viel gepriesene Iron-Dome-Verteidigungssystem entwickelt, um der Bedrohung durch Raketen zu begegnen, die nach der unbedachten Aufgabe des Gazastreifens im Jahr 2005 aufkam. Ebenso wurde die hochmoderne, milliarden schwere Sperranlage, die den Gazastreifen umgibt, als Reaktion auf das Labyrinth der unterirdischen Angriffstunnel errichtet, die sich nach dem Abzug der IDF immer weiter ausbreiteten.

Hätte jemand im Jahr 2005 davor gewarnt, dass Israel mit den heutigen Bedrohungen konfrontiert sein würde, wäre er als rechtsradikaler Panikmacher abgetan worden.

Der konstante Fehler in der israelischen Strategie beruht auf der falschen Auffassung, dass die „palästinensischen“ Araber als potenzielle Friedenspartner und nicht als unerbittliche Feinde behandelt werden sollten. Daraus entstand die zusätzliche Annahme, dass die „palästinensische“ Öffentlichkeit das unglückliche Opfer ihrer kriegerischen Führung ist und nicht selbst die Quelle dieser Führung.

Vertane Chancen

Wie hoffnungslos realitätsfremd die israelische Führung ist, wurde durch die Ablehnung des Angebots des damaligen Verteidigungsministers Avigdor Lieberman aus dem Jahr 2017, Gaza „in das Singapur des Nahen Ostens“ zu verwandeln, durch den hochrangigen Hamas-Funktionär Mahmoud al-Zahar unterstrichen. Lieberman schlug den Bau eines Seehafens und eines Flughafens sowie die Schaffung einer



Die Hamas hat trotz Terror und Misswirtschaft einen großen Rückhalt in der Bevölkerung

Industriezone vor, die zur Schaffung von 40.000 Arbeitsplätzen im Gazastreifen beitragen würde. All dies würde geschehen, wenn die Hamas der Entmilitarisierung zustimmen und die von ihr gebauten Tunnel- und Raketensysteme abbauen würde.

Die Antwort der Hamas kam schnell. Zahar wies Liebermans Angebot zurück und spottete: „Wenn wir den Gazastreifen in Singapur verwandeln wollten, hätten wir es selbst getan. Wir brauchen keine Gefälligkeiten von irgendjemandem“.

Diese säuerliche Erwiderung veranlasste den Gatestone-Gelehrten Bassam Tawil zu einer düsteren Feststellung: „Warum hat die Hamas ein Angebot für einen Seehafen, einen Flughafen und Zehntausende von Arbeitsplätzen für Palästinenser abgelehnt? Weil die Hamas ihren Konflikt mit Israel nicht als eine wirtschaftliche Angelegenheit sieht. Für die Hamas geht es in dem Konflikt nicht darum, die Lebensbedingungen der Palästinenser zu verbessern. Stattdessen geht es um die Existenz Israels selbst“.

Er fügte ätzend hinzu: „Eines muss man der Hamas zugutehalten: Ihre Ehrlichkeit in Bezug auf ihre Absichten, Israel zu zerstören und so viele Juden wie möglich zu töten. Die Hamas will keine 40.000 neuen Arbeitsplätze für die armen arbeitslosen Palästinenser im Gaza-Streifen. Sie würde lieber sehen, dass diese arbeitslosen Palästinenser sich ihren Reihen anschließen und Soldaten in ihrem Bestreben werden, Israel durch ein islamisches Imperium zu ersetzen.“

Diejenigen, die der israelischen Strategie zustimmen, scheinen sich an die Überzeugung zu klammern, dass die meisten Bewohner des Gazastreifens die Hamas verabscheuen und sich bereitwillig ihrer autoritären Kontrolle über ihr Leben entledigen würden, vor allem wenn sich dadurch ihr wirtschaftlicher Wohlstand verbessern würde.

Dieser naive Optimismus steht nicht nur im Widerspruch zu Zahars Aussage, sondern wird auch durch die Ergebnisse von Meinungsumfragen renommierter palästinensischer Meinungsforscher widerlegt.

Hamas hat Rückhalt in Gaza

Eine Umfrage zeigte beispielsweise, dass die öffentliche Unterstützung für die Hamas unmittelbar nach der „Operation Guardian of the Walls“ im Mai 2021 trotz der schweren Schäden, die Gaza und seinen

Bewohnern zugefügt worden waren, steil anstieg.

Über 70 % der Befragten glaubten, dass das Motiv der Hamas für die Kämpfe die Verteidigung Jerusalems und der Al-Aqsa-Moschee war. Fast 80 % der Befragten waren der Meinung, dass die Hamas die Auseinandersetzung mit Israel gewonnen hat, und fast zwei Drittel waren der Meinung, dass die Hamas die Ziele, die sie sich gesetzt hat, erreicht hat. Die öffentliche Bewertung der Leistung der Hamas war „ausgezeichnet“. Ähnliches Lob wurde den israelischen Arabern für ihre gewalttätigen Ausschreitungen in ganz Israel zuteil. Fast 55 % hielten die Hamas und nicht die Fatah-Partei von „Palästinenserchef“ Mahmoud Abbas für würdig, die „Palästinenser“ zu vertreten und zu führen.

Darüber hinaus empfanden fast 95 % der Befragten ein Gefühl des Stolzes auf die Leistung der Hamas. Fast 70 % erklärten sich bereit, die Kämpfe wieder aufzunehmen, wenn Israel die gerichtlich angeordnete Räumung der arabischen Bewohner des Jerusalemer Stadtteils Sheikh Jarrah durchführt.

Eine neuere Umfrage vom Dezember 2021 spiegelte eine ähnliche öffentliche Meinung wider, wobei die Unterstützung für die Hamas die Unterstützung für die Fatah deutlich übertraf.

Fast ein Vierteljahrhundert ist vergangen, seit Israel den Gazastreifen einseitig aufgegeben und damit fast jedes Anzeichen jüdischer Präsenz und zionistischer Industrie beseitigt hat. Im krassen Gegensatz zu den Versprechungen der Architekten des Rückzugs hat dies weder Frieden noch Stabilität gebracht. Ganz im Gegenteil. Die Bedrohung aus dem Gazastreifen ist exponentiell gewachsen, von einer terroristischen Plage zu einer strategischen Bedrohung.

Naive Betrachtung

Trotzdem haben sich die israelischen Politiker hartnäckig an die Vorstellung geklammert, dass die „palästinensischen“ Araber eine wundersame Metamorphose durchmachen werden, die sie in etwas verwandeln wird, was sie seit über hundert Jahren nicht mehr waren, und sie dazu bringen wird, die ständige Kontrolle der Ungläubigen über das Land zu akzeptieren, das sie als ihr eigenes betrachten.

Die Phasen der Ruhe, die auf die Zusammenstöße zwischen Israel und dem Gazastreifen folgten, haben zu einer fehlgeleiteten Diskussion darüber geführt, ob die

schweren Schäden und Opfer den Feind von weiteren Aggressionen abgehalten haben. Es stimmt zwar, dass jede Runde der Kämpfe zu einem Waffenstillstand führte, aber es gibt keinen Hinweis darauf, dass eine wesentliche Abschreckung erreicht wurde.

Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Die Terrorgruppen des Gazastreifens haben die Ruhepausen zwischen den Kriegen ausgenutzt, um sich neu zu gruppieren, aufzurüsten und zu stationieren. Sie sind jedes Mal mit verbesserten Fähigkeiten und unverminderter Bereitschaft zum erneuten Angriff wieder aufgetaucht.

Terroristen formieren sich neu

Dieses Muster wiederholte sich bei der „Operation Breaking Dawn“. Israel zeigte bemerkenswert genaue nachrichtendienstliche Fähigkeiten und einen präzisen Einsatz technischer Munition, um chirurgische Schläge gegen die Führung des „Palästinensischen“ Islamischen Dschihad (PIJ) zu führen. Doch trotz überwältigender militärischer Überlegenheit war die IDF nicht in der Lage, den Raketenbeschuss aus Gaza zu stoppen. Selbst nachdem seine Führung enthauptet worden war, zeigte der PIJ, dass er immer noch Hunderte von Raketen auf Israel abfeuern kann.

Darüber hinaus ließ Israel seinen terroristischen Feind überleben und fügte ihm Verluste zu, die der Gegner als „akzeptabel“ bezeichnete, so dass er sich auf eine nächste Schlacht freuen kann.

In seinem Streben nach einem dauerhaften Frieden hat Israel alle möglichen Strategien ausprobiert: Rückzug auf dem Verhandlungsweg, einseitiger Rückzug und regelmäßige Militäroperationen. Keine davon hat das gewünschte Ergebnis gebracht. Bisweilen waren sie sogar kontraproduktiv.

Die politische Führung Israels scheint dies nicht zu verstehen. Sie weigert sich beharrlich, ihre Mentalität zu ändern. Die unbequeme Wahrheit, so unangenehm sie auch sein mag, sollte doch selbst denen klar sein, die sich weigern, die Realität anzuerkennen.

Diese Realität ist brutal einfach: Es ist oder sollte klar sein, dass Israel die Situation in Gaza nicht kontrollieren kann, solange es Gaza nicht kontrolliert. Es kann nicht bestimmen, wer den Gazastreifen regiert oder wie er regiert wird, solange es den Gazastreifen nicht selbst regiert. Mit anderen Worten: Israel muss den Gazastreifen einnehmen, halten und auf unbestimmte Zeit regieren.

Letztendlich ist die Lehre aus Gaza, dass Israel die vergebliche Hoffnung aufgeben muss, die arabische Freundschaft zu gewinnen. Es muss andere strategische Ziele verfolgen. Das Maximum, auf das es hoffen kann, ist, zähneknirschend als unbesiegbare Rivale akzeptiert zu werden. Das Minimum, das es erreichen muss, ist, als grausamer Gegner gefürchtet zu werden, mit dem nicht zu spaßen ist.

Dr. Martin Sherman war sieben Jahre lang in operativen Funktionen im israelischen Verteidigungsministerium tätig. Er ist der Gründer des Israel Institute for Strategic Studies (IISS) und Mitglied des Forschungsteams des Habithonistim-Israel Defense & Security Forum (IDSF).

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Zwei-Staaten-Lösung? Die umstrittene UN-Rede des israelischen Premierministers Lapid

In seiner Rede vor der UN-Generalversammlung forderte der israelische Ministerpräsident Yair Lapid, wie befürchtet und ganz im Sinne der heutigen westeuropäischen Politik und aller Israel-Feinde, eine Zwei-Staaten-Lösung für den Frieden in der Region. Diese Forderung widerspricht jedoch eindeutig der Sicherheitsarchitektur Israels, denn Fatah und Hamas haben erwiesenermaßen kein Interesse an einem nachhaltigen Frieden. (JR)

Von Jason Silverman/Israel Heute

Die Suche nach Lösungen zur Beendigung des Konflikts bleibt meist eine leere Rhetorik ohne konkrete Schritte vor Ort.

Seit einigen Jahren ist die Zwei-Staaten-Lösung im politischen Diskurs Israels nahezu vollständig verschwunden. Überdies priesen Gelehrte und Experten kontinuierlich diese Idee als Vorschlag zur Beendigung des israelisch-„palästinensischen“ Konflikts als irrelevant und nicht durchführbar.

Die mit Spannung erwartete Rede des israelischen Premierministers Yair Lapid vor der UN-Generalversammlung in New York hat der Zwei-Staaten-Lösung offenbar neues Leben eingehaucht, denn er erklärte auf dieser wichtigen internationalen Bühne seine Unterstützung für die Idee, indem er sagte, dass „die Zwei-Staaten-Lösung ist das Richtige für Israels Sicherheit, seine Wirtschaft und die Zukunft unserer Kinder“. Lapid fügte hinzu: „Frieden ist keine Schwäche... Frieden ist der Sieg all dessen, was gut ist.“

Die Reaktionen der Führer der rechtsgerichteten politischen Parteien Israels daraufhin waren wenig überraschend. Die meisten von ihnen warnten vor den potenziellen Sicherheitsgefahren, die ein unabhängiger „palästinensischer“ Staat verursachen könnte. Der Vorsitzende der Religiösen Zionistischen Partei, Bezalel Smotrich, nannte die Idee „gefährlich“, und weiter „Gantz und Lapid bringen Israel zurück auf den katastrophalen Oslo-Weg“, womit er sich auf den Friedensprozess in den 1990er Jahren bezog.

Das offizielle Twitter-Konto des Likud veröffentlichte ebenfalls eine Erklärung, in der es hieß:

„Jahrelang hat Netanjahu die palästinensische Frage erfolgreich von der Weltagenda gestrichen und nun, weniger als ein Jahr später, hat Lapid Abu Mazen wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt.“

Lapid wurde auch von der zentristischen Partei der Nationalen Einheit unter der Führung von Benny Gantz kritisiert. In einem Interview heute Morgen im israelischen Radiosender Reshet Bet vertrat MK Hili Tropper eine alternative Position: Die Zwei-Staaten-Lösung sei einfach nicht praktikabel. „Wir befinden uns mitten im Wahlkampf, und ich glaube nicht, dass dies der richtige Zeitpunkt ist, um über ein so kontroverses Thema auf der wichtigsten Plattform zu sprechen“, sagte er. Stattdessen schlug er vor, Israel muss „den Konflikt minimieren“ und sagte, dass „Träume auf die Realität treffen müssen“.

Wahlkampf pur

Was ist von Lapids Entscheidung zu halten, plötzlich die israelische Unterstützung für eine Zwei-Staaten-Lösung zu verkünden?

Erstens handelt es sich eindeutig um einen Fall von Wahlkampfpolitik. Er hielt seine erste Rede auf der wichtigsten internationalen Bühne, die in Israel ein breites Echo fand. Die Umgestaltung von der Zwei-Staaten-Lösung er-



Premierminister Yair Lapid spricht vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

möglicht es ihm, seine Position als Führer des Mitte-Links-Lagers zu stärken, dessen Parteien im Allgemeinen dem so genannten „Friedenslager“ angehören, und zeigt, dass er eine Vision für eine dauerhafte Lösung des israelisch-„palästinensischen“ Konflikts hat.

Allerdings wird die ausdrückliche Unterstützung einer Zwei-Staaten-Lösung sicher nicht den Mitte-Links-Block stärken. Es ist ein Versuch, der es Lapids Jesch Atid ermöglichen wird, Wähler von anderen Parteien, die ähnliche Werte wie Jesch Atid innerhalb des Blocks vertreten, wie Meretz, die Arbeiterpartei und möglicherweise auch die Partei der Nationalen Einheit zu gewinnen. Darüber hinaus wird die Unterstützung für eine Zwei-Staaten-Lösung hoffentlich die Arabische Gemeinsame Liste dazu ermutigen, Lapids Bemühungen um die Bildung einer Koalition nach den Wahlen im November zu unterstützen.

Zweitens dürfen wir nicht vergessen, dass Yair Lapid lediglich der Premierminister in einer Übergangsregierung ist. Er verfügt nicht über das Mandat, einen groß angelegten politischen Prozess umzusetzen wie etwa die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde. Daher – trotz der Verkündung einer Unterstützung für zwei Staaten – hat er wenig bis gar keine Chance, dies im eigenen Land durchzusetzen. Folglich sind Lapids Worte vor der internationalen Gemeinschaft wenig glaubwürdig. Auch hier gilt: Wenn Lapid seine politische Kampagne im Auge hat, macht dies durchaus Sinn.

Drittens hat Lapid nicht nur seine Unterstützung für zwei Staaten erklärt,

sondern auch klargestellt, dass die „Palästinenser“ die Last tragen, „uns zu beweisen, dass die Hamas das Land nicht übernehmen wird“. Er fügte hinzu, dass ein Frieden nur unter der Bedingung erreicht werden könne, dass er die Sicherheit Israels erhöhe, und wies darauf hin, dass der Rückzug aus dem Gazastreifen im Jahr 2005 zur Übernahme des Landes durch die Hamas und zu jahrelangen Raketenangriffen auf israelische Zivilisten geführt habe.

Bedingungen vor Ort sind noch nicht reif

Umso überraschender ist die Erwähnung der Zwei-Staaten-Lösung, wenn man sich die aktuelle Situation im Westjordanland vor Augen führt. Seit Monaten verliert die „Palästinensische“ Autonomiebehörde zunehmend die Kontrolle über wichtige „palästinensische“ Städte im Westjordanland wie Dschenin und Nablus. Die IDF liefern sich in diesen Städten täglich Feuergefechte mit Terrorzellen von Terrororganisationen wie dem Islamischen Dschihad, der Hamas und der Tanzim der Fatah. Die Versuche, Anschläge gegen israelische Zivilisten und Militärangehörige zu verüben, nehmen zu, und der Sicherheitsapparat warnt vor einer möglichen Eskalation während der bevorstehenden Hohen Feiertage.

Die Schuld für die zunehmende Unfähigkeit der „palästinensischen“ Regierung kann sicherlich auf beiden Seiten des Konflikts gefunden werden. Tatsache ist jedoch, dass die „Palästinensische“ Autonomiebehörde die Kontrolle über das Gebiet und die Bevölkerung unter ihrer Herrschaft verliert. Außerdem ist ihre Popularität in

der „palästinensischen“ Bevölkerung in den letzten Jahren stark gesunken, da sie seit etwa 15 Jahren keine Präsidentschaftswahlen mehr abgehalten hat. Wie sehr Lapid oder andere auch ein Friedensabkommen anstreben mögen, die Bedingungen vor Ort sind noch lange nicht reif. Der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde fehlt die Regierungsfähigkeit, um ein solches Abkommen zu verwirklichen.

Wie schon in der jüngeren Geschichte bleibt die Suche nach Lösungen zur Beendigung des Konflikts daher zu meist hohle Rhetorik ohne praktische Früchte vor Ort.

Es ist von entscheidender Bedeutung, den Frieden wieder in den politischen Diskurs einzubringen. Wenn es Yair Lapid jedoch ernst damit ist, die Option für eine künftige Lösung des Konflikts zu bewahren, sollte er die Rhetorik beiseitelassen und mit der Umsetzung praktischer politischer Schritte beginnen, die die „palästinensische“ Fähigkeit zur Selbstverwaltung in dem Gebiet, für das sie verantwortlich ist, stärken. Dadurch kann die „palästinensische“ Regierungsführung gestärkt und gleichzeitig die Belastung Israels verringert werden, viele Aspekte des täglichen Lebens der „Palästinenser“ in dem Gebiet zu regeln. Darüber hinaus muss Israel die „Palästinensische“ Behörde in die Lage versetzen, Terroranschläge zu vereiteln, bevor sie israelische Ziele erreichen. Dies kann sowohl den israelischen als auch den „palästinensischen“ Interessen mehr dienen und die Bedingungen des Konflikts vor Ort verbessern als hohle rhetorische Erklärungen bei den Vereinten Nationen.

Kulturelle Aneignung des jüdischen Identitätsbegriffs „Palästinenser“

Arabische und linke Israel-Feinde werfen dem jüdischen Staat immer wieder Kolonialismus vor, dabei wurde gerade die historische Heimat der Juden im Laufe der Geschichte selbst mehrfach von fremden Mächten kolonialisiert. Auch den identitätsstiftenden Begriff „Palästinenser“, der während der römischen Besatzung und der britischen Mandatszeit ausschließlich die Juden meinte, haben sich die Araber im Zuge ihrer Anti-Israel-Propaganda faktenwidrig angeeignet. Doch über diese identitätsvernichtende Aneignung durch Terroristenchef Jassir Arafat und seine willfährigen linken Helfershelfer echauffiert sich im Westen kein einziger, der sonst für jede Form vermeintlicher ethnischer Integrität einstehenden Bessermenschen. (JR)

Von Mirjam Lübke

Da steht es nun seit 2016 nördlich von Ramallah – das Museum für „palästinensische“ Geschichte. Der Bau an sich wirkt modern und imposant, umgeben von traditionellen Gärten. Allerdings fehlt das, was ein Museum gewöhnlich zu einem Museum macht: Die Ausstellungsstücke. Derzeit findet dort die Veranstaltung »a people by the sea« statt, mit der wieder einmal bewiesen werden soll, wie weit die Geschichte des »palästinensischen Volkes« zurückreicht. Man soll den Eindruck gewinnen, Israel hätte einen florierenden Staat von großer wirtschaftlicher Bedeutung für die Region vernichtet. Den Beweis allerdings bleiben die Macher der Ausstellung schuldig: Es gibt ein paar computeranimierte Grafiken, Fotos von Fischerbooten und sogar eine Zugfahrkarte mit der obligatorischen Aufschrift »Palestine« zu sehen. Wir ahnen es: Es handelt sich dabei um eine von den Briten in ihrem Mandatsgebiet gebaute Zug-Linie. Auch ein wenig Touristenkitsch darf nicht fehlen, insgesamt wirkt der Versuch, hier eine Historie zu konstruieren, recht dürftig. Man muss die erzählte Geschichte schon glauben wollen.

Mit der Aneignung des Begriffs »Palästinenser« konnten die Araber der Region durch einige geschickte Propaganda-Aktionen Yassir Arafats einen Erfolg erzielen, kaum jemand verbindet mit dem Begriff heute noch die ersten jüdischen Siedler, die sich bereits Jahrzehnte früher so bezeichneten. Auch die legendäre Golda Meir verkündete stolz, Palästinenserin zu sein. Mit der Gründung des Staates Israel fanden die Juden der Region jedoch rasch zu ihrer historischen Namensgebung zurück, der Begriff wurde gewissermaßen »vakant«. Dabei ist er seiner Wortbedeutung nach wenig schmeichelhaft, denn die »Plischtim« waren die »Eindringlinge«, von den Ägyptern im 13. Jahrhundert v.d.Z. angesiedelte Piraten aus dem östlichen Mittelmeer. Schon in der Antike war das Prinzip »Land für Frieden« bekannt, auch die Römer wandten es an: Sie boten Seeräubern einen Waffenstillstand an, wenn sie sich im Gegenzug als Kolonisten in einem neu eroberten Gebiet niederließen. Wie man es dreht und wendet: Die Juden waren zuerst da, aber die Philister machten ihnen bekanntlich das Leben schwer. Von den Ägyptern unterstützt, besaßen sie bereits gehärtete Eisenwaffen, während die Israeliten noch mit Bronzeschwertern kämpften. Wenn sich die heutigen »Palästinenser« auf die Philister berufen, dann führen sie sich selbst auf die ägyptische Kolonialisierung Israels zurück – und ist es nicht gerade »Kolonialismus«, der dem Staat Israel von ihrer Seite immer wieder vorgeworfen wird?

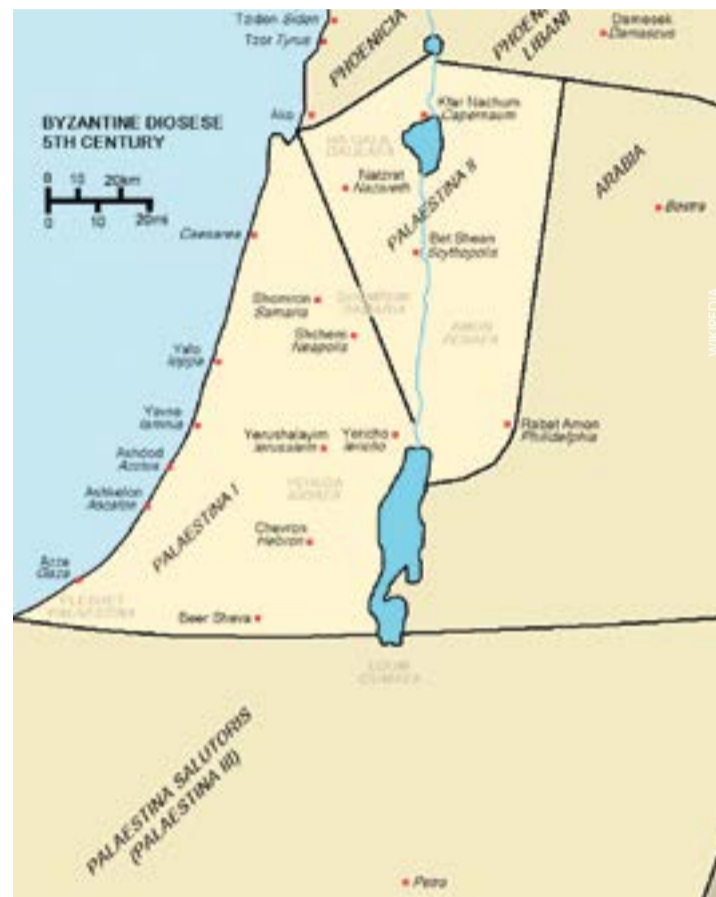
»Syria Palaestina«

Das Gebiet, auf dem Israel gegründet wurde, erhielt von den Römern den

Namen »Syria Palaestina« bekanntlich nach dem Bar Kochba-Aufstand im 2. Jahrhundert, um die Erinnerung an die vertriebenen Israeliten auszulöschen. Heute sind Kolonialismus und »kulturelle Aneignung« zentrale Punkte der antirassistischen Bewegung, welche vielfach auch den Staat Israel zu ihrem Gegner erklärt hat. Die Debatte ist auch in Deutschland nicht unbekannt: Aufgrund des harschen Protestes einiger »Aktivisten« nahm der Ravensburger-Verlag jüngst die »Abenteuer des jungen Winnetou« aus dem Programm, denn das Werk könne die indigene Bevölkerung Amerikas kränken, die das Buch wahrscheinlich noch nicht einmal kennen. Indianisch inspirierte Karnevalskostüme sind schon seit Jahren tabu. Nachdem uns jahrelang der Multikulturalismus als das Nonplusultra der modernen Gesellschaftsformen angepriesen wurde und man den Eindruck gewinnen konnte, für die Verfechter dieser Ideologie sei das interkulturelle Zusammenleben ein einziges Folklorefestival voller lebensfroher Musik und exotischer Speisen, wird nun ein komplett gegenteiliger Kurs verfolgt: Alles, mit dem der weiße Mitteleuropäer seine Sympathie für fremde Kulturen ausdrücken möchte, ist plötzlich verpönt. Rasta-Locken, einst zuverlässiges Erkennungszeichen des toleranten Linken, müssen abgeschnitten werden. Indisches Curry und der Toast Hawaii, obwohl er in Deutschland erfunden wurde, sollen vom Speiseplan gefegt werden. Manchmal wünschte man sich zwar, einige von Nichtjuden gegründete Klezmer-Bands wären so sensibel im Umgang mit der jiddischen Sprache, aber kann sich jemand ernsthaft vorstellen, Juden würden Nichtjuden den Genuss von Shakshuka oder gefülltem Fish verbieten wollen? Wahrscheinlich nicht, denn man weiß letztlich, dass sie damit auch ihre Zuneigung zur jüdischen Kultur ausdrücken wollen. Nur als Didi Hallervorden im Film »Knödel braucht der Mensch« anfang, sich an Jiddish zu versuchen, dachte ich einen Moment darüber nach, ob »cancel culture« tatsächlich in jedem Fall von Übel ist – aber ich wurde schließlich nicht gezwungen, das Werk zu schauen.

Das erfundene Volk

Dabei findet durchaus ein reger Austausch zwischen den Kulturen statt, etwa zwischen europäischer und afrikanischer Musik. Hier genau liegt aber das Problem der »Palästinenser«, die als erfundenes Volk in die arabische



Die Römer gaben Judäa den Namen Palästina

Kultur und Geschichte eingebunden sind, ohne eine eigene vorweisen zu können, die in die Zeit vor 1967 zurückreicht. Wir kennen alle jene Israelhasser, die uns voller Selbstbewusstsein eine Karte des britischen Mandatsgebiets Palästina als Beweis eines früher vorhandenen eigenen Staates zeigen. In den sozialen Medien geht daher das ironisch gemeinte »Palästina-Quiz« um, in dem nach den »palästinensischen« Präsidenten vor Yassir Arafat, den Städten des sagenumwobenen Landes und seinen Universitäten gefragt wird. Da die Befragten die Antworten mangels Substanz schuldig bleiben müssen, erhält man in der Regel als Entgegnung nur noch wüste Beschimpfungen. Die Wahrheit tut weh.

Den »Palästinensern« bleibt also nichts anderes übrig, als das zu tun, was der westlichen Gesellschaft als Vergehen angekreidet wird: Sich eine Kultur anzueignen. Die Region ist reich an archäologischen Schätzen, aber man wird nicht eine »palästinensische« Münze finden, die vom Antlitz eines antiken Herrschers geschmückt wird. Die einzigen Münzen, welche Palästina erwähnen, wurden von den Briten geprägt. Römer, Griechen und Juden hinterließen ihre Spuren in Form von Gebäuden, Statuen und Gebrauchsgegenständen – Schmuck aus antikem römischem Glas ist noch heute populär und bei Kunsthandwerkern zu erwerben. Man findet alte Synagogen und Kirchen, doch keinen vorislamischen »palästinensischen« Kultort. Natürlich hat auch die arabische Kultur dort ihre Spuren hinterlassen, schon architek-

tonisch, das bestreitet niemand. Der im 7. Jahrhundert errichtete Felsendom ist weltberühmt – gehört aber zur islamischen Tradition und ist nichts spezifisch »Palästinensisches«.

Keine eigene Kultur und Geschichte

Es ist wohl kein Zufall, dass sich ausgerechnet im Eröffnungsjahr des »Palästina«-Museums der dreisteste Versuch ereignete, sich ein Stück jüdischer Kultur als die eigene einzuverleiben: Plötzlich forderte die »palästinensische« Autonomie-Behörde von Israel die Herausgabe der Qumran-Funde, wandte sich sogar an Deutschland, weil hier einige der Rollen als Leihgabe ausgestellt waren. Qumran mag auf einem von der Autonomiebehörde beanspruchten Gebiet liegen, das ändert aber keinen Deut daran, dass es sich bei den Schriftstücken eindeutig um eins der wichtigsten Zeugnisse jüdischer Kultur

handelt. Seit ihrer Entdeckung ranken sich viele Mythen um die Funde, sogar ein Fluch soll darauf liegen – das fanden wir als Studenten besonders aufregend. Der Vatikan, das British Museum und auch die Universität Heidelberg rissen sich darum, wenigstens einige Fragmente zur Forschung zu bekommen – aber niemand wäre auf die Idee gekommen, sie als Teil der eigenen Kultur auszugeben. Und damit gleichzeitig ein Stück jüdische Kultur in der Region auszulöschen.

In Deutschland wurde zwar darüber berichtet, allerdings wieder einmal mit viel Sympathie für das »palästinensische« Anliegen. Man erwog tatsächlich der Bitte der »Palästinenser« nach Herausgabe der an Deutschland verliehenen Exponate nachzugeben. Da ist er wieder, der rote Faden, der mit zweierlei Maß misst: Niemand, der Rasta-Locken trägt, sich ins Indianer-Kostüm wirft oder der indischen Küche zugeneigt ist, verfolgt dabei böswillige Absichten – im Gegenteil, er möchte, auch wenn das neuerdings kritisch gesehen wird, seine Begeisterung für das »Imitierte« ausdrücken. Die »Palästinenser« allerdings arbeiten mit ihrem »Kulturklau« an der Auslöschung der jüdischen Geschichte und treffen dabei auf sehr viel Nachsicht. Wahrscheinlich, weil es ihren Freunden im Westen so gut gefällt, die mit diesen Bestrebungen ihr eigenes Narrativ von der »Kolonie Israel« betonieren können. Wenn man sich dazu mit fremden Federn schmücken muss, ist die Idee vom »Volk der Palästinenser« allerdings auf Sand gebaut.

Neuwahlen im November: Diese Parteien wollen in die Knesset

40 Listen haben sich für die Knessetwahlen im November registriert. 11 von ihnen haben gute Chancen, die Prozhürde zu überspringen. Wer steht dahinter?

Von Sandro Serafin/Israelnetz

Am 1. November werden die Israelis erneut an die Wahlurnen gebeten. Es ist die 25. Wahl in der Geschichte des Staates. Parteien, die antreten wollen, mussten sich bis zum 15. September beim zentralen Wahlausschuss registrieren. 40 Listen, die zum Teil aus zwei oder mehr Parteien bestehen, haben dieser Frist entsprochen.

Unter ihnen sind alte Bekannte, aber auch – wie in Israel üblich – neue Konstellationen. Ihr Charakter reicht von rechts- bis linksaußen, von religiös bis säkular, von jüdisch bis arabisch. Israelnetz stellt die Listen vor, die gute Chancen haben, die 3,25-Prozent-Hürde zu überspringen.

HaLikud (Die Vereinigung) – Lager Netanjahu – Opposition

Die rechtskonservativ und wirtschaftspolitisch liberal ausgerichtete Likud-Partei ist offiziell mit dem Zusatz „unter der Führung Netanjahus“ registriert. Wie in der Vergangenheit ist die Wahlkampagne auch in diesem Jahr bislang ganz auf den früheren Premierminister zugeschnitten, der in Israel von Anhängern und Gegnern kurz „Bibi“ genannt wird.

Wer geglaubt hat, die Abwahl Benjamin Netanjahus im vergangenen Jahr könnte eine innerparteiliche Palastrevolte nach sich ziehen, sah sich getäuscht: Am „Melech Israel“ (König Israels), wie seine Anhänger sagen, kommt im Likud bislang keiner vorbei. Netanjahu ist es gelungen, bei den parteiinternen Vorwahlen Getreue auf den wichtigsten Listenplätzen durchzusetzen. Zudem hat er Plätze an Abwechler aus der Regierungspartei Jamina vergeben, die zur Sprengung der bisherigen Koalition beigetragen haben.

Auch in der allgemeinen Öffentlichkeit ist Netanjahu nach wie vor der beliebteste Anwärter für das Amt des Premiers. Als eine Art Volkspartei sammelt der Likud säkulare wie religiöse Juden. Netanjahu ist es gelungen, die ultra-orthodoxen Parteien fest an sich zu binden, womit er dem Gegenlager wichtige Unterstützung für eine Regierungskoalition von vornherein wegnimmt. Eine starke Basis hat der Likud unter misranchischen, also orientalischen, Juden.

Aktuelle Prognosen: 31–34 Sitze
(Prognosen seit Anfang September einbezogen)

Jesch Atid (Es gibt eine Zukunft) – Lager Anti-Netanjahu – Regierung

Die Zukunftspartei wurde 2012 von dem ehemaligen TV-Moderator Jair Lapid gegründet. Zehn Jahre später gelang dem 58-jährigen Historiker, indem er im Juli der erste Regierungschef Israels mit dem Parteibuch von Jesch Atid wurde – in einer unwahrscheinlichen Koalition aus linken, zentristischen und rechten Parteien sowie einer islamistischen Kraft. Jesch Atid ist die stärkste Partei der Regierung.

Lapid geriert sich als moderate Alternative zur „extremistischen“ Rechten unter Netanjahu. Seine Partei versteht sich als Vertreterin liberaler Israelis. Lapid steht auch für eine stärkere Trennung von Staat und Religion, womit er



Die Neuwahlen in Israel sind richtungsweisend für den jüdischen Staat

die ultra-orthodoxen Teile des Landes gegen sich aufbringt. Im August nahm er – nach eigener Auskunft als erster israelischer Premierminister – an einer Veranstaltung der LGBTQ-Bewegung teil.

Wie sehr Lapid von einem Amtsbonus profitieren kann, bleibt abzuwarten: Umfragen sehen die Zukunftspartei zwar über ihrem Ergebnis von 2021, jedoch ohne realistische Chance, Netanjahus Likud zu überholen. Zudem fehlt es dem Premier an so loyalen und starken Koalitionspartnern, wie sie Netanjahu hat.

Aktuelle Prognosen: 22–26 Sitze

HaMachane HaMamlachti (Das Staatslager) – Lager Anti-Netanjahu – Regierung

Das selbsternannte „Staatslager“, das erst seit August unter diesem Namen firmiert, will hoch hinaus: Sein Anführer Benny Gantz hat es auf das Amt des Premierministers abgesehen. Der ehemalige Armeechef und heutige Verteidigungsminister war 2019 als Hoffnungsträger des Anti-Netanjahu-Lagers in der israelischen Innenpolitik emporgeschossen, jedoch ein ums andere Mal am Versuch gescheitert, Regierungschef zu werden.

Gantz' neue Plattform rangiert in Umfragen konstant hinter Lapid's Jesch Atid. „Das Staatslager“, das sich auch als „Partei der nationalen Einigkeit“ bezeichnet, ist bereits der dritte Name, unter dem Gantz kandidiert. Die hebräischen Vokabeln „HaMachane HaMamlachti“ vermitteln den Anspruch, eine Volkspartei zu sein: Das Wort „Mamlachtijut“ verkörpert die Idee des Gemeinsamen, welches über den Einzelinteressen steht.

So besteht die Liste denn auch aus völlig gegensätzlichen Strömungen: Gantz ist mit seinen Anhängern eher Mitte-

links orientiert, während sein neuer Partner Gideon Sa'ar, ein ehemaliges Likud-Mitglied und selbst säkular, für rechte Positionen etwa im Umgang mit den Palästinensern eintritt. Mit im Boot ist auch der frühere Armeechef Gadi Eisenkot, der zum ersten Mal in der „politischen Arena“ kandidiert.

Aktuelle Prognosen: 11–13 Sitze

HaZionut HaDatit – Otzma Jehudit (Religiöser Zionismus – Jüdische Stärke) – Lager Netanjahu – Opposition

Das Bündnis aus Religiösem Zionismus und Jüdischer Stärke vertritt das religiös-zionistische Lager rechts des Likud. Es steht für einen scharfen Kurs im Konflikt mit den Palästinensern und verteidigt die israelische Souveränität vom Jordan bis zum Mittelmeer. Die beiden Parteien sind bereits in der Vergangenheit im Verbund angetreten und haben außerdem die konservativ-religiöse Noam-Partei mit im Boot, die vor allem für ihren Einsatz gegen die LGBTQ-Lobby bekannt ist.

Zwischen den Parteien haben sich die Einflüsse mittlerweile verschoben: Die Jüdische Stärke mit ihrem Chef Itamar Ben-Gvir galt noch vor kurzem als Paria in der israelischen Politik, weil sie ihre Wurzeln in der rechtsextremen, anti-arabischen Bewegung des 1990 ermordeten Rabbiners Meir Kahane hat. Auch heute redet Ben-Gvir noch positiv über Kahane.

Gleichzeitig distanziert er sich von allzu radikalen Positionen des Rabbiners, der unter anderem die ethnische Säuberung Israels von seinen arabischen Einwohnern anstrebte. Ben-Gvir betont im Gegensatz dazu nur seine Abneigung gegenüber Arabern, die gegen den Staat Israel handeln. Dem 46-jährigen, dem aufgrund seiner politischen Haltung einst der Dienst in der Armee verbo-

ten worden war, ist es mit seinem Kurs gelungen, den Einfluss seiner Partei zu stärken. In einer Regierung Netanjahu könnte er Minister werden.

Aktuelle Prognosen: 10–14 Sitze

Jahadut HaTora: Agudat Israel und Degel HaTora (Tora-Judentum: Union Israels und Fahne der Tora) – Lager Netanjahu – Opposition

Die Liste des sogenannten Tora-Judentums vertritt ultra-orthodoxe Israelis mit aschkenasischem, also europäischem, Hintergrund. Einen Teil der Liste stellt die Partei Agudat Israel, die ihre Wurzeln weit vor der israelischen Staatsgründung in Osteuropa hat. Sie repräsentiert die mystizistisch-chassidisch ausgerichteten Charedim. Die Partei Degel HaTora steht für nicht-chassidische Ultra-Orthodoxe.

Degel HaTora wird seit Jahren von Mosche Gafni angeführt, einem Politiker, der erstmals 1988 in die Knesset kam. An der Spitze der Listenvertreter von Agudat Israel steht seit diesem Jahr Jitzchak Goldknopf. Er ersetzt das langjährige Gesicht der Agudat, Ja'akov Litzman, der die Knesset im Sommer als Teil einer Vereinbarung mit der Justiz verlassen hatte, die ihm unter anderem Rechtsbeugung vorwarf.

Auch wenn es unter ultra-orthodoxen Juden eine starke anti-zionistische Strömung gibt, sind ihre Parteien zum Missfallen säkularer Israelis zu einem immer wichtigeren Machtfaktor in der israelischen Politik geworden. Sie haben sich an Regierungen beteiligt und Minister gestellt. In den vergangenen Jahren haben die Ultra-Orthodoxen Netanjahu bedingungslose Loyalität geschworen, auch wenn das dazu führte, dass sie gemeinsam mit „Bibi“ nun ein Jahr lang die Oppositionsbänke drücken mussten.

Aktuelle Prognosen: 6–7 Sitze

Schass (Union der Sepharden, Wächter der Tora) – Lager Netanjahu – Opposition

So wie das Vereinigte Tora-Judentum aschkenasische Charedim vertritt, repräsentiert die Schass-Partei das Lager der sephardischen Orthodoxen, also jener Juden, die aus dem Orient stammen. Allerdings kann Schass laut Beobachtern auch über den Kreis der Orthodoxen hinaus reüssieren, indem sie etwa auch sephardische Israelis anzieht, die traditionell, wenn auch nicht orthodox ausgerichtet sind, und sich von der aschkenasischen Dominanz in anderen Parteien nicht vertreten fühlen.

Kopf der Schass-Partei ist seit vielen Jahren Arje Deri. Anfang der 2000er Jahre wanderte der heute 63-Jährige ins Gefängnis, nachdem er wegen Bestechlichkeit im Amt des Innenministers verurteilt worden war. Einige Jahre später kehrte er in die Politik zurück. Anfang 2022 verließ er die Knesset, um eine Strafe wegen Steuervergehen abzumildern. Nun tritt er jedoch wieder an.

Auch Schass steht heute fest an der Seite Netanjahus und des Likud, der ebenfalls eine traditionell starke Basis unter Sepharden hat. Diese Allianz bestand jedoch keinesfalls immer: 1992 etwa wurde die Schass-Partei Teil der Regierung von Jitzchak Rabin, der die Osloer Friedensabkommen mit den Palästinensern schloss.

Aktuelle Prognosen: 7–10 Sitze

Israel Beiteinu (Unser Haus Israel) – Lager Anti-Netanjahu – Regierung

Zu den unerbittlichsten Gegenspieler der Ultra-Orthodoxen zählt Avigdor Lieberman. Der im damals sowjetischen Moldau geborene heutige Finanzminister wanderte 1978 nach Israel ein. Er ist streng säkular, seine Frau jedoch religiös. Lieberman wendet sich gegen „religiösen Zwang“ gegenüber säkularen Israelis im israelischen Alltag.

Neben den Ultra-Orthodoxen gehört zu Liebermans Hauptfeinden mittlerweile auch Netanjahu – und das, obwohl Lieberman unter diesem einstmaligen Generaldirektor der Likud-Partei war und bis 2019 als Minister unter Netanjahu diente: Jüngst warf er dem Ex-Premier vor, politische Techniken „wie die von Goebbels und Stalin“ anzuwenden. Davor bezeichnete er ihn als „Abschaum der Menschheit“.

Die von Lieberman gegründete Partei Israel Beiteinu hat vor allem einen Ruf als Vertreterin der aus der Sowjetunion eingewanderten Israelis. Als selbsternannte „wahre säkulare Rechte“ zieht sie aber auch sonstige Bürger an, die etwa eine rechte Politik gegenüber den Palästinensern befürworten, ohne dies religiös zu begründen. Zudem finden rechte Gegner Netanjahus hier eine Heimat.

Aktuelle Prognosen: 4–6 Sitze

Miflegat HaAvoda (Arbeitspartei) – Lager Anti-Netanjahu – Regierung

Dass Merav Michaeli sich dafür rühmt, ihre Partei inzwischen knapp über der 3,25-Prozent-Hürde stabilisiert zu haben, macht den Absturz der einstmaligen stolzen Arbeitspartei deutlich: 1948 gründete sie den Staat, doch heute spielt sie nur noch unter ferner liefen eine Rolle, stand 2020 und 2021 zeitweise kurz vor dem Exitus, nachdem ihr damaliger Chef Amir Peretz sie in eine Regierung mit Netanjahu geführt hatte.

2021 löste Michaeli Peretz ab. Die derzeitige Verkehrsministerin präsentiert sich als unbefleckte und aufrichtige Alternative zum Kurs der Vergangenen-



Der Vorsitzende der israelischen Likud-Partei und ehemalige Premierminister Benjamin Netanjahu stimmt mit seiner Frau Sara in einer Vorwahl ab, um am 10. August 2022 in Tel Aviv die Liste der Knesset (israelisches Parlament) der Partei auszufüllen.

heit. Wähler hofft sie unter den Linken Israels zu finden, die mit dem starken rechten und religiösen Einfluss in der israelischen Politik hadern. Die Avoda will den Palästinensern im Rahmen einer „Zwei-Staaten-Lösung“ größere Zugeständnisse machen und steht innenpolitisch für eine stärkere soziale Einhegung der israelischen Marktwirtschaft.



Wie viele andere sozialdemokratische Parteien hat sich die Arbeitspartei aber auch klassisch linksliberale Themen auf die Fahne geschrieben: Michaeli selbst ist bekennende Feministin, kleidet sich deshalb aus Prinzip nur schwarz („Ich möchte, dass die Menschen darauf achten, was ich tue, nicht, was ich trage“) und ist eine Befürworterin des Genderns.

Aktuelle Prognosen: 5–7 Sitze

Meretz HaSmol schel Israel (Meretz, die Linke Israels) – Lager Anti-Netanjahu – Regierung

Die Meretz-Partei ist links der Arbeitspartei angesiedelt. Sie stammt unter anderem aus der Traditionslinie der sozialistischen Mapam-Partei. Sie sieht sich „an vorderster Front im Kampf gegen Annexion und für Frieden“. Damit ist sie unter den maßgeblichen nicht-arabischen Parteien jene, die am stärksten Israels Politik gegenüber den Palästinensern kritisiert.

In ihrem Programm spricht sich die Partei unter anderem dafür aus, „Diskriminierung“ arabischer Bürgers Israels zu „korrigieren“ und vergangene Diskriminierung zu „reparieren“. Wie die Arbeitspartei vertritt sie zudem links-

liberale und wirtschaftspolitisch linke Positionen. Meretz, deren Parteifarbe grün ist, betont zudem den Klimawandel als „eine der größten Gefahren für die Menschheit“.

Geführt wird sie seit kurzem von Sehava Gal-On. Die 66-Jährige war schon einmal Meretz-Chefin und einstmalige Mitbegründerin der israelischen Organisation „B’Tselem“, die gegen die israelische Besatzung kämpft und von vielen Israelis als illegitim betrachtet wird. In den vergangenen Jahren war sie jedoch nicht mehr in der Politik präsent. Gal-On will Meretz ausdrücklich als „israelische“, nicht als „zionistische“ Partei verstanden wissen, auch wenn sie sich selbst eine Zionistin nennt.

Aktuelle Prognosen: 4–6 Sitze

Chadasch – Ta’al (Die Demokratische Front für Frieden und Gleichheit – Arabische Bewegung für Erneuerung) – staatsfern und arabisch – Opposition

Obwohl auch die jüdischen Anhänger und Kandidaten unter den Arabern Israels haben, gibt es eigene Parteien, die überwiegend arabisch geprägt sind. 2015 traten sie erstmals als Vereinigte Liste an. Von dieser ist inzwischen nur noch eine Rumpfallianz aus zwei Parteien übrig geblieben: Chadasch und Ta’al.

Chadasch ist keine im engeren Sinne arabische Partei, wenngleich sie de facto stark von Arabern geprägt ist. Eigentlich steht sie aber in der Tradition der Kommunistischen Partei Israels Maki. Als solche geißelt sie die „Rechtsextremen“ um Netanjahu, spricht von „Apartheid“ und fordert einen Rückzug Israels „auf die Grenzen von 1967“ inklusive des Abrisses aller Siedlungen. Vorsitzender ist der arabisch-Israeli Aiman Odeh.

Die Ta’al-Partei vertritt eine arabisch-palästinensische Identität. Gegründet wurde sie von Ahmad Tibi, der sie auch heute noch führt. Tibi war in den 1990er Jahren mehrere Jahre politischer Berater von PLO-Chef Jasser Arafat. Sowohl Chadasch, als auch Ta’al werden von den meisten anderen Parteien als problematisch angesehen und daher nicht als mögliche Koalitionspartner betrachtet.

Aktuelle Prognosen: 4 Sitze

Ra’am (Vereinigte Arabische Liste) – arabisch-pragmatisch – Regierungskoalition

Die Fundamentalopposition der anderen arabischen Parteien gilt als ein Grund, warum Mansur Abbas seine Ra’am 2021 aus der Allianz mit den anderen Arabern löste. Anschließend führte er die Partei in eine Koalition mit den zionistischen Kräften – die erste Regierungskoalition dieser Art in der Geschichte des jüdischen Staates: eine kleine Revolution.

Dies war umso erstaunlicher, weil Ra’am nicht nur eine arabische Partei mit palästinensischer Identität ist, sondern auch den politischen Islam vertritt und der Bewegung der Muslimbrüder entstammt. Abbas ging es darum, pragmatische Politik zu machen und so etwa



Investitionen in den arabischen Teil der Bevölkerung herauszuholen. Die großen ideologischen Unstimmigkeiten mit den zionistischen Parteien, etwa zum Konflikt mit den Palästinensern, sollten dafür ausgeklammert werden.

Damit machte Abbas eine Regierungsbildung gegen Netanjahu möglich, war aber zugleich eine der Schwachstellen der Regierung – sowohl weil die rechten Koalitionsparteien weiter mit ihm fremdelten, als auch, weil er unter dem permanenten Druck seiner eigenen islamistischen Basis stand. Dennoch will er auch nach den Wahlen im November wieder Teil einer Regierung werden: Selbst eine Kooperation mit Netanjahu schließt er nicht aus, auch wenn der diese Option von sich weist.

Aktuelle Prognosen: 4–5 Sitze

Sorge um Eskalation des Terrors

Die jüngsten arabischen Terrorakte in Judäa und Samaria haben in unseren Medien wie erwartet nicht für Schlagzeilen gesorgt. Tatsache ist jedoch, dass diese Angriffe täglich präsent sind. Es vergeht kein Tag, an dem es nicht zu Gewalterruptionen und Angriffen auf israelische Bürger kommt. Die erforderlichen Gegenmaßnahmen führen zu weiteren arabischen Eskalationsschritten und zu einer regelmäßigen Verurteilung Israels. (JR)

Eyal Zisser/JNS.org

Es vergeht kein Tag, an dem es nicht zu einem Messer- oder Rammattentat kommt, und auch die Zahl der „palästinensischen“ Opfer steigt sprunghaft an, wobei jeder Todesfall die Spannungen noch weiter anheizt. Dschenin, die Hauptstadt des Terrorismus, mag der Hauptbrennpunkt sein, aber auch das Jordantal und die Region Binyamin sind in letzter Zeit zu Brennpunkten geworden. In Nablus, Hebron und dem Gebiet um Jerusalem (einschließlich der arabischen Viertel) kommt es täglich zu Gewalttaten. Mit anderen Worten: Judäa und Samaria stehen in Flammen.

Einige haben versucht, diese Entwicklung mit dem allmählichen Niedergang der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde oder zumindest mit der Dämmerung ihres 87-jährigen „Präsidenten“ Mahmoud Abbas zu erklären. Die „Palästinensische“ Autonomiebehörde und Abbas sind schwach und haben nicht den Willen, in den von ihnen kontrollierten Gebieten für Ordnung zu sorgen, aber die Zukunft wird noch schlimmer sein, weil diejenigen, die Abbas ersetzen, nicht die gleiche Legitimität haben werden, die er als rechte Hand von Jassir Arafat genossen hat. Der Anstieg der Gewalt kann auch auf den Rückenwind zurückgeführt werden, den die „Palästinenser“ von denjenigen erhalten haben, die eigentlich

Israels Verbündete sein sollten und normalerweise das Recht Israels auf Selbstverteidigung unterstützen.

Die Kritik an Israel wegen der Ermordung der Al-Jazeera-Journalistin Shireen Abu Akleh und die anhaltende öffentliche Kritik an den israelischen Einsatzregeln wurden von den „Palästinensern“ als Rechtfertigung für den Weg der Gewalt interpretiert.

Wichtig ist jedoch, wie man verhindert, dass dieses Rinnsal der Gewalt zu einer massiven Flut wird.

Niemand hat die ersten beiden Intifadas (Aufstände) vorhergesehen, denn sie sind eher spontan und allmählich ausgebrochen, ohne dass jemand von oben herab die Initiative ergriffen hätte, weder in Tunesien in den 1980er Jahren noch in Ramallah in den frühen 2000er Jahren. Die Massen waren es, die die Gewalt anführten und sich einem unvorbereiteten Israel gegenüber sahen, das nicht rechtzeitig reagierte und sogar eine Zeit lang die Kontrolle verlor.

Das Ergebnis war die erste Intifada, die zu den Osloer Abkommen führte, und dann die zweite Intifada, die 2005 den Rückzugsplan zur Folge hatte, der Israel zum Rückzug aus dem Gazastreifen und



Nordsamaria veranlasste. Diese beiden Schritte fordern bis heute ihren Preis. Abgesehen davon dürfen wir nicht vergessen, dass die gesamte zionistische Geschichte und der Kampf um dieses Land eine Geschichte von Gewaltausbrüchen ist, die auftauchen und wieder abklingen, nur um dann wieder aufzulodern.

Es ist unwahrscheinlich, dass unsere Generation völlige Ruhe erleben wird. Israel hält seit 55 Jahren Judäa und Sama-

ria, eine Zeitspanne, die viel länger ist als die der britischen Mandatszeit und der jordanischen Besatzung zusammen. Viele betrachten den Status quo als das kleinere Übel, weil er es Israel ermöglicht, das Gebiet zu halten, ohne auf der Weltbühne einen diplomatischen Gegenschlag zu erleben.

Es kommt jedoch ein Punkt, an dem die Nachteile des Status quo seine Vorteile übersteigen. An einem solchen Punkt ist es unerlässlich, über den Tellerrand hinauszuschauen, um eine Veränderung zu bewirken. Die „Palästinenser“ würden, auch wenn sie es nicht zugeben, lieber israelische Staatsbürger werden, auch wenn dies derzeit nicht in Israels Interesse ist. Unabhängig von der Situation sollte Israel dieser Terrorwelle mit aller Kraft entgegenzutreten, bevor sie sich zu einem ausgewachsenen Aufstand ausweitet, und den Finger am Puls der Zeit haben, um zu erkennen, wann der Status quo nicht mehr gilt.

Eyal Zisser ist Dozent am Lehrstuhl für Geschichte des Nahen Ostens an der Universität Tel Aviv.

Dieser Artikel wurde ursprünglich von Israel Hayom veröffentlicht.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Mossad-Direktor: Wir haben Dutzende iranische Terroranschläge im Ausland vereitelt

Die Islamische Republik Iran versucht weiterhin ungehemmt und von unseren Medien und unserer Politik unbeanstandet und bewusst ausgeblendet, Israelis im Ausland zu ermorden. Allein in den letzten Wochen musste der Mossad dutzende von derartigen Anschlägen vereiteln. (JR)

Von Redaktion Audiatur

«In Zypern wurde ein versuchter Terroranschlag gegen israelische Geschäftsleute vereitelt. In der Türkei wurde ein Terroranschlag gegen einen israelischen Geschäftsmann und einen israelischen Diplomaten vereitelt, in Kolumbien wurde ein Anschlag auf israelische Geschäftsleute vereitelt. An vielen weiteren Orten der Welt wurden Terroranschläge vereitelt», sagte Barnea auf der 21. Jahreskonferenz des Internationalen Instituts für Terrorismusbekämpfung in Herzliya.

In all diesen Fällen seien die Terroristen mit Waffen gefasst worden und hätten bei den Verhören Informationen über die Identität ihrer Zielpersonen gegeben.

Der Geheimdienst des Korps der Islamischen Revolutionsgarden habe drei Killerkommandos gleichzeitig nach Istanbul geschickt, mit dem Auftrag, so viele Israelis wie möglich zu töten, sagte Barnea.

«Wir waren nur haarscharf davon entfernt, dass unsere Bürger zu Schaden kommen. Das Fadenkreuz war eigentlich schon auf die Köpfe der Menschen gerichtet. Dank der engagierten Geheimdienstmitarbeiter des Mossad

und der hervorragenden Zusammenarbeit mit den israelischen Verteidigungskräften, dem Shin Bet (israelischer Inlandsgeheimdienst) und dem Nationalen Sicherheitsrat konnten wir mit türkischer Unterstützung Terroranschläge vereiteln, kurz bevor sich schreckliche Tragödien ereignet hätten», sagte er und fügte hinzu, dass die Ziele unschuldige Touristen waren.

Klare Ansage an den Iran

«Die iranische Führung muss verstehen, dass Angriffe gegen Israel oder Israelis, direkt oder indirekt durch Stellvertreter, mit einer schmerzlichen Antwort gegen die Verantwortlichen auf iranischem Boden beantwortet werden. Wir werden nicht die Stellvertreter verfolgen, sondern diejenigen, die sie bewaffnet und die Befehle erteilt haben, und das wird im Iran geschehen», warnte Barnea.

Mit Blick auf die laufenden Atomverhandlungen zwischen dem Iran und den internationalen Staaten sagte Barnea, die Gespräche hätten keine bremsende Wirkung auf Teheran gehabt, und fügte hinzu, dass sich dessen terroristische Aktivitäten auf die Vereinigten Staaten und Euro-



Mossad-Chef David Barnea

pa ausgeweitet hätten, um ehemalige amerikanische Regierungsbeamte, iranische Dissidenten und andere zu treffen.

Er warf der internationalen Staatengemeinschaft vor, dem Iran zu erlauben so zu handeln und den Iran nicht zur Rechenschaft zu ziehen für seine anhaltenden Versuche, tödliche Anschläge in der westlichen Welt zu verüben.

Barnea sagte, dass er während seines kürzlichen Besuchs in den USA den

amerikanischen Vertretern die Auswirkungen der Annahme eines neuen Atomabkommens erläutern habe und dass dies dem Iran sofort 6 Milliarden Dollar einbringen würde, gefolgt von etwa 90 Milliarden Dollar im ersten Jahr aus den nicht eingefrorenen Vermögenswerten und den Einnahmen aus dem gestiegenen Ölverkauf.

Jedes Jahr kämen Dutzende von Milliarden Dollar hinzu, was das BIP der Islamischen Republik sofort um 25 Prozent erhöhen würde. «Kein anderes Land würde einen solchen Wachstumszuwachs auch nur annähernd erreichen», so Barnea.

Iranische Verbündete wie die Hisbollah, schiitische Milizen im Irak und die Houthis im Jemen würden alle davon profitieren, warnte er. «Wenn auch nur ein kleiner Prozentsatz dieser riesigen Summen [in Teherans Kassen] für den regionalen Terrorismus abgezweigt wird, würde dies ihr Geld vervielfachen und zu einer noch nie dagewesenen Aufstockung der Kräfte durch Terroristen führen», so seine Warnung.

Barnea betonte, ein neues Nuklearabkommen würde dem Iran keine Immunität vor den Aktionen des Mossad beschern.

Jeff Goldblum: Mr. Jurassic Park wird 70

Der jüdisch-amerikanische Schauspieler Jeff Goldblum wurde durch Steven Spielbergs und Roland Emmerichs epochale Blockbuster, „Jurassic Park“ und „Independence Day“ weltberühmt. Seine wichtigste Rolle spielte er jedoch im Holocaust-Drama „Ein Leben für ein Leben“. (JR)

Von David Schimanowski

Dieser Name ist den Hollywood-Kennern bestens bekannt. Jeff Goldblum spielte 106 verschiedene Rollen in 104 amerikanischen, englischen, französischen Filmen, schlug den Hollywood-Rekord und wurde somit zum gefragtesten Schauspieler seiner Zeit. Es ist selbstverständlich eine besondere Freude zu erwähnen, dass er einer orthodoxen jüdischen Familie entstammt. In der Folge „Beyond the Pale“ der Fernsehshow „Finding your roots“ war der Schauspieler sehr bewegt und berührt, von seinen Vorfahren mehr zu erfahren. Sein Großvater väterlicherseits, Iosif Powartschik, der später den Namen Goldblum annahm, emigrierte in die USA aus dem Shtetl Timkowitschi in der Minsker Gubernia, um den Pogromen zu entgehen. Großmutter Lilian (geborene Leventon) wurde ebenfalls im Russischen Reich geboren. Und die Großeltern mütterlicherseits, Samuel Temeles und Beyla Shapiro kamen beide aus Galizien. Fast alle ihre Verwandten wurden im Holocaust ermordet. Der Vater des zukünftigen Stars, Harold Leonard Goldblum wurde zu einem erfolgreichen Therapeuten, und während des Zweiten Weltkriegs zum Major der US-Army. Mutter Shirley Jane war Radiosprecherin. Später leitete sie eine Firma, die mit Haushaltsgeräten handelte.

Jeffrey Lynn Goldblum wurde am 22. Oktober 1952 in Pittsburgh, Pennsylvania geboren. Als Kind ging er zur Synagoge und bekam Bar Mitzwa. Außer der Schwester Pamela und dem älteren Bruder Lee hatte er noch den Bruder Rick, dieser aber starb an Dysenterie während einer Reise nach Marokko. Der frühe Tod von Rick, der ihm unter anderem die Liebe zum Jazz beibrachte, machte ihn, nach seinen eigenen Worten, konzentrierter und brachte mit sich die Entschlossenheit, sich selbst zu retten und zu überleben. Die Eltern interessierten sich beide für das Showbusiness, sein Vater studierte sogar Theater, bevor er das medizinische Studium absolvierte, träumte aber davon, dass sein jüngster Sohn seine berufliche Bahn einschlägt und Arzt wird. Jeff jedoch zeigte ein außerordentliches Interesse für die Bühne, imitierte und parodierte andere brillant und spielte in den städtischen Cocktailbars Jazz auf dem Klavier. In der fünften Klasse begann der Junge in den schulischen Theateraufführungen aufzutreten und mit 15 Jahren schrieb er sich für den dramaturgischen Unterricht in der privaten Carnegie Mellon University ein.

Debut am Broadway

Als Jeff 17 wurde, ging er nach New York, um bei dem berühmten Schauspiellehrer Sanford Meisner in seiner Akademie „Neighborhood Playhouse“ zu studieren. Sein Debut am Broadway war eine Rolle in der Inszenierung des Shakespeare-Stücks „The Two Gentlemen of Verona“, die 1971 eine Tony-Medaille gewann. Und bereits 1974 spielte er im Kino, in der Rolle eines eigenartigen Outsiders im Thriller „Death Wish“, sowie in der Rolle eines Kartenspielers im Film „California Split“. Im darauffolgenden Jahr wird der Schauspieler zu dem Dreh von „Nashville“ in einer kleinen Rolle eines Mannes auf dem Fahrrad eingeladen.



Jeff Goldblum mit Familie neben „seinem“ Stern auf dem Hollywood Walk of Fame

Darauffolgend spielte er einen Diener im Horrorfilm „The Sentinel“ (1977), einen Partygast in Woody Allens Komödie „Annie Hall“ (1977) sowie eine der Hauptrollen im Film „Between the Lines“, welcher einen „Goldenen Bären“ in Berlin bekam. Und zwei Jahre davor trat er zum ersten Mal im Fernsehen auf, zunächst in einer kleinen Rolle eines Protestierenden in „Columbo“ und 1977 in der Rolle des Detective in „Tenspeed and Brown Shoe“.

Filmkarriere

Die erste wirkliche Hauptrolle, dazu noch eine Doppelrolle bekam Goldblum erst mit 28 Jahren in der Fantasy-Fernsehkomödie „The Legend of Sleepy Hollow“ nach der Novelle von Washington Irving. Er spielte darin den Headless Horseman - den Geist eines Soldaten aus der Zeit des Unabhängigkeitskrieges, der auf der Suche nach seinem abgeschlagenen Kopf ist - sowie den Dorflehrer, der an diese Legende nicht glaubt. Nach dieser Arbeit geht es mit seiner Karriere steil nach oben und er bekommt zahlreiche Einladungen zu einigen attraktiven und ambitionierten Projekten. Er spielt den Jack Bellicec im Science-Fiction Film „Invasion of the Body Snatchers“; den Wissenschaftler in „The Adventures of Buckaroo Banzai Across the 8th dimension“; Mr. Nudd in Alan Rudolphs Thriller „Remember My Name“; den Nachtclubbesitzer Tony Di Marco in Robert Klanes Komödie „Thank God It's Friday“; den Wissenschaftler Aldo Gehring in Richard Pearce' Drama „Threshold“; den Ingenieur Edd Okin in John Landis' Actionfilm „Into the Night“. Der Film „The Big Chill“, in welchem Jeff Goldblum die Rolle des Journalist Michael Gold spielte, wurde in drei Kategorien für den Oscar nominiert.

1986 zog Goldblum die Aufmerksamkeit der Filmregisseure auf sich, als er in David Cronenbergs Horrorkomödie „The Fly“ die Hauptrolle des exzentri-

schen Wissenschaftlers Seth Brundle, der sich aufgrund seiner Teleportationsforschungen in eine riesige Fliege verwandelt, brillant spielte. Diese Rolle brachte Goldblum den „Saturn“ als bester Schauspieler.

Actionfilme

Jeff Goldblum wird unter anderen hoch geschätzt von Steven Spielberg und Roland Emmerich, von Wes Anderson und Dick Wolf. In Spielbergs Blockbuster „Jurassic Park“ spielte er die Rolle des Mathematikers Ian Malcolm, der vor der Gefahr der Wiederbelebung der Dinosaurier warnt. In Emmerichs Katastrophen-Movie „Independence Day“ den Astronauteningenieur David Levinson. In Wes Andersons Tragikomödie „The Life Aquatic with Steve Zissou“ den Hennessey, Leiter eines Laboratoriums und in Dick Wolfs Polizeidrama „Law and Order: Criminal Intent“ den Detective Zach Nichols.

1996 drehte Jeff seinen ersten Film als Regisseur - „Little Surprises“ war für den Besten Kurzfilm für den Oscar nominiert. 1999 war Goldblum Mitglied der Jury beim Internationalen Filmfestival in Cannes.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts setzt Jeff Goldblum seine siegesreiche Karriere auf der Leinwand fort und erscheint in weiteren 30 Rollen. Großen Erfolg beim Verleih hatte das psychologische Drama „Adam Resurrected“, Paul Schraders Adaption der Erzählung „Adam Ben Kelev“ („Adam Hundesohn“) des israelischen Schriftstellers Yoram Kaniuk. Goldblum spielte darin einen jüdischen Varietékünstler Adam Stein, der als einziges Mitglied seiner Familie Verfolgung und Konzentrationslager überlebte, weil er sich bereit erklärte, zur Belustigung des KZ-Lagerkommandanten in die Rolle eines Hundes zu schlüpfen.

2013 verkörperte Goldblum im Film „Le Week-End“ von Roger Michell die Figur des Morgan, Freund eines Ehepaars, der vergeblich versucht die

zerstrittene Eheleute miteinander zu versöhnen. In der Tragikomödie „The Grand Budapest Hotel“ (2014), Wes Andersons Nacherzählung der Kurzgeschichten von Stefan Zweig, spielt er den Rechtsanwalt Vilmos Kovacs und 2017-2021 erscheint er in der Rolle des Großen Meisters in James Gunns Action-Serie „Guardians of the Galaxy Vol.2“.

Künstlerischer Erfolg

Seine schauspielerische Erfahrung gibt er an die junge Generation in der Schauspielschule Playhouse West, die er 1981 eröffnete weiter. Seine Stimme gab er den meisten Werbespots von Apple und Toyota in den USA. Jedoch seine wichtigsten Leidenschaften in den letzten Jahren sind die abstrakte Malerei und die Musik. Jeff tritt oft in den Klubs von Los Angeles mit dem Mildred Snitzer Orchestra auf und brachte mit dieser Band 2018 sogar sein eigenes Album heraus. Im Juli desselben Jahres wurde eine 7,6 Meter hohe Statue von Goldblum neben der Tower Bridge in London errichtet, um das 25. Jubiläum der Eröffnung der Jurassic World Ausstellung zu würdigen. Ebendann erschien auf der Walk of Fame in Hollywood endlich ein Stern mit dem Namen von Jeffrey Goldblum. Er wird als einer der höchstbezahlten Schauspieler Hollywoods angesehen, ein Vermögen wird auf 245 Millionen Dollar geschätzt. Jeff Goldblum widmet sich der Wohltätigkeit und dem Sponsoring, besitzt Wertpapiere verschiedener Immobilienfirmen sowie Restaurants in Washington, eine eigene Fußballmannschaft, Parfum- und Modelabels.

Einige der Prestigezeitschriften betitelten Goldblum als eine der wichtigsten Ikonen des männlichen Style, und die Zeitschrift Glamour bezeichnete ihn 2020 als den attraktivsten unter den heute lebenden Schauspielern.

Aus dem Russischen
von David Serebryanik

Buchbesprechung: Arye Sharuz Shalicar sagt „Shalom Habibi“

Die Abraham-Abkommen sind eine historische Zeitenwende in den Beziehungen zwischen Israel und vielen arabischen Staaten. Der persisch-stämmige Deutsch-Israeli Arye Sharuz Shalicar nimmt in seinem Buch die Leser mit auf eine Reise der erhofften Völkerverständigung. (JR)

Von Filip Gašpar

Arye Sharuz Shalicar kam 1977 als Sohn persisch-jüdischer Eltern in Göttingen zur Welt. Später zieht die Familie in den Berliner Stadtteil Wedding um, wo er als „Schwarzkopf“ unter seinen muslimischen Freunden akzeptiert wird, bis sie erfahren, dass er gar kein Muslim wie sie, sondern Jude ist. Über Monate hinweg wird er antisemitisch beleidigt und bedroht, bis er es schafft, sich in diese Parallelgesellschaft von muslimischen Jugendbanden zu integrieren. Er wird Mitglied der Bande „Black Panthers“. Bevor er auf die schiefe Bahn gerät, macht er sein Abitur, geht zur Bundeswehr und macht schließlich 2001 Aliya, um wie er sagt, endlich als Jude sicher leben zu können. Alles nachzulesen in seinem ersten Buch „Ein nasser Hund ist besser als ein trockener Jude“, das 2021 auch verfilmt worden ist.

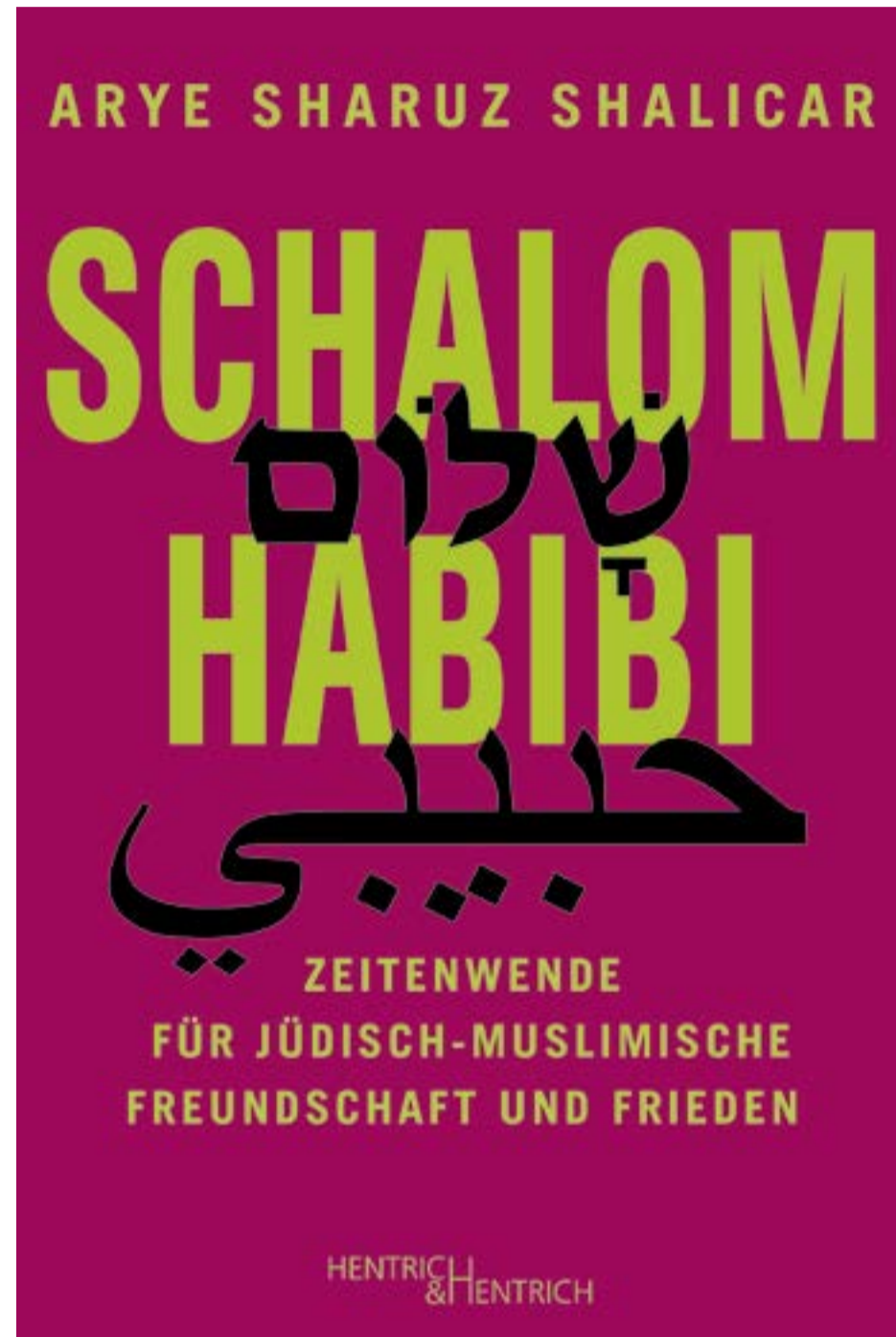
Ein Buch, wie eine Reise

Sein neuestes Buch „Schalom Habibi: Zeitenwende für jüdisch-muslimische Freundschaft und Frieden“ handelt von den positiven Veränderungen im Verhältnis zwischen dem jüdischen Staat und einiger muslimischer und arabischer Staaten. Darunter die Vereinigten Arabischen Emiraten, Aserbaidschan, Bahrain, Marokko, Kurdistan, dem Sudan noch weitere. All diese Entwicklungen haben sich größtenteils unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit vollzogen. Shalicar bringt das als erster Autor auf Deutsch wieder, lässt dabei seine persönliche Perspektive gepaart mit seinen Erfahrungen mit einfließen und nimmt den Leser im wahrsten Sinne des Wortes mit auf eine Reise, blickt hinter die Kulissen und zeigt, wie sich echte Freundschaften bilden. Die bestehenden Probleme werden angesprochen, gleichzeitig aber auch vermittelt, wie schwierig es ist, alte Feindbilder hinter sich zu lassen und sich näher zu kommen, sowohl auf persönlicher als auch staatlich-institutioneller Ebene.

Das Buch beginnt in Shalicar's Wohnzimmer. Sein neunjähriger Sohn Raphael starrt auf den Fernsehbildschirm und versucht zu begreifen, weshalb ein arabischer Terrorist zwei Tage zuvor das Feuer auf Juden eröffnet hat, nur weil diese Juden sind. Wofür Erwachsene schwerlich eine Erklärung haben, wird ein Kind erst recht nicht haben, doch Shalicar macht seinem Sohn klar, dass aufgrund solcher Ereignisse, er niemals alle Araber oder Muslime gleichsetzen dürfe, und es immer Hoffnung auf eine Veränderung gebe.

Gegen verzerrte Wahrnehmungen

Das zweite Kapitel macht noch einen Rundumschlag zum Bild über Israel und Juden in der deutschen Öffentlichkeit. Er kritisiert, dass selbst heute noch den meisten Deutschen bei der Erwähnung des Wortes „Jude“ die Begriffe Holocaust, Antisemitismus und der Nahostkonflikt in den Sinn kommen, ohne mitbekommen zu haben, dass sich im Nahen Osten immer weniger Leute um den sogenannten „Nahostkonflikt“ scheren. Dieser verzerrten Wahrnehmung ist auch ein ganzes Kapitel gewidmet, da



viele bei „Nahostkonflikt“ eher an die israelische Armee oder Regierung denken, diese wahlweise als Besatzer oder Unterdrücker sehen oder wie er von „absurden Vergleichen zu der deutschen Vergangenheit zur Zeit der Nationalsozialisten“ schreibt.

Shalicar möchte mit seinem Buch dazu beitragen, weg von diesem Israelbild in Deutschland zu kommen und fordert auf, endlich die positiven Seiten und Entwicklungen zu betrachten. Seien es zum Beispiel seine muslimischen Freunde, die ihn in Berlin vor anderen Muslimen in Schutz genommen haben oder die kopftuchtragende Kindergärtnerin, der er jeden Morgen seine Tochter anvertraut hat. So sind Verbesserungen auch auf staatlicher Ebene möglich, egal was die Europäer davon halten. Dem vorrevolutionären Iran ist ein eigenes Kapitel gewidmet und vor den aktuellen Entwicklungen im Iran besonders wertvoll. Shalicar zeigt auf, dass ein moderner nicht islamischer Iran, wo Frauen ganz selbstverständlich selbst entschieden ob mit oder ohne Kopftuch auf die Straße zu gehen, und Muslime und Juden friedlich zusammenlebten, noch gar keine fünfzig Jahre her ist. Aber er

spricht auch die großen damaligen Toleranzunterschiede zwischen dem modernen und aufgeklärten Teheran und der Situation auf dem Lande an, die ein Faktor in der Machtergreifung durch die Mullahs waren.

Wo sein erstes Buch endete, nämlich mit seiner Einwanderung nach Israel 2001, greift ein der Kapitel seine Erzählung an der Stelle wieder auf. Ohne Geld, Sprachkenntnisse und Familie musste er sich ganz neu zurechtfinden und was ist der beste Weg, nicht bloß, um die israelische Gesellschaft zu verstehen, sondern ebenfalls schnell ein Teil dieser werden? Natürlich der Armeedienst. Gelebter Zusammenhalt zwischen Juden, Muslimen, Drusen und Christen ist in der IDF eine überlebenswichtige und nicht aufgezwungene Realität, deren Soldaten diese danach auch vorleben.

Annäherung durch Abraham-Abkommen

Nach diesen Schwenkern kommt endlich das heiß ersehnte Kernstück des Buches, nämlich die Betrachtung der einzelnen arabischen und muslimischen Länder in Israels Nachbarschaft und Umgebung. Die Kapitel sind nicht iden-

tisch aufgebaut, folgen jedoch einem losen Muster. Sie sind eine Mischung aus historischem Abriss über die Beziehungen zwischen den Staaten zu Israel, einer aktuellen politischen Lage, der im Hintergrund immens unternommenen Anstrengungen zur Verbesserung der Situation, getoppt mit einer großen Portion von Shalicar's Reiseberichten. Ein erster Schritt, der den Stein ins Rollen brachte, war das sogenannte „Abraham-Abkommen“ zwischen Israel und den arabischen Staaten, das auf die außenpolitische Initiative des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Donald Trump zurückzuführen ist.

Das am 15. September 2020 zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten unterzeichnete Abkommen war das erste Mal, dass arabische Staaten, die nicht in direkte kriegerische Handlungen mit Israel verwickelt waren, sich eindeutig gegen einen Boykott des jüdischen Staates stellten und Israel auch anerkannten. Dies ist ein eindeutiger „Gamechanger“ der gesamten politischen Lage im Nahen Osten und man weiß nicht, was mehr verwundert: Dass Donald Trump hierfür keinen Nobelpreis erhalten hat, oder dass Barack Obama überhaupt einen erhalten hat.

Shalicar kritisiert auch zurecht, dass diesem Durchbruch in Deutschland und Europa medial viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Ein weiterer Durchbruch ist Israel im Sudan, dem immerhin drittgrößten afrikanischen Staat gelungen. Der Sudan folgte der am 1. September 1967 verabschiedeten Khartoum-Resolution, also ein panarabisches Abkommen, dass weder Frieden, Anerkennung oder Verhandlungen mit Israel wollte. Shalicar war an vorderster Front als Teil einer geheimen Delegation mitgereist. Noch mit dem Rückenwind des Abraham-Abkommens sollte nun auch Frieden mit dem Sudan geschlossen werden. Dass die jeweiligen Staaten nicht aus reiner Nächstenliebe, sondern aus realpolitischem Interesse handeln, zeigt der Autor sehr gut auf, indem er erklärt, dass Israel nicht mehr der kleine zerbrechliche Staat ist, sondern als Hightech- und Rüstungsstandort eine Menge zu bieten hat.

Weitere Stationen sind Marokko, Aserbaidschan und sogar bis nach Bahrain. Auch der Situation der Kurden ist ein ganzes Kapitel gewidmet. Wie an vielen Stellen ist das Buch durch persönliche Fotos seiner Reisen oder seiner Familie geschmückt und ergänzt den Lesefluss gut. Shalicar ist ein lesenswerter Rundumschlag über die positiven Veränderungen im Nahen Osten gelungen und zeigt, dass eine Normalisierung nicht nur zwischen dem jüdischen Staat und seinen muslimischen Nachbarstaaten möglich ist, sondern auch zwischen Muslimen und Juden. Ob diese Erkenntnis auch in Deutschland ankommen und umgesetzt wird? Man kann es nur hoffen.

Arye Sharuz Shalicar: „Schalom Habibi: Zeitenwende für jüdisch-muslimische Freundschaft und Frieden“, Hentrich & Hentrich Verlag Berlin Leipzig, 162 Seiten

Die RAF-Komplizenschaft mit der PLO: Die Entführung der Landshut vor 50 Jahren

Am 13. Oktober 1977 entführten vier Terroristen einer Abspaltung der terroristischen Volksfront zur „Befreiung Palästinas“ (PFLP), die Lufthansa-Maschine „Landshut“ und nahmen Passagiere und Besatzung als Geiseln. Die „palästinensischen“ Terroristen erschossen den Piloten, übergossen die Geiseln mit Alkohol, forderten 15 Millionen Dollar Lösegeld und die Freilassung von elf kriminellen RAF-Häftlingen. Auf dem Flughafen von Mogadischu gelang, im Gegensatz zum desaströsen Einsatz beim Olympia-Attentat 1972, der neu geschaffenen und teils in Israel ausgebildeten Polizei-Spezialeinheit GSG 9, die Befreiung aller Passagiere. (JR)

Von Carl Christian Jancke †

Im September 2017 wurde das Flugzeugwrack der „Landshut“ zurück nach Deutschland gebracht. Die damalige Lufthansa-Boeing wurde auf dem Höhepunkt der „Offensive“ 1977 von mit der RAF sympathisierenden arabischen Terroristen entführt, um die Insassen des legendären Stuttgart-Stammheimer Gefängnis freizupressen.

Die hatte schon die Entführung des früheren NSDAP-Mitglieds und Großkapitalisten Hanns Martin Schleyer den ehemaligen Frontoffizier des Zweiten Weltkriegs, Helmut Schmidt, nicht zu deren Freilassung bewegt. Als die unter dem Eindruck des „palästinensischen“ Terroranschlags auf die israelische Olympia-Mannschaft in München 1972 gegründete GSG9 erfolgreich den Flieger stürmte, war nicht nur Schleyers Schicksal besiegelt. Sondern auch die Legende von der „wehrhaften Demokratie“ geboren. Zu Unrecht. Mit dem folgenden Gruppenselbstmord der Gefangenen wollten diese wenigstens noch den Mythos nähren von den Kräften des Systems ermordet worden zu sein.

In Westdeutschland hatte der freiheitliche Rechtsstaat einen Geburtsfehler. Er wurde nicht erkämpft, sondern von den Siegern geschenkt, und die westlichen Alliierten haben nach den Nürnberger Prozessen darauf verzichtet die Entnazifizierung flächendeckend durchzusetzen. Adenauer sah im Kanzleramt über die Vergangenheit vieler Spitzenbeamter hinweg. 20 Jahre später sollte das eine ganze Generation moralingesäuerter Studenten, die nur wegen der Gnade der späten Geburt von der Hitlerjugend verschont geblieben waren, dazu erheben, sich über die teils tatsächliche und teils vermeintliche Schuld der Väter zu echauffieren. Dies war die Keimzelle der „Roten Armee Fraktion“. Gewalt „gegen Sachen“ wurde als erstes salonfähig. Kaufhäuser und Springer waren die ersten Ziele.

Die Geschichte der RAF

Die Geschichte der RAF ist keine Geschichte voller Missverständnisse, sondern eine der Bereitschaft des „linken“ und später auch des grünen Establishments Gewalt als Instrument der politischen Auseinandersetzung auf dem „Marsch durch die Institutionen“, den einst Rudi Dutschke ausgerufen hatte, einzusetzen und zu akzeptieren. Doch das kommt in den öffentlich-rechtlichen Endlosschleifen bei Guido Knops „History“-TV nicht vor und begründet auch die Tolerierung des Terrors als politische Waffe der „Palästinenser“. Denn es ist ein ordentlicher schwarzer Fleck auf der Weste des „links-grünen“ Establishments von Joschka Fischer bis Jürgen Trittin, in dessen Heimatstadt Göttingen sich „klammheimliche Freude“ über das Attentat auf den höchsten Repräsentanten des Rechtsstaates, den Generalbundesanwalt Siegfried Buback breitmachte. Der damalige Student und spätere

Deutschlehrer Klaus Hülbrock bekannte sich 2001 zu einem Text in der AStA-Zeitung, in dem es wortwörtlich hieß:

„Meine unmittelbare Reaktion, meine Betroffenheit nach dem Abschuss von Buback ist schnell geschildert. Ich konnte und wollte (und will) eine klammheimliche Freude nicht verhehlen.“

Neben Buback war übrigens auch dessen Fahrer Wolfgang Göbel und der Leiter der Fahrbereitschaft der Bundesanwaltschaft, Georg Wurster, am 7. April 1977 in dessen Auto ermordet worden. Anschließend ging es Schlag auf Schlag. Am 30. Juli 1977 fiel der Vorstandssprecher der Dresdner Bank AG, Jürgen Ponto, den revolutionierenden Bürgerkindern zum Opfer. Die „Rote Armee Fraktion“ hatte ihn entführen wollen, um die in Stammheim einsitzenden Terroristen freizupressen. Das hatte 1975 schon einmal funktioniert als der eher proletarische Arm des „linken“ Terrors, die „Bewegung 2. Juni“ den Berliner CDU-Chef Peter Lorenz kidnappte und im Gegenzug gegen seine Freilassung sechs verurteilte Terroristen in den Südjemen ausgeflogen wurden, die samt und sonders wieder terroristisch tätig wurden.

Fehler der Vergangenheit

Bundeskanzler Helmut Schmidt hatte den Staat auch auf Druck seines Nachfolgers erpressbar gemacht. Dass Schmidt seinen Irrtum erkannte, ehrt ihn und hatte doch furchtbare Konsequenzen. Keine zwei Monate nach der Lorenz-Entführung griff die RAF die deutsche Botschaft in Stockholm an und nahm 12 Geiseln, um weitere 26 Verbrecher freizupressen. Schmidt blieb hart, zwei Geiseln starben, ein Terrorist stolperte dilettantisch über die Elektrozündung einer Sprengladung, die er auf diese Weise auslöste. Das kostete zwei Verbrecher das Leben.

Der damals beteiligte Mörder Bernhard Rössner äußerte noch 1994, dass er keine Reue empfinde. Clais von Mirbach, der Sohn des getöteten Militär-Attachés Oberstleutnant Andreas von Mirbach, reagierte darauf: „Ich wünschte mir aber, dass die Öffentlichkeit solchen Selbstverklärungen und Verharmlosungen entschiedener entgegentritt. Rechtsradikalen Tätern ließ man derlei aus gutem Grund nicht durchgehen. Linksradikale umweht eine nicht gerechtfertigte Aura der Nachsicht und des Verständnisses.“

Tatsächlich schwamm der „linke“ Terror auf einer Woge der Sympathie in der 68er-Szene, die die Verbrecher zu Opfern eines rigorosen Polizeistaates stilisierten, der sie etwa mit „Isolationshaft“ und mit Einschränkungen der bürgerlichen Rechte drangsalieren. Der damalige Bundesinnenminister Werner Maihofer forderte eine „Dissolidarisierungskampagne gegen die ganz erhebliche Unterstützer- oder jedenfalls Sympathisantenszene der RAF. Das ist das Wasser, in dem diese Fische schwim-



Mitglieder der GSG 9 des BGS auf dem Flughafen Köln/Bonn beim Verlassen der Lufthansa-Sondermaschine „Stuttgart“ am 18. Oktober 1977

men. Weiterhin schwimmen sie auch im Wasser einer Schickieria, die in der Tat die Grenzen nicht so klar zieht.“

Erste zarte Bande zwischen APO und PLO

Neben der Tatsache, dass der Zeitgeist des Herbstes 1977 den wehrhaften Rechtsstaat als Repressor stilisierte, machte die RAF durch das Bündnis mit dem „palästinensisch“ genannten arabischen Terror den Antisemitismus unter den „Linken“ salonfähig. 2001 berichtete der „Spiegel“, die Ikone der außerparlamentarischen Opposition und der spätere Grünen-Frontmann Joschka Fischer habe schon 1969 in Algier an einer Konferenz der PLO teilgenommen, auf der Jassir Arafat den Endsieg gegen Israel ausrief und Sympathisanten gewinnen wollte, die in der westlichen Welt seine Terrorstrategie unterstützten. Damit war die Verbindung zwischen PLO und APO geknüpft, die sich die RAF später zunutze machte. Arafat und später die „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ kooperierten auch mit den „Revolutionären Zellen“, einer weiteren westlichen Terrororganisation. Man besuchte gemeinsam Trainingscamps im arabischen Raum und die RAF erhielt Waffen und logistische Unterstützung. Der RAF-Terrorist Peter-Jürgen Boock behauptete 2002 gegenüber dem „Spiegel“, die RAF wäre ohne Unterstützung der „Palästinenser“ gar nicht mehr handlungsfähig gewesen. Die deutschen Terroristen Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann von den „Revolutionären Zellen“ nahmen 1976 an der Entführung einer „Air France“-Maschine ins ugandische Entebbe teil, bei der sie pikanterweise die „Selektion“ der jüdischen und israelischen Passagiere durchführten. Beide kamen bei der „Operation Entebbe“ neben drei Geiseln und dem Bruder des heutigen israelischen Ministerpräsidenten ums Leben. Die Israelis konnten 102 Geiseln befreien.

Fünf Tage Terror

Die PFLP revanchierte sich bei den deutschen Kumpanen 1977 mit der Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut“ auf dem Flug von Palma de Mallorca nach Frankfurt, nachdem der Bundeskanzler Schmidt keine Anstalten machte, auf die Geiselnahme Hans-Martin Schleyers mit der von der RAF geforderten Freilassung von 11 RAF-Terroristen der ersten Generation zu reagieren. Mindestens 86 Passagiere waren fast fünf Tage in der Hand der Terroristen, der Kapitän Jürgen Schumann wurde erschossen. Die Befreiung der Maschine glich wie eine Blaupause der israelischen Aktion ein Jahr früher und die Rettung der Geiseln war gleichzeitig das Todesurteil für Schleyer, der kurz darauf im Elsass ermordet wurde. Drei Terroristen verübten kollektiven Selbstmord. Die Sympathisanten der RAF haben oft behauptet der Staat habe die Inhaftierten hingerichtet. Ein Beweis dafür ließ sich nie finden.

Angesichts des islamischen Terrors erscheinen die 33 Todesopfer der RAF heute geradezu bescheiden. Aber ihre Gewalttaten fielen in der jungen Bundesrepublik auf fruchtbaren Boden in einer bigotten Generation, die ihre Eltern für die Taten des Nationalsozialismus verurteilten, ohne sich auf ihrem moralisch hohen Ross zu fragen, wie sie selbst sich in der NS-Zeit verhalten hätten.

In Wahrheit waren die 68er Mitläufer, die sich nicht einmal vom RAF-Terrorismus distanzieren. Sie haben in der „linken“ Szene darüber hinaus den Antisemitismus und den „palästinensischen“ Terror hoffähig gemacht, indem sie sich von beidem nicht entschlossen distanzieren. Es erklärt die noch heute andauernde „linke“ Ignoranz gegenüber dem arabischen Terror, der im Deutschen Herbst 1977 ordentlich befeuert wurde.

Jom-Kippur-Krieg: Unversöhnlich am Versöhnungstag

Am 6. Oktober 1973 griffen Ägypten und Syrien den jüdischen Staat am höchsten jüdischen Feiertag, Jom Kippur an. Am Versöhnungstag drangen 700 syrische Panzer auf den Golanhöhen vor, gleichzeitig griffen ägyptische Streitkräfte und Kampfflugzeuge den Sinai an. Das vom Angriff fahrlässig überraschte Israel schaffte es noch in Höchstgeschwindigkeit seine Truppen zu mobilisieren. Die israelischen Männer kamen teils mit Gebetsmantel direkt aus der Synagoge zu ihren Einheiten. Nur mit dieser Kraftanstrengung gelang es Israel trotz verweigerter deutscher Hilfe, den beinahe geglückten Vernichtungsangriff der vereinten arabischen Aggressoren abzuwehren. (JR)

Von L. Joseph Heid

Die Geschichte Israels seit seiner Gründung im Jahre 1948 ist eine Geschichte der Auseinandersetzung mit seinen arabischen Nachbarn mit einer fünfzigjährigen Vorgeschichte. Die Staatsgründung Israels selbst war begleitet von dem jüdischen Unabhängigkeitskrieg, bei dem es um Leben und Tod der Juden ging, die gerade den Holocaust erlitten hatten; es ging um das staatliche Existenzrecht.

Dem Sinai-Krieg gegen Ägypten 1956 waren terroristische Anschläge auf israelisches Staatsgebiet vorausgegangen, organisiert von „Fidaiyun“, einer Vorläuferin der „Fatah“, des militärischen Armes der „Palästinensischen Befreiungs-Organisation“ (PLO). Kampfgruppen, die im ägyptisch kontrollierten Gaza-Streifen ausgebildet und bewaffnet wurden, operierten im Süden Israels und auch im von Jordanien verwalteten Teil Palästinas (Judäa und Samaria). Die Angriffe richteten sich gegen zivile Objekte und Personen innerhalb und außerhalb Israels und fanden in der Folgezeit kein Ende. 1967 nahmen die Spannungen und eine aktive Politik der Feindseligkeiten gegen Israel bedrohlich zu, Spannungen, die zum sog. Sechs-Tage-Krieg im Juni 1967 führten. Israel gewann den Krieg militärisch und besetzte arabische Territorien, die im Westen bis an den Suezkanal reichten, im Osten das Jordantal, die sog. Westbank, umfasste und im Nordwesten u.a. die Golanhöhen betraf.

Nach der Niederlage der arabischen Staaten im Junikrieg 1967 schwand das Vertrauen der Palästina-Flüchtlinge in die etablierten Regime in Ägypten, Syrien und Jordanien, die sie mit hohlen Versprechungen auf eine Rückkehr in ihre alten Wohngebiete so lange vertröstet hatten. Bis zum Beginn des Oktober-Krieges 1973 war es an den Grenzen Israels immer wieder zu Schusswechseln gekommen, Zwischenfälle, die man als „Zermürbungskrieg“ bezeichnen kann.

„Drei Neins von Khartum“

Nach schwierigen Verhandlungen erklärte sich Israel 1971 bereit, sich vom Ufer des Suezkanals zurückzuziehen, um die normale Schiffspassage zu ermöglichen. Für Ägypten war dies ein großer Fortschritt, konnte doch dieser große internationale Wasserweg wieder in Betrieb gesetzt werden. Doch Ägyptens Präsident Anwar as-Sadat wollte mehr, er lauerte auf die Rückeroberung der im Krieg 1967 verlorenen Gebiete, sobald sich die israelischen Truppen vom Kanal zurückgezogen hatten. Sadat übernahm die Parole: „Was mit Gewalt genommen wurde, kann nur mit Gewalt zurückerlangt werden“, was sich in den „Drei Neins von Khartum“ niederschlug. Die Khartum-Resolution vom 1. September 1967 war nach einem Treffen der Führer acht arabischer Staaten nach dem Sechstagekrieg in Khartum verabschiedet worden. Sie



Israelischer Vormarsch auf den Golan Höhen am 8. Oktober 1973

legte die Basis der Außenpolitik dieser Staaten bis zum Jom-Kippur-Krieg im Jahre 1973 fest. Sie bestimmte u.a. den fortgesetzten Kampf gegen Israel sowie das Ende des arabischen Öl-Boykotts, der während des Sechstagekriegs bestand. Die Resolution enthält in ihrem dritten Absatz Bestimmungen, die als die „drei Neins“ bekannt wurden: Kein Frieden mit Israel; keine Anerkennung Israels; keine Verhandlungen mit Israel.

Die Sowjetunion hatte Ägypten über Jahre hin militärisch aufgerüstet und Militärberater nach Kairo entsandt, wollte allerdings sein militärisches En-

sei, eine Million ägyptischer Soldaten zu opfern, um den Sinai zurückzuerobern, wurden in Jerusalem nicht ernst genommen. Der Sieg im Sechs-Tage-Krieg über drei arabische Staaten hatte in Israel die Überzeugung der Unbesiegbarkeit seiner Armee und die Unterschätzung des militärischen Potentials der arabischen Staaten genährt.

Krieg am Versöhnungsfest
Am 6. Oktober 1973 geschah es doch: Der gleichzeitig erfolgte Angriff von Ägypten und Syrien auf Israel kam völlig überraschend zu einer Zeit, in der Israel nicht genügend auf der Hut, vorbereitet und mobilisiert war. Der

An diesem 6. Oktober 1973 war der kanadische Singer-Songwriter Leonard Cohen wieder einmal in seinem Haus auf der griechischen Insel Hydra. In seinem Haus auf Hydra wollte er die Hohen Feiertage verbringen. Er wird hier kaum den Gottesdienst besucht haben, denn auf Hydra gibt es keine Synagoge. Ob er am Jom Kippur an diesem 6. Oktober 1973, der im Übrigen auf einen Schabbat fiel, das Fastengebot befolgt hat, ist nicht überliefert, doch ist zu vermuten: Er hat.

Jedenfalls erreichte ihn an diesem Tag irgendwie die Nachricht, dass ägyptische Truppen den Suezkanal überquert, die israelischen Stellungen am Ostufer des Kanals überrannt hatten und weit in den Sinai vorgestoßen waren. Der sog. Jom Kippur-Krieg hatte begonnen, Israel befand sich in Gefahr und Leonard Cohen war sofort alarmiert.

Er zögerte nicht lange, packte rasch ein paar Sachen zusammen, bestieg das nächste Ferry-Boat nach Piräus, nahm in Athen die nächste EL AL-Maschine nach Tel Aviv, streifte sich ein khakifarbenes Hemd über und meldete sich bei der israelischen Armee dienstbereit. Er hatte sich ohne Plan spontan ins Flugzeug gesetzt in der Absicht, die ägyptischen Kugeln aufzuhalten.

Er habe, so sagte er, „als Jude den Juden“ helfen wollen. Ihm lag das Überleben des jüdischen Volkes am Herzen, er wolle, betonte er, bei jeder Krise, die Israel betrifft, zur Stelle sein.

Der unterschiedliche Kriegsausgang schuf ein neues Gleichgewicht in der Psychologie der Israelis und Araber.

gagement einstellen. Präsident Sadat verwies 1972 die damals fast 40.000 sowjetischen Berater des Landes. Ihm erschien Ende 1972 die Möglichkeit eines Krieges als ein reales und vielversprechendes Mittel. Auch an den jordanischen, syrischen und libanesischen Grenzen begannen in Absprache mit Ägypten relevante militärische Aktivitäten. Der israelische Geheimdienst hatte zwar Truppenbewegungen an der ägyptischen und syrischen Grenze gemeldet, jedoch ging niemand davon aus, dass dies auf einen Angriff hinauslaufen würde. Man vermutete die üblichen Herbstmanöver der Truppen. Auch Sadats Erklärung, dass er bereit

Zeitpunkt war von den Angreifern mit Bedacht gewählt – Jom Kippur, das Versöhnungsfest, der höchste jüdische Feiertag, ein Gedenktag, an dem das öffentliche Leben im Judenstaat ruhte, die Menschen fasteten. Zudem war Schabbat. Kein Radio, kein Fernsehen. Der Krieg hatte sehr schnell seinen Namen gefunden – Jom-Kippur-Krieg, der vierte arabisch-israelische Krieg. Zwischen dem 6. und 25. Oktober 1973 tobte ein erbitterter Wüstenkrieg zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten, ein bedeutendes Ereignis internationaler Politik, in dem auch das Ausmaß der weltweiten Ölkrise erstmals sichtbar wurde.

Sieben Jahre nachdem er gegen den Vietnamkrieg auf der Bühne gestanden hatte, zog es den Dichter und Musiker also unversehens selbst an die Front: Als ambulanter Truppenbetreuer während des kompletten Jom-Kippur-Krieges 1973 gab er bis zu acht Konzerte täglich vor den Zahal-Truppen, teilweise sogar während der Gefechte. Ein Foto zeigt ihn im offenen Hemd unter israelischen Soldaten, gleich neben General Ariel Sharon, der gerade im Begriff war, in einer Zangenbewegung den Suezkanal zu überschreiten und tief auf ägyptisches Gebiet vorzustoßen.

Aus der Synagoge an die Front

Die ersten drei Tage des Krieges erzeugten einen Schock, den Israel seit den schwersten Tagen seines Unabhängigkeitskrieges nicht mehr gekannt hatte. Noch heute ist der Tag bei allen älteren Israelis unvergessen: „Die Sirenen heulten. Ich stürzte aus der Synagoge und sah plötzlich Autoverkehr mitten in Tel Aviv. Das am Jom Kippur. So was hat es noch nie gegeben“, erinnert sich etwa ein Zeitzeuge. In Turnschuhen, mit umgehängtem Gebetsmantel, eilten die Männer zu ihren Einheiten. Panzer fuhren zur Front. Das Land war wie paralytisch, reagierte gleichwohl auf seine spezifische Art. Damals hatte Israel weniger als drei Millionen Einwohner.

Der Nachrichtensprecher Arieh Golan wurde schon am Morgen des 6. Oktober 1973 in die Heleni-Hamalka Straße in Jerusalem gerufen, wo in einem alten äthiopischen Palast bis heute der Sender „Kol Israel“ („Stimme Israels“) untergebracht ist. Am Jom Kippur, an dem auch nichtreligiöse Juden fasten, zum Gottesdienst in die Synagogen gehen, kein einziges Auto fährt und das Radio schweigt, erhielt Golan die Anweisung, um 14 Uhr nach den typischen Piepsern die Nachrichten zu sprechen. „Die Armeen Ägyptens und Syriens haben das Feuer auf unsere Streitkräfte eröffnet.“ Er hatte den Satz kaum ausgesprochen, da unterbrach ihn ein markerschütterndes Geschnatter. Eine andere Stimme rief: „Fleischtopf, Fleischtopf“. Das war das Codewort für eine Generalmobilisierung aller Reservisten. Es folgte klassische Musik und die Ankündigung weiterer Nachrichtensendungen im Abstand von 15 Minuten.

In den Wohnvierteln der israelischen Städte fuhren Kuriere von Haus zu Haus, oft wurden sie zur Synagoge gewiesen. Überall im Land wurden Gottesdienste unterbrochen, als Soldaten in Uniform mit Listen in der Hand die Synagogen betreten. Im Jerusalemer Stadtteil Beit Hakerem verlas der Kantor die Namenliste, die man ihm gereicht hatte und auf der auch der Name seines Sohnes verzeichnet stand. In der Synagoge der Sephardim in Jerusalem stand ein junger Mann auf, als er seinen Namen verlesen hörte. Sein Vater, der neben ihm saß, wollte ihn festhalten, doch der Rabbiner trennte die beiden und tröstete den weinenden alten Mann: „Der Platz Ihres Sohnes ist heute nicht hier“.

700 syrische Panzer auf den Golanhöhen

Die israelische Ministerpräsidentin Golda Meir und Verteidigungsminister Mosche Dayan verkalkulierten das militärische Risiko. So flogen am 06. Oktober 1973 240 ägyptische Flugzeuge über den Suezkanal und griffen israelische Stellungen an, während

zeitgleich 2000 Geschütze an der gesamten Länge des Kanals das Feuer eröffneten und im Norden Israels 700 syrische Panzer auf die Golanhöhen zusteueren.

Die Verteidigungsposten der israelischen Armee waren an beiden Fronten durch den Feiertag unterbesetzt. DadurcOh konnte die ägyptische Armee bis zum Abend, sowohl den Suezkanal als auch die als unüberwindbar geltende Bar-Lev-Linie durchqueren. Ebenso gelang es den Truppen, 30 Kilometer ins Innere der Sinai Halbinsel – eines der von Israel seit dem Sechstagekrieg besetzten Gebiete – vorzudringen. Währenddessen eroberte auch Syrien die Golanhöhen zurück, die ebenfalls von Israel besetzt waren.

Nach drei Tagen schwerster Kämpfe, Niederlagen und dem Verlust aller vorderen Verteidigungslinien redete Verteidigungsminister Mosche Dayan vom „Untergang des dritten Tempels“. Zweimal hatte das Judentum die Zerstörung des Tempels in Jerusalem als traumatischen Wendepunkt erfahren. Jetzt stand der nur 25 Jahre zuvor gegründete Staat Israel für den „Tempel“, und seine Vernichtung galt als unabwendbar.

Der Erfolg der arabischen Armeen hielt jedoch nicht lange an, Israel konnte den Vormarsch der arabischen Truppen stoppen und die militärische Oberhand gewinnen, sodass die Golanhöhen schon zwei Tage später, am 08. Oktober 1973, wieder unter israelischer Kontrolle standen.

Schützenhilfe aus den USA

Vom 10. Oktober an versorgte eine Sowjet-Luft- und Seebrücke Syrien und Ägypten mit bedeutenden Lieferungen von Waffen und Munition. Vier Tage später begann die USA über eine Luftbrücke Israel mit lebenswichtigem Kriegsmaterial zu versorgen. Die Waffenlieferung aus Washington war jedoch zunächst auf Zögern im Weißen Haus gestoßen. Außen-Staatssekretär Henry Kissinger vertrat die Meinung, dass die geschaffene Situation Israel bewegen könnte, eroberte Gebiete wieder aufzugeben. In diesem Sinne, so der frühere Botschafter Israels in der Bundesrepublik, Asher Ben Nathan, erpresste Kissinger von Jerusalem die Zustimmung zu einem Waffenstillstand, der zu einem Zeitpunkt in Kraft treten sollte, als ägyptische Truppen noch tief im Sinai und syrische Truppen noch inmitten der Golanhöhen standen.

Sadat, an einen Sieg glaubend, lehnte den Waffenstillstand ab. Nun erst begann die amerikanische Waffenlieferung. Das war der Beginn des strategischen Bündnisses zwischen Israel und den USA. Ausgerechnet Deutschland verweigerte den amerikanischen Transportern die Zwischenlandung zum Auftanken. Das große Wort von der uneingeschränkten Unterstützung der Bundesrepublik für Israel als „Staatsräson“ war noch nicht gesprochen. In diesem Zusammenhang sollte nicht unerwähnt bleiben, dass Portugal das einzige europäische Land war, das Zwischenlandungen der amerikanischen Transportflugzeuge erlaubte.

Israel hatte durch den Angriff einiges an Waffen und Militärausrüstung verloren, welche jedoch durch Lieferungen der USA ersetzt werden konnten. Aber auch Ägypten und Syrien hatten die Unterstützung einer Großmacht, sie wurden von der Sowjetunion mit Kriegsmaterial ausgestattet. Derweil machten die USA und die

Sowjetunion ihre Atomwaffen scharf, zum dritten Mal seit dem Mauerbau in Berlin und der Kuba-Krise.

Israel blieb mit seiner Eroberung von Land nicht an den alten Besetzungslinien stehen, sondern rückte weiter in syrisches und ägyptisches Gebiet vor. Die israelische Luftwaffe bombardierte die syrische Hauptstadt Damaskus. In Ägypten überquerten die israelischen Truppen unter General Ariel Sharon den Suezkanal und näherten sich Kairo. Das militärische Debakel Ägyptens wäre nicht aufzuhalten gewesen, wenn die beiden Weltmächte sich nicht auf eine gemeinsame Friedensinitiative geeinigt hätten.

Waffenstillstand und Friedensverhandlungen

Auch wenn die Großmächte die Kriegsparteien mit Material unterstützten, waren sie eigentlich an einem Ende des Krieges interessiert. So unterstützten sie auch die am 22. Oktober 1973 vom UN-Sicherheitsrat verabschiedete Resolution 338, in welcher der Waffenstillstand und Friedensverhandlungen für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten gefordert wurden. Außerdem wurde in der Resolution verlangt, auch die Aufforderungen der Resolution 242, die als Reaktion auf den Sechstagekrieg verabschiedet worden war, zu erfüllen. Für Israel bedeutete das, aus den besetzten Gebieten abzuziehen, von den arabischen Staaten wurde gefordert, Israel als Staat anzuerkennen.

Am 26. Oktober 1973 endete der Krieg mit der Unterzeichnung einer Resolution durch beide Kriegsparteien. Der Krieg kostete 2.700 Israelis und etwa 20.000 Syrern und Ägyptern das Leben.

Nach Beendigung der Kriegshandlungen trat die israelische Ministerpräsidentin gemeinsam mit dem Verteidigungsminister zurück. Es gab zu viele kritische Fragen, auf die Golda Meir und Moshe Dayan keine Antwort geben konnten, etwa, wie Ägypten und Syrien so ungestört diesen Krieg hätten vorbereiten können.

Am 28. Oktober 1973 nahmen Israel und Ägypten auf Druck der Amerikaner Verhandlungen auf, welche am 11. November 1973 mit einem Waffenstillstandsabkommen als Ergebnis beendet wurden. In Israel war das Gefühl verbreitet, von der Schutzmacht USA im Augenblick, als der Sieg greifbar schien, im Stich gelassen zu sein.

1982 gab Israel die Sinai Halbinsel an Ägypten zurück, nachdem der ägyptische Präsident Sadat im November 1977 für die Rückgewinnung der Sinai Halbinsel Frieden angeboten hatte und ankündigte, vor dem israelischen Parlament zu sprechen. Nach seiner Rede vor der Knesset lud der US-Präsident Jimmy Carter Ägypten und Israel zu Friedensverhandlungen auf seinen Landsitz im US-amerikanischen Camp David ein.

Nachhaltige Folgeeffekte

Nachum Goldmann, von 1956 bis 1968 Präsident der zionistischen Weltorganisation, schrieb in seinem Essay „Israel muss umdenken“ aus dem Jahre 1976 rückblickend: „Der [Jom Kippur-]Krieg bedeutete das Ende des Booms, den Israel seit dem Sechstagekrieg erlebt hatte, und führte statt dessen eine tiefe ökonomische Krise herbei, schärfer und gefährlicher in ihren Folgen als irgendeine der vorausgegangenen Krisen. Aber die wichtigsten Konsequenzen des Krieges waren psychologischer Na-

tur. Für die Araber bedeutete der Krieg das Ende ihres Minderwertigkeitskomplexes und des Gefühls der Demütigung; für die Israelis das Ende der Gewissheit ihrer andauernden Überlegenheit und eine bedeutsame Schwächung ihrer inneren moralischen Front, die für alle Völker, vor allem aber für Israel, die entscheidende aller Fronten ist. ...“

Seit 1973 hat es keinen konventionellen Krieg mehr zwischen Israel und den arabischen Nachbarstaaten gegeben. Dennoch ist die israelische Vernichtungsangst bis heute präsent. Außenpolitisch war das Resultat des Jom-Kippur-Krieges eine wachsende Isolierung Israels, deren Ursprung bereits Jahre zurücklag und die ihren dramatischen und bedauerlichen Gipfel in dem triumphalen Empfang Arafats in der Generalversammlung der Vereinten Nationen und in einer noch „unmoralischeren und verurteilungswerten Form“ (Nachum Goldmann) in den Beschlüssen, die seitdem die UNESCO und später wiederum die Generalversammlung der UNO in Bezug auf die zionistische Bewegung fasste.

Die angedeuteten Folgen des Jom-Kippur-Krieges hatten, wenn man es denn so ausdrücken möchte, auch einen positiven Aspekt: Sie machten ein Ende sowohl mit dem Überlegenheitsgefühl Israels wie dem Unterlegenheitsgefühl der Araber. Der unterschiedliche Kriegsausgang schuf ein neues Gleichgewicht in der Psychologie der Israelis und Araber. Und dies führte zu einer gewissen Normalisierung der ehemaligen Kriegsgegner und zumindest zu einem Teilfrieden zwischen Israel und seinen direkten Nachbarn Ägypten und Jordanien, was sich 1975 im Sinai-Abkommen niederschlug. In diesem Abkommen zwischen Ägypten und Israel wurde vereinbart, dass der Konflikt zwischen ihnen und im Nahen Osten nicht mit militärischer Gewalt, sondern allein mit friedlichen Mitteln beigelegt werden solle.

Israels Ministerpräsident Menachem Begin würdigte am 2. September 1975 in der Knesset das Sinai-Abkommen, in dem er an Präsident Sadat gewandt ausführte: „Blicken wir mit freudiger Erwartung einer neuen Zeit entgegen, denn ich glaube, dass das Abkommen, das wir heute unterzeichnet haben, einen Wendepunkt im arabisch-israelischen Konflikt darstellt“.

Sadat zog die Konsequenzen aus der ägyptischen Niederlage. Seine Erkenntnis, dass Israel mit militärischen Mitteln nicht in die Knie zu zwingen war, ermöglichte erste Kontakte zwischen Politikern auf beiden Seiten und motivierten ihn zum überraschenden Besuch in Jerusalem im November 1977. Sadat hatte auch Syriens Präsident Assad eingeladen, sich seiner Initiative anzuschließen, war jedoch auf Ablehnung gestoßen. Der Besuch Sadats in Jerusalem war der Auftakt zu Friedensverhandlungen in Camp David unter Teilnahme von Sadat, Begin und Präsident Jimmy Carter, die zur Unterzeichnung des Friedensabkommens in Washington am 26. März 1979 führten. Israel räumte die Sinai-Halbinsel in einigen Etappen bis 1982.

Auch wenn ein Frieden bzw. eine friedliche Koexistenz zwischen Israelis und „Palästinenser“ weiterhin in weite Ferne gerückt scheint, gibt es positive Signale von arabischer Seite, die auf eine hoffnungsfrohe Zukunft in Nahost deuten.

Machtergreifung Mussolinis in Italien vor 100 Jahren

Am 30. Oktober 1922 erlebte Italien das Ende der Demokratie, Benito Mussolini riss in Rom die Macht an sich. „Il Duce“ verführte die Massen und etablierte den Faschismus. Mit seinen „Schwarzhemden“ terrorisierte er seine Gegner. Die Verfolgung italienischer Juden und die sogenannte „Judenfrage“ traten besonders in den Vordergrund durch seine Allianz mit Hitler und den daraus von ihm erwarteten Machtvorteil. (JR)

Von Alexander Kumbarg

Italien gehört zu den Siegern des Ersten Weltkriegs, aber die sozioökonomische Situation im Land ist schwierig. Die Armut eines großen Teils der Bevölkerung, die Massendemonstrationen der Arbeiter und kommunistische und sozialistische Ideen breiten sich aktiv aus. Eine schwache Regierung ist möglicherweise nicht in der Lage, der wachsenden Protestwelle zu widerstehen. Ein Teil der herrschenden Klasse, erschrocken über die Aussicht auf eine Revolution, sucht hastig nach einer politischen Kraft, die zu einer Alternative werden kann, einem Ausweg aus dem Labyrinth der Ära. So entstand in Italien eine faschistische Partei unter der Führung von Benito Mussolini. Und im Oktober 1922 erschienen Abteilungen von „Schwarzhemden“ in Italien. Infolge des Marsches auf Rom ergriffen sie fast widerstandslos die Macht in der „Ewigen Stadt“. Was erwartete italienische Juden unter dem faschistischen Regime?

Faschismus ohne Antisemitismus

Die jüdische Gemeinde lebt seit der Antike auf italienischem Boden, in den Tagen des antiken Roms (Mussolini scherzte, dass die Juden „nach der Entführung der Sabinerinnen Kleidung mitbrachten“) und hat in den letzten zwei Jahrtausenden viel durchgemacht. Viele Juden waren im 19. Jahrhundert sehr aktiv. In der nationalen Befreiungsbewegung des Risorgimento für die Vereinigung Italiens. Mit der Entstehung des Königreichs Italien in den Jahren 1861-1870 verschwand der staatliche Antisemitismus, das Niveau der Judenfeindlichkeit war im Massenbewusstsein sehr niedrig. Bedeutende fremdenfeindliche Traditionen in der italienischen Gesellschaft fehlten. Dies ist eine der Voraussetzungen für die Liebe des Journalisten, Schriftstellers, Führers des rechten Flügels des Zionismus Vladimir (Zeev) Jabotinsky zu Italien. In den Jahren 1898-1901 lebte er hier, studierte an der Juristischen Fakultät der Universität Rom, schrieb Artikel, auch auf Italienisch.

In Italien gab es nur wenige Juden: In einem Land mit mehr als 40 Millionen Einwohnern in den 1920er und 1930er Jahren gab es etwa 45.000 bis 50.000 von ihnen. Sie sind meist assimiliert, in die Gesellschaft integriert. „Juden können jede Position in unserem Land innehaben und... Für uns sind die Juden wie wir, Italiener“, sagte König Viktor Emanuel III. zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum Vater des Zionismus Theodor Herzl.

Mitte der 1920er Jahre hatten „Il Duce“ Mussolini und seine Kameraden in Italien einen vollwertigen Totalitarismus etabliert: eine Einparteiendiktatur, einen Führerkult, ein Netz aus Propagandalügen, Zensur, Repression ... In Bezug auf den Grad der Repressivität waren die Italiener jedoch weit entfernt von totalitären Systemen in der UdSSR und Nazi-Deutschland. Und im italienischen Faschismus gab es im Gegensatz zum deutschen Nationalsozialismus keinen Antisemitismus. Es war weder in der politischen Plattform noch in praktischen



Mussolini wendet sich an die Italiener, nachdem seine nationalfaschistische Partei am 28. Oktober 1922 durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen war.

Aktionen vertreten (obwohl Mussolinis antisemitische Äußerungen regelmäßig durchschlüpfen). Er begann als Marxist, zeigte sich vielversprechend in der italienischen Sozialistischen Partei, war Herausgeber der sozialistischen Zeitung „Avanti!“, änderte dann aber abrupt seine Position und wurde Faschist, aber auf der Ebene seines Internationalismus spiegelte sich dies fast nicht wider.

Juden waren Teil des Systems

Juden nahmen an der Bildung der Nationalen Faschistischen Partei teil, waren Mitglieder ihres höchsten Gremiums, des Großen Faschistischen Rates, und gehörten zu den Entwicklern des Konzepts eines faschistischen Konzernstaates. Etwa 200 bis 300 Juden nahmen am Marsch auf Rom teil. Unter dem faschistischen Regime bekleideten Juden sehr hohe Positionen. Guido Jung wurde Finanzminister, Fulvio Suvic de facto Außenminister, Aldo Finzi stellvertretender Innenminister, Dante Almani stellvertretender Polizeichef, Maurizio Rava, Gouverneur der Kolonie Italienisch-Somaliland, Giuseppe Teplitz wurde Chef der italienischen Handelsbank. Juden sind prominent unter Senatoren, Generälen und Admiralen, Wissenschaftlern, Universitätsprofessoren,

Schriftstellern und Künstlern. Tausende Juden sind Inhaber von Mitgliedsausweisen der Faschistischen Partei. Jüdische Organisationen funktionierten in Italien.

In seiner Jugend kannte Mussolini die berühmte russisch-italienische Sozialistin Angelica Balabanova, eine Jüdin aus Tschernigow. Sie war es, die ihn in den Marxismus einführte, half, Autorität im sozialistischen Umfeld zu erlangen. Es gibt ein Gerücht, dass sie auch Mussolinis Geliebte war. In ihren Memoiren „Mein Leben ist ein Kampf“ nennt sie den Diktator „die verabscheuungswürdigste Person, die sie je getroffen hat“.

Angelica wurde – als ideologische Kollegin und als Geliebte – durch eine Jüdin aus Venedig, die Journalistin Margarita Tsarfati, ersetzt. Auch sie war zunächst Sozialistin und spielte dann eine große Rolle bei der Geburt der faschistischen Partei, war Chefredakteurin der faschistischen Zeitschrift Gerarchy, schrieb Artikel im Auftrag von Mussolini und wurde seine Biografin.

Zunächst keine jüdenfeindliche Agenda

Il Duce bestand darauf, dass seine Partei kein Feind der Juden sei, sondern ein Freund. Nachdem Hitler an die Macht gekommen war, prangerte er die Dis-

kriminierung der Juden in Deutschland an. In privaten Gesprächen sprach er verächtlich von Hitler und dem Nationalsozialismus als „wilde Barbarei“. Er versicherte, dass es in Italien „keine jüdische Frage gibt“; stellte fest, dass „Italiener jüdischer Herkunft sich als gute Bürger erwiesen haben und tapfer an der Front gekämpft haben“; versprach, dass seine Regierung nicht auf antisemitische Politik zurückgreifen würde. Er nahm jüdische Flüchtlinge aus Deutschland auf. In Italien „gab es praktisch kein jüdisches Problem“, stellt der britische Historiker Meir Michaelis in „Mussolini und die Juden“ fest.

Und im Allgemeinen war „dieser Faschismus“ weit davon entfernt, eine so missbräuchliche Wortbedeutung zu sein, wie es später wurde, besonders während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Es war eine neue unerforschte Ideologie, sehr weit entfernt von Liberalismus und Demokratie, aber auch erfolgreicher Gegenpol zum Kommunismus, der so viele erschreckte. Der italienische Faschismus hatte seine Errungenschaften. Das soziale Klima verbesserte sich, die finanzielle Situation des „durchschnittlichen Italieners“, Kinder und Erwachsene wurden mit Möglichkeiten zur Erholung versorgt. Italien lief vor der Aussicht auf eine kommunistische Revolution davon.

Viele maßgebliche Politiker aus demokratischen Ländern lobten Mussolini zunächst. Darunter die beiden größten von ihnen zu dieser Zeit: der britische Premierminister Winston Churchill und US-Präsident Franklin Roosevelt. Darüber hinaus versprach Benito den Demokratien zunächst, dass der Faschismus nicht exportiert werden würde.

Die Beziehungen zu den Zionisten entwickelten sich in verschiedenen Perioden auf unterschiedliche Weise. Premierminister Mussolini traf sich mit den zionistischen Führern Chaim Weizmann, Nahum Sokolow, Zeev Jabotinsky, Nahum Goldman. Zuerst näherte er sich dem Zionismus vorsichtig und betrachtete ihn als Waffe des britischen Imperialismus. Dann versuchte er, die Zionisten auf seine Seite zu ziehen, bot ihnen Unterstützung bei der Staatsbildung an. Nach dem Goldman erzählt in seiner Autobiographie, was Mussolini ihm gesagt hat: „Sie sind viel stärker als Herr Hitler. Wenn Hitler weg ist, werden die Juden weiterhin eine große Nation sein. Sie und wir... Die Hauptsache ist, dass die Juden keine Angst vor ihm haben. Wir werden alle leben, um sein Ende zu sehen. Aber man muss einen jüdischen Staat schaffen. Ich bin ein Zionist, wie ich Weizmann sagte. Sie müssen eine echte Heimat haben, nicht diese lächerliche nationale Heimat, die ihnen die Briten angeboten haben. Ich werde dir helfen, einen jüdischen Staat zu schaffen.“ In Italien gab es eine maritime Schule für die Organisation „Beitar“. Auf italienischen Farmen arbeiteten Juden aus verschiedenen Ländern in der Landwirtschaft, zukünftige Arbeitskräfte für Palästina wurden dort ausgebildet.

Sokolow und Jabotinsky glaubten, dass der Faschismus immun gegen Antisemitismus sei. Der zukünftige erste Präsident

Israels, H. Weizmann, und eine Reihe anderer Zionisten erwiesen sich als vorausschauender, wenn es darum ging, die Natur des Totalitarismus zu verstehen.

Rassistischer Antisemitismus

In den 1930er Jahren versuchte Mussolini eine Zeit lang, zwischen westlichen Demokratien und Nazi-Deutschland zu manövrieren. Aber dann setzte er auf das Bündnis der Faschisten mit den verwandten Nazis. Unter den Bedingungen der Wirtschaftssanktionen, die der Völkerbund wegen der italienischen Aggression gegen Äthiopien verhängt hatte, nahm die wirtschaftliche Abhängigkeit der Italiener vom Dritten Reich zu. Ihre militärischen Beziehungen wurden gestärkt. In den Jahren 1936-1939 halfen die Italiener zusammen mit den Deutschen General F. Franco im Spanischen Bürgerkrieg. Um Adolf zu gefallen, begann Benito allmählich in den offenen Antisemitismus abzugleiten. Die Juden wurden zu einem Druckmittel im großen politischen Spiel. Außerdem, wie der italienische Historiker Renzo De Felice in seinem Buch „Juden im faschistischen Italien“ feststellt, spielte die antifaschistische Position einer Reihe von Juden während der Kriege in Äthiopien und Spanien auch eine gewisse sekundäre Rolle bei der Entstehung von Mussolinis Antisemitismus.

Infolgedessen entfaltete sich ab Mitte der 1930er Jahre eine judeophobe Kampagne in der italienischen Presse, und im Juli 1938 wurde das „Manifest der Rasse“ veröffentlicht. Der Text wurde von vielen Gelehrten unterzeichnet. Die Italiener wurden zu einer „italienischen Rasse“ „arischen Ursprungs“ erklärt, die ihre Reinheit „vor aller Verschmutzung und Hybridisierung“ schützen müsse. Die Juden gingen als eine weitere Rasse außereuropäischer Elemente durch, „Und es ist bekannt, dass trotz der toleranten Politik des Regimes die Juden in jedem Land mit all ihren menschlichen und materiellen Ressourcen die Grundlage des Antifaschismus bilden.“ Später wurden auch „Halbjuden“ der jüdischen Rasse zugeteilt.

Im Herbst 1938 und später wurden rassistische antijüdische Gesetze verabschiedet. Der öffentliche Dienst, die Armee, Banken, das Unterrichten an Universitäten und Schulen, der Journalismus, die Juristenberufe, Ärzten, Ingenieuren, Architekten, die Herausgabe von Büchern, Eheschließungen mit „Ariern“, „arischen“ Dienern, der Besuch beliebter Urlaubsziele – all dies und vieles mehr ist jetzt verboten. Einschränkungen betrafen Geschäft und Eigentum. Einigen Juden wurde die Staatsbürgerschaft entzogen, ihnen und

ausländischen Juden wurde befohlen, Italien zu verlassen. Das Gesetz galt für alle „nichtarischen“ Völker.

1940 trat Italien auf der Seite Deutschlands in den Zweiten Weltkrieg ein. Militärische Niederlagen haben den Antisemitismus der Staatsorgane verstärkt. Ausländische Juden sowie italienische Gegner des Faschismus wurden in Gefängnisse und Speziallager geschickt. Juden in italienisch besetzten Gebieten in Frankreich, Jugoslawien, Griechenland, Albanien und einige Juden in italienischen Kolonien waren ebenfalls in den Lagern. Italienische Lager sind jedoch nicht identisch mit den Konzentrationslagern der Nazis. Familien konnten in der Regel zusammenleben, es gab Schulen für Kinder, Kliniken, soziale Dienste und Synagogen. Wachen behandelten die Lagerinsassen unvergleichlich besser als die Nazis. Die Italiener (mit einigen Ausnahmen) lieferten keine Juden an die Vernichtungslager der Nazis aus. Außerhalb Italiens retteten sie etwa 40.000 Juden. Obwohl in verschiedenen Jahren sowohl der deutsche Außenminister Ribbentrop als auch der SS-Führer Himmler und Hitler selbst Rom besuchten und Druck ausübten. Hitler nannte Mussolini einen „koscheren Faschisten“. Ein Hohn angesichts der unzähligen ermordeten Juden.

Nazismus

Im Juli 1943 marschierten alliierte Truppen in Italien ein. Mussolini beeilte sich, seine Mitarbeiter zu verhaften, die einen Palastputsch durchgeführt hatten. Das faschistische Regime fiel. Italien kapituliert und erklärte Deutschland den Krieg. Dann eroberte die Wehrmacht den Norden und das Zentrum des Landes. Den Nazis gelang es, Mussolini zu entführen. Der Süden Italiens blieb unter der Kontrolle der Angloamerikaner, aber die meisten Juden lebten in Mittel- und Norditalien und tragische Zeiten kamen auf sie zu. Bis zur Befreiung Italiens im April 1945 führten die Nazis und die italienischen Polizisten auf Anweisung der Nazis ihre Deportation in die Vernichtungslager durch. Es gab auch Massenhinrichtungen von Juden Partisanenaktionen. Viele Synagogen wurden zerstört. Ungefähr 15% der Juden Italiens wurden getötet. Mussolini hatte keinen Einfluss mehr auf diese schrecklichen Prozesse.

Es gibt viele Beispiele, in denen Italiener ihr Leben riskierten, um Juden vor Nazi-Überfällen zu retten. Tausende von Juden versteckten sich bei Freunden, in Klöstern, Kliniken oder Bergdörfern. Mehr als 740 Italiener wurden als „Gerechte unter den Völkern“ anerkannt. Gleichzeitig drängen einige Historiker darauf, die antijüdischen Gefühle eines Teils der italienischen Bevölkerung und

insbesondere in der faschistischen Partei und unter den reaktionären Klerikern nicht zu unterschätzen.

Jüdische Antifaschisten

Selbst während der Bildung des totalitären Regimes gab es eine bemerkenswert große Anzahl von Juden unter seinen Gegnern: Kommunisten, Sozialisten, Liberale. Natürlich verstärkte sich dieser Trend nach der Verabschiedung rassistischer Gesetze und noch mehr nach der Ankunft der Nazis in Italien. Verschiedenen Studien zufolge befanden sich in der italienischen antifaschistischen Bewegung etwa 2.000 bis 5.000 Juden in Partisanen-Bewegungen. Ich werde nur die berühmtesten jüdischen Mitglieder des Widerstands nennen.

Carlo Rosselli ist ein linker Politiker, Journalist, Historiker, Theoretiker des liberalen Sozialismus, Gründer der italienischen antifaschistischen Bewegung „Gerechtigkeit und Freiheit“. Von Faschisten getötet.

Eugenio Colorni ist ein Philosoph, Sozialist, Befürworter der Idee der europäischen Einheit. 1938 wurde er wegen antifaschistischer politischer Aktivitäten verhaftet, floh und organisierte den Widerstand gegen die Nazis in Rom. Er wurde 1944 von ihnen getötet.

Dino Filipson, Anwalt, liberaler, antifaschistischer Politiker, wurde von den faschistischen Behörden verhaftet.

Humberto Terracini ist einer der Gründer der Kommunistischen Partei Italiens. Unter Mussolini verbrachte er viele Jahre im Gefängnis. Nach dem Krieg war er Vorsitzender der Verfassungsgebenden Versammlung Italiens, Senator und Kandidat der Kommunistischen Partei für die Präsidentschaft des Landes.

Eugenio Curiel ist Physiker, Kommunist, einer der Führer der Widerstandsbewegung in Norditalien und der Antifaschistischen Jugendfront. Von den Faschisten getötet.

Vittorio Foa – Politiker, Gewerkschafter, Journalist, saß unter Mussolini im Gefängnis.

Leone Gunzburg – Verleger, Publizist, Politiker, ursprünglich aus Odessa, von den Nazis verhaftet und in einem römischen Gefängnis gefoltert. Er beteiligte sich aktiv an der antifaschistischen Bewegung seiner Frau, der Schriftstellerin Natalia Gunzburg. Ihr autobiografischer Roman Familiengespräche erzählt die Geschichte einer Familie während der faschistischen Diktatur.

Enzo Sereni – geboren in Italien, ging nach Palästina, war an der Schaffung von Kibbuzim beteiligt. Während des Zweiten Weltkriegs wurde er Hauptmann in der britischen Armee und diente im Nachrichtendienst. Er wurde von der

jüdischen Organisation „Haganah“ nach Italien geschickt, um Juden aus den Lagern zu retten, um jüdischen Widerstand gegen die Nazis zu organisieren. Er wurde von den Nazis gefangen genommen und starb in einem Konzentrationslager.

Franco Cesana, ein 12-jähriger Junge, schloss sich einer Partisanenabteilung an. Er wurde von den Nazis erschossen, als er Aufklärungsarbeiten in den Bergen durchführte. Der jüngste Partisan Italiens.

Einige der großen Partisanenabteilungen hatten jüdische Befehlshaber. Die jüdische Organisation DELASEM arbeitete während des Krieges heimlich und leistete den verfolgten Juden alle Hilfe. Es umfasste nicht nur Juden.

Judeophobes „Dessert“

Mussolini war anfangs kein Antisemit. Sonst hätte das Antijudentum in ihm von Beginn seiner Herrschaft an begonnen. Aber nichts davon ist passiert. Er benutzte die Juden perfekt, um seine Probleme zu lösen, zu seinem Vorteil. Können wir uns eine jüdische Frau – eine enge Mitarbeiterin und Geliebte – von Hitler vorstellen? M. Tsarfati versuchte übrigens, Italien daran zu hindern, sich den Nazis anzunähern, und nach der Verabschiedung der Rassengesetze verließ sie das Land und ging nach Argentinien.

Der Diktator vergaß jedoch auch nicht die politische Zweckmäßigkeit. Als sich seine älteste Tochter Edda in den 1920er Jahren in einen Juden, den Sohn eines Obersts, verliebte, war Mussolini gegen ihre Ehe. Er war besorgt über die Reaktion auf den jüdischen Schwiegersohn. Die Ehe fand nicht statt.

Der britische Historiker Paul Johnson schreibt in seinem Buch Popular Jewish History, dass „Mussolini sein Leben damit verbracht hat, zwischen Philosophie und Antisemitismus zu oszillieren ... Als Il Duce Hitlers Druck nachgab, trat seine antisemitische Seite in den Vordergrund, aber sie hatte keine tiefen emotionalen Wurzeln.“ Ich denke, es wäre richtiger zu sagen, dass Mussolini kein Antisemit war, aber er wurde einer. Sein Antisemitismus erwies sich als utilitaristisch, rein politisch, für politische Zwecke.

Viele Juden hofften, dass Mussolini eine abschreckende Wirkung auf Hitler haben würde, aber am Ende beeinflusste Adolf Benito. So ein judeophobes Dessert vom Diktator Mussolini am Ende seiner Regierungszeit. Die Freundschaft mit Hitler, das Hineinziehen Italiens in den Krieg, die Verfolgung der Juden nützte ihm nichts – er wurde von Antifaschisten erschossen. Dann wurde er kopfüber gehängt.

Aus dem Russischen von Filip Gaspar

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit. Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!

Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Zum 205. Geburtstag von Rabbiner Yitzchak Elhanan Spektor: Brückenbauer der Gerechtigkeit

Rabbi Yitzchak Spektor wollte das Judentum vereinen und errichtete Brücken zwischen dem russisch-osteuropäischen und westeuropäischen Judentum. Er vereinte in sich die Rollen des geistigen Anführers und einer politischen Figur. Die Besiedlung des historischen jüdischen Palästina sah er für alle Juden als eine religiöse Pflicht an. (JR)

Von Freddy Sorin

«Wer sich gerechte Ziele setzt, der bekommt Flügel». Diese Aussage passt ganz und gar zum Schicksal des Rabbiners Yitzchak Elhanan Bar Israel-Iser Spektor - einer der einflussreichsten und geachteten Rabbiner und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens des neunzehnten Jahrhunderts, der zu den geistigen Anführern seiner Generation wurde.

Er wurde im Oktober 1817 im Shtetl Roś in der Grodno Gubernia geboren. Sein Vater, Israel Issar war Rabbiner der Gemeinde des Shtetlts und erster Lehrer des Jungen, der bereits als Kind Talent und Befähigung zeigte.

Ein Jahr nach der Bar Mitzwa heiratete Yitzchak Sara-Reyzt, die Tochter des Elisar Weserski - eines reichen Rabbiners aus einer Nachbarstadt. Yitzchak zog in das Haus seines Schwiegervaters, der dafür sorgte, dass sein Schwiegersohn entsprechend gute Lehrer und Wegbegleiter fand.

Um nicht von seinem Schwiegervater finanziell abhängig zu sein, investierte Yitzchak das Geld, das er als Mitgift bekam in das Unternehmen eines örtlichen Kaufmannes. Als dieser einige Jahre später pleite ging, versuchte Sara-Reyzt ihren Mann zu überreden, dass er von diesem Unternehmer sein angelegtes Geld zurückverlangt, er aber hob nicht einmal den Kopf von seinen Büchern. Die Frau beschwerte sich bei ihrem Vater, bekam aber zur Antwort: «Lass ihn in Ruhe lernen - eine Stunde seines Studiums ist kostbarer als die ganze Mitgift».

Als Yitzchak Rabbiner des Shtetl Isabelin der Grodno Gubernia wurde, reichte sein bescheidenes Gehalt nicht einmal, um seine Familie mit dem Nötigsten zu versorgen. Einmal in der Woche schickte ihnen der Schwiegervater Brot und Fleisch, dann aber verschlechterte sich auch seine finanzielle Situation und die Zuwendungen blieben aus.

Das ständige Hungergefühl überwindend, verbrachte Spektor den ganzen Tag bei den Büchern. Aus dieser Not heraus begab er sich nach zwei Jahren nach Karlin, ein Städtchen nahe Pinsk, wo Rabbi Jaakow lebte, der für sein Buch «Mischenot Jaakow» («Jakobs Zelte») bekannt war. Der Gast machte mit seiner Bildung und Können einen solch großen Eindruck auf den Rabbi, dass als 1839 im Shtetl Beresa in Polesje eine Stelle des Rabbiners frei wurde, er sofort den Yitzchak für diese Stelle empfahl.

Ein geschätzter Rabbi

Diese Besetzung gefiel nicht allen. Manche in der Gemeinde waren unzufrieden damit, dass ein junger, «bartloser» Rabbiner nun ihre Gemeinde leiten soll. Yitzchak jedoch begann seine Betätigung mit einem solchen Elan und Erfolg, dass die meisten Gemeindeglieder in kurzer Zeit eine große Sympathie für ihn entwickelten. Einer, der so hilfsbereit war, konnte kein Fremder mehr sein. Als er 1846 einen Ruf als Rabbiner nach Neswisch bekam, protestierten die Beresiner heftig. Eine Legende besagt, dass er, den Ernst der Lage einsehend, aus Beresa floh. Die andere, dass eine «operative Gruppe» aus Neswisch geschickt wurde, um den Rabbiner zu fes-



Yuitzchak Spektor

seln und auf einer Kutsche zum neuen Arbeitsort zu bringen.

Zionistische Haltung

Im letzten Jahr der Anwesenheit Yitzchak Spektors in Nowadork wurde unter den Juden des Tscherta Osedlosti (ein Gebiet, auf das zwischen Ende des 18. und Anfang des 20. Jahrhunderts das Wohn- und Arbeitsrecht der jüdischen Bevölkerung beschränkt war - Anm. d. Übersetzers) das Buch «Drischat Zion» («Das Streben nach Zion») bekannt. In diesem Buch trat dessen Autor, Zwi-Girsch Kalischer, ein Rabbiner aus Preußen, mit dem Aufruf auf, das Land Israel zu besiedeln um dann, ohne auf die Fertigstellung des Dritten Tempels zu warten, die Opferbringung in Jerusalem wiederherzustellen. Spektor unterstützte diese Idee. Auf Talmudische Quellen hinweisend, legte er dar, dass die Wiederherstellung des Tempels in der Heiligen Stadt der Ankunft des Maschiachs vorangehen kann.

Die Position von Rabbi Yitzchak in dieser Frage war sehr wichtig, zieht man seinen Einfluss auf die Glaubensgemeinschaft in Betracht. Im weiteren Verlauf nahm er an der Tätigkeit der Bewegung «Chibat Zion» («Zionsliebe») teil, die dafür gegründet wurde, um das von Rabbiner Kalischer entwickelte Programm zur jüdischen Besiedlung des Eretz Israel zu verwirklichen.

Im Jahr 1864 wurde Rabbi Spektor zum Vorsitzenden des rabbinischen Gerichts in Kowno (heute Kaunas) ernannt. 32 Jahre lang führte er diese Gemeinde an, eine der größten in Litauen. Mit seiner Initiative wurde dort die Jeschiwa «Kolel Leawrechim» eröffnet, deren Zöglinge später Gemeinden und Jeschiwot in vielen verschiedenen Ländern der Welt leiteten.

Seine Schützlinge behandelte der Rabbi mit großer Liebe und Aufmerksamkeit. Als 1867 eine Hungersnot aufgrund der Dürre auftrat, gelang es ihm, eine Spendenammlung zu organisieren. Diese ermöglichte unter anderem die Versorgung der Bedürftigen mit kostenlosen Lebensmitteln und rettete hunderten Menschen das Leben.

Zweimal besuchte der Rabbiner Sankt-Petersburg, um die jüdischen Anliegen und Interessen in der Hauptstadt des

Russischen Reiches zu verteidigen. Er war unter denjenigen, die versucht haben, das traditionelle jüdische Ausbildungssystem vor den Anfeindungen und Vernichtungsbestrebungen der Regierenden zu schützen. Zusammen mit dem Rabbi Israel Galanter organisierte Spektor eine spezielle Einrichtung zum Interessenschutz der jüdischen Gemeinden. An den Ufern der Newa traf er sich mit Großindustriellen und Bankern, unter anderem mit dem Baron Girsch Ginzburg und Samuil Polyakov, die sehr nützliche Beziehungen im Kreis der Beamten hatten. Von diesen Beamten hing in großem Maße die Tätigkeit der Bildungsstätten und Wohltätigkeitseinrichtungen in der jüdischen Siedlungsregion ab.

Realist mit Weitsicht

Bei einem seiner Besuche in Sankt-Petersburg wandten sich jüdische Bildungsaktivisten an ihn, die eine russische Übersetzung des Talmuds anstrebten. Sie waren der Überzeugung, dass dies dabei helfen würde, russischsprachige Leser davon zu überzeugen, dass der Talmud zu den Schätzen der Weltkultur gehört - damit erhofften Sie eine Änderung der Einstellung der Grundbevölkerung des Reiches zu den Juden und dem Judentum. Von Rabbi Yitzchak wurde erwartet, dass er die wohlhabenden Juden als Finanzierer für dieses Unternehmen gewinnen würde. Seine Reaktion jedoch war eine völlig unerwartete: «Ich kann nicht zu dem Erfolg einer Sache beisteuern, deren Nutzen für mich ganz und gar nicht ersichtlich ist», antwortete er. «Wenn ich wissen würde, dass wir bloß aufgrund des mangelnden Wissens über den Talmud und über unsere Traditionen gehasst werden, würde ich eine solche Veröffentlichung mit all meinen Kräften unterstützen, in der Hoffnung, die Menschen um uns herum würden endlich das Licht sehen, welches aus diesem Buch heraus strahlt. Aber ich kenne Antisemiten leider viel zu gut. Sie hassen uns einfach nur dafür, dass wir Juden sind und nicht etwa, weil es ihnen an Information über uns mangelt. Wenn wir den Talmud in die russische Sprache übersetzten, würden sie uns trotzdem angreifen, dies aber bereits bewaffnet mit den aus dem Kontext herausgerissenen Zitaten.»

Die Bildungsaktivisten hielten Spektor nun für einen rückständigen Konservativsten, dabei war er bloß ein Realist: es erschienen nach und nach die Übersetzungen des Talmuds - die Einstellung zu den Juden blieb aber die gleiche.

Im Jahr 1884 beendete Rabbi Yitzchak die Veröffentlichung seines Kommentars zu dem Abschnitt des Kodexes «Schulchan Aruch», der die Gesetze zum Rechtswesen und zu den Besitzfragen beinhaltet. Diese Arbeit, die den Titel «Nachalat Yitzchak» («Das Erbe des Yitzchak») trug, brachte dem Autoren den Ruhm eines der am meisten beachteten und respektierten Gesetzesgelehrten seiner Zeit. Auch heute wird dieses Buch immer noch studiert.

An Spektor wandten sich Glaubensbrüder aus allen Ecken der jüdischen Welt, die in den Streitfragen Hilfe suchten. Am meisten benötigten seine Hilfe jedoch die einfachen Gemeindeglieder. Und er bemühte sich, jedem zu helfen und dies

nicht nur mit Ratschlägen, sondern auch mit eigenem Einsatz. Selbst in einem hohen Alter, ungeachtet seiner vielbeachteten Position, ging er in die Häuser der reichen Glaubensbrüder, um die Mittel für wohltätige Zwecke zu sammeln. Rabbiner Spektor war überzeugt: um das russische Judentum in dem Flussbett der Traditionen zu halten war es keine Sünde, in einigen unwichtigen Fragen nachzugeben. Und als das höchste Prinzip galt für ihn der Satz aus dem Talmud: «Nach den Torah-Geboten sollst du leben und nicht sterben.»

Ein Brückenbauer

Rabbi Yitzchak strebte das Vereinen des Judentums und arbeitete an dem Errichten der Brücken zwischen dem russischen und westeuropäischen Judentum mit. Er vereinte in sich die Rollen des geistigen Anführers und einer politischen Figur. So nahm er zum Beispiel an den Tagungen der Vertreter des jüdischen öffentlichen Lebens in Bobrujsk und Minsk teil, die zum Ziel hatten, den repressiven Maßnahmen der Regierung gegen die jüdische Bevölkerung entgegenzuwirken. Im Jahr 1872 organisierte Spektor eine finanzielle Hilfeleistung für die unter Hungersnot leidenden persischen Juden; während des Deutsch-Französischen Krieges unterstützte er finanziell die jüdische Gemeinde in Straßburg. Als 1882 in Kowno ein großer Brand ausbrach, nahm Rabbi Yitzchak aktiv teil an der Spendensammlung für die Opfer des Brandes.

Im Lauf der vielen Jahrzehnte war dieser bescheidene Mann eine der bedeutendsten Persönlichkeiten des jüdischen Lebens, nicht nur im religiösen Bereich. 1889 wurde er zum Beispiel zum Ehrenmitglied der «Gesellschaft für die Bildungsverbretung unter den Juden» gewählt. Kowno avancierte während seiner Zeit zu einem der geistigen Zentren der jüdischen Welt. Rabbiner Spektor wurde mit zahlreichen Titeln ausgezeichnet, dabei war seine offizielle Funktion als «Inspektor für Kaschrut» angegeben, weil die Regierung nur «amtliche» Rabbiner für die Gemeinden akzeptierte, die von dem Innenministerium bestimmt wurden.

Im Jahr seines Ablebens kam der bereits sehr schwache Rabbi Yitzchak vor dem Yom Kippur in die Gemeinde, um sich an die Gemeindeglieder zu wenden. Es fiel ihm schwer zu sprechen und nach dem Gottesdienst trug man ihn auf Händen nach Hause. Aber die Worte, die er damals in der Synagoge sprach, um an die Einhaltung der Traditionen zu mahnen, wirkten auf die Anwesenden stärker als hunderte Predigten.

Der Rebbe starb im Alter von 79 Jahren. 1897 kam in Warschau das Buch «Biografie des Yitzchak» heraus, welches sein Sekretär Yaakov Lifschitz verfasste. Dieses Buch endet mit den Worten, die der Rabbiner auf seinem Sterbebett sprach: «Vielleicht war ich manchmal voreingenommen beim Leiten der Gerichtsverhandlungen, ich bin aber nur ein Mensch aus Fleisch und Blut. Dafür studierte ich selbstlos die Torah und unterstützte dabei andere Menschen».

Aus dem Russischen von David Serebryanik

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Abonnementspreis
einschliesslich LITERATURBLATT
vierteljährlich:

1. durch die Expedition:
a) in Berlin — 90 Mark. b) nach auswärts 1,— Mark. c) für das Ausland 1,50 Mark.

2. im Postabonnement: 1,25 Mark.

Insertionspreis
die vierspaltige Petit-Zelle oder deren Raum 25 Pfennig.

**Allgemeine
Jüdische Zeitung.**

Redaktion:
BERLIN NW. 52, Melanchthonstrasse 4.

Telephon: II, 3387.

**Expedition und
Adresse für Geldsendungen
und Bestellungen:**
Verlag Jüdische Rundschau, E. G. m. b. H.
Berlin N. 54, Auguststr. 49a.

Geschäftsstunden der Expedition
täglich (ausser Sabbat und Sonntag) vormittags 10—1, nachmittags 3—7 Uhr.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JÜDISCHEN RUNDSCHAU nur bei voller Quellenangabe gestattet.

Nummer 40
Berlin, 15. Tischri 5667 — 4. Oktober 1906
X. Jahrgang

Inhalt

Ruhig und sachlich
Ein Wort an Dr. Vogelstein
Von Heinrich Sachse

II. Das prophetische Ideal
III. Der aufgewärmte Rabbinerprotest

Briefe von einer Palästina-reise
(Fortsetzung)
Weitere Schmerzen — Wadi'el-Chanên
— Rechhobhoth — Ekrôn — Gederah

**Entwicklung des jüdischen
Handwerks in Russland**
Von Dr. S. Margolin, St. Petersburg

Rundschau
Staatsstellungen und Judentum
Der naturalisierte Rabbiner und
die Weltpflicht
Auskunftsbüro für Auswanderer i. Basel
Juden an österreichischen Hochschulen
Konferenz des Vereins für
jüdische Gleichberechtigung

Vom jüngsten Pogrom
Der Pope als Erzieher
Echt russische Männer
Die Hooligans
Keine Emanzipation der Juden
Aus Liebermanns Schule
Stolypins Politik
Intervention?

Allerlei
Russische Rätsel

Kleine Mitteilungen

Briefkasten der Redaktion

Bellage: Aus d. zion. Bewegung
Mitteilungen des Zentralbureaus der
Zionist. Vereinigung f. Deutschland

Süddeutscher Zionistentag

Zum Organisationsstatut
Von A. Awadiowitz

Nationalfond

ZIONISTISCHE VEREINIGUNG FÜR DEUTSCHLAND

<p>NATIONALFOND-VERWALTUNG Adresse für Geldsendungen Max Wollsteiner, Berlin N.W. 23, Holsteiner Ufer 10</p>	<p>ZENTRALBUREAU Berlin W. 66 Mauerstrasse 2 III</p>	<p>SHARE-KLUB-ZENTRALE Adresse für Anmeldungen M. Goldschmidt, Hamburg, Stadthausbrücke 12/14,</p>
---	---	---

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.
(Dresdner Programm)

Ein Meer verschwindet

Das Tote Meer wird von drastischen Veränderungen und Wasserknappheit bedroht. Allein im vergangenen Jahr sank der Pegelstand um 1,10 Meter. Ginge es im gleichen Tempo weiter, könnte vom Toten Meer in 50 Jahren nur noch eine Pfütze Wasser übrig bleiben. Hilfe erwartet Israel in diesem Zusammenhang auch von der neuen Beziehung mit den Golfmonarchien. Die Vereinigten Arabischen Emirate sollen ein Pipeline-Projekt zwischen Israel und Jordanien mitfinanzieren, das die Wasserentnahme aller Beteiligten aus dem Jordan reduzieren und damit das Tote Meer retten soll. (JR)

Von Felix Lehmann

Am Kalya Beach, einem Strand am Nordende des Toten Meeres, ist viel los. Musik dröhnt aus den Lautsprechern, Menschen lassen sich auf dem Wasser treiben. Die Stimmung ist ausgelassen. Ein Transparent weist Badegäste darauf hin, dass sie die tiefst gelegene Bar der Welt erreicht haben, 420 Meter unter Normalnull. Der lange Weg zum Wasser führt durch eine Einöde aus Sand und Gestrüpp. Zum Schluss geht es noch eine Holzterrasse hinab. An der Straße blickt Linda Stein über die Wüstenlandschaft und schildert das ökologische Drama, das sich seit Jahrzehnten am Toten Meer abspielt. „1973 war das Wasser hier, wo ich stehe. Jetzt müssen wir noch einen Kilometer laufen, bevor wir an den Strand gelangen.“ Jahr für Jahr dokumentiert die rüstige Seniorin und Umweltschützerin aus dem nahe gelegenen Kibbuz Kalya den Rückzug des Wasserspiegels. Jedes Jahr aufs Neue müssen die Bars und Geschäfte näher an die Uferlinie heran verlegt werden. „Wenn ich Menschen zum Meer bringe, frage ich sie: Was wollt ihr in 20 Jahren sehen? Das hier?“ Sie deutet auf die Einöde aus Sand und Gestrüpp, die noch vor wenigen Jahren vom Meerwasser bedeckt war. „Oder den Badestrand?“

Das Tote Meer entstand vor rund zwei Millionen Jahren als Überbleibsel des Tethys, dem Vorläufer des Mittelmeers. Als sich die Arabische und die Afrikanische Kontinentalplatte voneinander trennten, ließen die tektonischen Verschiebungen die Jordansenke entstehen, die tiefstgelegene Region der Welt. Aufgrund der hohen Verdunstung durch das Wüstenklima liegt der Salzgehalt im Toten Meer bei rund 34 Prozent, das ist zehnmal so viel wie im Mittelmeer. Wegen der vielen Mineralien ist die Wasserdichte höher als in den Weltmeeren, sodass die Schwerkraft hier nach anderen Regeln spielt: Wer in das Wasser eintaucht, treibt wieder an die Oberfläche, als trüge er Schwimmflügel an Armen und Beinen.

Wasserverlust beschleunigt sich

Aber am Toten Meer findet eine ökologische Katastrophe statt. Anfang 2022 lag der Wasserspiegel am tiefsten Punkt der Welt nach Angaben der israelischen Wasserbehörde 436 Meter unter Normalnull. Bis in die 1930-Jahre war das Niveau der Wasseroberfläche relativ konstant bei etwa minus 390 Metern. Forscher warnen, dass sich der Wasserverlust weiter beschleunigt. Allein im vergangenen Jahr sank der Pegelstand um 1,10 Meter. Geht es so weiter, wird vom Toten Meer in 50 Jahren nur noch eine Pfütze Wasser übrig sein.

Östlich der Straße 90, Israels Nord-Süd-Verbindung entlang der Grenze zu Jordanien, warnen signalgelbe Schilder vor der Mondlandschaft, die sich vom Ufer des Toten Meeres landeinwärts erstreckt. Das Betreten ist lebensgefährlich. Grund sind die Sinkholes, die sich tausendfach im Boden rund um das Tote Meer auftun. Diese Verwerfungen im Erdreich sind eine Folge der Bodenerosion. Durch den sinkenden Wasser-



Die tiefst gelegene Bar der Welt: 420 Meter unter Normalnull

spiegel zieht sich auch das Meerwasser aus dem Untergrund in der Umgebung zurück. Die Salzablagerungen bleiben. Strömt Grundwasser aus den unterirdischen Quellen nach, werden die Salze ausgewaschen. So entstehen Hohlräume, die mit der Zeit einbrechen und riesige Erosionstrichter hinterlassen. Seit den 1980er-Jahren sind rund 6000 solcher Dolinen am Toten Meer entstanden, und jedes Jahr kommen 700 neue hinzu. Spaziergänger sind schon vom Untergrund verschluckt worden. Manche Krater sind sogar so groß, dass ganze Gebäude darin verschwinden könnten. In dem Ort Mitzpe Shalem,

möchtest du mehr Zeit damit verbringen, du möchtest dein Leben verlängern, so gut du kannst“, erzählt er.

Wenige Kilometer von den Ufern des Toten Meeres entfernt, in der Kleinstadt Arad, plant Fruchter die Errichtung eines Museums. Doch da für den geplanten Bau noch Investoren fehlen, erschuf er kurzerhand ein virtuelles Museum im Internet. Auf der Fahrt von Jerusalem ans Tote Meer sei der Wasserverlust gar nicht erkennbar. „Doch was vielen nicht bewusst ist: Es gibt keinen Zugang zu den Stränden mehr.“ Ausgerechnet am Mineral Beach bei Mitzpe Shalem wollte Fruchter ein

depoos. Dort steigt der Wasserstand sogar. Unbehelligt von der Verwüstung im Nordabschnitt können die Badegäste in dem künstlich geschaffenen Areal im Wasser treiben und Zeitung lesen. Am Süden des abflusslosen Beckens, wo sich der Legende nach das biblische Sodom befunden haben soll, betreibt der ICL die Kalisalzanlage Dead Sea Works. Gemeinsam mit der jordanischen Arab Potash Company leitet das Unternehmen Wasser in Verdunstungsbecken, um die wertvollen Mineralien des Toten Meeres auszubehalten, vor allem Kalium, Bromid und Magnesium. Die verbliebene Salzlake wird zurückgepumpt und dient den Touristen als Badewasser. Die dafür notwendigen Konzessionen erteilt die israelische Regierung.

Raubbau am Toten Meer

„Die Dead Sea Works sind die wahren Erben von Sodom und Gomorrha“, flucht Linda Stein. „Als die anfangen, das Wasser abzupumpen, hat niemand etwas gesagt. Damals dachten die Leute, das Wasser sei eh zu nichts nütze. Und sie müssen gar nichts dafür bezahlen.“ 985 Millionen Kubikmeter Wasser verliert das Tote Meer jedes Jahr. Davon sind 285 Millionen Kubikmeter direkt auf die Aktivitäten der Dead Sea Works und der Arab Potash Company zurückzuführen. Und je stärker der Wasserspiegel sinkt, desto höher wird die Konzentration der Mineralien und umso höher der Profit. Ein Teufelskreis. Bis mindestens zum Jahr 2030 läuft die Lizenz des Konzerns für den Raubbau am Toten Meer. Doch ICL ist der größte Arbeitgeber in der strukturschwachen Wüstenregion des Negev und einer der größten Konzerne Israels. Und

„ 1973 war das Wasser hier, wo ich stehe. Jetzt müssen wir noch einen Kilometer laufen, bevor wir an den Strand gelangen.“

rund 20 Kilometer südlich von Kalya, stürzte vor sieben Jahren der Parkplatz in ein riesiges, fünf Stockwerke tiefes Loch.

Erinnerungen bewahren

In einem Hummus-Restaurant in Tel Aviv wartet Ari Leon Fruchter. Der Mittvierziger, der eigentlich aus dem Softwaremarketing stammt, erinnert sich noch gut an seine Aufenthalte am Toten Meer. Als Kind war er oft mit seinen Eltern dort. Als er von einem Freund und Fotografen von der ökologischen Katastrophe erfuhr, beschloss er, die Dinge in die eigene Hand zu nehmen. So entstand das Dead Sea Revival Project. „Dass etwas stirbt, bedeutet nicht, dass man davor weglaufen sollte. Im Gegenteil: Wenn du es liebste, dann

Kunstprojekt realisieren, doch die Anwohner warnten ihn vor der Gefahr durch die Sinkholes. „Fünf Jahre später ist dann der gesamte Strand weggebrochen“, erinnert er sich.

Das Meer hat sich geteilt

Durch die zunehmende Wasserverdunstung hat sich das Meer in ein Nordbecken und ein Südbecken aufgeteilt. Im Südbecken hat der israelische Chemiekonzern Israel Chemicals Limited, kurz: ICL, künstliche Terrassen angelegt, an deren Ufern die beliebten Badeorte En Bokek und Neve Zohar mit ihren luxuriösen Wellnesshotels liegen. Damit der Pegelstand bei den Hotels konstant bleibt, pumpt das Unternehmen Wasser aus dem Nordbecken durch einen Kanal in die Ba-



Das Wasser zieht sich jährlich immer mehr zurück

die aus den Mineralien gewonnenen Düngemittel werden angesichts der Klimaveränderungen und der wachsenden Weltbevölkerung dringend in der Landwirtschaft benötigt.

Jordan einzige Süßwasserquelle

Banyas, am Fuß der Golanhöhen. Hier hat einer der wichtigsten Zuflüsse des Jordan seinen Ursprung. Die heißen Quellen am südwestlichen Ausläufer des mächtigen Hermon dienten schon vor 2000 Jahren dem römischen Statthalter Herodes als Erholungsort. Der Banyas entspringt tief im Gestein des 2814 Meter hohen Berges, rauschend und tosend bahnen sich die gewaltigen Wassermassen ihren Weg hinab ins Tal. Gemeinsam mit dem Dan und dem aus dem Libanon kommenden Hasbani vereinigt er sich wenige Kilometer flussabwärts in den Jordan, der noch etwas weiter südlich in den See Genezareth strömt. Die starken Regenfälle in den vergangenen Jahren haben den See gut gefüllt, doch der Degania-Damm am Südende bleibt geschlossen. Akribisch achtet die israelische Wasserbehörde darauf, dass Israels einziges natürliches Süßwasserreservoir gut gefüllt bleibt. Auf seinem Weg nach Süden passiert der Jordan die Mündung des Yarmuk, der aufgrund von Trockenheit und Staudämmen entlang der syrisch-jordanischen Grenze kaum noch Wasser führt. Für viele Menschen in der Region ist der Jordan die einzige Süßwasserquelle.

Der Zugang zu Wasserquellen entscheidet in dieser Weltgegend über Krieg und Frieden. Dürre, vertrocknete Grundwasserreservoirs, schlechte Ernten, hohe Lebensmittelpreise und die anhaltende Repression des Assad-Regimes bildeten das explosive Gemisch, das sich 2011 im syrischen Bürgerkrieg entlud. In Jordanien, Israels östlichem

Nachbarn, aber auch in den „Palästinensischen“ Autonomiegebieten, ist die Wirtschaft schwach und die politische Stabilität fragil. Und überall ist das Wasser Mangelware, sowohl als Trinkwasser als auch für die Bewässerung der Plantagen. Das hat Folgen für das Tote Meer. Spülte der Jordan vor 100 Jahren noch rund 1300 Millionen Kubikmeter Wasser jährlich in den Salzsee, so ist der Zustrom heute auf weniger als 200 Millionen Kubikmeter gesunken. An der Jordanmündung rund 160 Kilometer südlich von Banyas tröpfelt nur noch ein schwaches Rinnsal ins Tote Meer.

Rettung muss profitabel sein

Die einzige Möglichkeit, das Tote Meer wieder mit Leben zu füllen, ist die künstliche Zufuhr von Wasser. Seit Jahrzehnten diskutieren Experten, Umweltschützer und Politiker über die Errichtung von Bewässerungsrohren und -kanälen, entweder vom Mittelmeer oder vom Roten Meer ausgehend, damit endlich die Trendwende eingeleitet wird. Eine Milliarde Kubikmeter Wasser pro Jahr werden benötigt, um den Pegelstand des Toten Meeres stabil zu halten. Und das für einen sehr langen Zeitraum. Samuel Willner von der Universität Haifa hat sich eingehender mit den Pipelineprojekten auseinandergesetzt. Diskutiert werden solche Pläne bereits seit den 1980er-Jahren, als noch die Energieerzeugung im Vordergrund stand. Der Grundgedanke ist einfach: Das Gefälle entlang der Jordansenke eignet sich ideal für die Erzeugung von Strom durch Wasserkraft. Für Willner der einzige Dreh- und Angelpunkt, um die Rettung des Toten Meeres auch für Investoren profitabel zu machen. Denn die Pipelineprojekte werden mit Gesamtkosten von rund zehn Milliarden US-Dollar veranschlagt, die Gewinnmarge ist gering.

Neben den Kosten ist auch der genaue Verlauf der Bewässerungsrohre umstritten. Eine Wasserzufuhr vom Roten Meer durch den Golf von Akaba macht eine enge Abstimmung mit Jordanien erforderlich. Gemeinsame Projektideen gab es, doch die politischen Beziehungen zwischen Israel und dem haschemitischen Königreich sind seit Jahren belastet. Vergangenes Jahr zog Amman den Stecker und stieg aus dem Projekt aus. Als Grund wurden die politischen Turbulenzen in Israel genannt. Denn in Jerusalem herrscht jahrelanger politischer Stillstand. Lange Zeit konnten weder Ex-Premier Benjamin Netanyahu noch sein Herausforderer Naftali Bennett eine Parlamentsmehrheit erringen. Als es Bennet zwischenzeitlich gelang, eine fragile Regierungsmehrheit zu schmieden, fanden sich in der neuen Regierung viele Minister, die der Umweltbewegung nahestehen. Der Wille zur Problemlösung ist da, doch Bennets hauchdünne Mehrheit in der Knesset, dem israelischen Parlament, ist bereits wieder perdu. Die nächsten Wahlen stehen an. Und für den Mittelmeerkanal fehlt der israelischen Regierung das Geld. Ein künstlicher Zufluss vom Mittelmeer birgt zudem Risiken für das Ökosystem der Jordansenke. Die Folgen eines solchen Experiments könne niemand absehen, fürchtet Willner. Durch die Vermengung des sulfatreichen Mittelmeereswassers mit der kalziumhaltigen Sole des Toten Meeres könnten sich Gipskristalle bilden. Ebenso besteht das Risiko, dass sich das salzärmere Wasser des Mittelmeeres als oberste Schicht auf dem Toten Meer ablagert und dessen besondere Eigenschaften zunichtemacht. Die berühmten Bilder von Menschen, die im Toten Meer treiben und Zeitung lesen, könnten dann für immer der Vergangenheit angehören.

Rettung aus dem Golf?

Einen Hoffnungsschimmer gibt es. Im vergangenen November unterzeichneten Israel und Jordanien eine Absichtserklärung zur Wassernutzung: Israel liefert dem Königreich 200 Millionen Kubikmeter Trinkwasser pro Jahr aus seinen Entsalzungsanlagen am Mittelmeer, im Gegenzug stellt Jordanien Solarenergie bereit. Das könnte dazu führen, dass das Königreich weniger Trinkwasser aus dem Jordan entnehmen muss und die Wassermenge, die ins Tote Meer fließt, dadurch steigt. Finanziert wird der Deal von den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Doch das wird bei Weitem nicht ausreichen. Die Hoffnungen ruhen auf einer politischen Revolution im Nahen Osten. Und die findet bereits statt. Von europäischen und insbesondere deutschen Beobachtern weitgehend ignoriert, zeichnet sich in der arabischen Welt eine der größten diplomatischen Umwälzungen seit mehr als 70 Jahren ab. Im September 2020 schlossen die Vereinigten Arabischen Emirate und das Königreich Bahrain Frieden mit Israel. Vier Monate später folgte der Sudan. Saudi-Arabien hält sich noch bedeckt, gilt aber als nächster Friedenskandidat. Gegenstand der Abraham-Abkommen genannten Verträge sind nicht nur die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen mit dem jüdischen Staat, sondern auch der Ausbau der wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit. Die Finanzierung der Pipelineprojekte rückt damit näher.

In der Bar am Strand von Kalya wird immer noch gefeiert. Linda Stein blickt über das Meer. „Wir können das Meer nicht vollständig wieder auffüllen, aber wir können den weiteren Verfall stoppen. Es ist unsere Entscheidung, ob wir das Tote Meer retten wollen oder nicht.“

Die sieben Weltwunder

Das neue jüdische Jahr beginnt mit wichtigen spirituellen Stationen: Jom Kippur, Sukkot und Simchat Tora. Es ist auch eine Zeit der inneren Einkehr. Nach Rabbi Nachman aus Breslev kann ein Mensch mit einem guten Wort, einer einzigen kleinen Tat oder sogar einem Gedanken die ganze Welt wieder aufbauen. (JR)

Von Rabbiner David Kraus

Als jemand, der in Deutschland aufgewachsen ist, erinnere ich mich noch sehr gut an die Tage, als wir in der Schule über die „Sieben Weltwunder“ unterrichtet wurden. Meine Lehrerin erklärte damals, dass das „eine sehr wichtige Sache zu lernen und zu wissen“ sei.

Eine Gruppe von Schülern wurde damals gebeten, die sieben Weltwunder zu benennen.

Es gab einige Meinungsverschiedenheiten unter ihnen, aber die meisten Studenten nannten Dinge wie die Pyramiden oder die Chinesische Mauer.

Während die Lehrerin alle Notizen einsammelte, bemerkte sie, dass eine Schülerin ihre Arbeit noch nicht beendet hatte.

„Brauchst du Hilfe?“, fragte sie.

Die Studentin bejahte und sagte: „Ich konnte mich nicht entscheiden, weil es so viele Wunder gibt.“

„Dann“, sagte die Lehrerin, „erzähl uns doch bitte, welche Möglichkeiten es aus deiner Sicht gibt.“

Die Studentin zögerte ein wenig und las dann doch, was sie geschrieben hatte:

„Ich denke, die sieben Weltwunder sind:

Sehen
Hören
Berühren
Schmecken
Fühlen
Lachen
Lieben“

...eine unglaubliche tiefe Stille erfüllte das Klassenzimmer, es war so still, dass man fast die Herzschläge der Anwesenden hören konnte...

Stille hat etwas Magisches, wer es schafft, den inneren Lärm zu unterdrücken und das Bewusstsein für das Wesentliche zu schärfen, der kultiviert Achtsamkeit, erfährt Anerkennung und Wertschätzung des gegenwärtigen Moments.

Der innere Lärm lenkt uns alle sehr stark ab. All die Dinge, die wir im Leben übersehen, weil sie uns als einfach, gewöhnlich oder schlicht offensichtlich erscheinen, sind in der Tat echte Schätze!

Zu viele von uns, erkennen diesen Reichtum nicht an. Doch sobald das Leben uns unerwartet stark herausfordert, mit Krankheit, Trauer, Kummer und Sorgen, es also still im Inneren wird, fällt uns plötzlich sehr schnell auf, was die wirklichen Schätze im Leben sind.

Die „sieben jüdischen Weltwunder“ erinnern sanft daran, dass die wertvollsten Dinge im Leben weder gebaut noch gekauft werden können. Denke daran, wenn du das nächste Mal deine Kinder, deinen Ehepartner, deine lieben Familienmitglieder, deine Freunde, die dich lieben, und alles, was dir lieb ist, ansiehst.

Wer sich ständig vor Augen hält, dass er wirklich reich ist, und dafür dankbar ist, dem geht es gut, körperlich und geistig. Haschem geht es in diesem „wunderbaren“ Monat Tischrey genau um diese Idee. Es ist an der Zeit zu spüren, welchen Schatz wir besitzen und wie unwichtig doch all die anderen Dinge sind, die wir vermeintlich für wichtig halten.

Wir leben in einer lauten Welt. Wir haben das Gefühl, dass es immer lauter



Nach der Zerstörung kommt immer der Wiederaufbau

wird. Aber wenn das Gehirn fast nie zur Ruhe kommt, kann es sich nicht erholen und regenerieren, und deshalb können wir nicht klar denken.

Wichtige Stationen

Der Monat Tischrei markiert den Beginn des jüdischen Jahres. Er steht für eine Zeit der Besinnung, der Selbstbeobachtung und der Erneuerung. In diesem besonderen Monat werden vier jüdische Feiertage begangen. Rosch haSchanah (das jüdische Neujahrsfest) und Jom Kippur (der Versöhnungstag) sind der Besinnung und der Gewissensforschung gewidmet. Diese beiden Feiertage, die sich über zehn Tage erstrecken, sind die so genannten Hohen Feiertage. Die anderen, Sukkot (das Laubhüttenfest) und Simchat Tora (Freude an der Tora), sind Feiertage der Freude und des Feierns. Sie sind gefüllt mit bedeutungsvollen Bräuchen, Ritualen und natürlich köstlichem koscherem Essen.

Ein jüdischer Feiertag heißt auf Hebräisch: Jom Tow, was übersetzt „ein guter Tag“ bedeutet. Es stellt sich die Frage, warum ein jüdischer Feiertag automatisch auch ein guter Tag ist?

Rabbi Nachman aus Breslev verbindet die Bedeutung der Stille mit den jüdischen Feiertagen und erklärt, dass der jüdische Feiertag, - im übertragenen Sinne -, an jeder Straßenecke steht und die Botschaft in die Welt hinaus ruft: „Wisse, dass Haschem diese Welt führt und nicht die Natur“.

Rabbi Natan erklärt weiter, dass dies den Aspekt der Offenbarung des göttlichen Willens symbolisiert, „dass alles durch Seinen Willen geschieht“.

All die Zeichen und Wunder die unsere weise Schülerin von eben als die Sieben Weltwunder bestimmte, sind in Wahrheit die Antwort auf all die weisen Aussagen der Naturwissenschaften, die versuchen, die gesamte Realität al-

lein durch die Dimension der Natur zu erklären, jene die behaupten, dass es nichts darüber hinaus gibt.

Wenn meine Tochter Zahnschmerzen hat, dann suche ich den besten Zahnarzt für sie. Wenn eines meiner Kinder krank ist, suche ich den besten Arzt auf. Aber wenn es darum geht, Jüdischsein zu leben – die Seele aller Seelen, die Ewigkeit aller Ewigkeiten für meine Kinder – dann suche ich für sie den einfachsten Menschen der Welt.

Der Jom Tov ruft uns allen also herzlich zu: Glaube an Haschem! Und je mehr wir unser Herz dazu trainieren diesen himmlischen Ruf der Feiertage zu hören, umso deutlicher wird uns, dass Gott die Welt führt.

Aber wie schafft man es, diese Rufe richtig wahrzunehmen?

Vor jedem Feiertag muss man sich in Nächstenliebe üben und Spenden für die Armen geben. Auf diese Art trainiert man seine Ohren, verfeinert sein Gehör bis zu dem Punkt, dass man am Feiertag Haschem sprechen hört: „Wisse, es gibt nur einen Gott.“ Wenn unsere Ohren aber nicht offen für die Schreie der Armen sind, sind wir dann nicht auch taub für Gottes Rufe?

Mit den Worten vom Schweizer Psychiater C. G. Jung kann man den jüdischen Feiertag vielleicht auch mit dieser Offenbarung beschreiben: »Wer nur rauschaut, träumt; wer reinschaut, wacht auf.«

Wie man jüdisch träumt und aufwacht beschreibt ein schöner Ausschnitt aus dem Buch von Rabbiner Chaim Kramer: „Durch Feuer und Wasser: Das Leben des Rabbi Nathan aus Breslev“.

Der Mensch kann immer zu Gott zurückkehren

Rabbi Nathan veröffentlichte Rabbi Nachmans Werk und nach dessen Tod führte er die Bewegung der Breslever

Chassidim fort.

Rabbi Nathan sagte einmal: „Die Hauptsache des Rebben (also von Rabbi Nachman) ist Rosch haSchanah. Meine Hauptsache ist Jom Kippur.“

Rabbi Nathans ganze Mission bestand darin, zu zeigen, dass der Mensch immer zu Gott zurückkehren kann, egal, was er getan hat, egal, wie sehr er gesündigt hat. Dies war die Mission, die Rebbe Nachman ihm wenige Tage nach ihrer ersten Begegnung in Aussicht stellte: der „untere Punkt“ des Aleph zu werden, um Leben, Vitalität und Glauben in alle unteren Ebenen zu bringen. Selbst als er diese Welt verließ, war sich Rabbi Nathan seiner Mission bewusst und wiederholte immer wieder: „Chanun ha-marbeh lislo'ach - der Gnädige, der reichlich vergibt“ (aus dem Segensspruch des Shemoneh Esrei). Es gibt Hoffnung für alle: Gott wird verzeihen! Immer!

Reue und Vergebung für ganz Israel waren das eigentliche Wesen von Rabbi Nathan. Die Buchstaben der Worte Chanun ha-marbeh lislo'ach haben den Zahlenwert 500, den gleichen wie die hebräischen Buchstaben von Nathan.

Rabbi Nathan verstarb kurz vor Schabbat am 20. Dezember 1844. Er war 64 Jahre und 11 Monate alt und war bis zum Schluss ganz mit Gott verbunden.

Es waren die Tage vor der Erfindung des Telegrafen, und es war unmöglich, die Nachricht von seinem Tod vor dem Schabbat zu übermitteln. Trotzdem wusste sein Freund Reb Naftali, der sich in Uman aufhielt, an diesem Freitagabend bereits, dass Rabbi Nathan nicht mehr lebte. Auf die Frage, woher er das wusste, antwortete Reb Naftali:

„Ich hatte einen Traum, in dem ich Rabbi Nathan schnell rennen sah. Ich sagte: 'Rabbi Nathan! Wohin rennst du?' – 'Ich?', sagte er. 'Direkt zum Rebbe!'“

Die Vollendung der Schöpfung

Nach jüdischer Tradition wird an Rosch Haschana der Vollendung der Schöpfung des Universums und der Anerkennung von Gottes Souveränität über die Welt gedacht. Dies sind auch die Tage, an denen Gott die Taten der Menschen während des Jahres beurteilt und über ihre Zukunft für das kommende Jahr entscheidet - Tod für die Sünder, Leben für die Frommen und eine Bußzeit bis Jom Kippur für Menschen, deren Status unsicher ist.

Die Zeit zwischen Rosch Haschana und Jom Kippur wird als "Zehn Tage der Reue" bezeichnet, in denen die Menschen die Möglichkeit haben, für ihre Sünden zu büßen.

Der Versöhnungstag - Jom Kippur - ist der heiligste Tag im jüdischen Kalender. Er wird mit Gebet und Fasten verbracht, um das neue Jahr mit einem reinen Gewissen zu beginnen. Ein zentrales Konzept für die zehn Tage, die in Jom

Kippur gipfeln, ist T'schuwa, ein aktiver Prozess der Rückkehr zu den Wegen Gottes.

Jom Kippur markiert das Ende der "Zehn Tage der Reue" und bietet den Juden eine letzte Gelegenheit, Vergebung und Absolution für ihre Sünden im vergangenen Jahr zu erlangen. Nach jüdischem Glauben wird an Jom Kippur über jeden Menschen das Urteil für das kommende Jahr gefällt. Um der Vergebung der Sünden würdig zu sein, ist dieser Tag der geistigen Reue und der Verpflichtung gewidmet, das neue Jahr mit einem reinen Gewissen zu beginnen, in der Gewissheit, dass Gott jedem Menschen vergibt, der seine Verfehlungen aufrichtig bereut.

Als ich mal das Buch "Simply Love" von Rabbi Shlomo Carlebach aufschlug, fand ich Folgendes: "Rabbi Nachman aus Breslev sagte: 'Wenn du glaubst, dass es möglich ist, zu zerstören, dann glaube, dass es möglich ist, zu reparieren.'

Glaube an den Wiederaufbau

Gehen wir mit diesem Gedanken in den Wald. Man sagt, dass es nur einen Idioten mit einem Streichholz braucht, um einen ganzen Wald niederzubrennen. Mit anderen Worten: Die Kraft der Zerstörung ist schnell, stark und überwältigend. Ein einziges böses Wort oder eine einzige Tat hat die Macht, viele Jahre harter Arbeit und Mühe zu zerstören. Aber Rabbi Nachman weist auch auf Folgendes: Diese Vorstellung ist sehr alt. Der neue, bessere Weg ist, zu glauben, dass ein Mensch mit einem guten Wort, einer einzigen kleinen Tat oder sogar einem Gedanken die ganze Welt wieder aufbauen kann. Deshalb verwendet Rabbi Nachman das Wort "glauben". Wenn ein Mensch zu seinem Freund sagt: "Glaube mir, ich war gerade in der Synagoge, und sie steht noch genau an der gleichen Stelle wie gestern" - das würde sich seltsam anhören. Für Dinge, die einfach sind, die leicht zu

verstehen sind, brauchen die Menschen keinen Glauben. Um an die Zerstörung zu glauben, muss man kein großer "Gläubiger" sein, das liegt einfach in der menschlichen Natur. Aber der Glaube an die Kraft des Reparierens, des Wiederaufbaus - das ist es, woran wir arbeiten müssen.

Daran zu glauben, was der Verstand nicht so leicht begreifen kann: dass die Kraft des Reparierens größer, bedeutungsvoller ist. Die meisten Gerechten, unsere Tsaddikim, lehrten uns, den Wald nicht niederzubrennen. Das ist wahr, aber Rabbi Nachman lehrt uns etwas Neues: Man kann Wälder pflanzen! Die Kraft des Wiederaufbaus ist größer als die Kraft der Zerstörung. Das ist es, was Glaube ausmacht."

Rabbiner David Kraus ist Paar- und Familientherapeut und Autor von: "Der fröhliche Rabbi und die verschlungenen Wege zum Glück", Knauer 2021

Jom Kippur: Die große Versöhnung

Jom Kippur ist der Tag, um mit sich, seiner Umgebung und mit Gott ins Reine zu kommen.

Von Patrick Samuel Goldfein

Für viele ist Jom Kippur ein eher anstrengender Tag. Über 24 Stunden fastet man, und steht dann mit wackeligen Beinen den ganzen, langen Tag in der Synagoge - oft, ohne die wahre Bedeutung der langen Gebete zu verstehen. Der Körper wird langsam etwas schwächer, und ab dem Nachmittag geht der Blick immer öfter auf die Uhr: wann ist es endlich vorbei, wann kann ich endlich wieder etwas zu mir nehmen?

Die Mischna im Traktat „Ta'anit“ sagt jedoch genau das Gegenteil. Das ganze Jahr über gibt es keinen glücklicheren Tag als Jom Kippur. Gleichgesetzt wird er sogar mit Tu BeAw, dem jüdischen Tag der Liebe, an dem junge Paare verkuppelt werden. Aber ist Jom Kippur nicht eher ein ernster, ja sogar düsterer Termin? Der Tag, an dem unser Schicksal im Himmel besiegelt wird, nachdem es an Rosch HaSchana bestimmt wurde? Wieso also, hebt ihn die Mischna als Freudentag hervor?

Die Energie des Tages

Ein Blick auf die Entstehung von Jom Kippur hilft, um seine Bedeutung und Wirkungskraft besser zu verstehen. Denn jeder Feiertag im Judentum hat eine innere Energie, in die man eintreten kann, um das Potential eines jeden Tages voll auszuschöpfen. Diese Energie wurde bereits bei der Entstehung der Welt festgelegt, und trat dann zu Bibelzeiten richtig in Erscheinung. So ist zum Beispiel die Zeit von Pessach, eine gute Gelegenheit eine persönliche Befreiung zu erleben, weil wir an Pessach aus der ägyptischen Sklaverei befreit wurden. An Sukkot wiederum kann man sich mit Freude auffüllen, die das ganze Jahr anhalten kann, und an Schavuot ist es möglich, nicht nur auf nationaler, sondern auch auf persönlicher Ebene die Torah zu empfangen. Weil dies der Tag ist, an dem das jüdische Volk die Torah erhielt. Auch Purim und Chanukka sind Gelegenheiten des spirituellen Wachstums: an Purim durch das Betrinken, bis man nicht mehr zwischen Gut und Böse unterscheiden kann, weil sich in der Purim-Geschichte alles zum Guten wandte, und an Chanukka durch das Kerzenzünden, welches unsere jüdische Identität stärken kann, weil wir uns den Griechen nicht assimilierten.

Was aber genau geschah an Jom Kippur? An diesem Tag wurde uns von Gott vergeben. Für eine der größten Verfehlungen während der vierzigjährigen Wüstenwanderung des jüdischen Volkes. Der Sünde des Goldenen Kalbes.

Die Verzeihung des Goldenen Kalbes

Nach dem Auszug aus Ägypten hatte sich Gott am Berg Sinai dem Volk erstmals offenbart. Diese Erfahrung wurde jedoch sehr intensiv wahrgenommen, und das normale Volk hielt es nicht aus. So wurde Mosche Rabbeinu alleine auf den Berg Sinai gesandt, um als Vermittler die Gebote und die mündliche Überlieferung von Gott zu empfangen. Vierzig Tage und Nächte weilte Mosche auf dem Berg - doch in seiner Abwesenheit sehnte sich das Volk immer nach ihm und fand keinen direkten Zugang zu Gott. Als sich Mosches Rückkehr verzögerte, schuf das Volk einen Ersatz-Vermittler: ein Goldenes Kalb, welches angebetet wurde, und dem sogar Opfergaben dargebracht wurden. Dazu entstand eine frivole Atmosphäre im Volk, die zu Unmoral führte.

Beim Anblick dieser Szenerie zerbrach Mosche bei seiner Rückkehr die Gesetzestafeln. Und Gott wollte das jüdische Volk auslöschen, und stattdessen ein neues Volk erschaffen, welches Ihn auf Erden vertreten sollte. Um dieses Schicksal abzuwenden, bestieg Mosche noch zwei weitere Male für jeweils 40 Tage und Nächte den Berg Sinai und betete um Gnade. Dies dauerte bis Jom Kippur. Da wurde sein Gebet endlich erhört und dem Volk verziehen.

Seitdem ist die Energie der Verzeihung fest in der Natur dieses Tages verankert. Jom Kippur ist somit kein Tag des Leidens und der Selbstkasteiung, sondern Gelegenheit zur Heilung. Es ist die Zeit um mit sich selbst, seiner Umgebung und letztendlich auch mit Gott ins Reine zu kommen. Dazu fasten wir und verbringen den ganzen Tag im Gebet, beginnend mit dem stimmungsvollen „Kol Nidrej“ am Eingang von Jom Kippur.

Selbstheilung durch Kol Nidrej

Das „Kol Nidrej“ wurde ursprünglich dafür konzipiert um alle Schwüre, die

wir im Laufe des ganzen Jahres geleistet haben, aufzulösen. Heute ist das Schwören nicht mehr üblich, dennoch erfüllt das Gebet noch immer seinen Zweck: Oft sagen wir etwas, obwohl wir dabei etwas anderes meinen. Oder wir reden anderen nach dem Mund, und sind dabei nicht ganz ehrlich mit uns selbst. Manchmal versprechen wir sogar etwas, was wir letztendlich nicht einhalten können. In all diesen Fällen entsteht in uns eine innere Dissonanz. Unsere Worte stehen nicht im Einklang mit unseren Gefühlen und Handlungen. Das „Kol Nidrej“-Gebet hat die spirituelle Kraft diese Dissonanz zu lösen. Dadurch kommen wir mit uns selbst ins Reine, und können von nun an versuchen, unsere Worte besser auf unsere Gefühle abzustimmen.

Dieser Selbstheilungsprozess bereitet uns für den nächsten Schritt vor - auch mit unseren Mitmenschen ins Reine zu kommen. Dafür müssen wir einzeln auf sie zugehen, und sie schlicht und einfach um Verzeihung bitten. Für alles, was ihre Gefühle im vergangenen Jahr verletzt haben könnte, absichtlich oder unabsichtlich. Die Gemara im Traktat „Joma“ legt nämlich fest, dass der Friede unter den Menschen eine Voraussetzung ist, um auch von Gott verziehen zu werden.

Verzeihung der Anderen

In Amerika lebte einmal ein Ehepaar in großer Frömmigkeit. Sie dienten Gott von ganzem Herzen, aber warteten schon seit Jahren auf Nachwuchs. Was sie auch versuchten, mittels der modernen Medizin, oder auf spiritueller Ebene durch gute Taten und Gebete, half nicht weiter. In ihrer Verzweiflung wandten sie sich mit einem Brief an den Lubawitscher Rebbe. Jedoch fand sich auch in seinem Antwortschreiben kein Hinweis darauf, was zu tun sei. Daraufhin suchten sie den Rabbi persönlich auf und schilderten ihm erneut ihren unerfüllten Kinderwunsch. Doch der Rabbi schwieg noch immer zu dem Thema. Da brach die verzweifelte Frau in Tränen aus und fragte den Rabbi direkt, warum sie trotz ihrer Frömmigkeit, vom Himmel nicht mit Kindern gesegnet werden. Da sagte der Rabbi: „Möglicherweise hat einer von euch in der Vergangenheit einen

anderen Menschen verletzt, und dies wurde noch nicht verziehen. Daher sind die Tore des Himmels für euren Wunsch verschlossen.“ Das Ehepaar machte sich sofort daran, in Gedanken ihr ganzes, vergangenes Leben zu durchforschen - auf der Suche nach einer solchen Kränkung. Nach langem Überlegen fiel es dem Mann ein. In seiner Schulzeit hatte er einmal einem Mitschüler einen Streich gespielt und diesen vor allen anderen bloßgestellt. Und der gekränkte Mitschüler hatte geschworen, ihm dieses Vergehen niemals zu verzeihen.

Sofort machte sich der Ehemann auf die Suche nach diesem ehemaligen Mitschüler. Er fand ihn in seiner Wohngegend und stellte ihn zur Rede. „Erinnerst du dich noch daran, was ich dir damals angetan habe?“ fragte er ihn. „Natürlich“, entgegnete dieser, „ich habe geschworen, es dir niemals zu verzeihen!“ Daraufhin erzählte ihm der Mann von seinem unerfüllten Kinderwunsch, und dem Rat des Rebbe, und bat ihn aufrichtig um Verzeihung. Der einstige Mitschüler verzieh ihm, und innerhalb eines Jahres wurde dem Ehepaar ein Kind geboren.

Sich an Gott wenden

Mit dieser Kraft der Verzeihung ist es nun möglich, sich direkt an Gott zu wenden. Dabei bildet das „Ne'ila“-Gebet, welches Jom Kippur abschließt, den Höhepunkt einer Epoche von insgesamt vierzig Tagen, von Rosch Chodesch Elul, dem Tag an dem Mosche Rabbeinu den Berg Sinai bestieg, über Rosch HaSchana, bis hin zu Jom Kippur. Der Chassidismus erklärt, dass wir in dieser Zeit mehrere Stufen in unserem Verhältnis zu Gott durchlaufen können. Während dem Elul, dem Monat vor Rosch HaSchana, befindet sich Gott wie ein „König im Feld“. Er hat seinen Palast verlassen, um uns Gelegenheit zu geben, sich direkt an ihn zu wenden, und auf den Pfad der Tugend zurückzukehren. An Rosch HaSchana krönen wir Gott erneut zum König, und Er kehrt auf seinen Thron im Palast zurück, von wo aus er die Welt für das neue Jahr richtet. Nun an Jom Kippur, während des abschließenden „Ne'ila“-Gebets, bittet Er uns in sein intimstes Zimmer, und verschließt die Tür. Damit wir Ihm ganz nahe kommen, und unseren Reinigungsprozess beenden.

Daf Yomi – Stellen aus dem Talmud

In der Ausgabe vom Januar 2022 hat die Jüdische Rundschau damit begonnen, auszugsweise Stellen aus dem Talmud darzulegen und zu erörtern. Die Auswahl der Stellen erfolgt dabei anhand des festgelegten Lesezyklus, der als „Daf Yomi“ bezeichnet wird. Die Serie der letzten Ausgaben wird fortgesetzt. (JR)

Von Patrick Casiano

Sterbehilfe im Judentum – eine Quelle aus dem Talmud

Am 18. Oktober 2022 lernen wir die Seite 104 des Traktats Ketubot. Dort finden wir einen Bericht über den Tod von Rabbi Jehuda ha-Nasi, der ca. im Jahr 220 nach der Zeitenwende verstorben ist. Er war der Verfasser der Mischna – eines Meilensteines in der Geschichte der rabbinischen Schriften und die Vorstufe zum späteren Talmud. Er ist in der Geschichte der rabbinischen Literatur so zentral, dass die Perioden vor und nach ihm sogar anders benannt sind. Alle Gelehrten bis zu ihm (und er eingeschlossen) werden als Tanna'im bezeichnet und alle Gelehrten nach ihm als Amora'im. Rabbi Jehuda ha-Nasi sah in seiner Zeit die Notwendigkeit gegeben, die mündliche Lehre, welche in Gefahr war in Vergessenheit zu geraten, schriftlich in der Mischna zu fixieren. Der spätere Talmud bezieht sich auf die Mischna und fügt ihr noch weitere Erklärungen hinzu. In dem besagten Bericht zu seinem Tod lesen wir folgendes (eigene Übersetzung):

„Am Tag als Jehuda ha-Nasi starb, verhängten die Rabbiner einen Fasttag und sie baten [Gott] um Gnade [für ihn, so dass er am Leben bleibe] ... seine Hausangestellte stieg aufs Dach hinauf und sagte: ‚Die oberen Sphären wollen ihn [haben] und die unteren Sphären [d.h. die Menschen] wollen ihn [haben]. Möge es der Wille [Gottes] sein, dass sich die unteren gegen die oberen durchsetzen.‘ Als sie [aber] sah, ... wie sehr er litt, sagte sie: ‚Möge es der Wille [Gottes] sein, dass sich die oberen gegen die unteren durchsetzen.‘ Die Rabbiner hörten keine Sekunde auf, um Gnade zu bitten. Die Hausangestellte nahm ein Gefäß und warf es vom Dach auf die Erde. [Die Rabbiner] waren [vor Schreck] [eine Sekunde lang] still und baten nicht um Gnade. Da starb Rabbi Jehuda ha-Nasi.“

Im Talmud erhält die zitierte Stelle keinerlei Wertung und im unmittelbaren Fortgang wird einfach das weitere Geschehen rein faktisch erzählt. In den rabbinischen Auslegungen wird die Tat der Hausangestellten jedoch positiv interpretiert. An sich ist das verwunderlich, da doch eine Hausangestellte als Sinnbild der Naivität und die Rabbiner als Sinnbild der Gelehrsamkeit angesehen werden können. Jedoch stellt die Hausangestellte von Rabbi Jehuda ha-Nasi eine Ausnahme dar und der Talmud erzählt an manch anderer Stelle über ihre Weisheit.

Aktive und passive Sterbehilfe

In der allgemeinen Diskussion um die Sterbehilfe wird zwischen zwei Formen unterschieden. Einerseits die aktive Sterbehilfe, bei der ein Arzt einem Patienten ein tödliches Gift verabreicht oder es ihm so vorbereitet, dass der Patient es sich selbst verabreichen kann. Und andererseits die passive Sterbehilfe, bei der die Durchführung lebensrettender oder lebensverlängernder Maßnahmen und die Gabe solcher Medikamente schlicht unterlassen werden und der Patient somit auf eine natürliche Weise stirbt.

Die jüdische Position gegenüber der aktiven Sterbehilfe ist eindeutig. Sie ist verboten und kommt in jeder Hinsicht



Eine Patientenverfügung sollte mit den jüdischen orthodoxen Regeln übereinstimmen.

dem Mord gleich! Selbst wenn der Patient im vollen Besitz seiner geistigen Kräfte den Arzt darum bittet. Diese Position ergibt sich aus einigen simplen theologischen Grundsätzen. Unter anderem aus den folgenden:

(1.) Mit wenigen Ausnahmen – wie z.B. im Rahmen legitimer Selbstverteidigung – darf nur Gott allein entscheiden, wann ein Mensch stirbt. Dieser Grundsatz untersagt neben der aktiven Sterbehilfe im Krankheitsfall natürlich auch den regulären Selbstmord aus anderen Gründen. Das Leben gehört nicht dem Menschen selbst – das ist die arrogante Annahme der Mehrheitsgesellschaft – sondern es gehört demjenigen, der es erschaffen hat.

(Man könnte zwar auf die Idee kommen, auch gegen das Heilen von Menschen damit zu argumentieren, dass Gott allein Herr über Leben und Tod, über Krankheit und Gesundheit ist, und dass wenn Gott jemanden krank gemacht hat, der Mensch ihn nicht heilen darf – jedoch haben wir in diesem Fall einen Bibelvers, der uns das Heilen ausdrücklich erlaubt/auflegt. - vgl. die Auslegung in Brachot 60a und Bawa Kama 85a)

(2.) Das Leben ist nicht willkürlich, sondern jeder Mensch hat eine Aufgabe, die er erfüllen muss und der Tod tritt durch göttliche Fügung erst ein, wenn diese Aufgabe erfüllt ist. Daher soll sich der Mensch nicht in die Festlegung des Todeszeitpunktes einmischen. Selbst wenn jemand ans Bett gebunden ist, können wir nicht wissen, zu welchen Gedanken und Taten er möglicherweise, die Leute veranlasst, die mit ihm Umgang haben – z.B. die Einsicht wie kurz und daher wertvoll das Leben ist und dass man es nicht verschwenden soll. Oder welche Gedanken der reuigen Umkehr der Patient noch anstellen muss und welche Gebete er noch zum Himmel erheben muss, bevor seine Aufgabe auf der Welt beendet ist.

(3.) Von Gott geht kein Unrecht aus (der Holocaust war seitens der Täter Unrecht, aber warum es Gott so gefügt hat, können wir als Menschen nicht beurteilen). Daher muss es für die Unannehmlichkeiten, die gewisse medizinische Situationen mit sich bringen einen legitimen Grund geben. Dieser Grund wird darin gesehen, dass der Mensch so

von seinen Sünden geläutert wird und reiner in die kommende Welt eintritt. Die körperlichen Leiden haben einen reinigenden Effekt für die Seele und es ist für den Menschen besser, wenn seine Seele noch in dieser Welt gereinigt wird und nicht erst in der nächsten. Ein beschleunigter Tod würde diesen Prozess behindern.

All das Gesagte bezieht sich nur auf Menschen. Bei kranken, leidenden Tieren ist die aktive Sterbehilfe erlaubt. Man mag sich fragen, wie das sein kann, dass man Tiere vermeintlich besser behandelt als Menschen. An sich mag es gute Gründe für die aktive Sterbehilfe geben und diese sind im Fall von Tieren ausschlaggebend. Hier stehen die Pro-Argumente für die aktive Sterbehilfe für sich allein. (Bezüglich Tieren darf der Mensch über deren Todeszeitpunkt entscheiden (z.B. zum Verzehr von Fleisch); ein Tier hat keine individuelle Aufgabe auf der Welt; und da es auch keine guten und bösen Tiere gibt (auch ein beißender Hund ist nicht im moralischen Sinne „böse“), unterliegen sie nicht den Grundsätzen von Lohn und Strafe). Aber im Fall des Menschen werden die Pro-Argumente durch die oben genannten Contra-Argumente mehr als aufgewogen.

Die Position des Judentums gegenüber der passiven Sterbehilfe ist hingegen nicht so eindeutig wie die gegenüber der aktiven. So ist die anfangs zitierte Talmudstelle zum Beispiel ein Fall von gutgeheißener passiver Sterbehilfe. Solange die Rabbiner beteten, konnte die Seele von Rabbi Jehuda Ha-Nasi seinen Körper nicht verlassen und die Hausangestellte hat diese Maschine sozusagen abgestellt. Dennoch sollte man auch hier sehr vorsichtig sein. Je nach der jeweiligen medizinischen Situation, gibt es Behandlungen, die man einem Patienten vorenthalten darf mit dem Ziel sein Ableben zu ermöglichen und andere, die man verpflichtet ist durchzuführen.

Praktische Anweisungen für sterbensranke Patienten, deren Angehörige und medizinisches Personal

Wie gesagt, ist die aktive Sterbehilfe auf jeden Fall strengstens verboten. Kranke und Angehörige müssen ihr

widersprechen und medizinisches Personal muss sich weigern an der Durchführung auch nur im Entferntesten teilzunehmen.

Bei Fragen der passiven Sterbehilfe sollte – da der Tod nicht umkehrbar ist – der Patient immer am Leben gehalten werden, bis man den Fall mit einem orthodoxen Rabbiner besprochen hat. Wobei zu erwarten ist, dass sich der Rabbiner mit einer Organisation wie der folgenden besprechen wird:

Das Puah Institut in Jerusalem (www.puah.org.il) befasst sich mit der Schnittstelle zwischen Medizin und jüdischem Religionsgesetz. Am berühmtesten ist es für seine Expertise in Fragen der Unfruchtbarkeit bei Frauen und Männern und religionskonformen Behandlungsmöglichkeiten bei vorliegendem Kinderwunsch. Das Institut setzt sich jedoch noch mit anderen Fragen auseinander und die Abteilung „Keduschat ha-Chayim“ befasst sich damit, wie lange welche lebenserhaltenden Maßnahmen aufrechterhalten werden müssen und wann sie aufgegeben werden dürfen. Die Abteilung unterhält eine 24-Stunden-Hotline (israelische Telefonnummer: 0795555955).

Die in New York basierte Organisation „Chayim Aruchim“ (www.chayimaruchim.com) hat sich ausschließlich auf „end-of-life decisions“ spezialisiert und auch sie unterhält für die Öffentlichkeit eine 24-Stunden-Hotline (amerikanische Telefonnummer: 7182782446).

Es gibt noch weitere Organisationen, die sich mit medizinischer Ethik aus einer jüdisch-orthodoxen Perspektive befassen (z.B. www.medethics.org.il). Aber die beiden obigen Organisationen richten sich durch ihre Beratungshotlines speziell an die Öffentlichkeit.

Da niemand weiß, wann er in eine Lage geraten wird, in der er über seine medizinischen Angelegenheiten nicht mehr selbst entscheiden kann, sollte er in einer Patientenverfügung festlegen, dass er in Übereinstimmung mit den jüdischen orthodoxen Regeln behandelt werden will – zu Lebzeiten und im Tod (keine Autopsie). Und in der Vorsorgevollmacht/Betreuungsverfügung sollte eine orthodoxe Person (in vorheriger Absprache mit ihr) benannt werden, oder falls rechtlich möglich eine der genannten Organisationen im Ausland.

(Die Frage von Organspenden – die über diesen Artikel hinausgeht – erfordert häufig schnelle Entscheidungen noch bevor die Patientenverfügung herbeigebracht werden kann. Daher sollte man Informationen über seinen diesbezüglichen Willen am besten im Geldbeutel tragen. Eine Einleitung in das Thema bietet der kurze Artikel „Organ Donation in Judaism“ von Aron Moss auf der Chabad-Website. Nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen längeren Artikel von Dr. Shlomo Minkowitz auf derselben Website.)

Deutschsprachige Lektüreempfehlung zum Thema der Sterbehilfe: Die Doktorarbeit von Moritz Figdor: „Halacha und Fragen am Ende des Lebens“, LMU, 2015, (https://edoc.ub.uni-muenchen.de/18969/1/Figdor_Moritz.pdf).

www.intellectual-services.com